

**„Transnationale europäische Solidarität als Ressource
der Stabilität der Europäischen Union – theoretische
und empirische Annäherungen“**

Universität Hamburg

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Dissertation

Zur Erlangung der Würde einer Doktorin der

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

„Dr. phil.“

(gemäß der PromO vom 24. August 2010)

vorgelegt von

Sara Braun

aus Hamburg

Hamburg, Mai 2017

Vorsitzender: Prof. Dr. Jürgen Beyer
Erstgutachter: Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp
Zweitgutachter: Prof. Dr. Dieter Fuchs

Datum der Disputation: 14. Oktober 2016

Vorwort

„In diesem Moment bin ich sehr pessimistisch, weil der Sinn für Solidarität abnimmt, und ohne Sinn für Solidarität funktioniert Europa nicht mehr.“ (Umberto Eco)

Dieses Zitat von Umberto Eco, das aus Anlass seines Todes in einem Beitrag der Tagesschau am 20.2.16 gesendet wurde, ist ein Beispiel dafür, dass Solidarität ein Schlagwort ist, das die politische Debatte zur aktuellen Situation Europas bestimmt. Umso größer ist die Herausforderung, sich der heterogenen Literaturlage zu Solidarität im Allgemeinen und im Speziellen mit Bezug auf Europa anzunähern. So schwierig die Rahmenbedingungen wirken mögen, so spannend ist die Aufgabe, Systematik in das Thema zu bringen. Das große Interesse am politischen System Europas hat mich während der Bearbeitungszeit der Doktorarbeit nicht verlassen – die wichtigste Voraussetzung dafür, sie auch zu Ende zu bringen. Unentbehrlich für das Gelingen meiner Arbeit war ebenso die Betreuung durch meinen Doktorvater Prof. Kai-Uwe Schnapp, der mir bei inhaltlichen und methodischen Fragen zur Seite stand und mich stets unterstützt hat. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Auch meinem Zweitbetreuer, Prof. Olaf Asbach, und meinem Zweitgutachter, Prof. Dieter Fuchs, möchte ich für ihre Unterstützung herzlich danken.

Ebenso gilt mein Dank Dr. Roland Willner und Jenny Kuntz für ihre wertvollen Hinweise und genauen Korrekturen, die mir sehr dabei geholfen haben, scheinbar unlösbare Probleme aus einer neuen Perspektive zu betrachten.

Bei Gun Röttgers, Adrian Schaefer-Rolffs, Marcus Wittig und Inga Schüttfort möchte ich mich für ihre Begleitung über die letzten Jahre bedanken, in denen sie mich mit Rat und Tat unterstützt haben. Die gemeinsame Zeit bleibt in wertvoller Erinnerung.

Abschließend danke ich Henning Bornhöft und meinen Eltern, Ingrid und Rolf Braun. Ohne ihre Liebe und Unterstützung hätte ich meinen Weg nicht gehen können.

Sara Braun

Hamburg, Mai 2017

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
1. Einleitung.....	10
1.1 Forschungsstand zu transnationaler Solidarität in Europa.....	15
1.1.1 Transnationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit.....	15
1.1.2 Grenzüberschreitende Protestaktionen im Rahmen der Euro-Krise.....	17
1.1.3 Private Spenden als transnationale Solidarität.....	18
1.1.4 Grenzüberschreitende Solidarität als Zeichen der Sozialintegration Europas.....	18
1.1.5 Akzeptanz von Umverteilungsmaßnahmen auf europäischer Ebene.....	19
1.2 Fragestellung und Hypothesen.....	23
1.3 Methodisches Vorgehen.....	24
1.4 Aufbau der Arbeit.....	24
2. Transnationale Solidarität als Ressource der Systemstabilität.....	28
2.1 Solidarität als sozialwissenschaftliches Konzept.....	28
2.1.1 Begriffs- und Ideengeschichte.....	30
Begriffliche Ursprünge.....	30
Émile Durkheim: Arbeitsteilung als Quelle moderner sozialer Solidarität.....	32
Die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte.....	39
Solidarität in der Ökonomie: Kollektivgutproblematik und Altruismus.....	43
2.1.2 Definitionen, Typen, Konzeptvielfalt.....	50
Definitionen.....	50
Typen.....	58
Konzeptvielfalt als Problem für eine empirische Solidaritätsforschung.....	64
2.1.3 Der Solidaritätsbegriff und verwandte sozialwissenschaftliche Konzepte.....	66
Solidarität und Integration.....	66
Solidarität und kollektive Identität.....	70
Solidarität und Gerechtigkeit.....	73
Solidarität und Umverteilung.....	77
2.1.4 Der räumliche Bezug des Solidaritätsbegriffs.....	80
Solidarität im Nationalstaat.....	80
Grenzenlose Solidarität? Loslösung des Konzepts vom nationalstaatlichen Rahmen.....	84
2.1.5 Zwischenfazit: Definition transnationaler europäischer Solidarität.....	95
2.2 Systemtheoretischer Rahmen: David Eastons Theorie des politischen Systems.....	102
2.2.1 Positionierung als (Post-) Behaviorist und Anspruch einer „General Theory“.....	104
2.2.2 Dynamik und Persistenz – Eastons Modell der Politik.....	106
2.2.3 Das Konzept der Systemunterstützung.....	115
2.2.4 Die Bedeutung der politischen Gemeinschaft.....	121
2.2.5 Übertragbarkeit von Eastons Modell auf die supranationale Ebene.....	124
2.3 Schlussfolgerungen: Transnationale europäische Solidarität als Ressource der Stabilität der Europäischen Union.....	128

3.	Empirische Analyse transnationaler europäischer Solidarität	133
3.1	Operationalisierung der zentralen Variablen	134
3.1.1	Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten	135
3.1.2	Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft	137
3.1.3	Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft	139
3.2	Überblick über quantitative europaweit erhobene Umfragen zu Solidarität	140
3.2.1	European Social Survey	141
3.2.2	International Social Survey Programme	142
3.2.3	European Values Study	143
3.2.4	Umfragestudien des PEW Research Center	144
3.2.5	(Standard & Spezial) Eurobarometer	145
3.3	Analyse des Eurobarometers 79.3 (2013)	147
3.3.1	Beschreibung der Umfragedaten	147
3.3.2	Messen der drei latenten Konstrukte und univariate Auswertung der Indikatorvariablen	149
	Bedingung 1: Hilfsbereitschaft	149
	Bedingung 2: Gleichheitspräferenz	150
	Bedingung 3: Reziprozitätserwartung	152
	Bedingung 4: Europäische Identität	153
	Bedingung 5: Transnationalität	154
	Bedingung 6: Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal	155
	Bedingung 7: Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung	157
	Bedingung 8: Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung	158
3.3.3	Explorative Faktorenanalyse der Indikatorvariablen	161
3.3.4	Prüfen der Hypothesen zum Zusammenhang der drei latenten Konstrukte	171
	Hypothese 1.1	176
	Hypothese 1.2	178
	Hypothese 1.3	180
	Hypothese 1.4	182
	Hypothese 1.5	184
	Hypothese 1.6	185
	Hypothese 2.1	187
	Hypothese 2.2	188
	Hypothese 2.3	189
	Hypothese 2.4	191
	Hypothese 2.5	193
	Hypothese 2.6	194
	Spezifische Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie	196
3.4	Schlussfolgerungen: Empirische Ergebnisse zu transnationaler europäischer Solidarität	198

4. Fazit.....	202
4.1 Transnationale europäische Solidarität: theoretische Erkenntnisse.....	202
4.2 Empirische Ergebnisse.....	204
4.3 Bedeutung der Ergebnisse für die Stabilität der EU.....	206
Literaturverzeichnis.....	211
Verwendete Daten und Fragebögen.....	226

Anhänge

Anhang 1 Übersicht Fragen zur Bedingung 1 (Hilfsbereitschaft) im ESS, ISSP, EVS und Eurobarometer.....	227
Anhang 2 Liste der realisierten Interviews des Eurobarometers 79.3 (Europäische Kommission 2013a).....	233
Anhang 3 Sozio-demographische Struktur der Stichprobe des Eurobarometers 79.3 (nur EU-Bürger).....	234
Anhang 4 Häufigkeiten verwendete Variablen aus dem Eurobarometer 79.3.....	235
Anhang 5 Korrelationen der Variablen für die Faktorenanalyse.....	240
Anhang 6 Lineare Regressionsanalyse, Summe „weiß nicht“-Antworten.....	241
Anhang 7 Übersicht logistische Regressionsanalysen.....	242
Anhang 8 Transnationale europäische Solidarität als Ressource der Stabilität der Europäischen Union – theoretische und empirische Annäherungen (Zusammenfassung).....	245
Anhang 9 Transnational European solidarity as a resource to the stability of the European Union – theoretical and empirical approaches (abstract).....	246

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Flussmodell des politischen Systems (Easton 1957a: 387).....	111
Abbildung 2: Zusammenhang zwischen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten, der Unterstützung der politischen Gemeinschaft und der Stabilität des politischen Systems der EU (eigene Darstellung).....	132
Abbildung 3: Operationalisierung „Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten“ in fünf Bedingungen (eigene Darstellung).....	137
Abbildung 4: Operationalisierung „Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft“ in zwei Bedingungen (eigene Darstellung).....	139
Abbildung 5: Operationalisierung „Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft“ (eigene Darstellung).....	139
Abbildung 6: Histogramm Summe der „weiß nicht“-Antworten (Relative Häufigkeitsdichte).....	165
Abbildung 7: Screeplot nach Faktorenanalyse mit den Variablen 1.1, 2, 3.1, 4.1, 4.2, 5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 6.1, 6.2, 6.3, 7, 7.3, 8.2, 8.3 und 8.4.....	167
Abbildung 8: Hypothesen 1 und 2 (eigene Darstellung).....	171
Abbildung 9: Modell für Hypothese 2.6 (eigene Darstellung).....	175

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Indikatorvariablen Bedingung 1 (Hilfsbereitschaft) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)	149
Tabelle 2:	Indikatorvariablen Bedingung 2 (Gleichheitspräferenz) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)	151
Tabelle 3:	Indikatorvariablen Bedingung 3 (Reziprozitätserwartung) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)	152
Tabelle 4:	Indikatorvariablen Bedingung 4 (europäische Identität) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)	153
Tabelle 5:	Indikatorvariablen Bedingung 5 (Transnationalität) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)	154
Tabelle 6:	Indikatorvariablen Bedingung 6 (Bewusstsein über gemeinsames politisches Schicksal) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)	156
Tabelle 7:	Indikatorvariablen Bedingung 7 (Befürwortung politische Vergemeinschaftung) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)	158
Tabelle 8:	Indikatorvariablen Bedingung 8 (Befürwortung finanzielle Vergemeinschaftung) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)	159
Tabelle 9:	Zusammenfassen der nominalen Variablen der Bedingungen 2 (Gleichheitspräferenz) und 7 (Befürwortung politische Vergemeinschaftung) zu ordinalen Variablen (eigene Darstellung)	163
Tabelle 10:	Rotierte Faktorenanalyse mit den Variablen 1.1, 2, 3.1, 4.1, 4.2, 5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 6.1, 6.2, 6.3, 7, 7.3, 8.2, 8.3 und 8.4, Gesamteuropa	166
Tabelle 11:	Rotierte Faktorladungen und Uniqueness, Gesamteuropa. Angezeigt werden Faktorladungen $\geq 0,4$	167
Tabelle 12:	Rotierte Faktorenanalyse mit drei extrahierten Faktoren, Gesamteuropa	168
Tabelle 13:	Rotierte Faktorladungen und Uniqueness für drei extrahierte Faktoren, Gesamteuropa. Angezeigt werden Faktorladungen $\geq 0,4$	168
Tabelle 14:	Ordinales Regressionsmodell 1.1, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Zukunft des eigenen Landes besser außerhalb der EU (6.1)	177
Tabelle 15:	Ordinales Regressionsmodell 1.2, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Zustimmung zur Aussage, dass man sich infolge der Krise den Bürgern in anderen EU-Ländern stärker verbunden fühlt (6.2)	179
Tabelle 16:	Ordinales Regressionsmodell 1.3, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Zustimmung zur Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen (6.3)	181
Tabelle 17:	Binär logistisches Regressionsmodell 1.4, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik in der EU (7.1)	183
Tabelle 18:	Binär logistisches Regressionsmodell 1.5, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Staaten (7.2)	184
Tabelle 19:	Ordinales Regressionsmodell 1.6, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Zustimmung zur Aussage, dass sich die EU zu einem Bund von Nationalstaaten weiterentwickeln sollte (7.3)	186

Tabelle 20:	Binär logistisches Regressionsmodell 2.1, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Befürwortung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (8.1)	187
Tabelle 21:	Ordinales Regressionsmodell 2.2, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Befürwortung finanzielle Vergemeinschaftung: Summenscore Zusammenarbeit (8)	189
Tabelle 22:	Ordinales Regressionsmodell 2.3, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Wirksamkeit der Benennung eines EU-Finanzministers (8.5)	190
Tabelle 23:	Ordinales Regressionsmodell 2.4, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU (8.6)	192
Tabelle 24:	Ordinales Regressionsmodell 2.5, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Wirksamkeit einer zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (8.7)	193
Tabelle 25:	Ordinales Regressionsmodell 2.6, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, Befürwortung von Eurobonds (8.8)	195
Tabelle 26:	Korrelationen der Variablen für die Faktorenanalyse (* $p < 0.1$)	240
Tabelle 27:	Lineares Regressionsmodell, abhängige Variable: Summe der „weiß nicht“-Antworten.....	241
Tabelle 28:	Übersicht binäre/ ordinale logistische Regressionsmodelle ohne Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie	243
Tabelle 29:	Übersicht multinomiale logistische Regressionsmodelle mit Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie bei den abhängigen Variablen.....	244

1. Einleitung

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften und der fortlaufenden europäischen Integration waren von Beginn an viele Visionen verbunden: ein friedliches und wohlhabendes Europa zu schaffen, in dem Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Gleichheit als gemeinsame Grundwerte gelten, die Menschen in Europa „in Vielfalt geeint“ miteinander leben und die Solidarität zwischen den europäischen Völkern gestärkt wird.¹ Einige dieser „europäischen“ Visionen scheinen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 ihren Anfang nahm und die seit 2009 schließlich eine Krise der gemeinsamen Währung, die Euro-Krise, nach sich zog, in Gefahr geraten zu sein. Die drohenden Staatspleiten in einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) wie Griechenland oder Portugal, die alle Staaten des Euro-Raumes zu massiven Rettungsmaßnahmen bewegten, führten nicht nur zu wohlfahrtsstaatlichen Krisen in den entsprechenden Ländern, die bis heute andauern. Auch die Einheit der europäischen Staaten ist durch die Diskussion um gezahlte und empfangene Milliarden, um „Zahlmeister Europas“ (BILD.de 2011), „Pleitegriechen und Jammerdeutsche“ (Schlötzer et al. 2011) in eine Krise geraten.

Zuletzt zeigen die Diskussionen um die befürchtete „Armutsmigration“ (Brücker et al. 2013) von Menschen aus Rumänien und Bulgarien in die westlichen EU-Mitgliedstaaten, die im Rahmen der Erweiterung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU zum 1.1.2014 geführt wurden, oder um die EU-Flüchtlingsquote, gegen welche sich vor allem osteuropäische Mitgliedstaaten wehrten (Schwarz 2015), dass es um den Zusammenhalt der Europäer² in Zeiten der Krise nicht allzu gut bestellt ist.

Unabhängig von medial bewusst geschürten Stereotypen ist festzustellen, dass die finanzielle Integration der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise eine neue Dimension angenommen hat, die das Verhältnis der Europäer zueinander verändert hat:

„Auch wenn von vielen Kommentatoren die beschriebenen Hilfsmaßnahmen als nicht ausreichend und als zu zögerlich kritisiert werden, handelt es sich dabei im Kern um einen weiteren Schritt der politischen Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses [...]. [...] [D]ie wohlhabenden Mitglieder der EURO-Zone [stellen – SB] enorme Finanzmittel zur Verfügung, die den hochverschuldeten Ländern zugutekommen, sei es direkt als Kredit oder indirekt in Form von Ausfallbürgschaften. Diese Finanzmittel müssen letztendlich von den Bürgern der Geberländer in Form von Steuern aufgebracht werden, und sie kommen im Kern auch den Bürgern der in die Krise geratenen Länder zugute. Insofern handelt es sich bei den europäischen Stabilitätsmechanismen um eine bis dahin nicht gekannte innereuropäische Umverteilung von Ressourcen und damit um eine Bekundung der Solidarität zwischen verschiedenen Ländern der EU.“ (Gerhards und Lengfeld 2013: 10)

¹ Diese Grundwerte sind unter anderem in der Präambel des Vertrags von Lissabon verankert (Europäische Union 2012). Seit 2000 wird „in Vielfalt geeint“ als das offizielle Motto der Europäischen Union bezeichnet (Europäische Union 2014).

² Aus praktischen Gründen wird im Folgenden das generische Maskulinum verwendet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass damit sowohl Personen männlichen wie weiblichen Geschlechts gemeint sind.

Mit der neuen Intensität der Umverteilung, die durch die Rettungsmaßnahmen³ eingeführt wurde, gewann der Begriff der Solidarität in der politischen Diskussion merklich an Bedeutung:

„Solidarität in der Form eines finanziellen Lastenausgleichs wurde von einigen – keineswegs allen – Schuldnerländern offensiv eingefordert. Im Gegenzug verweisen Geberländer darauf, dass ein Land wie Griechenland durch eigene finanzielle Laxheit die Gebote der Solidarität selbst verletzt habe.“ (Immerfall 2016: 49)

Die vermehrte Formulierung von Solidaritätsforderungen im Kontext der Euro-Krise brachte zwar auch eine stärkere Auseinandersetzung der Sozialwissenschaften mit der Frage nach Solidarität in Europa mit sich.⁴ Diese Auseinandersetzung sah sich aber mit einem Problem konfrontiert, dem die Solidaritätsforschung seit ihren Anfängen ausgesetzt ist: Die Vielfalt an Verwendungen und auch Instrumentalisierungen des Solidaritätsbegriffs erschwert es, eine klare theoretische Perspektive zu entwickeln, anhand der das Phänomen empirisch analysiert werden kann. Eine „Theorie der Solidarität“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1199) ist bislang nicht formuliert worden. Viel zitiert ist die Feststellung von Herfried Münkler, dass Solidarität das „Stiefkind der Moralphilosophie“ (Münkler 2004: 15) sei:

„Während über Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in jüngster Zeit buchstäblich ganze Bibliotheken geschrieben worden sind, finden sich zu Solidarität nur ein paar Bücher und Aufsätze. Offenbar ist Solidarität nicht sonderlich theoriefähig; jedenfalls kann von einer Theorie der Solidarität, die mit den Theorien über Freiheit und Gerechtigkeit vergleichbar wäre, nicht die Rede sein: Zwar wird immer wieder versichert, Solidarität sei die Voraussetzung für die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, aber wie diese Voraussetzung zu denken ist und wie sie gepflegt werden kann, bleibt weitgehend im Dunkeln.“ (ebd.)

Im Gegensatz zur Soziologie, für die die Beschäftigung mit dem Phänomen der Solidarität seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert ein wesentlicher Bestandteil ist, findet eine Auseinandersetzung mit Solidarität in der Politikwissenschaft nur vereinzelt statt. Viele Autoren, die sich mit dem Konzept der Solidarität beschäftigen, beklagen, dass der Popularität des Solidaritätsbegriffs in der politischen Debatte ein Mangel an theoretischen Konzepten und empirischen Analysen gegenüberstehe (Kneuer und Masala 2015a: 8; Radtke 2009: 117–118; Stjernø 2005: 19). Andreas Wildt stellt fest, dass sich dies besonders bei einem Blick in wissenschaftliche Wörterbücher erkennen ließe:

³ Als Rettungsmaßnahmen werden in diesem Zusammenhang die folgenden Maßnahmen im Rahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Euro-Krise zusammengefasst: die kurzfristigen Kredithilfen der EU an einzelne Mitgliedstaaten von 2008 bis 2012, der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) von 2010, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) von 2010, der permanente Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) von 2012, der Europäische Fiskalvertrag von 2012 und die Interventionen der Europäischen Zentralbank (Bundesministerium der Finanzen 2012 und 2015). Eine ausführliche Analyse der Entstehung, Beschaffenheit oder Wirkung dieser finanzpolitischen Maßnahmen ist nicht Teil der vorliegenden Arbeit, deren Schwerpunkt auf der Solidarität der EU-Bürger liegt. Einen systematischen Überblick über die Rettungsmaßnahmen bietet Ingolf Pernice (2013). Eine politikwissenschaftliche Einordnung leisten beispielsweise Heinz Kleger und Thomas Mehlhausen (2013) oder Holger Lengfeld (2015). Einen soziologischen Blick auf die Rettungsmaßnahmen hat der Sammelband zur „Krise der europäischen Vergesellschaftung“ von Martin Heidenreich (2014).

⁴ So sind in den letzten Jahren diverse Sammelbände erschienen, die sich explizit der Solidarität in Europa widmen: „Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde“ (Aschauer et al. 2016), „Solidarität in der EU“ (Knodt und Tews 2014b), „Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis“ (Billmann und Held 2013), „Europäische Solidarität und nationale Identität. Überlegungen im Kontext der Krise im Euroraum“ (Calliess 2013).

„Deutsche philosophische Lexika berücksichtigen ‚Solidarität‘ in der Regel nicht, und sozialwissenschaftliche Lexika sind an begriffsgeschichtlichen und definitorischen Klärungen zu wenig interessiert.“ (Wildt 1995: 1006)

Für neuere politikwissenschaftliche Lexika und aktuellere konzeptionelle Beiträge kann diese Kritik nicht in der Schärfe vorgebracht werden, in der sie Wildt 1995 formulierte. Als minimaler Konsens zum Solidaritätsbegriff über die verschiedenen Verwendungskontexte hinweg kann die von Kurt Bayertz formulierte wechselseitige Verbindung der Mitglieder einer Gruppe von Menschen (Bayertz 1998) angesehen werden. Bayertz bezeichnet Solidarität in einem späteren Beitrag mit Susanne Boshammer als den „Inbegriff des inneren Zusammenhalts einer Gruppe, Gemeinschaft oder der Gesellschaft insgesamt“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1197), für den das „Gefühl der wechselseitigen Verbundenheit der Gruppenmitglieder“ (ebd.) eine wichtige Rolle spiele. Manfred Groser formuliert eine ähnliche Definition, geht aber über die Verbundenheitsgefühle zwischen Gruppenmitgliedern als Grundlage von Solidarität hinaus. Solidarität basiert ihm zufolge zwar auch „auf einem Zugehörigkeitsgefühl“ (Groser 2010: 958). Im Wesentlichen sei sie aber auf „gemeinsame[...] Interessen und Überzeugungen“ (ebd.) zurückzuführen. Er definiert Solidarität als die „wechselseitige Verpflichtung, als Mitglieder von Gruppen oder Organisationen füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen“ (ebd.). Verschiedene Autoren bringen die Verpflichtungen, auf denen Solidarität beruht, mit einer gewissen Opferbereitschaft der Gruppenmitglieder zugunsten der Gemeinschaft zusammen (Kleger 2013; Mau 2009). Jean-Marc Coicaud verbindet in seiner Definition Verbundenheitsgefühle und wechselseitige Verpflichtungen:

„Solidarity refers to the type of relation in which people feel that they have an obligation to help others, for instance, because they experience a connection and ‚we-ness‘ with them based on a community of interest and values [...].“ (Coicaud 2011: 2464)

Andere Autoren legen den Schwerpunkt auf die Handlungs- oder Verhaltensdimension von Solidarität (Thome 1998; Wildt 1998). Solidarität wird dann nicht als Zusammengehörigkeits- oder Verpflichtungsgefühl, sondern als konkretes Verhalten oder als konkrete Handlung verstanden. Unabhängig davon, ob Solidarität als Gefühl der Verbundenheit oder als konkrete Handlung verstanden wird, impliziert der Begriff, dass die Mitglieder einer Gruppe spezifische, solidarische Einstellungen zueinander haben. Sind diese Einstellungen stark genug ausgeprägt, kann davon ausgegangen werden, dass die Gruppenmitglieder bereit sind, den anderen Mitgliedern gegenüber solidarisch zu handeln oder das solidarische Handeln anderer zu unterstützen. Diese Solidaritätsbereitschaft kann auch als Disposition zu solidarischem Handeln bezeichnet werden. Dispositionen sind „konsistente[...], situationsübergreifende[...] Reaktionstendenzen“ (Fromm 2012: 53), bei denen es „nicht um ein singuläres Verhalten in einer einzigen Situation [geht – SB], sondern um die Tendenz, auf ähnlich strukturierte Situationen in gleichförmiger Weise zu reagieren“ (ebd.). Die Disposition zu solidarischem Verhalten zeigt also die Tendenz einer Person auf, anderen bedürftigen Personen in einer Notsituation zu helfen.

Bei den meisten Ansätzen wird deutlich, dass Solidarität in sozialen Zusammenhängen unterschiedlicher Reichweite beobachtet werden kann: innerhalb von Familien aber auch Nationalstaaten oder grenzübergreifenden Gruppen (Coates 2011; Preuß 1998). Geht man davon aus, dass Solidarität auf die Bereitschaft der Gruppenmitglieder abzielt, anderen Mitgliedern zu helfen und dafür sogar auf eigene Ressourcen zu verzichten, wird deutlich, dass der Begriff der Solidarität durchaus geeignet ist, um das durch die Euro-Krise beeinflusste Verhältnis der Europäer zueinander zu untersuchen. Ist eine Bereitschaft der Europäer zum Verzicht auf eigene Ressourcen zugunsten anderer Europäer überhaupt vorhanden? Verstehen sich die Europäer selbst bereits als eine Solidargemeinschaft? Ist Solidarität Teil der europäischen Identität? Diese Fragen gewinnen mit Blick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise an Bedeutung, weil davon auszugehen ist, dass ihre Beantwortung entscheidend dafür ist, ob die EU-Bürger die entsprechenden Umverteilungsmaßnahmen befürworten oder nicht:

„[...] the European community has, first, the function of getting majority decisions at the EU level accepted and, second, the function of generating solidarity between the members of the European community. This solidarity is the precondition for redistributive decisions being supported. This means, for example, that the members of a rich EU country are also prepared to support a poor EU country financially if it has fallen into economic or financial difficulties or that disparities in affluence between the EU countries are fundamentally reduced.“ (Fuchs 2013: 91–92)

Eine ausreichende Solidaritätsbereitschaft der EU-Bürger kann demnach „helfen, weitergehende Integrationsschritte zu legitimieren und die Verpflichtung auf kollektive Ziele zu unterfüttern“ (Mau 2009: 63).

Das häufig kritisierte Demokratiedefizit der EU⁵, das sich darauf bezieht, dass die EU-Bürger „nur sehr indirekte und begrenzte Möglichkeiten [haben – SB], die europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen“ (Bieling 2008: 128) gerät an dieser Stelle erneut in den Blick:

„Die Menschen Europas wurden nicht oder nur recht vermittelt über die nationalen Parlamente gefragt, ob ihre Staaten Rettungsschirme einrichten und Bürgschaften übernehmen sollen, oder ob den Krisenländern Austeritätsmaßnahmen auferlegt werden müssen. Entsprechend haben die Krise und die zur Krisenbewältigung eingeleiteten Maßnahmen auch die Distanz zwischen dem europäischen Elitenprojekt und den Bürgern deutlich größer werden lassen.“ (Gerhards und Lengfeld 2013: 208)

Auch wenn die EU-Bürger kaum Möglichkeiten haben, ihren Einstellungen auf europäischer Ebene im Rahmen demokratischer Prozesse Wirkung zu verleihen, ist doch zu bezweifeln, dass die Rettungsmaßnahmen sowie die damit einhergehenden an die Wirtschaftspolitik der Empfängerländer gestellten Bedingungen dauerhaft ohne eine grundlegende Unterstützung durch die Bevölkerungen der Mitgliedsländer fortgeführt werden können. Nicht zuletzt werden sich die Unzufriedenheiten mit der

⁵ Wesentliche Beiträge zur Debatte um das Demokratiedefizit der EU haben neben den zitierten Autoren beispielsweise Fritz W. Scharpf (2003, 2004, 2009), Dieter Fuchs (2002a), Peter Graf Kielmansegg (2015), Giandomenico Majone (1998), Andrew Moravcsik (2002), Andreas Follesdal und Simon Hix (2005) geleistet. Diese Beiträge sollen an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden, weil der Schwerpunkt der Arbeit nicht auf den strukturellen und institutionellen demokratischen Defiziten der EU, sondern auf den solidarischen Einstellungen der EU-Bürger zueinander liegen soll.

europäischen Politik auf nationale Prozesse übertragen, was bereits an dem Erstarren anti-europäischer Parteien in vielen EU-Mitgliedsländern zu erkennen ist.

Zwischen der vorhandenen Solidaritätsbereitschaft der EU-Bürger und der tatsächlich durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten geleisteten Solidarität kann ein Spannungsverhältnis entstehen, das sich negativ auf die Stabilität der EU auswirken kann und dem sich die Sozialwissenschaften sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Ebene widmen müssen, wenn sie sich mit der Zukunft der EU beschäftigen.

Seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich einige Autoren verstärkt an der konzeptionellen Übertragung des Solidaritätsbegriffs auf die grenzüberschreitende Ebene versucht. Abhängig von der Akteursebene wird in der Literatur von inter-, supra-, und transnationaler oder intergouvernementaler Solidarität gesprochen (Kleger 2011; Preuß 1998a). Diese Typen unterscheiden sich im Wesentlichen in der Akteursebene, also der Frage, wer eigentlich solidarisch handelt – individuelle oder kollektive, staatliche oder nicht-staatliche Akteure. In Bezug auf Europa ist zudem entscheidend, welcher Ebene im politischen Mehrebenensystem die kollektiven Akteure zuzuordnen sind – der nationalstaatlichen oder der europäischen Ebene (Knodt und Tews 2014a: 11). Der Begriff der internationalen Solidarität wird in den Sozialwissenschaften entsprechend der Bezeichnung der internationalen Beziehungen im Wesentlichen für solidarische Akte zwischen staatlichen Institutionen verschiedener Länder verwendet (Radtke 2009: 121).⁶ Die finanziellen Hilfsleistungen der Regierung eines EU-Mitgliedstaats für eine andere Regierung, welche einen Großteil der oben angeführten Rettungsmaßnahmen ausmachen, werden in der Literatur als intergouvernementale Solidarität bezeichnet (Kleger und Mehlhausen 2013: 56). Der Begriff der supranationalen Solidarität bezieht sich auf die Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen an die supranationale Ebene bei Politikfeldern, die vom Solidarprinzip betroffen sind. Er wird zumeist im Zusammenhang mit der Übertragung der nationalstaatlichen Kompetenzen in der Sozialpolitik an die europäische Ebene verwendet (ebd.: 55). Auch im Kontext der EU-Kohäsionspolitik, die der Struktur- und Regionalförderung in weniger entwickelten europäischen Ländern dient und die als eine „eigenständige Umverteilungspolitik“ (Mau und Verwiebe 2009: 250) der EU gelten kann, kann von supranationaler Solidarität gesprochen werden.⁷ Bei allen drei Konzepten – internationaler, intergouvernementaler und supranationaler Solidarität – stehen institutionelle Akteure im Fokus. In der politikwissenschaftlichen Erforschung der Krise stellt die institutionelle Analyse der politischen Prozesse im Zusammenhang mit der intergouverne-

⁶ Auf europäischer Ebene ist das Prinzip internationaler Solidarität in den Europäischen Verträgen rechtlich verankert worden und spielt dort eine bedeutende Rolle (Knodt und Tews 2014a: 7; Schorkopf 2013: 100). Solidarität wird beispielsweise im konsolidierten Vertrag von Lissabon von 2007 als allgemeiner Grundwert europäischer Politik (z.B. in den „Gemeinsamen Bestimmungen“, Artikel 2, Europäische Union 2012: 17), als Grundprinzip konkreter Bereiche der Innenpolitik (z.B. in der „Solidaritätsklausel“, Artikel 222, ebd.: 148) und als Grundprinzip der Außenbeziehungen der EU, zum Beispiel in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Kontrollen an den Außengrenzen (Artikel 67, ebd.: 73) genannt.

⁷ Die EU-Kohäsionspolitik wird von der Europäischen Kommission als „Hauptinvestitionspolitik der EU“ (Europäische Kommission 2014) bezeichnet.

mentalen Solidarität einen Schwerpunkt dar. Zumeist wird dabei die Bedeutung der individuellen Solidaritätsbereitschaft zwischen EU-Bürgern nicht berücksichtigt, die für diese Arbeit zentral ist. So stellen auch Jürgen Gerhards und Holger Lengfeld fest:

„Die Politikwissenschaft beschäftigt sich mit dem Teil des Eisbergs, der aus dem Wasser herausragt. Im Mittelpunkt stehen die Analyse europäischer politischer Institutionen und das Zusammenspiel zwischen nationalen und europäischen Institutionen. Zu lange wurde allerdings nicht bedacht, dass der politische Integrationsprozess sowohl von gesellschaftlichen Voraussetzungen abhängig ist als auch auf die Entwicklung der nationalen Gesellschaften und die Entstehung einer europäischen Gesellschaft einwirkt.“ (Gerhards und Lengfeld 2013: 17)

Eine systematische Auseinandersetzung mit der Solidarität unter den Europäern, welche sich in solidarischen Einstellungen oder Handlungen widerspiegeln kann und in der Literatur als transnationale Solidarität bezeichnet wird, ist trotz ihrer Bedeutung für die Stabilität der EU bislang nur ansatzweise erfolgt (Knodt und Tews 2014a: 12–13; Scheuringer 2010: 255; Radtke 2009: 118; Schieder 2009: 12). Aufgrund des Mangels an etablierten theoretischen Ansätzen zum Solidaritätsbegriff haben die Ansätze zur grenzüberschreitenden nicht-staatlichen Solidarität höchst unterschiedliche theoretische Grundlagen und verwenden den Solidaritätsbegriff für nur schwer miteinander vergleichbare Kontexte.⁸ Dennoch sind in den letzten Jahren einige empirische Beiträge in den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen geleistet worden, die sich mit transnationaler Solidarität in Europa, im Sinne einer nicht-staatlichen grenzüberschreitenden Solidarität, beschäftigen.

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick zum Stand der empirischen Forschung zur transnationalen Solidarität in Europa (Kapitel 1.1) gegeben werden, um darauf aufbauend die Forschungslücke zu skizzieren, die mit dieser Arbeit geschlossen werden soll. Daran anschließend werden die Fragestellung der Arbeit und die darauf aufbauenden Hypothesen formuliert (Kapitel 1.2). Schließlich wird das methodische Vorgehen erläutert (Kapitel 1.3) und der Aufbau der Arbeit dargestellt (Kapitel 1.4).

1.1 Forschungsstand zu transnationaler Solidarität in Europa

1.1.1 Transnationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit

Die Begriffe der Solidarität und vor allem der internationalen Solidarität sind historisch eng mit der Arbeiterbewegung verknüpft. Insofern überrascht es nicht, dass die Literatur zu grenzüberschreitender Solidarität einen großen Anteil an Beiträgen zur transnationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit aufweist.⁹ Heinz Kleger und Thomas Mehlhausen stellen beispielsweise fest, dass es mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund („European Trade Union Confederation“), dem dazugehörigen Forschungsinstitut („European Trade Union Institute“) und den Europäischen Betriebsräten eine um-

⁸ Ein anschauliches Beispiel für die Vielfalt an Verwendungen des Solidaritätsbegriff bietet der Sammelband von Marianne Kneuer und Carlo Masala (2015b), in dessen Beiträgen so unterschiedliche Handlungen wie der Verzicht auf eine sonntägliche Spritztour mit dem Auto (Herrler 2015) oder das Leisten von Rentenbeiträgen (Hampe 2015) als politisch relevante solidarische Handlungen bezeichnet werden.

⁹ Einen umfassenden Überblick zu transnationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit, nicht nur in Europa, bietet der Sammelband von Frank Gerlach und Kollegen (2011).

fassende gewerkschaftliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gibt. Allerdings halten sie diese Einrichtungen gesamtgesellschaftlich für nicht besonders bedeutend (Kleger und Mehlhausen 2013: 54). Der Grundsatz der Solidarität in der Charta der Grundrechte der EU, dem unter anderem umfassende Arbeitnehmerrechte zugeordnet sind, stellt aus der Sicht von Kleger zwar einen „Anknüpfungspunkt nicht nur für gewerkschaftliche transnationale Solidarität“ (Kleger 2011: 1) dar. Jedoch seien keine „europäischen sozialen Bewegungen“ (ebd.) erkennbar, die sich unter Bezug auf diesen Grundsatz herausgebildet haben.

Heiner Dribbusch kommt zu einem ähnlichen, wenn auch differenzierteren Ergebnis. Er verweist auf einzelne erfolgreiche Kooperationen zwischen Gewerkschaften aus unterschiedlichen europäischen Ländern, die mit der Unterstützung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) durchgeführt worden sind, betont aber auch, dass es vor allem im Rahmen der Euro-Krise nur ansatzweise zu einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten gekommen sei:

„Während es in Portugal, Spanien sowie teilweise Griechenland und Italien erstmals zu synchronisierten Streikaktionen kam und Gewerkschaften in Frankreich, Belgien sowie einigen osteuropäischen Ländern zumindest größere Demonstrationen organisierten, kamen die Gewerkschaften in den Nordländern, so z. B. auch in Deutschland, nicht über weitgehend symbolische Aktionen und Solidaritätserklärungen hinaus.“ (Dribbusch 2014: 337)

Von einem „europäischen Generalstreik gegen die Austeritätspolitik der Troika“ (ebd.) sei die derzeitige Situation aber weit entfernt. Dribbusch führt dies darauf zurück, dass wesentliche Voraussetzungen für eine transnationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Euro-Krise nicht gegeben seien: Die Beschäftigten in den verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten seien sehr unterschiedlich stark von der Krise betroffen und hätten daher auch keine einheitliche Problemwahrnehmung. Darauf aufbauend hätten auch die europäischen Einzelgewerkschaften, die im EGB vertreten sind, unterschiedliche Interessen, was eine solidarische Zusammenarbeit erschwere (ebd.: 341–342). Susanne Pernicka und Julia Hofmann weisen zusätzlich darauf hin, dass durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2007 „[...] das Streikrecht auf EU-Ebene explizit als Grundrecht anerkannt, die Ausübung dieses Rechts aber an restriktive Bedingungen geknüpft“ (Pernicka und Hofmann 2015: 135) wurde. Dieses Urteil habe die transnationale Solidarisierung der Gewerkschaften innerhalb der EU eher erschwert (ebd.: 142). Die Autorinnen stellen fest, dass „der gewerkschaftliche Aktionsradius [...] überwiegend auf nationalstaatlicher Ebene verblieben“ ist (ebd.: 135).

Eine leichte Tendenz zur stärkeren Transnationalisierung der gewerkschaftlichen Arbeit in Europa sei dennoch zu erkennen. Insbesondere die „European Action Days“, an denen zwischen 2010 und 2013 Gewerkschaften aus bis zu 26 EU-Mitgliedstaaten teilnahmen und beispielsweise Generalstreiks in mehreren Ländern miteinander koordiniert wurden, seien als Zeichen der grenzüberschreitenden solidarischen Mobilisierung zu werten (ebd.: 151–152).¹⁰

¹⁰ Pernicka und Hofmann weisen jedoch ähnlich wie Dribbusch darauf hin, dass eine „Effektivität der transnationalen Kooperationen“ (Pernicka und Hofmann 2015: 152) nur bedingt gegeben sei. Dafür seien folgende Bedingungen verantwort-

Die beschriebene Literatur bietet zwar einige Erkenntnisse zur grenzüberschreitenden Unterstützung zwischen europäischen Gewerkschaften. Die Untersuchung dieser speziellen Form der Kooperation bringt aber zwei wesentliche Einschränkungen für ein näheres Verständnis transnationaler Solidarität zwischen EU-Bürgern mit sich: Zum einen werden Geber und Empfänger von Solidarität in diesem konkreten Fall vor allem durch ihre Eigenschaft als Arbeitnehmer verbunden, nicht aber dadurch, dass sie ganz allgemein betrachtet Europäer sind. Die Bereitschaft zur Solidarität untereinander beruht also auf dem gemeinsamen Arbeitnehmereisen. Diese Situation lässt sich nicht ohne weiteres auf alle EU-Bürger übertragen. Zum anderen hat dieser Forschungszweig nicht den Anspruch, solidarische Einstellungen von Individuen zu untersuchen, sondern betrachtet die Kooperation von Organisationen. Das hat zur Folge, dass diese Ansätze für die Entwicklung eines Solidaritätskonzepts in der vorliegenden Arbeit, welche sich auf solidarische Einstellungen zwischen den EU-Bürgern fokussiert, nur bedingt herangezogen werden können.

1.1.2 Grenzüberschreitende Protestaktionen im Rahmen der Euro-Krise

Auf individuelle Formen der Zusammenarbeit beziehen sich verschiedene Autoren, die sich näher mit (nicht gewerkschaftlich organisierten) grenzüberschreitenden Protestaktionen im Rahmen der Euro-Krise beschäftigen (Birke 2013; Teune 2012). Kleger und Mehlhausen weisen darauf hin, dass

„[...] die ersten grenzüberschreitenden Protest- und Unterstützungsaktionen sowie vereinzelte Forderungen nach einem stärkeren sozialen Europa Elemente einer transnationalen bzw. supranationalen Solidarität dar[stellen] – SB)“ (Kleger und Mehlhausen 2013: 56).

Eine Intensivierung transnationaler Protestaktionen setze allerdings voraus, dass „mehr soziale Problemthemen in einem europäischen Kontext wahrgenommen werden“ (ebd.: 55). Steffen Mau erkennt Ansätze einer solchen europaweiten Problemwahrnehmung in der sogenannten „Euro-Mayday“-Bewegung:

„Allerdings formiert sich auch sichtbarer übergreifender Protest in Europa, und dies vor allem in Reaktion auf Prozesse der Liberalisierung und Deregulierung und oft als Gegenentwurf zur EU des Gemeinsamen Marktes. Die Euro-Märsche oder die Euro-Maydays gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung sind Beispiele dafür, dass sich mit der Europäisierung neue Formen der politischen Organisation und Mobilisierung herausbilden. [...] Europäisch sind diese Formen des kollektiven Engagements deshalb, weil europäische Probleme identifiziert und adressiert werden, weil Akteure aus unterschiedlichen Ländern zusammen kommen und weil ihre Aktivitäten und Forderungen auf die europäische Ebene politischer Entscheidung gerichtet sind.“ (Mau 2009: 80)

In den genannten Artikeln wird allerdings nicht deutlich, ob der Protest einen solidarischen Hintergrund hat, also andere Europäer unterstützt werden sollen, oder ob es primär darum geht, auf Missstände im eigenen Land hinzuweisen. Auch hier sind der Analyse transnationaler Solidarität zwischen EU-Bürgern somit gewisse Grenzen gesetzt.

lich: „(1) die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Strategien der Interessensdurchsetzung und (2) hinsichtlich der konkreten Ziele der Aktionstage sowie (3) die unklare Rolle des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).“ (ebd.)

1.1.3 Private Spenden als transnationale Solidarität

Neben der Zusammenarbeit kollektiver Akteure aus unterschiedlichen Ländern und grenzüberschreitend organisierten Protestaktionen können private Spenden eine Form der grenzüberschreitenden Solidarität darstellen. Mit diesem Phänomen beschäftigt sich Katrin Radtke, die die „[...] These einer zunehmenden transnationalen Solidarität empirisch am Beispiel des Spendenaufkommens in der Not- und Entwicklungshilfe“ (Radtke 2009: 117) in Deutschland und der Schweiz überprüft. Sie verwendet dabei drei verschiedene Formen von Spendendaten:

„(1) die Spendeneinnahmen von Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Not- und Entwicklungshilfe in Deutschland, (2) die Spendenausgaben von Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Not- und Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich und (3) der relative Anteil der Spenden für die Not- und Entwicklungshilfe an allen Spenden in Deutschland und der Schweiz.“ (ebd.: 123)

Sie kommt zu dem Ergebnis, dass

„[...] transnationale Solidarität [...] in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen [hat – SB] und zwar sowohl relativ, im Verhältnis zu Solidarität, die sich eher auf den sozialen Nahbereich bezieht, als auch absolut“ (ebd.: 135).

Radtke differenziert die Zielgruppe der Solidarität bei ihrer Analyse allerdings nicht weiter. So kann die Not- und Entwicklungshilfe sich sowohl auf Empfänger innerhalb als auch außerhalb der EU beziehen. Zu transnationalen privaten Spenden mit europäischem Bezug ist keine Literatur verfügbar, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass – zumindest in Deutschland – amtliche Spendenstatistiken sowie Daten aus Bevölkerungsumfragen, die private Spenden thematisieren, in Bezug auf die erhobenen Informationen noch deutlich ausbaufähig sind (Priller und Sommerfeld 2010: 7–8).¹¹ Die Spendenforschung setzt sich zwar damit auseinander, welche individuellen und gesellschaftlichen Faktoren das Spendenverhalten beeinflussen (siehe beispielsweise Priller und Sommerfeld 2005) und auch in Bezug auf inhaltliche Spendenzwecke sind ansatzweise Daten verfügbar (Radtke 2009). Die Bezugnahme auf einzelne Regionen, für die gespendet wird, ist jedoch nicht möglich. Auf der Basis der Spendenforschung lassen sich also keine Schlüsse über das Ausmaß der Solidarität unter Europäern ziehen.

1.1.4 Grenzüberschreitende Solidarität als Zeichen der Sozialintegration Europas

Einen deutlich stärkeren Bezug zu den Einstellungen der EU-Bürger zueinander stellen verschiedene Studien zur Sozialintegration Europas her. Als Sozialintegration kann im Wesentlichen das Zusammenwachsen der Individuen einer Gemeinschaft oder Gesellschaft verstanden werden (Delhey 2004b: 6). An dieser Stelle soll beispielhaft eine Umfragestudie von Jürgen Gerhards und Holger Lengfeld (2013) beschrieben werden, welche sich explizit mit der Bedeutung von grenzüberschreitender Solidarität für die Sozialintegration Europas auseinandersetzt. Die Autoren widmen sich der

¹¹ Dieses Defizit gilt weltweit auch für viele andere Länder – abgesehen von Großbritannien, Kanada und den USA, die recht umfangreiche Spendenstatistiken führen (Priller und Sommerfeld 2010: 9).

Forschungsfrage, ob „die Bürger die Idee, dass alle Europäer die gleichen Rechte haben sollen“ (ebd.: 16), unterstützen, oder ob sie nach wie vor die Nationalität als wichtiges Kriterium für die Zubilligung bestimmter Rechte heranziehen. Sie unterscheiden dabei zwischen gleichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechten. Für den Begriff der Solidarität ist insbesondere die Frage nach gleichen sozialen Rechten interessant, weil die Befragten hier angeben sollen,

„[...] inwiefern sie der Zahlung öffentlicher Transfers in gleicher Höhe an Inländer und EU-Ausländer des gleichen Befragungssamples zustimmen und zwar auch dann, wenn die Leistungen für alle gekürzt werden müssten“ (ebd.: 55).

Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Akzeptanz für gleiche soziale Rechte zwar auf einem recht hohen Niveau befindet, dass dieses aber sinkt, wenn gleiche Rechte mit konkreten Kosten verbunden werden (ebd.: 203). Die Herangehensweise der Autoren lässt einige Schlüsse über das Ausmaß an transnationaler Solidarbereitschaft der Europäer zu, beschränkt den Begriff jedoch im Wesentlichen auf den Begriff der Chancengleichheit. In einem späteren Artikel halten sie fest:

„In der gegenwärtigen Krise der Europäischen Union sind aber anspruchsvollere Formen der Sozialintegration gefordert als die der grenzübergreifenden Chancengleichheit, weil es [...] vor allem um Fragen der Umverteilung von Ressourcen geht. [...] Die Frage ist dann, ob auch solche Maßnahmen der Solidarität von den Bürgern der Europäischen Union und vor allem von jenen der Geberländer unterstützt werden.“ (Gerhards und Lengfeld 2014: 219)

Einen umfassenden Ansatz zu den solidarischen Einstellungen der EU-Bürger zueinander bietet also auch dieser Beitrag nicht.

1.1.5 Akzeptanz von Umverteilungsmaßnahmen auf europäischer Ebene

Im Rahmen dieser Arbeit ist gerade relevant, inwiefern die EU-Bürger Umverteilungsmaßnahmen auf europäischer Ebene akzeptieren, daher sollen einige Beiträge skizziert werden, die sich mit diesem konkreten Aspekt der europäischen Solidarität auseinandersetzen.

Mit der Akzeptanz der EU-Kohäsionspolitik beschäftigen sich beispielsweise Sean Mueller und Soeren Keil (2013). Sie vergleichen die interterritorialen Finanzausgleichssysteme der Schweiz und der EU in Bezug auf die Frage der Zusammenhänge zwischen der Art des Finanzausgleichs, der Solidaritätsbereitschaft der Bürger und der sich daraus ergebenden Legitimität des Finanzausgleichssystems (Mueller und Keil 2013: 128). Sie vertreten eine neo-funktionalistische These, die besagt, dass die institutionell organisierte fiskalische Solidarität zu Zusammengehörigkeitsgefühlen und damit zu Solidarität zwischen den Bürgern unterschiedlicher Regionen führen werde (ebd.: 130). Ihre Analysen für die EU, die sie anhand von Daten des Eurobarometers durchführen, zeigen, dass diejenigen EU-Bürger, die bereits von den Maßnahmen der Regionalfonds profitiert haben, auch überdurchschnittlich starke Unterstützer der EU sind (ebd.: 143). Dieser Effekt stützt also durchaus ihre These. Der Arbeit liegt aber keine Klärung der Bedeutung von Solidarität zugrunde, sie wird vage mit den Begriffen „'civic' sense of belonging“ (ebd.: 124), „'cosmopolitan' shared identity“ (ebd.) oder „feeling of solidarity and reciprocity“ (ebd.) umschrieben, im weiteren Verlauf wird sie in Bezug auf die EU vor allem mit

der Unterstützung des gesamten politischen Systems operationalisiert und nimmt damit keinen Bezug auf die tatsächliche Solidaritätsbereitschaft zwischen Bürgern, um die es in der vorliegenden Arbeit gehen soll.

Steffen Osterloh verfolgt in seinem Artikel „Can Regional Transfers Buy Public Support?“ (Osterloh 2011) eine ähnliche Argumentation. Er untersucht den Effekt der Umverteilungsmaßnahmen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik, gemessen am Einfluss von pro Kopf Zahlungen aus den Regionalfonds an die Region der Befragten auf ihre Unterstützung der EU (ebd.: 19). Auch Osterloh kann seine Annahme bestätigen, arbeitet aber nicht mit dem Solidaritätsbegriff. Insofern bietet auch dieser Beitrag keine umfassende Grundlage zur theoretischen Erfassung des Phänomens der grenzüberschreitenden Solidarität in Europa.

Einen aktuelleren Bezug haben einige Beiträge, die sich mit der Akzeptanz der Umverteilungsmaßnahmen im Rahmen der Euro-Krise auseinandersetzen. Michael Bechtel, Jens Hainmueller und Yotam Margalit beschäftigen sich in zwei Artikeln von 2012 und 2013 explizit mit der öffentlichen Meinung zu den finanziellen Transfers an die von der Krise besonders betroffenen Mitglieder der Euro-Zone (Bechtel et al. 2013: 1; 2012: 1). Sie legen dabei ihren Schwerpunkt auf die Konditionalität der Einstellungen zu dieser Form der internationalen Umverteilung. In ihrem ersten Artikel kommen sie auf der Basis eines Survey-Experiments zu dem Schluss, dass bestimmte Charakteristika der Umverteilungsmaßnahmen, wie die Lastenverteilung oder die Bedingungen an die Empfänger sowie individuelle Kriterien wie das Einkommen oder die Bildung entscheidend für die Zustimmung sind, die den Maßnahmen zukommt. Insgesamt stellen sie ein recht niedriges Unterstützungsniveau fest (Bechtel et al. 2012: 16).

In ihrem Artikel von 2013 überprüfen die Autoren den Einfluss weiterer Faktoren wie zum Beispiel kosmopolitischer oder altruistischer Einstellungen auf die Befürwortung der Umverteilungsmaßnahmen (Bechtel et al. 2013: 1–2). Sie kommen zu dem Schluss, dass beide Faktoren einen starken Einfluss auf die Einstellung zu den Umverteilungsmaßnahmen haben, und bestätigen ihr Ergebnis von 2012 dahin gehend, dass sie ein niedriges Niveau der Unterstützung konstatieren (ebd.: 25–26). Die Ergebnisse der Studien von Bechtel und Kollegen bieten wichtige Hinweise in Bezug auf die Unterstützung der Umverteilungsmaßnahmen der Krise, allerdings beziehen sie sich ausschließlich auf Befragungsdaten aus Deutschland. Die Daten können nicht auf die Gesamtheit der EU-Bürger übertragen werden und lassen somit auch keine Schlüsse auf das allgemeine Ausmaß der transnationalen Solidarität zu.

Gianmarco Daniele und Benny Geys verwenden Befragungsdaten aus ganz Europa und beschäftigen sich mit den Einstellungen zu dem konkreten, wenn auch bislang nicht realisierten Instrument der Eurobonds, welches eine weitere finanzielle Integration der Euroländer mit sich bringen würde. Sie untersuchen den Einfluss verschiedener Variablen, darunter die als „subjektiven Wert“ (Daniele und

Geys 2012: 4) oder auch als „Gefühl“ (ebd.: 5) bezeichnete Einstellungsdimension der Solidarität. Sie messen diese Variable wie folgt:

„SOLIDARITY equals 1 for respondents replying positively to: ‘Would you be prepared to pay more for groceries or other products from developing countries to support people living in these countries (for instance for fair-trade products)?’” (ebd.: 7)

Mit der Fokussierung auf die Bereitschaft, für bestimmte Konsumgüter mehr auszugeben, wenn sie aus Entwicklungsländern kommen, ist der zugrundeliegende Solidaritätsbegriff des Beitrages recht schwach und auch nicht auf die Solidaritätsbereitschaft gegenüber anderen Europäern ausgerichtet. Nichtsdestotrotz stellen die Autoren fest, dass „Solidaritätsgefühle“ (ebd.: 8), wie sie die Variable schlussendlich nennen, einen wichtigen Einfluss auf die Befürwortung von Eurobonds haben.

Theresa Kuhn und Florian Stöckel beschäftigen sich in einem Artikel von 2014 mit der öffentlichen Meinung zu verschiedenen Maßnahmen einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik („european economic governance“, ebd.: 624). Im Fokus steht dabei der Einfluss sozio-ökonomischer Faktoren auf die Einstellung zu bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Die Autoren beziehen aber auch die europäische Identität als unabhängige Variable in ihr Modell mit ein (ebd.: 627–630). Ihre Ergebnisse zeigen, dass diese einen signifikanten Einfluss auf die Einstellung gegenüber einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik hat, was für die vorliegende Arbeit besonders interessant ist, schließlich stellt der Begriff der europäischen Identität einen eindeutigen Bezug zu Europa als Gemeinschaft her. Mit dem Begriff der Solidarität arbeiten die Autoren hingegen nicht.

Explizit mit dem Solidaritätsbegriff im Kontext der Euro-Krise beschäftigen sich Holger Lengfeld, Sara Schmidt und Julia Häuberer (2012: 6–13) in einer Umfragestudie im Rahmen des Projektes „Fiskalische Solidarität in der Europäischen Union“.¹² Sie befragten Bürger in Portugal und Deutschland, ob sie bereit seien, „sich entsprechend der gegenwärtigen EU-Politik finanziell für andere hoch verschuldete Länder der EU einzusetzen“ (ebd.: 6). Die Befragten sollten sich in ein fiktives Szenario hineinversetzen und beantworten, ob sie bereit seien „einen dauerhaften Hilfsbeitrag von ihrem persönlichen Einkommen“ (ebd.: 15) für „die Europäische Gemeinschaft zu leisten, der in Not geratenen Ländern zu Gute kommt“ (ebd.). Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass es ein nicht zu vernachlässigendes Ausmaß an transnationaler Solidarität bzw. der Bereitschaft dazu in den beiden Ländern gibt: In Deutschland wären 43 Prozent der Befragten bereit, ein halbes Prozent ihres Einkommens für finanziell bedürftige EU-Länder abzugeben, in Portugal sogar 51 Prozent der Befragten (ebd.). Diese Ergebnisse stellen einen wichtigen Anhaltspunkt für das im Fokus dieser Arbeit stehende Phänomen dar, sind aber aufgrund der Fallauswahl leider nicht auf die Bürger aller EU-Mitgliedsstaaten übertragbar.

¹² In einem späteren Beitrag geht Holger Lengfeld (2015: 391) im Detail auf die Ergebnisse der Umfrage für die deutschen Befragten ein.

Dieser Überblick über den Forschungsstand zeigt, dass das Phänomen der transnationalen Solidarität in Europa Gegenstand vieler Untersuchungen ist. Allerdings wird eine Übertragung der Konzepte für die Untersuchung der grenzüberschreitenden Solidaritätsbereitschaft der EU-Bürger aus vier Gründen erschwert:

1. Die meisten Beiträge fußen auf keiner umfassenden theoretischen Grundlage zum Solidari-tätsbegriff bzw. gehen von sehr unterschiedlichen Begriffen aus. Dadurch untersuchen sie sehr unterschiedliche Erscheinungsformen transnationaler Solidarität, die zum Teil nur schwer mit-einander vergleichbar sind.
2. Es zeigt sich, dass Transnationalität ein mehrdeutiger Begriff ist, der für alles, was den Rahmen des Nationalen übersteigt, verwendet werden kann. In den entsprechenden Beiträgen geht es aber nicht immer um grenzüberschreitende Interaktionen bzw. Einstellungen zwischen Indivi-duen.
3. Unter dem Schlagwort europäischer Solidarität oder Solidarität in Europa werden zwar Phä-nomene in Europa untersucht, diese beziehen sich aber nicht zwangsläufig auf alle Bürger der EU, sondern oft nur auf die Bürger einzelner oder weniger Mitgliedstaaten.
4. Die meisten Beiträge gehen nicht darauf ein, welche Bedeutung transnationale europäische Solidarität für die Stabilität der EU hat.

Eine theoretisch sorgfältig ausgearbeitete Definition des Begriffs der transnationalen Solidarität, die deren Bedeutung für die Stabilität der EU erläutert, ist bislang nicht formuliert worden. Eine darauf aufbauende empirische Analyse des Phänomens konnte demnach noch nicht erfolgen. Ein Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, diese theoretische und empirische Lücke in der politikwissenschaftlichen Forschung zu schließen.

Um die Bedeutung der transnationalen Solidarität für die Stabilität der EU beurteilen zu können, bedarf es neben einer theoretisch fundierten Definition von transnationaler Solidarität einer theoretischen Perspektive, die in der Lage ist, einen Kausalzusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Phänomen der Solidarität und politischen Entwicklungen zu konzipieren. Hierzu erscheint die Theorie des politischen Systems von David Easton als besonders geeignet. Eastons behavioralistische Heran-gehensweise lenkt den politikwissenschaftlichen Blick auf individuelles Verhalten und setzt es zu Entwicklungen des politischen Systems in Bezug. Seine Theorie hat das explizite Ziel, auf diese Weise Interdependenzen und Wirkungsmechanismen innerhalb eines politischen Systems zu identifizieren (Easton 1965a: 28). In den Fokus genommen wird Eastons Konzept der Unterstützung der politischen Gemeinschaft, weil es sich explizit mit den Einstellungen von Menschen gegenüber der Gemein-schaft, deren Mitglieder sie sind, auseinandersetzt und einen Kausalzusammenhang zwischen diesen Einstellungen und der Stabilität eines politischen Systems herstellt. Zudem ist Eastons Theorie empi-risch orientiert und ermöglicht es so, überprüfbare Aussagen zu formulieren (Easton 1953: 97–98). Das Konzept der Unterstützung der politischen Gemeinschaft ist von Easton im Gegensatz zur Unter-

stützung der anderen Systemobjekte – der politischen Autoritäten und des politischen Regimes – nach der Einführung seiner Theorie kaum wieder aufgegriffen worden und weist vereinzelt Widersprüche auf. Im Rahmen der Arbeit wird der Versuch unternommen, diese Widersprüche aufzulösen, um das Konzept für die Erforschung transnationaler Solidarität und ihrer Bedeutung für die Stabilität der EU fruchtbar zu machen.

1.2 Fragestellung und Hypothesen

Es ist davon auszugehen, dass die transnationale Solidaritätsbereitschaft der EU-Bürger und ihre Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU in einem engen Zusammenhang stehen. Wie dieser Zusammenhang genau zu verstehen ist, soll in der vorliegenden Arbeit geklärt werden. Sie wird sich daher der folgenden Fragestellung widmen:

In welchem Zusammenhang stehen die transnationale Solidarität der EU-Bürger und ihre Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU?

Sowohl der Begriff der transnationalen europäischen Solidarität als auch der Begriff der Unterstützung der politischen Gemeinschaft beziehen sich dabei auf die Einstellungen von EU-Bürgern. Die Frage zielt also auf den Zusammenhang von transnationalen solidarischen Einstellungen und Einstellungen gegenüber der politischen Gemeinschaft der EU ab.

Nach Eastons Theorie ist es für die Stabilität eines politischen Systems zentral, ob es von dessen Mitgliedern insgesamt unterstützt wird. Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft ist dabei neben der Unterstützung der politischen Autoritäten und des politischen Regimes ein wichtiger Aspekt. Eine starke Unterstützung der politischen Gemeinschaft kann ihm zufolge als Ressource des Systemfortbestands, welchen er als Systempersistenz bezeichnet, verstanden werden. Besonders interessant ist an dieser Stelle also, inwiefern sich die Solidarität zwischen EU-Bürgern stabilisierend auf die politische Gemeinschaft und damit auf das gesamte politische System der EU auswirken kann. Es wird dabei angenommen, dass Solidarität ein Faktor unter weiteren ist, der die Sozialintegration und damit die Entwicklung von Gemeinschaften vorantreiben kann (Mau 2009: 63). Auf der Basis dieser Argumentation werden zwei Hypothesen formuliert, die im empirischen Teil der Arbeit überprüft werden sollen:

Hypothese 1: Die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten bei EU-Bürgern steht in einem positiven Zusammenhang zu der Unterstützung der EU als politische Schicksalsgemeinschaft.

Hypothese 2: Die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten bei EU-Bürgern steht in einem positiven Zusammenhang zu ihrer Unterstützung der EU als Ressourcengemeinschaft.

Die Begriffe der transnationalen europäischen Solidarität und der Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU sind an dieser Stelle näher spezifiziert worden. Wie bereits oben erläutert impliziert der Solidaritätsbegriff, dass die Mitglieder einer Gruppe solidarische Einstellungen zueinander haben, die auch als Solidaritätsbereitschaft zusammengefasst und somit als Disposition zu solidari-

schem Handeln verstanden werden können. Transnationale europäische Solidarität wird hier also als Disposition zu transnationalem Solidarverhalten zwischen Europäern konzipiert. Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU wird in zwei Bestandteile aufgegliedert: die Unterstützung der Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft. Diese Aufgliederung beruht auf Eastons Ansatz, nach dem Menschen ein politisches System, dessen Funktion es ist, Entscheidungen über knappe Ressourcen herbeizuführen, im Bewusstsein über ihr gemeinsames politisches Schicksal unterstützen.

1.3 Methodisches Vorgehen

Auf der Grundlage des für diese Arbeit entwickelten Konzeptes der systemrelevanten transnationalen Solidarität in Europa werden die Hypothesen mithilfe von Umfragedaten des Eurobarometers überprüft. Das Eurobarometer bietet als Instrument, das von der Europäischen Kommission seit mehr als 40 Jahren zur Beobachtung der öffentlichen Meinung in Europa genutzt wird, eine umfassende Sammlung an Einstellungsdaten zu verschiedensten Aspekten der politischen und sozialen Integration Europas. Die verwendeten Daten entstammen dem Eurobarometer 79.3 aus dem Jahr 2013 und sind damit ausreichend aktuell, um die Einstellungen der Europäer im Rahmen der Euro-Krise abzubilden (Europäische Kommission 2013a). Diese Umfrage hatte einen thematischen Schwerpunkt auf Fragen zur Wirtschafts- und Finanzkrise sowie zur Unionsbürgerschaft. Sie umfasste neben Fragen zu diesen beiden thematischen Schwerpunkten mehrere Fragen, anhand derer die transnationalen solidarischen Einstellungen der Europäer gemessen werden können. Das Eurobarometer 79.3 wurde in den damals 27 Mitgliedstaaten der EU und den damaligen Kandidatenländern Kroatien, Island, Mazedonien, Montenegro, Serbien, der Türkei sowie Nordzypren durchgeführt. Für diese Arbeit werden allerdings nur die Befragten aus den damaligen Mitgliedstaaten berücksichtigt, weil sich die Fragestellung der Arbeit nur auf EU-Bürger bezieht. Die verwendete Stichprobe umfasst somit 26.605 Befragte.

Zunächst werden die Daten einer Faktorenanalyse unterzogen, anhand derer die Disposition der befragten EU-Bürger zu transnationalem Solidarverhalten und die Unterstützung der EU als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft analysiert wird.

Daran anschließend wird mithilfe von logistischen Regressionsanalysen der Zusammenhang zwischen der Disposition zu transnationalem Solidarverhalten und den verschiedenen Indikatoren für die Unterstützung der EU als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft analysiert und die Hypothesen getestet.

1.4 Aufbau der Arbeit

Im theoretischen Teil der Arbeit wird transnationale Solidarität als Ressource der Systemstabilität im Sinne der Theorie des politischen Systems von David Easton konzipiert (Kapitel 2).

Zunächst erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit dem sozialwissenschaftlichen Konzept der Solidarität (Kapitel 2.1). Es werden kurz die zentralen theoretischen Ansätze des 19. und 20. Jahrhunderts aus den verschiedenen Sozialwissenschaften vorgestellt (Kapitel 2.1.1). Die Soziologie hat sich am umfangreichsten mit Solidarität als gesellschaftlichem Phänomen auseinandergesetzt. Als erste umfassende soziologische Studie zur Solidarität kann die Dissertation von Émile Durkheim, „Über soziale Arbeitsteilung“, von 1893 angesehen werden, die den Begriff zum zentralen Thema der Soziologie machte (Durkheim 1977). Durkheims Solidaritätsverständnis sowie die wichtigsten soziologischen Reaktionen auf seinen Ansatz werden kurz vorgestellt. In der politischen Philosophie wurde Solidarität unter anderem zwischen Liberalisten und Kommunitaristen diskutiert. In der Ökonomie wird Solidarität konzeptionell als besondere Form sozialer Kooperation begriffen, deren Existenz unter anderem anhand von verhaltensökonomischen Experimenten nachgewiesen wird. Beide Ansätze werden kurz skizziert.

Anschließend wird, unter Berücksichtigung der Einflüsse der ideologischen und wissenschaftlichen Konzepte von Solidarität, mithilfe von aktuellen Artikeln aus den wichtigsten sozialwissenschaftlichen Lexika und aktuellen wissenschaftlichen Beiträgen eine systematische Übersicht über zentrale definitorische und typologische Aspekte von Solidarität entwickelt. Schließlich werden die konzeptionellen Probleme zusammengefasst, mit denen die Solidaritätsforschung von Anfang an beschäftigt war (Kapitel 2.1.2). Darauf folgend werden vier theoretische Konzepte der Sozialwissenschaften in Abgrenzung zum Konzept der Solidarität dargestellt: Integration, kollektive Identität, Gerechtigkeit und Umverteilung (Kapitel 2.1.3). Die Reichweite von Solidarität wird auf gesellschaftlicher bzw. politischer Ebene vor allem in Bezug auf den Nationalstaat, auf das Verhältnis zwischen Nationalstaaten oder transnationale Beziehungen konzipiert. Anschließend wird daher erläutert, wie Solidarität auf nationaler und transnationaler Ebene zu begreifen ist und wie sie auf den europäischen Rahmen übertragen werden kann (Kapitel 2.1.4). Abschließend wird auf der Basis der Erkenntnisse eine Definition für den Begriff der transnationalen europäischen Solidarität formuliert (Kapitel 2.1.5).

Im zweiten Teil des theoretischen Kapitels wird der systemtheoretische Ansatz von David Easton vorgestellt (Kapitel 2.2). Zunächst erfolgt eine kurze Einordnung seiner Theorie im Rahmen der Bewegung des (Post-) Behavioralismus (Kapitel 2.2.1). Daran soll deutlich werden, warum seine Ansätze für die Entwicklung einer empirisch orientierten Theorie besonders geeignet sind. Anschließend wird erläutert, was Easton unter der Persistenz des politischen Systems versteht (Kapitel 2.2.2), welche Faktoren die Persistenz beeinflussen, wie er Systemunterstützung konzipiert (Kapitel 2.2.3) und welche Rolle dabei insbesondere die politische Gemeinschaft spielt (Kapitel 2.2.4). Auch hier soll die Frage diskutiert werden, inwiefern sich Eastons Modell auf transnationale Zusammenhänge wie in der EU übertragen lässt (Kapitel 2.2.5).

Schließlich geht es darum, die Ansätze miteinander in Verbindung zu bringen und ein praktikables Konzept der systemrelevanten transnationalen Solidarität zu entwickeln, auf dessen Basis die Situati-

on in Europa empirisch untersucht werden kann (Kapitel 2.3). Aufbauend auf dem Theoriekapitel werden die beiden oben bereits vorgestellten Hypothesen hergeleitet, welche annehmen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen transnationalen europäischen Solidareinstellungen und der Unterstützung der EU als politische Schicksalsgemeinschaft (Hypothese 1) und als Ressourcengemeinschaft (Hypothese 2) besteht.

Im empirischen Teil der Arbeit (Kapitel 3) werden zunächst die für die Hypothesen relevanten Begriffe der Disposition zu transnationalem Solidarverhalten (Kapitel 3.1.1), der Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft (Kapitel 3.1.2) und als Ressourcengemeinschaft (Kapitel 3.1.3) operationalisiert. Um diese drei Variablen messbar zu machen, werden dabei aus der vorangegangenen theoretischen Diskussion heraus zentrale Indikatoren für die jeweiligen Bürgereinstellungen herausgefiltert.

Daran anschließend wird ein Überblick über Umfragestudien gegeben, die in ganz Europa durchgeführt wurden und das Thema der Solidarität aufgreifen (Kapitel 3.2). Ziel des Kapitels ist es, aufzuzeigen, wie Solidarität mithilfe des quantitativen Instruments der Befragung gemessen wird und welche Lücken bisherige Studien aufweisen. Dargestellt werden der European Social Survey (Kapitel 3.2.1), das International Social Survey Programme (Kapitel 3.2.2), die European Values Study (Kapitel 3.2.3), die Umfragestudien des Pew Research Center (Kapitel 3.2.4) sowie das Eurobarometer (Kapitel 3.2.5). An dieser Stelle wird begründet, warum die Daten des Eurobarometers 79.3 von 2013 für die empirische Analyse der Arbeit ausgewählt wurden.

Die empirische Analyse erfolgt in Kapitel 3.3. Zunächst werden die allgemeine Erhebungsmethode des Eurobarometers erläutert und der konkrete Datensatz des Eurobarometers 79.3 von 2013 beschrieben (Kapitel 3.3.1). Anschließend werden die Indikatoren für die drei latenten Konstrukte der Disposition zu transnationalem Solidarverhalten, der Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft vorgestellt und eine univariate Auswertung der Indikatorvariablen vorgenommen (Kapitel 3.3.2). Schließlich werden die Daten anhand einer explorativen Faktorenanalyse in Hinblick auf die drei latenten Konstrukte untersucht (Kapitel 3.3.3). In einem zweiten Schritt werden die Hypothesen, die an dieser Stelle in zwölf Unterhypothesen aufgegliedert werden, mithilfe von binären, ordinalen und multinomialen logistischen Regressionsanalysen geprüft (Kapitel 3.3.4). Die unterschiedlichen Verfahren der logistischen Regression wurden aufgrund der unterschiedlichen Skalenniveaus der zu erklärenden Variablen ausgewählt. Anhand der statistischen Analyse der Umfragedaten soll einerseits das Niveau der transnationalen Solidarität und der Unterstützung der politischen Gemeinschaft in Europa bestimmt werden. Andererseits sollen die Zusammenhänge zwischen den latenten Variablen überprüft werden. In Kapitel 3.4 erfolgt eine Zusammenfassung der Ergebnisse der empirischen Analyse.

Im Fazit werden die theoretischen und empirischen Ergebnisse der Arbeit zum Zusammenhang zwischen transnationaler europäischer Solidarität und der Unterstützung der politischen Gemeinschaft

der EU zusammengefasst und kritisch reflektiert (Kapitel 4). Abschließend erfolgt eine Bewertung der Bedeutung dieser Erkenntnisse für die Stabilität der EU.

Die Arbeit unternimmt so den Versuch, den komplexen Zusammenhang zwischen solidarischen Einstellungen der Bürger und der Stabilität einer politischen Gemeinschaft in den Blick zu nehmen. Als zentraler Erkenntnisgewinn wird dabei gesehen, dass vorhandene solidarische Einstellungen von Bürgern einen positiven Effekt auf die Unterstützung von politischen Maßnahmen der Vergemeinschaftung haben, die die Gemeinschaft als Schicksalsgemeinschaft und als System der Ressourcenumverteilung stärken. Damit zeigt die Arbeit ein zentrales Feld für weitere empirische Forschungsarbeiten zu transnationaler europäischer Solidarität auf.

2. Transnationale Solidarität als Ressource der Systemstabilität

In diesem Kapitel werden die Fragen beantwortet, wie das sozialwissenschaftliche Konzept der Solidarität mit der Theorie des politischen Systems von David Easton verknüpft werden kann und inwiefern sich transnationale Solidarität als systemstabilisierender Faktor begreifen lässt.

Dazu wird zunächst der Begriff der Solidarität vorgestellt – sowohl in seiner Entstehungsgeschichte als auch in seinen vielfältigen sozialwissenschaftlichen Verwendungen. Es wird geklärt, inwiefern der Begriff der Solidarität auch auf transnationale Zusammenhänge, insbesondere in Europa übertragen werden kann.

Anschließend wird der systemtheoretische Ansatz von David Easton dargestellt. Hier geht es insbesondere um sein Verständnis von Systempersistenz und die Bedeutung, die die Unterstützung der politischen Gemeinschaft für ein politisches System hat. Auch hier soll die Frage diskutiert werden, inwiefern sich Eastons Modell auf transnationale Zusammenhänge wie in der EU übertragen lässt.

Schließlich geht es darum, die Ansätze miteinander in Verbindung zu bringen und ein praktikables Konzept der systemrelevanten transnationalen Solidarität zu entwickeln, auf dessen Basis die Fragestellung beantwortet werden kann.

2.1 Solidarität als sozialwissenschaftliches Konzept

Wie viele andere soziale und sozialwissenschaftliche Konzepte ist Solidarität ein schillernder Begriff, der in verschiedensten Kontexten verwendet, erforscht und auch politisch gebraucht wird. Solidarität ist für die Arbeiterbewegung und den Sozialismus ein ebenso zentraler Begriff wie für die christliche Religion und christlich-demokratische Parteien. Wenn Solidarität als politischer Begriff verwendet wird, wird ihr eine moralische Komponente angehaftet. Politische Solidaritätsaufrufe sollen Emotionen wecken und beinhalten eine eindeutige Aufforderung, auf eine ganz konkrete Art und Weise zu handeln. In der gesellschaftlichen und politischen Diskussion ist der Solidaritätsbegriff daher häufig normativ konnotiert.

Umso schwieriger ist es, sich auf empirisch-analytische Weise mit dem Begriff auseinanderzusetzen, was nicht zuletzt daran liegt, dass der Solidaritätsbegriff auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion fast immer sehr positiv konnotiert ist. Solidarische Handlungen werden begriffen als „gemeinschaftsfördernde Formen des Handelns, v.a. Hilfeleistungen, die Individuen den Angehörigen ihrer Gruppe, Gemeinschaft oder Gesellschaft zukommen lassen und zu denen sie sich verpflichtet fühlen

oder fühlen sollen“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1197) oder als „eine Art des Einstehens füreinander, die mit positivem Tun oder Leistungen verbunden ist [...]“ (Böckenförde 2009: 17).¹³

Sowohl für die politische als auch für die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung wird deutlich, dass der Begriff seine normative Komponente erst durch die Einbettung in einen bestimmten ideologischen Zusammenhang erhält. Für eine empirisch-analytische Annäherung kommt es neben der normativen Färbung vieler Ansätze erschwerend hinzu, dass es in den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen – unter anderem der Soziologie, der Ökonomie und der Politikwissenschaft – eine Vielfalt an Definitionen, inhaltlichen Anwendungsbezügen und Typologien von Solidarität gibt.

Um das erste Ziel dieses Kapitels zu erreichen – einen analytischen Solidaritätsbegriff zu entwickeln, der den Bezug zum transnationalen Rahmen Europas herstellt und eine Grundlage für die empirische Untersuchung des Phänomens darstellt – ist es notwendig, aus der Fülle an theoretischen Ansätzen und realpolitischen Bezügen diejenigen Aspekte herauszuarbeiten, die dafür relevant sind. Dazu werden in Kapitel 2.1.1 zunächst kurz die ursprünglichen Verwendungen des Solidaritätsbegriffs, vor allem in der sozialistischen Arbeiterbewegung und der christlichen Soziallehre vorgestellt. Im Anschluss werden die wichtigsten theoretischen Ansätze aus den verschiedenen Sozialwissenschaften vorgestellt, die sich mit gesellschaftlicher Solidarität beschäftigen. Durch die 1893 erschienene Dissertation zur sozialen Arbeitsteilung von Émile Durkheim wurde der Begriff der Solidarität zum zentralen Thema der Soziologie (Procacci 2001: 14587).¹⁴ Sie hatte unter anderem direkten Einfluss auf die Gesellschaftstheorien von Talcott Parsons und Niklas Luhmann, deren Reaktionen auf Durkheims Solidaritätsverständnis ebenfalls kurz vorgestellt werden sollen.¹⁵ In der politischen Philosophie wurde Solidarität unter anderem in der Debatte zwischen Liberalisten und Kommunitaristen diskutiert. Die Grundpfeiler dieser Diskussion werden kurz anhand der Ansätze von Richard Rorty und Michael Walzer skizziert. In der Ökonomie spielt Solidarität als Begriff zwar eine eher untergeordnete Rolle – sie wird vielmehr als (Misch-) Form zwischen egoistischem und altruistischem Verhalten verstanden und dementsprechend bezeichnet. Dennoch wird kurz auf die verhaltensökonomische Beschäftigung mit Solidarität eingegangen, gerade weil die Einordnung des Phänomens als Verhaltensform zwischen Egoismus und Altruismus weitere Aufschlüsse bietet. Einen ökonomischen Ansatz wählt auch Michael Hechter, der sich der Solidaritätsfrage mithilfe des Rational Choice Ansatzes nähert. Dieser wird kurz dargestellt.

¹³ Dass es auch eine negative Form von Solidarität geben kann, wird von den wenigsten Autoren thematisiert. Manfred Prisching bringt an dieser Stelle den Begriff der „sozial unerwünschte[n] Solidarität“ (Prisching 2003: 185) an, also beispielsweise die „Solidarität einer Räuberbande, der Mafia oder einer terroristischen Vereinigung; die Solidarität von Studenten beim Schummeln; oder die Solidarität vieler Islamgläubiger, die den Kopf eines gotteslästerlichen Schriftstellers verlangen“ (ebd.).

¹⁴ Als gesellschaftswissenschaftlicher Begriff wurde Solidarität bereits durch den französischen Sozialphilosophen Auguste Comte in den 1830er Jahren eingeführt (Große Kracht 2015: 35). In der Soziologie wurden die Auseinandersetzungen Durkheims mit dem Phänomen allerdings deutlich stärker rezipiert, weshalb sich diese Arbeit auf Durkheim als frühen Solidaritätstheoretiker beschränkt.

¹⁵ Auch Jürgen Habermas hat sich mit dem Konzept der Solidarität, vor allem mit dem Verhältnis von Solidarität zu Gerechtigkeit, auseinandergesetzt. Sein Ansatz wird in Kapitel 2.1.3 (Solidarität und Gerechtigkeit) näher erläutert.

Auch in der Rechtswissenschaft und der Psychologie gibt es Anknüpfungspunkte zum Konzept der Solidarität. In beiden Disziplinen ist jedoch keine derart umfangreiche konzeptionelle Diskussion erkennbar, weshalb eine detaillierte Darstellung an dieser Stelle ausbleibt. Anschließend werden eine systematische Übersicht über zentrale definitorische und typologische Aspekte von Solidarität entwickelt und die wichtigsten konzeptionellen Probleme zusammengefasst, die eine empirische Solidaritätsforschung erschweren (Kapitel 2.1.2).

In Kapitel 2.1.3 werden vier theoretische Konzepte der Sozialwissenschaften in ihrem Verhältnis zur Solidarität dargestellt: Integration, kollektive Identität, Gerechtigkeit und Umverteilung. Dadurch soll ein tieferes Verständnis von Solidarität im Geflecht zentraler sozialwissenschaftlicher Konzepte ermöglicht werden.

Solidarität wird auf gesellschaftlicher Ebene vor allem in Bezug auf den Nationalstaat, das Verhältnis zwischen Nationalstaaten oder transnationale Beziehungen konzipiert. Im anschließenden Kapitel (2.1.4) wird daher erläutert, wie Solidarität auf nationaler und transnationaler Ebene sowie speziell in Europa gefasst werden kann.

Im Zwischenfazit (Kapitel 2.1.5) wird eine Definition für den Begriff der transnationalen europäischen Solidarität formuliert.

2.1.1 Begriffs- und Ideengeschichte

Begriffliche Ursprünge

Der Begriff der Solidarität wird auf die römische Rechtsform der *obligatio in solidum* (lat. für *Schuld für das Ganze*) zurückgeführt. Damit wurde „eine spezielle Form der Haftung bezeichnet, nach der jedes Mitglied einer Gemeinschaft für deren Schulden einsteht sowie umgekehrt die Gemeinschaft für die Schulden jedes Mitglieds“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1197). Diese „rein juristische Bedeutung“ (Wildt 1995: 1004) ist im deutschen Sprachraum noch in den Begriffen der *Solidarobligation* (Haftung jedes Schuldners für eine Gesamtschuld) und der *Solidargemeinschaft* (Verteilung der Lasten und Schäden einer Gemeinschaft in Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit der Mitglieder) erhalten geblieben (ebd.).

Der ausschließliche Bezug auf die Haftung für die Schulden einer Gemeinschaft und ihrer Mitglieder wurde in der späteren Begriffsgeschichte aufgelöst. Der Solidaritätsbegriff wurde schließlich „am Beginn des 19. Jahrhunderts [...] generalisiert und (v.a. in Frankreich) auf das Gebiet von Politik und Gesellschaft übertragen“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1197). Unter dem Einfluss der akademischen Philosophie entstand in Frankreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Bewegung des „Solidarismus“ (Wildt 1995: 1008), die in enger Verbindung zu sozialistischen Strömungen stand. Ihre Vertreter¹⁶ führten die Begriffe der christlichen Nächstenliebe und der republikanischen Bürgerfreundschaft bzw. Brüderlichkeit zusammen und entwickelten die Idee der *solidarité sociale*. Diese

¹⁶ Zu den wichtigen Vertretern zählen „der Ökonom Ch. Gide und der Jurist L. Bourgeois“ (Wildt 1995: 1008).

Solidarität komme einer sozialen Schuld aller Mitglieder gegenüber ihrer Gemeinschaft gleich und leite sich aus der wechselseitigen Abhängigkeit aller Menschen ab. Diese Schuld bezogen die Vertreter des Solidarismus dabei nicht mehr nur auf konkrete (finanzielle) Schulden, sondern generell auf einen Ausgleich zwischen mehr und weniger privilegierten Gemeinschaftsmitgliedern (Bayertz und Boshammer 2008: 1198; Brunkhorst 2002: 11; Procacci 2001: 14585–14586; Wildt 1995: 1008; Gundlach 1956: 298).

Der solidaristische Ansatz hat dabei eine besondere Herangehensweise an den Begriff der Gesellschaft und ihr Verhältnis zu den einzelnen Individuen:

„Charakteristisch für alle gesellschaftstheoretischen Auffassungen, die sich als Solidarismus ausgeben oder ihm zugerechnet werden, ist das Bemühen, das gesellschaftliche Ganze nicht von den isolierten Individuen her zu erklären und doch auch wieder die Auffassung zu vermeiden, dass das gesellschaftliche Ganze den letzten und konstitutiven Grund für Sein und Betätigung der Individuen darstellt.“ (Gundlach 1956: 297)

Der Solidarismus ist gewissermaßen also als Prinzip zu verstehen, das sich gleichermaßen „gegen die Vereinzelung und Vermassung“ (Schubert und Klein 2007: 270) wendet.

Aufbauend auf dem Konzept der *solidarité sociale* erlangte der Begriff der Solidarität Ende des 19. Jahrhunderts in der deutschen Arbeiterbewegung große Popularität¹⁷, in deren sozialistischem Verständnis er ein Kampfbegriff war: „Für sie war es ein Kampf gegen Unrecht, ein Kampf gegen eine repressive Gesellschaft, ein Kampf für eine gerechtere Gesellschaftsordnung – und insofern wiederum ein Kampf für *alle* Menschen [...]“ (Prisching 2003: 172–173, Hervorhebung im Original). In der Tradition der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wird der Solidaritätsbegriff bis heute von vielen Autoren als „Gegenbegriff zum Individualismus und Egoismus der kapitalistischen Gesellschaft“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1198) verwendet.

Gleichzeitig hatten die solidaristischen Ideen Einfluss auf die Entwicklung der christlichen (v.a. der katholischen) Soziallehre, die den Fokus auf die naturgegebene Verbundenheit aller Menschen legte (Kerber 1995: 1016). Wie bei der Arbeiterbewegung wird der Individualismus als Leitmotiv der modernen Gesellschaft abgelehnt – das Wohl des Einzelnen hänge mit dem Gemeinwohl untrennbar zusammen (Groser 2010: 959). Allerdings bezieht sich der Solidaritätsbegriff der christlichen Soziallehre auf alle Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Klassenzugehörigkeit und grenzt sich daher von dem Kampfbegriff der Arbeiterbewegung ab. Solidarität wird hier als eine klassenübergreifende „[...] wechselseitige sittlich-rechtliche Verbindung, die sich in Bindung und Rückbindung manifestiert“ (Watzal 2000: 103), verstanden. Die christlich geprägten Ansätze zur Solidarität hatten einen umfangreichen gesellschaftlichen und politischen Einfluss:

„In der Weimarer Republik wurden sie in der katholischen Zentrumspartei politisch wirksam und haben dann den Aufbau der Institutionen der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ in der BRD mitbestimmt.“

¹⁷ Die Popularität des Begriffs in der Arbeiterbewegung ging so weit, „[...] daß er mit Vorliebe als Name für deren vielfältige Institutionen benutzt [wurde – SB], etwa für Fahrradklubs oder Schrebergarten-Kolonien“ (Wildt 1995: 1007).

Katholisch-solidaristische Ideen sind schließlich – neben syndikalischen – in der polnischen Gewerkschaft ‚Solidarnosc‘ wirksam geworden.“ (Wildt 1995: 1008–1009)

Der evangelische Theologe Wolfgang Huber fasst den Unterschied zwischen den Konzepten der sozialistischen Arbeiterbewegung und der christlichen Soziallehre besonders treffend zusammen:

„Auf der einen Seite steht die Solidarität derer, die in einer gleichen oder vergleichbaren Situation sind. Das Industrieproletariat ist durch Solidarität miteinander verbunden; denn es teilt dieselbe Lebenslage und hat übrigens auch denselben Gegner. [...] Ihm steht ein anderer Begriff der Solidarität gegenüber, der gerade über Grenzen hinausweist und die Empathie, die Compassion mit Menschen einfordert, die in einer anderen Lage sind als ich selbst. Die Solidarität der Menschen in Industrienationen mit Menschen in der Dritten Welt, die Solidarität Wohlhabender mit Bedürftigen, die Solidarität Junger mit pflegebedürftigen Alten, die Solidarität Westdeutscher mit Ostdeutschen, die Solidarität von Westeuropäern mit Osteuropäern – solche Fragen bestimmen dann den Diskurs über Solidarität.“ (Huber 2009: 34–35)

Diese begriffsgeschichtlich zu erklärende Trennung zwischen einer Kampfsolidarität unter Gleichen und Wohltätigkeit unter Ungleichen spiegelt sich in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bis heute wider und muss für das Verständnis der verschiedenen Solidaritätsansätze berücksichtigt werden.

Aus der solidaristischen Bewegung des 19. Jahrhunderts heraus entstand neben der ideologischen auch eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Solidaritätskonzept, zunächst vor allem in der Soziologie in Frankreich. Émile Durkheims Dissertation von 1893 („Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften“) kann als erstes wichtiges Werk angesehen werden, weil Solidarität mit diesem Ansatz „zu einem Grundbegriff der Soziologie“ (Wildt 1995: 1008) wurde. Im Folgenden werden zuerst der Ansatz von Émile Durkheim und die wichtigsten soziologischen Reaktionen auf seine Ideen dargestellt. Anschließend wird die Debatte um die Bedeutung der Solidarität in der politischen Philosophie zwischen Liberalisten und Kommunitaristen, die Ende des 20. Jahrhunderts aufkam, vorgestellt. Es folgt ein Überblick über ökonomische Ansätze zum Solidaritätsbegriff.

Émile Durkheim: Arbeitsteilung als Quelle moderner sozialer Solidarität

Durkheims Ausgangspunkt ist die zentrale Frage der Soziologie, was moderne, ausdifferenzierte Massengesellschaften zusammenhält. Er stellt dabei zwei scheinbar gegensätzliche Entwicklungsprozesse fest: Die Modernisierung hat eine verstärkte „Individualisierung und Spezialisierung“ (Groser 2010: 959), nicht aber einen Zerfall der Gesellschaften, sondern im Gegenteil einen stärkeren Zusammenhalt mit sich gebracht. Aus diesem Widerspruch heraus entwickelt er im Vorwort seiner Dissertation folgende Fragestellung:

„Wie geht es zu, daß das Individuum, obgleich es immer autonomer wird, immer mehr von der Gesellschaft abhängt? Wie kann es zu gleicher Zeit persönlicher und solidarischer sein? Denn es ist unwiderleglich, daß diese beiden Bewegungen, wie gegensätzlich sie auch erscheinen, parallel verlaufen. Das ist das Problem, das wir uns gestellt haben. Uns schien, daß die Auflösung dieser scheinbaren Antinomie einer Veränderung der sozialen Solidarität geschuldet ist, die wir der immer stärkeren Arbeitsteilung verdanken. Das hat uns dazu geführt, die Arbeitsteilung zum Gegenstand unserer Studien zu machen.“ (Durkheim 1977: 82)

An dieser Fragestellung wird bereits deutlich, dass Durkheim einen Zusammenhang zwischen der Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – der wachsenden Arbeitsteilung – und der Veränderung der Solidarität der Gesellschaftsmitglieder sieht. Manfred Prisching fasst diese grundlegende Idee wie folgt zusammen:

*„Was hält denn, so fragt er [Durkheim – SB], eine arbeitsteilig differenzierte Gesellschaft wirklich zusammen? Die zunehmende Differenzierung muss durch verstärkte soziale Bindungen - „*lien sociaux*“ - kompensiert werden. Da sich diese Bindungen - Formen der Solidarität - mit den Strukturen und Funktionsweisen einer gesellschaftlichen Ordnung wandeln, müssen in einer modernen Gesellschaft, soll diese bestehen bleiben, neue Bande der Solidarität entstehen.“ (Prisching 2003: 173)*

Durkheim distanziert sich damit von ökonomischen Ansätzen sowie den klassischen Theoretikern des Gesellschaftsvertrags bei der Erklärung von sozialer Ordnung:

„Adam Smith hat die Existenz des Marktes durch eine natürliche Tauschneigung der Menschen und die Arbeitsteilung durch ihre offenkundigen Produktivitätsvorteile erklärt; die Theoretiker des Gesellschaftsvertrages haben utilitaristisch-rationale Erwägungen als Grundlage jeder Gesellschaft unterstellt. Sowohl die anthropologischen Annahmen als auch die rationalistischen Prämissen hält Émile Durkheim für problematisch [...].“ (ebd.)

Für Durkheim sind es spezifische soziale Bindungen, die durch die wachsende Arbeitsteilung entstehen, die sich in sozialer Solidarität äußern und die notwendig sind, um gesellschaftlichen Zusammenhalt trotz großer intrasozialer Differenzen zu ermöglichen. Auf dieser grundlegenden Idee bauen wichtige spätere Ansätze der Soziologie auf:

„Soziale Ordnung kann nach übereinstimmender Auffassung der Klassiker des Fachs - Emile Durkheim, Max Weber, Talcott Parsons - nicht allein auf Macht oder den kollektiv wünschenswerten Konsequenzen individueller Interessenverfolgung basieren, sondern verlangt auch die Bereitschaft zu solidarischem Verzicht zugunsten anderer.“ (Beckert et al. 2004a: 9)

Um sozialen Zusammenhalt zu erklären, analysiert Durkheim in seiner Dissertation also die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeitsteilung. Unter Arbeitsteilung versteht Durkheim vorrangig die Ausdifferenzierung und Spezialisierung der ökonomischen Arbeitswelt in verschiedene Berufe und dies vor allem im Rahmen der Industrialisierung. Er erweitert den Begriff aber auch auf andere Bereiche wie Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Familie, die sich in modernen Gesellschaften arbeitsteilig ausdifferenziert haben. Schließlich erklärt er die Arbeitsteilung zu einem generellem biologischen Phänomen, das Teil der Entwicklung der Menschheit ist (Durkheim 1977: 83–85). Der spezifischen Arbeit, die ein Mensch verrichtet, kommt dabei auch eine spezifische gesellschaftliche Funktion zu. Diese Funktion erwartungsgemäß zu erfüllen, wird ihm schon im Kindesalter anezogen (ebd.: 87). Aus dem „Naturgesetz“ (ebd.: 85) ist laut Durkheim also auch eine Art „Moralregel des menschlichen Verhaltens“ (ebd.) geworden. Aus dem Geflecht an einzelnen Arbeiten, die die Menschen verrichten, und den sozialen Funktionen, die damit verbunden sind, entsteht so ein „ganzes System von Rechten und Pflichten, das sie untereinander dauerhaft bindet“ (ebd.: 477). An dieser Stelle macht Durkheim

auch deutlich, inwiefern er sich von ökonomischen Ansätzen zur Bedeutung der Arbeitsteilung unterscheidet¹⁸:

„Bei all diesen Beispielen ist die bedeutsamste Wirkung der Arbeitsteilung nicht, daß sie den Ertrag der geteilten Funktionen erhöht, sondern, daß sie sie voneinander abhängig macht. Ihre Rolle in all diesen Fällen besteht nicht darin, die bestehenden Gesellschaften zu verschönern und zu verbessern, sondern Gesellschaften erst zu ermöglichen, die ohne sie nicht existieren würden.“ (ebd.: 107)

Für Durkheim geht es also darum, dass die Arbeitsteilung nicht nur ökonomische Gewinne mit sich bringt, sondern dass sie die Mitglieder einer Gesellschaft auf eine besondere Weise miteinander verbindet. Die Funktion dieser Verbindung liegt für ihn nun darin, „ein Gefühl der Solidarität herzustellen“ (ebd.: 102), das den kurzen Moment des ökonomischen Tausches zwischen zwei Marktteilnehmern überdauert:

„Individuen sind untereinander verbunden, die sonst unabhängig wären. Statt sich getrennt zu entwickeln, vereinigen sie ihre Anstrengungen. Sie sind solidarisch, und diese Solidarität wirkt sich nicht nur in den kurzen Augenblicken aus, in denen sie Gefälligkeiten tauschen, sondern weit darüber hinaus.“ (ebd.: 108)

Solidarität ist für Durkheim also ein dauerhaftes Verbundenheitsgefühl zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, das aus wechselseitiger Abhängigkeit entsteht und den Zusammenhalt der Gesellschaft sichert.

Weil Durkheim in der Solidarität ein „moralisches Phänomen“ (ebd.: 111) sieht, das nicht direkt empirisch beobachtbar ist, gewinnt er seine Erkenntnisse über Solidarität aus der Analyse verschiedener Rechtsformen. Dass das Recht ein geeigneter Indikator für die vorherrschende Solidaritätsform in einer Gesellschaft ist, begründet er wie folgt:

„In der Tat drängt das soziale Leben überall, wo es dauerhaft existiert, dazu, eine bestimmte Form anzunehmen und sich zu organisieren, und das Recht ist nichts anderes als eben diese Organisation insoweit, als sie beständiger und präziser ist. Das allgemeine Leben der Gesellschaft kann sich über keinen Punkt hinaus ausbreiten, ohne daß sich das Rechtsleben zu gleicher Zeit und in demselben Verhältnis erweitert. Wir können also sicher sein, im Recht alle wesentlichen Varianten der sozialen Solidarität widergespiegelt zu finden.“ (ebd.: 112)

Das Recht und die darin enthaltenen Sanktionen spiegeln aus Durkheims Sicht wider, in welchen Verbrechen oder Vergehen eine Gesellschaft eine ernsthafte Gefährdung für ihren Zusammenhalt sieht. Dadurch gibt das Recht Aufschluss über die Form und Intensität des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit auch über die Form der Solidarität, die aus seiner Sicht in einem engen Zusammenhang zum Entwicklungsgrad einer Gesellschaft steht (ebd.: 120–122).

Weil Durkheim die oben beschriebene Form der Solidarität als eine eindeutige Folge der wachsenden Arbeitsteilung und damit der Industrialisierung versteht, beschäftigt er sich mit der Entwicklung die-

¹⁸ In der Abgrenzung von ökonomischen Erklärungsansätzen für soziale Ordnung sieht Luhmann einen wichtigen Beitrag von Durkheims Theorie der Solidarität: „Seit der Durkheim'schen Frage nach den nichtvertraglichen Grundlagen der Bindungswirkungen von Verträgen ist der Soziologe an diesem Übergangspunkt empfindlich und in seiner Meinung gefestigt, daß man soziale Rationalität nicht aus individuellen Rationalitäten ableiten könne.“ (Luhmann 1981: 262)

ser Solidaritätsform und führt ein zentrales Element seines Ansatzes ein: die Unterscheidung zwischen dem Typus der „mechanischen“ (ebd.: 118) und der „organischen Solidarität“ (ebd.: 162).

Mechanische Solidarität ist für Durkheim die in „vormodernen, kollektivistischen Gesellschaften“ (Wildt 1995: 1008)¹⁹ vorherrschende Solidaritätsform. Sie basiert auf der Ähnlichkeit der Gruppenmitglieder, die ein gemeinsames Bewusstsein und damit ähnliche Wertvorstellungen haben. Dieses Kollektivbewusstsein ist an der Verwirklichung kollektiver Ziele orientiert (Durkheim 1977: 156). Mit der Begriffswahl *mechanisch* impliziert Durkheim, dass dieser Solidaritätstyp einen automatischen Charakter hat (Hechter 2001: 14588). Durkheim erklärt den Begriff wie folgt:

„Die sozialen Moleküle [...] könnten sich in ihrer Gesamtheit somit nur in dem Maß bewegen, in dem sie keine Eigenbewegung haben, so wie es bei den Molekülen der anorganischen Körper der Fall ist.“ (Durkheim 1977: 182)

Die Gemeinschaft harmonisiert und vereinheitlicht hier also die Bewegungen ihrer einzelnen Elemente, die zu einem *mechanischen* Ganzen werden und keinen Platz für Individualität lässt. Das Gegenteil gilt für die organische Solidarität, die laut Durkheim in modernen, industrialisierten Gesellschaften vorherrscht:

„Also wächst hier die Individualität des Ganzen zur gleichen Zeit wie die Individualität der Teile. Die Gesellschaft wird fähiger, sich als Ganzes zu bewegen, während zugleich jedes ihrer Elemente mehr Eigenbewegungen hat.“ (ebd.: 183)

Für eine moderne Gesellschaft wählt er als Metapher den Körper von „höheren Tieren“ (ebd.):

„Jedes Organ hat dort seine eigene Physiognomie und seine Autonomie, und trotzdem ist die Einheit des Organismus umso größer, je stärker die Individualisierung der Teile ausgeprägt ist.“ (ebd.)

An dieser Metapher wird noch einmal die für arbeitsteilige Gesellschaften charakteristische „funktionale Interdependenz“ (Coicaud 2011: 2465) der Gesellschaftsmitglieder deutlich: Jedes Individuum hat eine spezifische Aufgabe für das Funktionieren der Gesellschaft, diese sozialen Funktionen ergänzen sich und führen damit zur wechselseitigen Abhängigkeit der Mitglieder. Doch für Durkheim sind es nicht nur der Austausch der Produkte der Arbeit und das Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit, die eine arbeitsteilige Gesellschaft erhalten. Die daraus entstehende dauerhafte Solidarität ist es, die die Fortexistenz der Gesellschaft überhaupt erst ermöglicht:

„Die Menschen können nicht zusammenleben, ohne sich zu verstehen, und folglich nicht, ohne sich gegenseitig Opfer zu bringen, ohne sich wechselseitig stark und dauerhaft zu binden. Jede Gesellschaft ist eine moralische Gesellschaft. In bestimmter Hinsicht ist dieser Zug in organisierten Gesellschaften sogar noch stärker betont. Weil sich das Individuum nicht selbst genügt, erhält es von der Gesellschaft alles, was es benötigt, und für ebendiese Gesellschaft setzt es sich ein.“ (Durkheim 1977: 285)

Im Laufe der Modernisierung von Gesellschaften und der damit verbundenen Individualisierung ist es laut Durkheim eine natürliche Entwicklung, dass die mechanische Solidarität abnimmt, weil das kollektive Bewusstsein immer mehr aufbricht und die notwendige Ähnlichkeit der Individuen aufgrund

¹⁹ Durkheim bezeichnet diese Gesellschaften als „segmentär“ (Durkheim 1977: 230), womit er hervorheben will, „daß sie aus der Wiederholung von untereinander ähnlichen Aggregaten gebildet sind [...]“ (ebd.).

der Arbeitsteilung nicht mehr gegeben ist (ebd.: 222). An ihre Stelle tritt nach und nach die organische Form der Solidarität, die die hoch entwickelten Gesellschaften zusammenhält (ebd.: 228–229).²⁰ Die Grundlage dieser Solidarität ist dann nicht mehr die Gleichheit der Gruppenmitglieder, sondern ihre Ungleichheit (Luhmann 1977: 34). Michael Baurmann fasst diese Idee treffend zusammen:

„An die Stelle der ‚Assoziation‘ Gleichartiger tritt die ‚Kooperation‘ Verschiedenartiger.“ (Baurmann 1999: 87)

Abschließend hebt Durkheim noch einmal die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeitsteilung hervor:

„Dieses Ergebnis [...] zeigt uns schließlich die ganze Bedeutung der Arbeitsteilung. Sie ist zum größten Teil die Ursache dafür, daß die Gesellschaften, in deren Schoß wir leben, ein kohärentes Ganzes bilden; sie bestimmt auch die Grundzüge ihrer Struktur; und all dies läßt voraussehen, daß ihre diesbezügliche Rolle in der Zukunft nur noch bedeutsamer werden kann.“ (Durkheim 1977: 248)

Relativ schwierig nachzuvollziehen ist aber, welcher konkrete Mechanismus für Durkheim dazu führt, dass die Aufteilung von Arbeit langfristige soziale Bindungen – (organische) Solidarität – zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft hervorruft.

An diesem Punkt setzt bereits die Kritik von Talcott Parsons in „The structure of social action“ (1937) an. Ihm zufolge erklärt Durkheim die konkrete Entstehung von organischer Solidarität lediglich über die Wiederholung bestimmter Handlungen, die über die Zeit schließlich zur Gewohnheit werden. Inwiefern diese Gewohnheiten aber den bindenden und moralisch verpflichtenden Charakter der Solidarität hervorrufen können, bleibt offen (ebd.: 321). Parsons bemängelt, dass gemeinsame Werte bei Durkheim eine untergeordnete Rolle spielen, weil er in der Entwicklung gemeinsamer Werte die wesentliche Quelle von Solidarität in modernen Gesellschaften sieht (ebd.: 391).

Auch Baurmann sieht eine Schwäche in Durkheims Argumentation in Bezug auf den genauen Zusammenhang zwischen Arbeitsteilung und Solidarität:

„Wenn man Durkheims Erklärung, wie aus Arbeitsteilung Solidarität entsteht, rekonstruieren möchte, dann kann man nicht auf eine in sich geschlossene und systematisch entwickelte Theorie hoffen. Man muss vielmehr die in der ‚Arbeitsteilung‘ verstreuten Bruchstücke einer solchen Erklärung sammeln und selber zusammensetzen. Die Suche wird allerdings erleichtert, wenn man berücksichtigt, dass soziale Solidarität für Durkheim grundsätzlich zwei Fundamente hat: zum einen beruht sie auf Emotionen und Affekten; zum anderen auf Normen und Pflichten. Beide Fundamente der Solidarität werden nach Durkheim durch die Arbeitsteilung gelegt.“ (Baurmann 1999: 88)²¹

Baurmann deutet Durkheims Ansatz dahingehend, dass das wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis emotionale Bindungen zwischen Gruppenmitgliedern hervorruft, weil ihr Bewusstsein über die Ergänzung der gegenseitigen Pflichten zu einer Identifikation mit den Anderen führt (ebd.: 90). Seiner

²⁰ Diese Entwicklung spiegelt sich aus Durkheims Sicht auch in der Entwicklung des Rechts wider. Der mechanischen Solidarität entspricht aus seiner Sicht das Strafrecht mit seinem repressiven Charakter. Es soll zu einer Angleichung der Verhaltensweisen der Individuen führen und stärkt so das Kollektivbewusstsein. In modernen Rechtsstaaten hat das Strafrecht zwar noch eine große Bedeutung. Diejenigen Rechtsformen, die der organischen Solidarität entsprechen, spielen aber zumindest im Umfang eine größere Rolle: „das Zivil-, das Handelsrecht, die Prozeßordnung, das administrative und das konstitutive Recht“ (Durkheim 1977: 117). Diese Rechtsformen regeln „die Natur und die Beziehungen der geteilten Funktionen [...], deren Verletzung aber nur Reparationsmaßnahmen ohne Sühnecharakter nach sich ziehen“ (ebd.: 283–284).

²¹ Baurmann kürzt das Buch „Über soziale Arbeitsteilung“ in seinem Artikel mit „Arbeitsteilung“ ab, was hier im Zitat durch nachträglich eingefügte Anführungszeichen gekennzeichnet wird.

Interpretation zufolge gilt dies auch für Massengesellschaften, in denen keine persönlichen Kontakte zwischen allen Mitgliedern möglich sind oder in denen die Mitglieder „sogar in ein offenes Konkurrenzverhältnis zueinander geraten“ (ebd.: 93). Durch diese Interpretation wird der Zusammenhang, den Durkheim annimmt, noch einmal um einiges deutlicher:

„Durch die Arbeitsteilung werde sich der Einzelne nicht nur seiner Abhängigkeit von denjenigen Individuen bewusst, mit denen er in direktem Kontakt steht, sondern auch seiner Abhängigkeit von der gesamten Gruppe, deren Mitglied er ist. Und in der Tat: In einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist man insgesamt davon abhängig, dass andere Personen ihre Funktionen erfüllen, auch diejenigen, mit denen man nicht in einem persönlichen Kontakt steht.“ (ebd.)²²

Auch Niklas Luhmann kritisiert eine Ungenauigkeit in Durkheims Ansatz, in seinem Fall in Bezug auf den Solidaritätsbegriff an sich:

„Solidarität und Moral sind bei Durkheim kongruent gebrauchte Begriffe. Man kann auch sagen: Moral wird in dieser Theorie als Solidarität konzeptualisiert.“ (Luhmann 1977: 24)

Durch die mangelnde Abgrenzung der Begriffe Moral und Solidarität erscheinen bei Durkheim alle moralischen Forderungen, die aus einer Gesellschaft an ihre Mitglieder hervorgehen, ein Ausdruck solidarischer Pflichten zu sein:

„Das impliziert, dass Unterstützungspflichten ebenso wie Kleidungsvorschriften, Loyalitätsgebote ebenso wie die Schulpflicht, als moralische Normen aufzufassen und dem Solidaritätsbegriff zu subsumieren sind.“ (Tranow 2012: 17)

Dadurch bleibt unklar, welche Solidarnormen welche Handlungen auslösen. Luhmann ergänzt zu seiner Kritik allerdings, dass der konkrete Inhalt sozialer Solidarität über einen negativen Bezug Durkheims verständlicher wird:

„Solidarität ihrerseits wird positiv nur als Zusammenhalt oder Einigung, also nur tautologisch bestimmt, negativ dagegen als Widerstand gegen Auflösung. Über diese negative Umschreibung wird der zunächst nur metaphorisch-tautologisch eingeführte Begriff fruchtbar gemacht.“ (Luhmann 1977: 25)

Diese Fruchtbarmachung des Solidaritätsbegriffs als Widerstand gegen Auflösung unternimmt Durkheim selbst allerdings kaum – auch hier bedarf es einiger Interpretation, um die Bedeutung des Begriffs mit Inhalt zu füllen.

An diesen Kritikpunkten – die mit Parsons und Luhmann von sehr prominenten Kritikern vorgebracht wurden – wird deutlich, dass Durkheims Theorie der Solidarität auf die Auseinandersetzung der Soziologie mit dem Phänomen an sich aber auch mit der generellen Frage nach sozialem Zusammenhalt einen großen Einfluss hatte. Auch in neueren Ansätzen finden sich deutliche Bezüge zu Durkheims Theorie der Solidarität. Dass eine generalisierte Solidarität, wie es die von Durkheim beschriebene organische Solidarität ist, die auf den engen Familien- oder Sippenkreis beschränkte Solidarität im Laufe der Modernisierung verdrängt hat, findet sich zum Beispiel auch in Hauke Brunkhorsts Werk „Solidarität unter Fremden“ (1997) wieder:

²² Durkheim wendet sich in seinen späteren Werken – so ein Argument von Baurmann – von der Perspektive wieder ab, dass Solidarität aus dem Verhältnis der Individuen zueinander entsteht und führt ihre Entstehung auf überpersönliche Kräfte zurück. Baurmann nennt dies eine „anti-individualistische Wende“ (Baurmann 1999: 100) in Durkheims Gesamtwerk.

„Ich möchte daran die Behauptung anschließen, dass der Kern des moralischen oder des 'Fortschritts im Bewußtsein der Freiheit' (Hegel) in der Verallgemeinerung von Solidarität und in der Umstellung von Solidarität unter Freunden auf Solidarität unter Fremden besteht.“ (Brunkhorst 1997: 8)

Auch das in der Solidaritätsforschung viel beachtete Buch „Solidarität in der modernen Gesellschaft“ von Karl Otto Hondrich und Claudia Koch-Arzberger (1992) geht von dieser zentralen Idee aus:

„Solidarität tritt, wenn auch nicht zwangsläufig, an die Stelle von Zwangsbindungen. Dass diese zerfallen, bedeutet nicht Auflösung sozialer Bindungen, sondern deren Verwandlung.“ (Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 114)

Richard Münch und Sebastian Büttner (2006) wenden die Idee auf die Integration der europäischen Gesellschaften an. Das Nachkriegseuropa lässt sich aus ihrer Sicht

„[...] als ein System segmentär differenzierter, durch internationalen Handel verflochtener, Nationalstaaten beschreiben. Das Zusammengehörigkeitsgefühl beruhte auf der mechanischen Solidarität der Nation, einer nach außen eindeutig abgegrenzten und nach innen weitgehend homogenen Gesellschaft“ (Münch und Büttner 2006: 73).

Durch die Internationalisierung vieler Wirtschaftszweige seien die grenzüberschreitende Arbeitsteilung und damit die wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen den Nationalstaaten gewachsen:

„Dieses neue, sich herausbildende System der Arbeitsteilung stützt sich auf eine eigene Form transnationaler organischer Solidarität, die den engen Zusammenhalt in den nationalen Gesellschaften aufweicht.“ (ebd.: 74)

Nicht zuletzt ist die Frage, ob gesellschaftlicher Zusammenhalt generell wächst oder abnimmt, zu einer zentralen soziologischen Frage geworden.²³ Hondrich und Koch-Arzberger übernehmen hier die optimistische Sichtweise Durkheims:

„Entgegen den Klagen gegen den Verlust von Solidarität ist es die These dieses Buches, dass sie in modernen Gesellschaften weniger verfällt als vielmehr erschaffen wird.“ (Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 7)

Sowohl Manfred Prisching (2003: 157–158) als auch Hauke Brunkhorst vertreten dazu die pessimistische Gegenposition:

„Alle überlieferten Formen bürgerschaftlicher und brüderlicher Solidarität zersetzen sich in Folge funktionaler Differenzierung langsamer oder rascher. Der Zerstörungsprozess bewirkt zwar die Befreiung der individuellen Person aus 'ständischen und stehenden' (Marx) Abhängigkeitsverhältnissen, aber er stiftet nicht von sich aus – etwa durch den Marktmechanismus – neue Solidaritäten. Für sich genommen stellen Funktionssysteme wie Marktwirtschaft oder souveräne Staatsmacht ganz im Gegenteil neuartige Formen einer Sozialintegration ohne Solidarität dar.“ (Brunkhorst 2002: 114–115)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass eines der wichtigsten Argumente Durkheims seine Bedeutung und Wirksamkeit weder für die Sozialwissenschaften, noch für gesellschaftliche und politische Debatten verloren hat, nämlich, dass innergesellschaftliche Differenzen nicht zwangsläufig zu gesellschaftlichem Verfall führen. Im Gegenteil, für moderne Gesellschaften können sie die Voraussetzung für neue Formen der Solidarität sein.

²³ So beschäftigt sich beispielsweise der gesamte Sammelband „Solidaritätsbrüche in Europa“ (Aschauer et al. 2016) mit der Frage, ob bzw. wie es in Europa zu einem Rückgang an Solidarität durch die Euro-Krise gekommen sei.

Nach diesem Abriss der Wirkungen, die Durkheims Werk zu Solidarität auf die Soziologie hatte, wird eine Auseinandersetzung aus der politischen Philosophie um den Solidaritätsbegriff dargestellt.

Die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte

In der Politikwissenschaft gibt es keine theoretische Auseinandersetzung mit dem Solidaritätsbegriff, die mit der oben dargestellten von Durkheim ausgelösten soziologischen Diskussion vom Umfang her vergleichbar wäre. Ende des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff allerdings im Rahmen einer prominenten Debatte der politischen Philosophie aufgegriffen und diskutiert: der Debatte zwischen Liberalisten und Kommunitaristen, die in den achtziger und neunziger Jahren für die politische Theorie von großer Bedeutung war.

Bei dem von der Rawlsschen „Theorie der Gerechtigkeit“ (Rawls 1975) ursprünglich ausgelösten Streit geht es um die grundsätzliche Frage, ob bei der politischen Ordnung einer Gesellschaft eher die einzelnen Individuen oder die soziale Gemeinschaft die wichtigere Rolle spielen sollen (Honneth 1993: 14). Die Legitimität der Rechtsnormen steht im Vordergrund: Sollen individuelle Rechte und Freiheiten Vorrang gegenüber dem Gemeinwohl haben, oder umgekehrt? Im Rahmen dieser Debatte wird Solidarität vor allem im Hinblick auf die ihr innewohnende Exklusivität diskutiert (Brunkhorst 1996: 23). Im Liberalismus stellt die Bevorzugung der Mitglieder der eigenen, nach außen hin abgegrenzten Gemeinschaft gegenüber anderen Menschen bei der Umverteilung von Ressourcen eine nicht akzeptable Norm dar, die sich gegen ihren universalistischen Anspruch stellt:

„Für pointiert liberale Zeitgenossen ist 'Gemeinschaft' bedrohlich und 'Solidarität' überflüssig. Für Liberale – und besonders Libertäre – gibt es nur Individuen, und jenseits der Individuen ist allenfalls noch die ganze Menschheit ins Auge zu fassen, wenn es um universelle Axiome oder Normen geht; denn was für den Einzelnen gilt, muss auch für die Menschheit gelten. Liberales Denken ist antipartikuläres Denken; es lässt keine Vorrechte für Gruppen, Staaten, Nationen oder Völker zu. Die Bevorzugung von Zugehörigkeiten irgendeiner Art ist nicht argumentierbar, und deshalb gibt es nur eine Alles-oder-Nichts-Solidarität, das heißt: Im Grunde verlässt man sich besser auf den Markt als auf Solidarität; und wenn es doch irgendwelche Solidaritätspostulate gibt, so wäre es inkonsistent, würden sie nicht die Menschheit insgesamt umfassen.“ (Prisching 2003: 176–177)

Kommunitaristen sehen in der Solidarität hingegen „eine unverzichtbare Voraussetzung für die dauerhafte Stabilität einer freiheitlich verfassten politischen Ordnung“ (Münkler 2004: 19), deren Bedeutung für sie so weit geht, „dass sie zu Eingriffen in die individuelle Freiheit bereit sind, um die sozialmoralischen Voraussetzungen dauerhafter Freiheit zu gewährleisten“ (ebd.).

Auch wenn der Solidaritätsbegriff in der Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte nur eine Nebenrolle spielt, sollen die Positionen zweier prominenter Mitstreiter in der Debatte dargestellt werden, weil sie Solidarität im Rahmen der übergeordneten Fragestellung nach einer stabilen politischen Ordnung diskutieren und sich auf diesem Wege mit der systemischen Bedeutung von Solidarität auseinandersetzen.

Der liberale Philosoph Richard Rorty griff den Solidaritätsbegriff in seinem Buch „Kontingenz, Ironie und Solidarität“ (1989) als erster programmatisch auf, daher wird sein Ansatz hier beispielhaft für die

liberale Position dargestellt. Rorty bezieht sich bei der Erläuterung seines Solidaritätsverständnisses auf die Gräueltaten der Nationalsozialisten an den Juden im Dritten Reich bzw. auf die Menschen, die den Juden halfen:

„Als die Deportationszüge nach Auschwitz fuhren, hatten Juden viel größere Aussichten, von ihren christlichen Nachbarn versteckt zu werden, wenn sie in Dänemark oder Italien lebten, als wenn sie in Belgien waren. Dieser Unterschied wird häufig so ausgedrückt, daß man sagt: Viele Dänen und Italiener bewiesen einen Sinn für Solidarität mit anderen Menschen, der vielen Belgiern abging.“
(Rorty 1989: 305)

Für Rorty ist es also Ausdruck von Solidarität, Menschen vor einer drohenden Lebensgefahr zu schützen. Die Motivation, die diesem Handeln zugrunde liegt, ist Rortys Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit Solidarität. Traditionellerweise sei solidarische Handeln durch ein starkes Wir-Gefühl zwischen sich ähnlichen Menschen und durch eine Abgrenzung nach außen motiviert:

„Mit diesen Beispielen will ich zeigen, daß unser Solidaritätsgefühl am stärksten ist, wenn die, mit denen wir uns solidarisch erklären, 'zu uns' gehören und 'wir' etwas enger Begrenztes als die Menschenrasse ist. Das kommt daher, daß die Begründung 'weil sie ein Mensch ist' eine schwache, nicht überzeugende Erklärung für eine großzügige Handlung liefert.“ (ebd.: 308)

Als liberaler Philosoph streitet er allerdings ab, dass es sich bei diesen Wir- und Solidaritätsgefühlen um etwas Angeborenes handelt. Aus seiner Sicht gibt es keinen „Kern des Selbst“ (ebd.: 305) – eine angeborene und elementare Menschlichkeit, deren Bestandteil die mitfühlende „menschliche Solidarität“ (ebd.) wäre. Im Gegenteil, die Zusammengehörigkeitsgefühle und Wahrnehmungen von Ähnlichkeit, die Solidarität zugrunde liegen, seien historisch kontingent und politisch beeinflussbar und hätten nur zu oft zur Ausgrenzung derjenigen geführt, die nicht zur Gemeinschaft der Ähnlichen gezählt werden (ebd.: 309). Folglich sieht Rorty eine moralische Verpflichtung darin, „darauf zu drängen, daß wir versuchen müssen, in unser Verständnis von 'wir' auch Menschen aufzunehmen, die wir bis jetzt zu den 'sie' gezählt haben“ (ebd.).

Für ihn stellt eine derartige Ausweitung des *Wir*-Begriffs einen moralischen Fortschritt dar. Zu diesem *Wir* zählen dann nicht mehr nur *wir Christen* oder *wir Belgier*, wie es im von ihm gewählten Beispiel der Fall war. Für ihn bedeutet es dann beispielsweise

„[...] ‚wir Liberalen im zwanzigsten Jahrhundert‘ oder ‚wir Erben der historischen Kontingenzen, die mehr und mehr kosmopolitische, immer demokratischere politische Institutionen geschaffen haben“ (ebd.: 317).

Moderne Solidarität ist dann zu verstehen als

„[...] die Fähigkeit, immer mehr zu sehen, daß traditionelle Unterschiede (zwischen Stämmen, Religionen, Rassen, Gebräuchen und dergleichen Unterschiede) vernachlässigbar sind im Vergleich zu den Ähnlichkeiten im Hinblick auf Schmerz und Demütigung - es ist die Fähigkeit, auch Menschen, die himmelweit verschieden von uns sind, doch zu 'uns' zu zählen“ (ebd.: 310).

Gewissermaßen ist in diesem Ansatzpunkt von Rorty die Idee Durkheims von einer vormodernen Solidarität, die auf Ähnlichkeit beruht, und einer modernen Solidarität, die unterschiedliche Menschen miteinander verbindet, wiederzuerkennen – auch wenn Rorty sich nicht direkt auf Durkheim bezieht. Allerdings geht er darüber hinaus, indem er auf die Verletzbarkeit hinweist, die allen Men-

schen gemeinsam ist, die aber keine so offensichtliche Gemeinsamkeit wie die gleiche Religionsangehörigkeit oder Nationalität darstellt. Solidarität muss demnach erst erschaffen werden:

„Solidarität wird nicht entdeckt, sondern geschaffen. Sie wird dadurch geschaffen, dass wir unsere Sensibilität für die besonderen Einzelheiten des Schmerzes und der Demütigung anderer, uns nicht vertrauter Arten von Menschen steigern. Diese Sensibilität macht es schwieriger, Menschen, die von uns verschieden sind, an den Rand unseres Bewusstseins zu drängen [...].“ (ebd.: 16)

Gerade der Bezug Rortys auf Schmerz und Demütigung als Auslöser von Solidarität weist darauf hin, dass sein Solidaritätsbegriff sehr stark an einem humanitären Verständnis von Mitgefühl orientiert ist (Wildt 1995: 1010). Solidarität ist für ihn Teil einer modernen, liberalen Sozialmoral und damit unmittelbar mit seinem Idealbild einer politischen Ordnung verbunden. Durch seinen weit gefassten Begriff fällt allerdings die Abgrenzung zur universell gültigen Norm der Wohltätigkeit schwer. Es bleibt unklar, in welchen Handlungen sich Solidarität konkret widerspiegelt – außer im Schutz von Menschen, die sich in unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben befinden, wie es im Beispiel der drohenden Deportation der Fall war.

Da sich der Kommunitarismus mit der Bedeutung der Gemeinschaft, der geteilten Werte und des Gemeinsinns für eine stabile politische Ordnung auseinandersetzt, wäre zu erwarten, dass seine Vertreter einen eindeutigeren Begriff von Solidarität entwickelt hätten. Dies ist allerdings nur bedingt der Fall:

„Eine zentrale Stellung des S[olidaritäts]-Begriffs würde zum zeitgenössischen amerikanischen Kommunitarismus passen, bes[onders] zu seiner Kritik an Vertragstheorien der Gerechtigkeit. Er findet sich dort aber nur am Rande.“ (ebd.: 1009)

Zu diesem Urteil kommt auch Thomas Hausmanning:

„Obwohl der Begriff Solidarität [in der Kommunitarismusdebatte – SB] kaum benutzt wird, geht es darin letztlich auch um diese bzw. genauer: um die Frage, ob und wie moderne demokratische Gesellschaften zugleich solidarische Gemeinschaften sein können.“ (Hausmanning 1998)

Explizit mit dieser Fragestellung beschäftigt sich der prominente Vertreter des amerikanischen Kommunitarismus, Michael Walzer, in seinem Buch „Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie“ (1996):

„Auch er fragt sich, wie denn das Zusammenleben der Menschen in einer modernen Demokratie wie den USA möglich und denkbar ist, wenn doch diese Gesellschaft aus einer Vielzahl sehr unterschiedlicher, ja z.T. völlig gegensätzlicher (Teil- oder auch ‚Gegen-‘) Gesellschaften besteht.“ (Böhlke 2010: 6)

Für Walzer reicht die Toleranz der Unterschiedlichkeit der Menschen in einer Gesellschaft, wie sie Rorty propagiert, nicht aus, um diese zu erhalten. Er stellt sich damit direkt gegen den Liberalismus als Leitbild moderner Demokratien:

„Denn ohne Zweifel [...] muß sich eine politische Gesellschaft auf einige gemeinsame Werte stützen, auf einen gewissen geistigen Zusammenhalt, wie beschränkt auch immer er sein mag. Sich auf eine Laissez-faire-Moral zu verpflichten, führt zu gar keinem Zusammenhalt. Wir untergraben dadurch die Grundlage eines gemeinsamen Lebens, denn die Moral der Toleranz veranlaßt uns, Frieden mit jeder Zurückweisung von Gemeinschaftsleben zuzuschließen (sic!). So entfernen wir

uns voneinander und verlieren eben dadurch, daß wir unsere Unterschiede akzeptieren, jedes Gefühl von Verwandtschaft und Solidarität.“ (Walzer 1996: 183)

Zur Basis einer stabilen Gesellschaft gehören für Walzer vielmehr gemeinsame Werte und ein Zusammengehörigkeits- bzw. Solidaritätsgefühl. Aus seiner Sicht hat die Moral der Toleranz eine behindernde Wirkung auf Solidarität (ebd.: 190–191). Der Liberalismus führe zu Gleichgültigkeit unter den Menschen und verhindere, dass sie sich für das Gemeinwesen einsetzen. Darin – im politischen Engagement – sieht Walzer aber eine notwendige Voraussetzung für die Stabilität einer politischen Ordnung (ebd.: 183–184). Der Staat sei das einzige, was die unterschiedlichen Bürger in einer pluralistischen Gesellschaft verbinde, daher sei der Einsatz für das Gemeinwohl im Staat die einzige Möglichkeit Zusammenhalt zu erzeugen (ebd.: 192). Der „liberale Staat“ (ebd.: 190) versuche daher, sozialen Zusammenhalt und politisches Engagement von oben her zu verordnen, was Walzer aber als ein unmögliches Unterfangen ansieht (ebd.). Sein Lösungsmodell sieht eine „sozialistische und demokratische Politik“ (ebd.: 196) vor, bei der politische Teilhabe umfassend ermöglicht und gefördert werden soll.

Auch Walzers Solidaritätsbegriff bleibt relativ schwammig. Er setzt Solidarität einerseits mit dem oben thematisierten Gemeinschaftsgefühl gleich, andererseits verwendet er den Begriff synonym zu gesellschaftlichem Zusammenhalt generell. Bedeutsam ist dabei, dass für ihn beides nicht politisch erschaffen werden kann, sondern sich *von unten her* entwickeln muss. Damit nimmt er offensichtlich die Gegenposition zu Rorty ein, der die politische Beeinflussbarkeit von Ähnlichkeits- und Zusammengehörigkeitswahrnehmungen hervorhebt.

Solidarität hat für Walzer aber auch eine Handlungsdimension: Er erwähnt sie in einem Zug mit dem Einsatz für das öffentliche Leben oder das Gemeinwohl. Wie Rorty wird aber auch Walzer an dieser Stelle leider nicht konkreter.

Festzuhalten ist, dass der Solidaritätsbegriff in der Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte zwar nicht explizit ausgearbeitet wurde, dass aber dennoch erkennbar ist, dass ihm zwei unterschiedliche Bedeutungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beigemessen werden. Rorty formuliert das anzustrebende gesellschaftliche Ziel, dass konventionelle Grenzen der Zusammengehörigkeit zu überwinden seien um es zu ermöglichen, dass sich auch sehr unterschiedliche Menschen in Not helfen. Für Walzer ist Solidarität der tatkräftige Einsatz für die Gemeinschaft, weniger die Unterstützung eines Einzelnen in Not. Sie beruht auf gemeinsamen Werten und einem Zusammengehörigkeitsgefühl – auch hier über soziale Grenzen hinweg – und ist eine notwendige Voraussetzung für die Stabilität einer Gesellschaft.

Die Diskussion um die Basis von Solidarität – ob diese eine universelle Moral oder ein starkes und damit partikulares Gemeinschaftsgefühl ist bzw. sein soll – spielt auch für heutige Ansätze und Diskussionen noch eine zentrale Rolle.

Auch wenn die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Solidarität hauptsächlich in der Soziologie und in der politischen Philosophie stattfindet, spielen ökonomisch geprägte Ansätze eine nicht zu unterschätzende Rolle für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen. Diese werden im folgenden Kapitel vorgestellt.

Solidarität in der Ökonomie: Kollektivgutproblematik und Altruismus

Ein zentrales Forschungsfeld der Ökonomie stellt die Analyse der Verhaltensweisen und Handlungsmotive einzelner Wirtschaftssubjekte bei der Herstellung und Verteilung knapper Güter dar. Im Rahmen dieses Themenkomplexes sind zwei gängige ökonomische Annahmen Ausgangspunkte für eine tiefergehende Beschäftigung mit dem Phänomen der Solidarität: erstens, dass für die Herstellung bestimmter (Kollektiv-)Güter eine Form der menschlichen Kooperation notwendig ist, die mit temporären Einbußen für einzelne Individuen einhergeht und daher als Solidarität bezeichnet werden kann, und zweitens, dass es zwei ganz grundsätzliche menschliche Handlungsmotive gibt, nämlich Egoismus und Altruismus, von denen letzteres häufig als der Antrieb für solidarische Handlungen verstanden wird. Die Auseinandersetzung mit kooperativem bzw. solidarischem Verhalten findet dementsprechend in Bezug auf die so genannte Kollektivgutproblematik im Rahmen der Altruismusforschung und in der experimentellen Verhaltensökonomie statt. Im Folgenden werden die Erkenntnisse dieser Ansätze zu solidarischem Handeln kurz dargestellt.

Der Beschäftigung mit der Kollektivgutproblematik geht im Wesentlichen auf das inzwischen zum Klassiker der ökonomischen Theorie avancierte Buch „Die Logik des kollektiven Handelns“ von Mancur Olson (1965) zurück. Ihm liegt zunächst die Feststellung zugrunde, dass Menschen sich zu sozialen Gruppen zusammenschließen um ein oder mehrere kollektive Güter zu produzieren, die für alle Gruppenmitglieder einen Nutzen haben (Dehling und Schubert 2011: 112–113).²⁴ Die soziale Kooperation der Individuen, die so entsteht und im Wesentlichen auf ihrem eigennutzorientierten Interesse beruht, kann dann als „Eigennutzsolidarität“ (Mau 2009: 68) bezeichnet werden:

„Wenn rationale Akteure bestimmte soziale Güter produzieren wollen, dann müssen sie miteinander kooperieren. Gruppensolidarität entsteht, wenn diese Güter außerhalb des Kooperationsarrangements nicht verfügbar sind und wenn der Zugang zu ihnen effektiv kontrolliert werden kann. [...] Solidarität ist dann eher eine (unbeabsichtigte oder in Kauf genommene) kollektive Folge eigeninteressierten individuellen Handelns und nicht dessen intentionaler Bestandteil.“ (ebd.)

Solidarität hat in diesem Verständnis also vor allem einen instrumentellen Charakter. Die Zusammenarbeit, das gegenseitige Helfen und Unterstützen bzw. das „kollektive Handeln“ (Olson 1965) dient einem übergeordneten Ziel, aus dem jeder Einzelne einen Gewinn zieht. Ein solches Ziel bzw. Kollektivgut kann zum Beispiel die Verbesserung von Arbeitsbedingungen sein, für die sich eine Ge-

²⁴ Ob auch Nicht-Mitglieder von einem Kollektivgut profitieren können, hängt von der Konzeption der Gruppe ab. Olsons Ansatz wird zumeist auf innergesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften oder Interessengruppen angewandt. In diesen Fällen können auch Individuen außerhalb der Gruppe von dem Kollektivgut profitieren. Das gilt zum Beispiel für Arbeiter, die von Tarifverträgen profitieren, aber nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. Die Gruppe kann aber auch gesamtgesellschaftlich konzipiert werden: Vom deutschen Bildungssystem profitieren im Wesentlichen *Mitglieder* der deutschen Gesellschaft, einen unmittelbaren Nutzen gibt es für Individuen außerhalb dieser Gruppe nicht.

werkschaft einsetzt. Der gemeinsame Kampf der Gewerkschaftsmitglieder für dieses Ziel, zum Beispiel mithilfe eines Streiks, ist dann als solidarisches Handeln zu verstehen.

Die Kollektivgutproblematik besteht nun darin, dass der Nutzen der Kollektivgüter nicht davon abhängt, ob ein Individuum an der Produktion beteiligt ist, also ihre Kosten mitträgt, oder nicht – so profitieren auch die so genannten Free rider davon – im oben geschilderten Zusammenhang wären das zum Beispiel Arbeiter, die von einem Tarifvertrag profitieren, aber keine Gewerkschaftsmitglieder sind:

„Für ein rational handelndes Individuum ist es am vorteilhaftesten, wenn das Kollektivgut bereitgestellt wird, ohne sich an den dafür notwendigen Leistungen selbst zu beteiligen (weil sich andere engagieren). Individuen, die sich so verhalten, werden auch Trittbrettfahrer (free rider) genannt, in Anlehnung an das Trittbrett von Straßenbahnen, auf dem man, ohne zu bezahlen, mitfahren konnte. Bei der Bereitstellung kollektiver Güter ist das Trittbrettfahrerproblem das zentrale Problem: Handeln viele oder alle in diesem Sinne rational, d.h. verhalten sich als Trittbrettfahrer, dann wird das Kollektivgut nicht oder nur ungenügend bereitgestellt.“ (Dehling und Schubert 2011: 114)

Können von der Gruppe keine ausreichenden Anreize gegen das Trittbrettfahren bzw. für das kooperative Verhalten geschaffen werden, entsteht keine Solidarität und das Kollektivgut kann auf Dauer nicht produziert werden. An diesem Punkt wird besonders deutlich, dass Solidarität einen reziproken Charakter hat:

„Handlungsleitend für solidarische Akte ist nicht nur der eigene Beitrag zur Produktion kollektiver Güter, sondern auch der Beitrag, den andere Beteiligte leisten. Es ist eine der unabdingbaren Randbedingungen solidarischen Handelns, dass gewährleistet sein muss, dass diejenigen, die ihre Kräfte und Ressourcen für andere einsetzen, weder das Gefühl haben, dass die ‚falschen‘ Gruppen davon profitieren, noch dass andere, von denen ebenso solidarisches Eintreten erwartet werden kann, sich dem entziehen.“ (Mau 2002: 145–146)

Auch wenn Olson selbst den Begriff der Solidarität nicht verwendet hat, spielt die Kollektivgutproblematik für das Konzept eine große Rolle (Donat 2016: 106). In der Tradition der Auseinandersetzung mit der Kollektivgutproblematik sind daher einige Ansätze zur Erklärung von Solidarität entstanden. Ein Beispiel ist die „Theorie der Gruppensolidarität“ des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Michael Hechter (1987), der einen ökonomischen Ansatz wählt. Hechter kritisiert zunächst die beiden vom ihm identifizierten soziologischen Theorien, die Solidarität erklären sollen. Normativistische Ansätze, die davon ausgehen, dass Gruppenmitglieder solidarisch sind, weil sie spezifische Normen internalisiert haben, sind aus seiner Sicht nicht in der Lage tatsächlich solidarisches Handeln zu erklären, vor allem nicht, wenn dieses in seiner Intensität zwischen verschiedenen Gruppen variiert (Hechter 1987: 8). Strukturalistische Ansätze, die die Existenz von Solidarität anhand von gemeinsamen Interessen erklären, sagen aus seiner Sicht deutlich mehr Solidarität vorher, als es in der Realität gibt (ebd.: 9). Hechter entscheidet sich schließlich, die Rational Choice Theorie heranzuziehen, um Solidarität in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen zu erklären, weil die in ihrer Tradition formulierte Kollektivgutproblematik aus seiner Sicht einige Aufschlüsse über Gruppendynamiken bietet (ebd.). Er geht davon aus, dass Menschen sich zu Gruppen zusammenschließen, um eine spe-

zielle Form von kollektiven Gütern herzustellen, nämlich „excludable jointly produced goods“ (ebd.: 10), also Güter die nur durch die Kooperation von mindestens zwei Personen zustande kommen können und die nur von Gruppenmitgliedern genutzt werden können. Hechter versteht darunter „nicht nur materielle, sondern auch immaterielle Güter wie Geselligkeit und Freundschaft“ (Tranow 2012: 24). Diese „quasi-kollektiven Güter“ (Hechter 1987: 10)²⁵ sind für die Fortexistenz der Gruppe entscheidend: Bleibt die Produktion des Gutes aus, zerfällt auch die Gruppe. Hechter setzt nun an der oben erwähnten Frage an, welche Möglichkeiten Gruppen haben, um Anreize gegen das Free riding zu setzen und auf diese Weise die Produktion von Kollektivgütern und die Fortexistenz von Gruppen zu gewährleisten. Die in der Literatur klassischerweise angeführten individuellen Motive für die Produktion von Gütern – individuelle Entlohnung und (staatlicher) Zwang – können aus Hechters Sicht nicht abschließend erklären, warum es überhaupt zur Produktion quasi-kollektiver Güter kommt. Unter staatlichem Zwang könnten nur Kollektivgüter unter der Voraussetzung produziert werden, dass bereits andere Kollektivgüter – nicht zuletzt der Staat selbst – geschaffen wurden (ebd.: 9). Dieses Motiv kann also nicht die Produktion jedes kollektiven Gutes erklären. Das Motiv der individuellen Entlohnung kann aus seiner Sicht das Problem des Free ridings nicht lösen, weil Gruppenmitglieder auch von einem quasi-kollektiven Gut profitieren können, ohne an der Produktion beteiligt gewesen zu sein. Für rationale Akteure gibt es dann keine Anreize, sich in die Produktion einzubringen. Hechter führt an dieser Stelle das Motiv ein, das aus seiner Sicht am besten in der Lage ist, die Kooperation der Akteure zu erklären: ein gewisses Verpflichtungsgefühl der Gruppenmitglieder („sense of obligation“, ebd.: 10), etwas zum gemeinsamen Gut beizutragen. Allerdings grenzt er sich dabei von normativistischen Erklärungsansätzen ab:

„Das Verpflichtungsgefühl ist aber nicht emotionell begründet, sondern wird durch Kontrolle und Beobachtung wachgehalten. Wie gut dies gelingt, ist abhängig von bestimmten Eigenschaften des jeweiligen Gutes, von der Größe der Gruppe und vom Grad der Abhängigkeit der Mitglieder von der Gruppe. Im Grunde beruht damit die Kooperation auf rational begründeten Verpflichtungsgefühlen, also erst recht auf dem Selbstinteresse; moralische Vorstellungen im eigentlichen Sinne werden ausgeklammert.“ (Prisching 2003: 163)

Hechters Solidaritätsverständnis setzt an diesem Verpflichtungssinn an und wird durch den Umfang an Verpflichtungen und der tatsächlichen Einhaltung dieser Verpflichtungen definiert:

„Thus a group's solidarity is a function of two independent factors: first, the extensiveness of its corporate obligations, and, second the degree to which individual members actually comply with these obligations. [...] The greater the average proportion of each member's private resources contributed to collective ends, the greater the solidarity of the group.“ (Hechter 1987: 18)

Entscheidend ist, dass Solidarität in diesem Verständnis zwar aus Eigeninteresse ausgeübt wird, aber zumindest temporär immer mit dem individuellen Verzicht auf Ressourcen einhergeht:

„In fact, solidarity can be best understood as compliance in the absence of compensation, or a quid pro quo.“ (ebd.: 10)

²⁵ Ulf Tranow übersetzt den Begriff der quasi-kollektiven Güter mit dem Begriff der „Klubgüter“ (2012: 24).

Hechter sieht in Solidarität somit einen „sozialen Regelungsmechanismus“ (Tranow 2012: 24), ohne den der Zusammenhalt sozialer Gruppen im Grunde nicht möglich ist:

„As such, it [solidarity – SB] is an emergent attribute of groups that facilitates social coordination and social order, and is a precondition to all nonspontaneous collective action.“ (Hechter 2001: 14588)

Für seine Vorgehensweise bei der Entwicklung der Theorie der Gruppensolidarität – der systematischen Anwendung des Rational Choice Ansatzes auf die Problematik der Solidarität – ist Hechter sowohl gelobt als auch kritisiert worden. Lob wird vor allem für seine konzeptionelle Stringenz geübt, durch die er sich deutlich von vielen soziologischen Ansätzen abhebt (Tranow 2012: 24; Thome 1998: 224). Positiv geäußert wird auch, dass Hechter sein Solidaritätskonzept – anders als die meisten soziologischen Ansätze – an eine konkrete Problematik, nämlich das Trittbrettfahren, knüpft (Tranow 2012: 25).²⁶ Die Kritik dreht sich hauptsächlich um das zugrunde gelegte Verhaltensmodell des *homo oeconomicus*. Helmut Thome hält die Konzentration des Solidaritätskonzepts auf ein ausschließlich vom Eigeninteresse geleitetes Verhalten für grundsätzlich verkürzt:

„Das Solidaritätskonzept wird somit von jenen Ingredienzen gereinigt, die in konkurrierenden Auffassungen einen zentralen Stellenwert erhalten: affektive Bindungen und Sympathie, eingeborene altruistische Dispositionen, internalisierte Normen.“ (Thome 1998: 225)

Da Solidarität aus der Sicht von Thome auf einem Zusammenspiel aus gemeinsamen Werten und egoistischen Motiven basiert, nimmt Hechter mit seinem Ansatz für Thome eine unangebrachte Reduktion des Phänomens vor:

„Seine Theorie reduziert die Problemstellung an beiden Enden der funktionalen Beziehung, die hier interessiert. (1) Das Integrationsproblem wird auf die Frage reduziert, wie Gruppenmitglieder dazu gebracht werden können, jenen Gruppennormen zu folgen, die ihre Beiträge zur Produktion kollektiver 'Güter' regeln. (2) Ein zentrales Element des traditionellen Solidaritätskonzepts, 'obligation', wird zwar formal beibehalten, soll jetzt aber ausschließlich im Eigeninteresse wurzeln, das der Akteur im Lichte möglicher Sanktionen interpretiert. Verpflichtungsformen, die auf moralischen Überzeugungen und Selbst-Idealen beruhen, werden aus der theoretischen Betrachtung ausgeschlossen. Solidarisches Handeln als Moment in den Konstitutionsprozessen des Selbst oder einer kollektiven Identität kommt nicht in den Blick.“ (ebd.: 226)

Auch Ulf Tranow setzt seine Kritik am Menschenbild des Rational Choice Ansatzes an:

„Mit der Zugrundelegung der Perspektive eines rationalen Nutzenmaximierers sind aus Hechters Theorie der Gruppensolidarität jene Elemente ausgeschlossen, die in den anderen hier aufgeführten Solidaritätskonzepten – aber auch im Alltagsverständnis von Solidarität – eine zentrale Rolle spielen, nämlich Verbundenheitsgefühle oder eine altruistische Motivation. Dieser Ausschluss ist aus Hechters handlungstheoretischer Perspektive durchaus folgerichtig. Allerdings vermag die Fokussierung auf rationale Nutzenmaximierung als einziges Handlungsmotiv theoretisch kaum zu überzeugen. Damit im Rahmen einer Gruppe Verpflichtungen befolgt werden und Solidarität entsteht, muss – der Logik von Hechters Argumentation folgend – ein lückenloses Anreizsystem gewährleistet sein. Unabhängig davon, dass diese Bedingung in der Realität kaum zu erfüllen ist, lässt sich eine Befolgung von Solidarverpflichtungen aber auch in solchen Situationen beobachten, in denen keine starken Anreize zu einem solchen Verhalten existieren. Um das solidarische Verhal-

²⁶ Tranow kritisiert allerdings an gleicher Stelle, dass die Bindung an die Trittbrettproblematik auch eine Einschränkung bedeutet und andere Auslöser von Solidarität ausblendet.

ten in diesen Situationen erklären zu können, muss also eine andere Motivation als eine rationale Orientierung am Eigeninteresse vorausgesetzt werden.“ (Tranow 2012: 26–27)

In der Ökonomie sind aber auch Ansätze zu Solidarität formuliert worden, die das Verhaltensmodell des rationalen Nutzenmaximierers erweitern. Gemeint ist an dieser Stelle die bereits oben erwähnte Auseinandersetzung mit dem Handlungsmotiv des Altruismus.

In seinem „Handbook of the Economics of Giving, Altruism and Reciprocity“ setzt sich Serge-Christophe Kolm (2006) mit den in der Mainstream-Ökonomie noch eher vernachlässigten Konzepten des Schenkens, des Altruismus und der Reziprozität auseinander. Im Kontrast zum egoistischen Handlungsmotiv des *homo oeconomicus* definiert Kolm Altruismus wie folgt:

„Altruism is the preference for the good of some other people in itself, and it also denotes acting in favour of this good for this motive.“ (Kolm 2006: 8)

Altruismus ist damit kurz gesagt die Präferenz für das Wohlergehen anderer. „Giving“ (ebd.: 54), also Schenken oder Unterstützen, ist für Kolm demzufolge eine altruistisch motivierte und mit Kosten verbundene Handlung. Kolm betont allerdings, dass altruistisches Handeln keineswegs vollkommen selbstlos ist. Die dadurch entstehenden Kosten können durch verschiedene positive Gefühle kompensiert werden:

„More generally, giving is voluntarily incurring a cost for the good of someone else, but this may only be a means for another end. In particular, one may give for eliciting self-satisfaction, praise, gratitude, esteem, admiration, liking, or love [...].“ (ebd.: 18)

Entsprechend den unterschiedlichen Hintergrundmotiven für altruistisches Handeln identifiziert Kolm zwei Typen von Altruismus: „hedonistischen/natürlichen“ Altruismus und „moralischen/normativen“ Altruismus (ebd.: 9). Hedonistischer Altruismus wird ausgeübt, wenn die Steigerung des Wohlbefindens anderer Menschen auch das eigene Wohlbefinden steigert – Begriffe wie Zuneigung, Sympathie oder Mitleid sind demnach Gefühle, die ein hedonistisch altruistisches Handlungsmotiv implizieren (ebd.: 54). Diese Form von Altruismus bezieht sich im Wesentlichen auf die soziale Beziehung zwischen zwei Individuen und kann auch als erweiterter Egoismus verstanden werden – weil es letztendlich um die Steigerung des eigenen Wohlbefindens geht (ebd.: 60). Dem steht der moralische bzw. normative Altruismus gegenüber – er wird durch moralische Prinzipien oder soziale Normen geleitet (ebd.: 54–55).²⁷ Systematisch organisierte Hilfe in größeren sozialen Gemeinschaften kann laut Kolm zumeist mit moralischem Altruismus erklärt werden:

„Aid within communities is commonly demanded by moral altruism, and still more by nonmoral social norms. The intensity of these sentiments, and hence the importance and frequency of the resulting help and giving, correlate with the intensity of the sense of community. This intensity is

²⁷ Diese Erklärung altruistischen Verhaltens kommt den von Hechter benannten Verpflichtungsgefühlen sehr nahe. Zu kritisieren ist an dieser Stelle allerdings, dass Kolm keinerlei Aussagen über die Entstehung von Moralprinzipien und sozialen Normen innerhalb von Gemeinschaften macht. Es wird auch nicht deutlich, worin genau diese Prinzipien bestehen. Die Abgrenzung zum natürlichen Altruismus gelingt ihm damit nur bedingt. Jemand, der altruistisch handelt, um soziale Normen einzuhalten, entgeht damit ja auch sozialen Sanktionen, steigert damit sein Wohlbefinden und handelt gewissermaßen hedonistisch.

due to several factors, including culture, interests, tradition, actual closeness, and size. Fiscally implemented joint giving manifests solidarity in the national community.“ (ebd.: 89–90)

An dieser Stelle bekommt schließlich der Solidaritätsbegriff eine Bedeutung. Solidarität ist bei Kolm zu verstehen als eine innerhalb einer Gemeinschaft koordinierte Form der Hilfe oder Unterstützung, die durch moralische Prinzipien geleitet ist und vom Gemeinschaftssinn abhängig ist. Kolm bringt hier zusätzlich das Prinzip der Reziprozität ein. Solidarität impliziert für ihn, dass Hilfe unter der berechtigten Erwartung der Gegenseitigkeit ausgeübt wird:

„Solidarity denotes the potentially mutual aid characteristic of communities in general.“ (ebd.: 89)

Die obige Definition ist also um das Prinzip der Reziprozität zu ergänzen: Für Kolm ist Solidarität eine koordinierte Form der Hilfe, die durch moralische Prinzipien geleitet ist, vom Gemeinschaftssinn abhängig ist und mit der Erwartung von Gegenseitigkeit einhergeht. Solidarität und damit auch Reziprozität finden sich laut Kolm in den wesentlichen Prinzipien demokratischer Sozialstaaten wieder:

„Finally, the political system, and the vast allocation of resources it commands, rests on important aspects of reciprocity. People receive freely the vast amount of benefits provided by public services. They support politicians and vote for large taxes. Statesmen are supposed to act for the good of the people whose reciprocal support rests on liking and gratitude.“ (ebd.: 27)²⁸

Kolm bezeichnet in diesem Zusammenhang auch die politische Kooperation, die sich aus gemeinsamen Interessen ergibt, als Solidarität:

„Still other issues affect specific personal interests that are best defended in joining with the other people having similar interests, in political actions of all types (votes, parties, other forms of expression, lobbying, revolution, etc.). Then, you jointly defend your interest and that of the other people in a similar situation. You favour and help them as they favour and help you – this is solidarity.“ (ebd.: 34–35)

Er beschreibt hier eine Form der politischen Reziprozität, die sich im Grunde von seiner oben genannten Definition von Altruismus entfernt. Wenn sich beispielsweise Wähler für diejenige Partei entscheiden, die ihnen die höchsten sozialstaatlichen Transferleistungen verspricht, ist das leitende Handlungsmotiv nicht mehr das Interesse am Wohl des anderen, sondern das Interesse am eigenen Wohlergehen. Inwiefern Solidarität unter dieser starken Reziprozitätsannahme also noch als eine Form von Altruismus zu verstehen ist, also durch die „preference for the good of some other people in itself“ (ebd.: 8) geleitet wird, ist fraglich.

Die bislang vorgestellten ökonomischen Ansätze, in denen Anknüpfungspunkte zu einer näheren Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Solidarität zu erkennen waren, sind theoretischer Natur. In der experimentellen Ökonomie wurden von diesen theoretischen Annahmen ausgehend viele empirische Studien durchgeführt, die die Gültigkeit der „Altruismusannahme“ (Glassmann 2007: 786)

²⁸ An diesem Punkt setzt auch der Aufsatz zu Reziprozität im Wohlfahrtsstaat von Christina Fong in dem Handbuch von Kolm an. Die Reziprozitätsannahme ist hier die wesentliche Voraussetzung dafür, dass Menschen Wohlfahrtsstaaten politisch unterstützen: „We suggest below that a compelling case can be made that people support the welfare state because it conforms to a behavioral scheme which we call strong reciprocity. Strong reciprocity is a propensity to cooperate and share with others similarly disposed, even at personal cost, and a willingness to punish those who violate cooperate and other social norms, even when punishing is personally costly and cannot be expected to entail net personal gains in the future.“ (Fong et al. 2006: 1441)

prüfen sollen – die Annahme, dass „menschliches Kooperationsverhalten [...] auf altruistischen Handlungsmotiven“ (ebd.) basiert. Dabei wurden sehr unterschiedliche Erkenntnisse produziert. Ernst Fehr und Simon Gächter stellen beispielsweise fest, dass altruistische Bestrafung, welche die Autoren als kostspieliges Bestrafen von Trittbrettfahrern bezeichnen, das keinen materiellen Gewinn mit sich bringt, ein Schlüssel bei der Erklärung kooperativen Verhaltens ist:

„Several theories have been proposed to explain the evolution of human cooperation. The theory of kin selection focuses on cooperation among individuals that are genetically closely related, whereas theories of direct reciprocity focus on the selfish incentives for cooperation in bilateral long-term interactions. The theories of indirect reciprocity and costly signaling show how cooperation in larger groups can emerge when the cooperators can build a reputation. Yet these theories do not readily explain why cooperation is frequent among genetically unrelated people, in non-repeated interactions, when gains from reputation are small or absent. Punishment provides a solution to this problem. If those who free ride on the cooperation of others are punished, cooperation may pay.“ (Fehr und Gächter 2002: 137)

In einem anderen Artikel argumentieren die Autoren, gemeinsam mit Urs Fischbacher, dass kooperatives Verhalten von dem Verhalten der anderen Akteure abhängig gemacht wird:

„In public goods experiments one observes that people cooperate much more than predicted by standard economic theory assuming rational and selfish individuals. However, observed cooperation is heterogeneous and declining over time. One possible explanation, which is investigated in this paper, is the assumption that there are 'conditional cooperators', i.e. people who are willing to contribute more to a public good the more others contribute.“ (Fischbacher et al. 2001: 397)

Durch diese und andere experimentelle Ergebnisse zieht sich die Erkenntnis, dass kooperatives Verhalten, welches mit Kosten für das kooperierende Individuum verbunden ist und vermeintlich an dem Wohl Anderer orientiert ist, „nicht ganz unabhängig von dem Verhalten anderer Akteure auftritt“ (Glassmann 2007: 786). Altruismus ist dann eher als strategisches und daher bedingtes Verhalten zu interpretieren. Begriffe wie „strategische Reziprozität“ (ebd.: 793) oder „reziprok altruistisches Verhalten“ (ebd.) spiegeln dieses Altruismusverständnis wider. Sofern Solidarität als helfendes, aber an die Bedingung der Reziprozität gebundenes Verhalten verstanden wird, kommt der hier diskutierte Altruismusbegriff dem Solidaritätsbegriff sehr nah.

Es bleibt festzuhalten, dass die wenn auch variierenden Solidaritätsverständnisse in der Ökonomie etwas gemeinsam haben: Sie sind auf die Handlungsdimension von Solidarität fokussiert – unter Solidarität wird im weitesten Sinne eine Form des kooperativen menschlichen Verhaltens verstanden, das mit messbaren Kosten aber auch der Erwartung der Reziprozität einhergeht. Die Frage, welches Motiv solidarischen Verhalten zugrunde liegt, wird dabei unterschiedlich beantwortet, aber stets auf das Kontinuum zwischen rein egoistischen Interessen und komplett selbstlosen, altruistischen Beweggründen bezogen. Kaum berücksichtigt wird die emotionale Dimension von Solidarität, die in den vorangegangenen Ansätzen aus Soziologie und politischer Philosophie eine wichtige Rolle spielt. Auch die Frage, inwiefern die Bindung des Individuums an eine Gemeinschaft über Zusammengehörigkeitsgefühle oder die Verinnerlichung moralischer Prinzipien eine Rolle spielt, wird nicht behandelt.

Die in diesem Kapitel vorgestellten ideologischen sowie theoretischen Diskussionen um den Begriff der Solidarität prägen aktuelle wissenschaftliche Ansätze, die sich mit Solidarität beschäftigen, maßgeblich. Im folgenden Kapitel wird der Versuch unternommen, aktuelle Ansätze zu Solidarität dahingehend systematisch aufzuarbeiten, dass deutlich wird, welche definitorischen Elemente für ein Verständnis von Solidarität wichtig sind, welche Solidaritätstypen gebildet werden können und welche Schwierigkeiten die Konzeptvielfalt für eine empirische Solidaritätsforschung mit sich bringt.

2.1.2 Definitionen, Typen, Konzeptvielfalt

Definitionen

Einen ersten Eindruck von der Vielfalt der Solidaritätsdefinitionen verleiht der Blick in die diversen Wörterbücher der Soziologie, der Politikwissenschaft und der Philosophie sowie in die wenigen Monographien und Sammelwerke der letzten zwei Jahrzehnte, die für die Sozialwissenschaften als Basiswerke der Solidaritätsforschung angesehen werden können.²⁹ Für die unterschiedlichen Definitionen in Wörterbüchern und Basiswerken sind folgende Aspekte charakteristisch:

1. Mit Solidarität wird immer ein *Zustand* innerhalb sozialer Bindungen oder Beziehungen bezeichnet, der durch spezifische *individuelle Gefühle* bestimmt wird.
2. Die meisten Autoren gehen davon aus, dass aus diesen Gefühlen bestimmte *soziale Verhaltensformen* resultieren: eine Bereitschaft auf kooperative Art zu handeln bzw. anderen zu helfen oder das kooperative Handeln selbst. Seltener wird Solidarität als Typ sozialer Regelung oder als Organisations- bzw. Steuerungsform verstanden.
3. Es werden unterschiedliche *Ursprünge* solidarischer Gefühle konzipiert, die zumeist Bezug auf die Eigenschaften der Solidargemeinschaft nehmen.
4. Solidarität wird auf verschiedene konkrete *Auslöser* zurückgeführt.
5. Je nach Definition wird davon ausgegangen, dass Solidarität für eine Gesellschaft unterschiedliche *Funktionen* erfüllt.
6. In Bezug auf den *verpflichtenden oder freiwilligen Charakter* von Solidarität herrscht Uneinigkeit – die meisten Definitionen gehen aber auf diese Frage ein.
7. Die meisten Definitionen gehen davon aus, dass solidarische Handlungen durch (potenzielle) Gegenseitigkeit bzw. *Reziprozität* gekennzeichnet sind.
8. Die Frage, ob *Gleichheit unter den Mitgliedern* einer Solidargemeinschaft herrscht oder nicht, wird unterschiedlich beantwortet.
9. Die meisten Autoren gehen aber davon aus, dass Solidargemeinschaften durch *Exklusivität bzw. Partikularität* gekennzeichnet sind, also keine Gleichheit zwischen Gruppenmitgliedern und Menschen, die nicht Teil der Gruppe sind, herrscht.

²⁹ Hierzu zählen vor allem Kneuer und Masala (2015b), Harnisch et al. (2009), Beckert et al. (2004b), Bayertz (1998b) und Hondrich und Koch-Arzberger (1992).

10. Einige Autoren gehen davon aus, dass bestimmte *Bedingungen* an Solidarität geknüpft werden – sowohl was den solidarisch handelnden Akteur als auch was den Empfänger solidarischer Hilfe angeht.

Diese zehn Aspekte werden im Folgenden näher erläutert.

Alle für dieses Kapitel berücksichtigten Autoren von Wörterbucheinträgen und von Basiswerken gehen davon aus, dass spezifische Gefühle innerhalb sozialer Beziehungen die Grundlage von Solidarität in einer Gruppe, Gemeinschaft oder Gesellschaft sind.³⁰ Solidarität ist für sie also als eine Art Zustand der Gruppenmitglieder zu verstehen, der zwar Bedingung für solidarische Handlungen ist (Wildt 1998: 212–213), diese aber nicht per se nach sich zieht (Osa 2008: 23). Dieser Zustand ist durch ein Gefühl von Zusammengehörigkeit und innerem Zusammenhalt (Groser 2010: 958; Bayertz und Boshammer 2008: 1197; Hartfiel und Hillmann 2007: 805; Holtmann 2000: 626; Wildt 1995: 1004), von gegenseitiger Verantwortlichkeit (Coicaud 2011: 2464; Beck 1986: 855–856) und wechselseitiger Verbundenheit (Bayertz und Boshammer 2008: 1197), kurz: von einem „Wir-Gefühl“ (Coicaud 2011: 2464) geprägt.

Die Gefühle sind dabei stets Ausdruck eines „Zusammenhang[s] zwischen Individuen oder gesellschaftlichen Gruppen, der sich durch eine besondere Form von Verbundenheit [...] auszeichnet“ (Mau 2009: 63). Ob der Solidaritätszusammenhang objektiv nachvollziehbar gegeben ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Er wird durch die Wertschätzung der Beteiligten konstruiert (Schieder 2009: 19) – relevant ist neben den *Gemeinschaftsgefühlen* also auch das vorhandene *Gemeinschaftsbewusstsein* (Hartfiel und Hillmann 2007: 805; Beck 1986: 855–856) bzw. das „Bewusstsein von Zusammengehörigkeit“ (Aschauer und Hofmann 2016: 2). Im Rahmen dieser Arbeit wird der hier beschriebene Zustand als Disposition zu solidarischem Verhalten bezeichnet, weil er die Wahrscheinlichkeit bestimmt, dass eine Person solidarisch handelt oder nicht.

Dass aus den beschriebenen Solidaritätsgefühlen spezifische Handlungen resultieren, dass Solidarität also nicht nur eine Verhaltensdisposition, sondern auch konkretes Verhalten umfasst, ist nicht bei allen, aber bei vielen Autoren elementarer Bestandteil der Solidaritätsdefinition. Unter Solidarität werden dann „spezifische Formen sozialer Kooperation“ (Mau 2009: 63) verstanden. Helmut Thome geht sogar so weit, die Gefühle aus seiner Solidaritätsdefinition komplett auszuschließen:

„Als solidarisch wird ein Handeln bezeichnet, das bestimmte Formen des helfenden, unterstützenden, kooperativen Verhaltens beinhaltet und auf einer subjektiv akzeptierten Verpflichtung oder einem Wertideal beruht. [...] Oft wird z.B. definitorisch (nicht empirisch-hypothetisch) festgelegt, dieses Verhalten solle auf einem Zusammengehörigkeitsgefühl von Gruppenmitgliedern beruhen. Empirisch tritt helfendes-kooperatives Verhalten aber auch ohne diese Voraussetzung auf, und es ist unklar, wieso man sie zum Bestandteil der Definition machen soll.“ (Thome 1998: 219)

³⁰ Einige Autoren begreifen Solidarität sogar „als Oberbegriff für verschiedene Formen von sozialer Bindung wie Treue, Loyalität, Freundschaft, Nächstenliebe, Brüderlichkeit usw.“ (Wildt 1995: 1010). Die fehlende analytische Trennschärfe irritiert an dieser Stelle allerdings eher, als dass sie zum Verständnis des Begriffs beitragen würde.

Einige Autoren betonen die *Handlungsbereitschaft* – die Bereitschaft sich innerhalb der Gruppe füreinander einzusetzen und allein durch die Vermittlung der Bereitschaft nach außen dem Zusammengehörigkeitsgefühl Ausdruck zu verleihen (Wildt 1998: 212; Groser 1995: 562; Wildt 1995: 1004; Beck 1986: 855). Diese Handlungsbereitschaft bezeichnet nichts anders als die oben erläuterte Disposition zu solidarischem Verhalten.

Andere legen den Fokus auf das gemeinsame (Hartfiel und Hillmann 2007: 805) bzw. einheitliche Handeln – das „Handeln einer sozialen Gruppe als Einheit um der gemeinsamen Sache willen“ (Holtmann 2000: 626) bzw. „das Zugehörigkeitsgefühl in einem sozialen Ganzen, das als Einheit handelt“ (Fuchs-Heinritz und Rammstedt 2011: 619).

Über die Handlungsbereitschaft und das einheitliche Handeln hinaus geht die „engagierte Handlung eines Akteurs gegenüber einem Rezipienten“ (Wildt 1998: 212). An dieser Formulierung wird deutlich, dass Solidarität als eine spezielle Form der Gabe, Hilfe oder Unterstützung einer Person oder Personengruppe durch eine andere verstanden wird. Solidarische Handlungen reagieren in diesem Sinne auf den temporär ungleichen Zugang zu Ressourcen und stellen eine Umverteilung von Ressourcen dar (Coicaud 2011: 2467). Der Begriff der Ressource ist hier sehr weit zu verstehen: Solidarität kann sowohl die Umverteilung materieller Ressourcen bedeuten, als auch die Umverteilung von immateriellen, z.B. zeitlichen und kommunikativen Ressourcen. Sofern damit ein Verzicht auf die Nutzung eigener Ressourcen für eigennützige Zwecke verbunden ist und diese für die Interessen anderer Gemeinschaftsmitglieder oder die Gemeinschaft als Ganzes eingesetzt werden, kann von Solidarität gesprochen werden.

Es kann zwischen emotionaler oder praktischer Unterstützung unterschieden werden (Wildt 1995: 1004). Katrin Radtke unterscheidet drei Formen solidarischer Handlungen:

„Unterstützung kann in Form von materiellen Gütern, von Kommunikation oder von Arbeitskraft geleistet werden. Die materielle Unterstützung kann dabei einerseits monetär geschehen, sie kann jedoch auch in Form von Naturalien ausgeführt werden. Ein gutes Beispiel sind hier Spenden für Bedürftige, die sowohl in Form einer Überweisung als auch etwa in Form einer Kleidergabe oder Essensspende gegeben werden können. Verbale Unterstützung wird sowohl in schriftlicher wie auch in mündlicher Weise geleistet und kann in Form von Petitionen, Reden oder Artikeln auftreten. Die Unterstützung durch Arbeitskraft findet in Form von körperlichen oder geistigen Leistungen statt, die direkt zur Behebung der Beeinträchtigung der unterstützten Person oder Gruppe beiträgt.“ (Radtke 2009: 121)

Die Abgrenzung solidarischen Handelns von anderen sozialen Verhaltensformen ist dabei nicht einfach. Katrin Radtke fasst im obigen Zitat unter solidarischem Handeln beispielsweise auch das „Spenden für Bedürftige“ (ebd.) – was andere Autoren unter dem Begriff der Wohltätigkeit fassen. Neben der Wohltätigkeit werden auch Begriffe wie Sympathie, Empathie, Menschenliebe, Nächstenliebe, Freundschaft, Hilfe bzw. Hilfsbereitschaft, Wohlwollen, Großzügigkeit oder Loyalität häufig mit Solidarität in Verbindung gebracht (Prisching 2003: 158; Bayertz 1998a).

Worin sich diese Verhaltensformen von Solidarität unterscheiden, wird deutlich, wenn man sich mit den Ursachen für solidarische Gefühle innerhalb sozialer Gruppen bzw. den Eigenschaften solidarischer Gruppen auseinandersetzt. So gehen die meisten Autoren davon aus, dass sich solidarisches von wohltätigem Verhalten darin unterscheidet, dass der solidarisch Handelnde und der Rezipient der solidarischen Handlung durch „social ties and shared beliefs“ (Hornsby 2011: 603) bzw. „soziale Ähnlichkeiten und gemeinsame Wertorientierungen“ (Kaufmann 1984: 181) miteinander verbunden sind – dies ist bei einer wohltätigen Handlung nicht direkt der Fall.³¹

Eine gemeinsame soziale Lage wird also als eine Ursache von Solidarität konzipiert (Schubert und Klein 2007: 270; Beck 1986: 855). Diese kann entweder durch tatsächliche „naturwüchsige Ähnlichkeit“ (Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 18–20) oder eine gewisse „Interaktionshäufigkeit“ (ebd.) im Sinne von sozialer Nähe und Vertrautheit entstehen. An dieser Stelle spielt der Begriff der kollektiven Identität eine besondere Rolle.³² Beispiele für identitätsbildende und damit solidaritätsfördernde Gemeinsamkeiten sind laut Ernst-Wolfgang Böckenförde eine gemeinsame Religion, die Zugehörigkeit zu einem Volk, ein gemeinsames Nationalbewusstsein oder ein „kontinuierliches kulturelles Erbe“ (Böckenförde 2009: 22–23). Die Frage, inwiefern Gemeinsamkeiten, insbesondere in Bezug auf eine gemeinsame Nationalität, eine notwendige Bedingung für Solidarität sind, ist allerdings umstritten.

Mit einer gemeinsamen sozialen Lage gehen oft auch gegenseitige Abhängigkeiten einher, die ebenfalls als Ursache für solidarisches Handeln verstanden werden (Hartfiel und Hillmann 2007: 805; Procacci 2001: 14587). Dieser Ansatz wird zum einen in der Durkheimschen Tradition formuliert – wechselseitige Abhängigkeit ist dann das Ergebnis der sozialen Arbeitsteilung (Procacci 2001: 14587; Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 18–20). Zum anderen sind die naturgegebene Verbundenheit der Menschen untereinander und die sich daraus ergebende wechselseitige Abhängigkeit Teil der Argumentation der christlichen Soziallehre (Beck 1986: 856). In diesem Sinne sind die Menschen aufeinander angewiesen, „weil jeder allein und für sich sein Leben nicht sinnvoll führen kann“ (Böckenförde 2009: 17).

Neben der gemeinsamen sozialen Lage und der gegenseitigen Abhängigkeit spielt die Annahme gemeinsamer Interessen und Überzeugungen eine zentrale Rolle bei der Konzeption der Ursachen für Solidarität (Groser 2010: 958; Schubert und Klein 2007: 270; Bayertz 1998a: 12; Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 18–20; Beck 1986: 855). Die soziale Gruppe, in der Solidarität entsteht, wird als Interessen- und Wertegemeinschaft konzipiert, mit deren gemeinsamen Zielen sich die Gruppenmitglieder identifizieren (Coicaud 2011: 2464).

³¹ Allerdings ist diese Unterscheidung vom Ähnlichkeitsverständnis der Akteure abhängig. Fühlt sich ein Mensch mit einem anderen ähnlich und emotional verbunden und handelt auf der Basis dieses Gefühls, sind die objektiv feststellbaren Ähnlichkeiten nicht bedeutend. Insofern ist die Grenze zwischen Solidarität und Wohltätigkeit fließend.

³² Der Zusammenhang von kollektiver Identität und Solidarität wird in Kapitel 2.1.3 näher erläutert.

Es werden zwei Typen von Solidarität gegenübergestellt: die *Interessensolidarität*, welche eine „bloß ‚äußerliche‘, zum Zwecke der Durchsetzung gemeinsamer, gleichgerichteter individueller Interessen zustande gekommene Absprache, Vereinigung, Einigung“ (Hartfiel und Hillmann 2007: 805) ist, und die *Gemeinschaftssolidarität*, die „auf ‚innerer‘ Verbundenheit, Wir-Gefühl und Gesinnung beruhende Einheit des Wollens, Fühlens und Handelns“ (ebd.). Einige Autoren schließen dabei aus, dass bei dem ersten Typ, der Interessensolidarität, überhaupt von Solidarität gesprochen werden kann:

„Zugrunde liegt dem solidarischen Verhalten [...] eine Gesinnung der Gemeinschaft. Gemeinschaft bedeutet dabei nicht einen Zusammenschluss zu einem praktischen Zweck, keine Interessenvereinigung, sondern einen inneren Zusammenschluss, einen Zustand innerer Verbundenheit, der die tiefe Kluft, die sonst den einzelnen Menschen von anderen Wesen und Dingen trennt, überbrückt.“ (Vierkandt 1975: 704)

Andere Autoren verstehen Solidarität als „soziale Beziehung jenseits von Eigennutz und Altruismus“ (Harnisch 2009: 364), bei der das Eigeninteresse der einzelnen Gruppenmitglieder mit dem Gruppeninteresse verschränkt ist:

„Eigennützige Solidarität lässt sich auf zwei Wegen von einem genuin rationalistischen Eigennutz-Kalkül abgrenzen: Zum einen wird durch eigennützige Solidarität ein 'soziales Band' gestiftet. [...] Zum anderen wird durch eigennützige Solidarität nicht nur eine partielle Identifikation des Gebenden mit dem Nehmenden vorgenommen, das heißt eine soziale Beziehung der Gleichrangigkeit in Bezug auf das Recht zu eigennützigem Handeln etabliert. Durch die Identifikation wird auch der Fortbestand der Interaktion in einer Gruppe angelegt, indem der Gebende 'Eigeninteresse' an einer zukünftigen Interaktion bekundet [...]. Die gegenseitige Anerkennung und Identifikation des Gebenden mit dem Nehmenden als Mitglied der gleichen sozialen Gruppe, ausgestattet mit einem Mindestmaß an gleichen Rechten, wird so zum konstituierenden – reziproken – Element solidarischer Beziehungen.“ (ebd.: 364–365)

Aufgrund der engen begrifflichen Bindung von Solidarität an das Gemeinschaftsinteresse „ist es auch nicht verwunderlich, dass einige Autoren den Begriff der Solidarität nahe an den des Gemeinwohls herangeführt haben“ (Mau 2002: 133).

Unabhängig von der Frage, ob das gemeinsame Interesse einer sozialen Gruppe *nur* ein Aggregat der individuellen Interessen oder ein übergeordnetes, einheitliches Ziel ist, wird eine Bedrohung der Gruppe von außen als ein wichtiger Auslöser für solidarisches Handeln angesehen (Barbalet 2006: 603; Wildt 1995: 1004; Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 18–20; Vierkandt 1975: 704). Rodney Coates geht sogar so weit zu sagen, dass ein gemeinsamer Gegner das definierende Element von Solidarität sei – „it only manifests itself oppositionally“ (Coates 2011: 602). Die auf einen Gegner bezogene Konnotation des Solidariebegriffs ist im Wesentlichen auf seine „klassenkämpferische Akzentuierung“ (Große Kracht 2015: 33) während der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts zurückzuführen (Fuchs-Heinritz und Rammstedt 2011: 619). Solidarität ist im marxistischen Verständnis eine „Folge der gemeinsamen, durch pol[itische] Rechtlosigkeit oder Benachteiligung, wirtsch[aftliche] Ausbeutung und Verelendung geprägte Lage der Arbeiterschaft“ (Beck 1986: 856).

Einige Autoren machen an dieser Stelle die Ergänzung, dass die gemeinsamen Ziele, die als bedroht wahrgenommen werden, gleichzeitig als legitim angesehen werden müssen, damit sich solidarisches

Handeln herausbilden kann. Der Kampf um diese Ziele stellt dann gleichzeitig einen Kampf gegen Unrecht dar (Wildt 1995: 1004). Es wird also ein Bezug von Solidarität zu Recht und Gerechtigkeit hergestellt (Bayertz 1998a: 44–45).³³

Neben einer Bedrohung der Gruppe als Ganzes wird auch „eine wahrgenommene Notlage“ (Mau 2002: 146) eines einzelnen Gruppenmitglieds als Auslöser für solidarisches Handeln angesehen.³⁴

Darüber hinaus werden verschiedene Annahmen über die Funktionen aufgestellt, die Solidarität für eine Gemeinschaft bzw. im weiteren Sinne für die Gesellschaft erfüllt. Mehrere Autoren bezeichnen Solidarität als ein gesellschaftliches Prinzip, ohne das gesellschaftlicher Zusammenhalt und damit eine soziale Ordnung und das Überleben sozialer Gruppen überhaupt nicht möglich sei (Coates 2011: 602; Osa 2008: 23; Beckert et al. 2004a: 9; Procacci 2001: 14587).³⁵ Solidarität verleihe Gemeinschaften einen inneren Sinn, der gemeinsames Handeln erst ermögliche (Barbalet 2006: 602) und so auch jedem einzelnen Mitglied Handlungsfähigkeit verleihe (Coicaud 2011: 2464). Helmut Thome argumentiert in Anlehnung an einen Artikel von R.C. Baum (1975), dass Solidarität in diesem Sinne zwei primäre Funktionen für die Gruppe und ihre Mitglieder erfülle: Sie solle erstens „das generalisierte Bedürfnis nach Zugehörigkeit befriedigen“ und zweitens „'Vertrauen' als Mechanismus der Komplexitätsreduktion in sozialen Systemen generieren“ (Thome 1998: 227).

Vereinzelt wird Solidarität in Bezug auf ihre Funktionen für die Gesellschaft auch als Typ sozialer Regelung bzw. Ordnung (Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 10–11) neben den gesellschaftlichen Regelungssystemen Markt und Staat (Prisching 2003: 165–166) bezeichnet. Mehrere Autoren sehen in Solidarität eine Organisations- bzw. Steuerungsform (Coates 2011: 602; Hornsby 2011: 603; Barbalet 2006: 602; Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 18–20).

Aus dem oben benannten Aspekt der wechselseitigen Abhängigkeit der Mitglieder einer sozialen Gruppe ergibt sich eine weitere Frage, die in den vielfältigen Solidaritätsdefinitionen sehr unterschiedlich beantwortet wird: Liegt solidarischen Handlungen eine Verpflichtung zugrunde oder erfolgen sie freiwillig? Dass sich aus der Angewiesenheit aufeinander eine moralische Verpflichtung ergibt, sich innerhalb einer sozialen Gruppe gegenseitig zu helfen, sagt ein Großteil der Autoren (Kleger und Mehlhausen 2013: 52; Coicaud 2011: 2464; Kleger 2011: 2; Groser 2010: 958; Mau 2009: 63, 2008: 9; Bayertz 1998a: 42–44; Gundlach 1956: 296–297). Kurt Bayertz ergänzt die konstruktivistische Komponente, dass es bei Solidarität nicht um eine objektive oder rechtliche Verpflichtung gehe, sondern dass die Wahrnehmung und Wertschätzung dieser Verpflichtung durch die Individuen sie erst wirksam mache (Bayertz 1998a: 12). Andreas Wildt geht davon aus, dass der solidarisch Han-

³³ Auf den Bezug von Solidarität zu Gerechtigkeit wird in Kapitel 2.1.3 näher eingegangen.

³⁴ Angelehnt an das weite Verständnis des Ressourcenbegriffs muss auch die Notlage nicht unbedingt materieller Natur sein – auch eine emotionale oder psychische Notlage ist als Auslöser solidarischer Handlungen vorstellbar.

³⁵ Es ist anzumerken, dass es zwei Ansätze über das kausale Verhältnis von Gemeinschaft und Solidarität gibt: Ein Ansatz geht davon aus, dass Gemeinschaft Solidaritätspflichten nach sich zieht, der andere davon, dass Solidarität die Basis zur Bildung von Gemeinschaft ist (Preuß 1998a: 399–400).

delnde drei Motive habe, einem anderen in Not geratenen Menschen zu helfen: 1. „Die Notlage wird vom Akteur als *moralisches Problem* verstanden, und zwar als Ursprung einer *Verpflichtung* (meist auch als Unrecht an dem Rezipienten)“ (Wildt 1998: 212–213), 2. „Der Akteur glaubt, dass er *selbst* moralisch verpflichtet ist, entsprechend zu handeln“ (ebd.) und 3. „Der Akteur glaubt *nicht*, dass der Rezipient seiner Hilfe ein – juridisches oder auch nur moralisches – *Recht* auf diese hat“ (ebd.). Auch Steffen Mau weist darauf hin, dass Solidarität ihre Bedeutsamkeit verliert, wenn sie rechtlich eingeklagt werden soll (Mau 2002: 142). An dieser Stelle gelingt möglicherweise die Verbindung des verpflichtenden und gleichzeitig freiwilligen Charakters von Solidarität. Sie obliegt gewissermaßen einer „freiwilligen Verpflichtung“ (Kleger und Mehlhausen 2013: 51, siehe auch Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 14), die „nicht erzwungen werden kann“ (Schieder 2009: 30) und auf die der Empfänger keinen Anspruch hat. Gleichzeitig kann „die Verletzung der Solidaritätsnorm soziale Sanktionen nach sich ziehen“ (ebd.). Außerdem geht mit der Leistung solidarischer Hilfe zumeist die Erwartung einher, dass dem solidarisch Handelnden im umgekehrten Fall – er gerät in eine Notlage, die der vorherige Empfänger durch Hilfsleistungen abfangen kann – auch geholfen wird. Für viele Autoren ist diese Reziprozitätserwartung und -bereitschaft das zentrale Kriterium, dass solidarische Hilfe von wohltätiger Hilfe unterscheidet (Kleger und Mehlhausen 2013: 51; Coicaud 2011: 2466; Fuchs-Heinritz und Rammstedt 2011: 619; Schieder 2009: 21; Schubert und Klein 2007: 270; Bayertz 1998a: 42–43; Wildt 1998: 212–213; Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 14; Gundlach 1956: 296–297). Helmut Thome unterscheidet mithilfe dieses Kriteriums auch Solidarität und Altruismus voneinander als zwei Basisformen von Austauschbeziehungen: Altruismus sei eine asymmetrische Form der Hilfe, Solidarität hingegen eine reziproke Form (Thome 1998: 249–254).

Der Aspekt der Gegenseitigkeit verweist auf eine weitere Frage, mit der sich die Autoren beschäftigen: Sind Geber und Empfänger einer solidarischen Hilfsleistung innerhalb ihrer sozialen Beziehung prinzipiell gleich? Gustav Gundlach und Kurt Bayertz gehen eindeutig von einer Gleichheit der Beteiligten in einer solidarischen Beziehung aus (Bayertz 1998a: 43; Gundlach 1956: 297).³⁶ Gemeint ist damit, dass die oben bereits thematisierte gemeinsame soziale Lage, in der sich die Mitglieder einer Solidargemeinschaft befinden, auch dazu führt, dass sie sich mittelfristig gesehen strukturell und in Bezug auf ihre Ressourcen sehr ähneln. Das Ziel solidarischer Handlungen ist es, temporäre Ungleichheiten zu verringern und wieder zur prinzipiellen Ressourcengleichheit unter den Mitgliedern der Solidargemeinschaft zu gelangen. Bayertz und Boshammer ergänzen, dass „Solidarität ein genuin *moderner* Begriff [ist – SB], da er sich auf soziale bzw. moralische Beziehungen zwischen prinzipiell *gleichen* Individuen bezieht“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1197). Dieser Bezug verweist auch auf eine prinzipielle Gleichberechtigung der Mitglieder einer Solidargemeinschaft.

³⁶ Wie bereits oben erwähnt, lässt sich die Uneinigkeit in Bezug auf die Gleichheit der Beteiligten in einer Solidarbeziehung auf die begriffsgeschichtlichen Ursprünge in der Arbeiterbewegung und der christlichen Soziallehre zurückführen.

Andere Autoren gehen davon aus, dass erst die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit der Mitglieder einer Gemeinschaft Solidarität ermögliche (Preuß 1998b: 125). Karl Otto Hondrich und Claudia Koch-Arzberger gehen plausiblerweise sogar von einer „Nicht-Gleichheit im zweifachen Sinne“ (Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 13) aus:

„Zum einen gibt es zwischen denen, die sich solidarisch fühlen, immer auch Interessendifferenzen, die durch Solidarität übersprungen werden [...]. Solidarität ist Verbundenheit trotz Differenzen [...]. Zugleich ist sie aber auch Verbundenheit wegen Differenz, nämlich wegen ungleicher Beeinträchtigung der als gleich empfundenen Interessen: Solidarität wird von denjenigen gefordert oder erklärt, denen es, bei ansonsten gleicher Interessenlage, im Augenblick doch besser geht [...].“ (ebd.)

Deutlich wird hier, dass unter den prinzipiell Gleichen eine temporäre Ressourcenungleichheit die Solidarleistung notwendig macht. Dies macht einen wesentlichen Unterschied zum Konzept der Wohltätigkeit aus, bei der strukturell Starke strukturell Schwachen helfen.

Unabhängig von der innergemeinschaftlichen Gleichheit der Mitglieder verweisen viele Autoren auf die Exklusivität bzw. Partikularität von Solidarität, also die Ungleichheit zwischen Gruppenmitgliedern und Menschen, die nicht zur Gruppe gehören (Mau 2009: 65; Bayertz 1998a: 20–21; Preuß 1998b: 129). So schreibt Stephan Lessenich:

„Solidarität [...] ist auf die eine oder andere Weise immer exklusiv. Solidarität braucht ein Außen, von dem sich das Innen der Zugehörigkeit und der gemeinschaftlichen Unterstützung absetzen (lassen) kann.“ (Lessenich 2006: 182)

Solidarität findet demnach nur in eindeutig abgegrenzten Gemeinschaften statt. Diese Abgrenzung kann – gemäß der oben genannten verschiedenen Ursprünge von Solidarität – auf der Basis einer gemeinsamen sozialen Lage, sozialer Ähnlichkeit, einer gemeinsamen Identität, gemeinsamer Interessen, gemeinsamer Wertvorstellungen oder einfach auf territorialen Kriterien und damit physischer Nähe beruhen. Alle Kriterien dienen dazu, eindeutig zu bestimmen, wer Mitglied der Solidargemeinschaft ist und wer nicht, also Exklusivität herzustellen. Von den außen Stehenden wird Solidarität daher „nicht selten als 'Gruppenegoismus' bewertet“ (Kaufmann 1984: 181).

Ein letzter Aspekt ist für das Verständnis des Solidaritätsbegriffs wichtig. Mehrere Autoren gehen davon aus, dass es spezifische Bedingungen gibt, die eine Solidargemeinschaft sowohl an die Geber als auch an die Empfänger der solidarischen Leistung stellt. Die Bedingung, die an die Geber gestellt wird, liegt auf der Hand: Es wird eine gewisse Opferbereitschaft, also der Verzicht auf eigene Vorteile für das Gemeinschaftsinteresse verlangt (Kleger und Mehlhausen 2013: 51; Mau 2009: 64; Wildt 1998: 212–213). Jens Beckert und Kollegen machen die Opferbereitschaft sogar zum zentralen Element ihrer Solidaritätsdefinition:

„Solidarität ist die Bereitschaft, Opfer für das Wohlergehen der anderen Mitglieder einer Gruppe zu erbringen.“ (Beckert et al. 2004a: 9)

Gleichzeitig verlangt der solidarisch Handelnde als Bedingung für seine Hilfe, „dass der Rezipient *motiviert* ist und, soweit möglich ernsthaft versucht, seine Notlage zu bekämpfen“ (Wildt 1998: 212–

213).³⁷ Damit Solidarität auf Dauer in einer Gemeinschaft bestehen bleibt, muss dementsprechend „gewährleistet sein [...], dass diejenigen, die ihre Kräfte und Ressourcen für andere einsetzen, weder das Gefühl haben, dass die ‚falschen‘ Gruppen davon profitieren, noch dass andere, von denen ebenso solidarisches Eintreten erwartet werden kann, sich dem entziehen“ (Mau 2002: 145–146).³⁸ An dieser Stelle wird deutlich, dass die Mitglieder einer Solidargemeinschaft gleichberechtigt, aber auch gleichverpflichtet sind und dass die potenzielle Reziprozität für Solidargemeinschaften entscheidend ist. Wenn es einem Empfänger solidarischer Handlungen nicht gelingt, die temporäre Ressourcenungleichheit zu bekämpfen, wird er nicht zu einem potenziellen Geber, was die Ressourcengrundlage der Solidargemeinschaft gefährden kann (Prisching 2003: 187).

Typen

Auf der Basis der hier besprochenen zentralen Aspekte der Solidaritätsdefinitionen werden in der herangezogenen Literatur verschiedene Typen von Solidarität unterschieden, welche im Folgenden näher erläutert werden.

Prinzipiell können vier Aspekte zusammengefasst werden, nach denen Solidarität in verschiedene Typen unterteilt wird:

1. nach bestimmten Eigenschaften der *Solidargemeinschaft* (Größe, Modernisierungsgrad, räumliche Grenzen, Akteursebene),
2. nach ihrem *Organisationsgrad* (individuelle und strukturelle Solidarität),
3. nach der *Intensität* der Solidarität oder auch nach ihrer *Dauer*
4. und nach der *Motivation*, die der solidarischen Handlung zugrunde liegt, oder ihrem *Ziel*.

Bezüglich der Eigenschaften der Solidargemeinschaft spielen die Größe der Gruppe und damit die oben erläuterten Zusammengehörigkeitsgefühle eine große Rolle. Viele sozialwissenschaftliche Autoren gehen davon aus, dass die Intensität der Zusammengehörigkeitsgefühle mit der Größe einer Gruppe abnimmt und Solidarität damit nur in verhältnismäßig kleinen Gruppen wie Familien entstehen kann (Karakayali 2013: 25). Manfred Prisching erläutert diesen Zusammenhang wie folgt:

„In gewissem Maße sind gemeinsame Normen und Werte, aber auch gemeinsame Situationsdefinitionen für solidarisches Handeln vorausgesetzt. Es kann spontane Kooperation erwartet werden. Eine Rückkoppelung erfolgt durch die Zuweisung bzw. den Entzug sozialer Anerkennung. Solidarisches Handeln ist (wie Markthandeln) mit geringen Transaktionskosten belastet, da es auf spontanen sozialen Interaktionen beruht. Es ist allerdings an kurze Handlungsketten, an Überschaubarkeit gebunden; je komplexer die Handlungszusammenhänge werden, umso wahrscheinlicher lassen sie sich durch Brauch und Sitte nicht mehr steuern. Ein Bewusstsein oder Gefühl der Zusammengehörigkeit ist eine notwendige Bedingung solidarischer Steuerung. Folgen wir diesen begrifflichen Bestimmungen, so ist der ‚natürliche‘ Ort der Solidarität die kleine Gruppe.“ (Prisching 2003: 159)

³⁷ Wim van Oorschot beschäftigt sich in mehreren empirischen Studien mit der Konditionalität von Solidarleistungen (2008, 2006, 2000).

³⁸ Hier wird auf die Problematik des *Free ridings* angespielt, die in Kapitel 2.1 erläutert wurde. Gleichzeitig zeigt sich, dass gewisse Gerechtigkeitsnormen eine Rolle für Solidarität spielen. Darauf wird in Kapitel 2.1.3 noch einmal Bezug genommen.

Andere Autoren gehen davon aus, dass Solidarität in großen Gemeinschaften zwar auch möglich ist, aber einer starken Begründung bedarf (Donat 2016: 104). Steffen Mau schreibt dazu:

„Im Unterschied zu den sozialen Nahverhältnissen mit ihren naturwüchsigen Solidarverhältnissen bedarf es im Falle des solidarischen Engagements für soziale und räumlich distanzierte Gruppen einer freien und deliberativen Entscheidung, die sich auf Gründe beruft. Das Engagement für andere ist deshalb deutlich von solidarischem Handeln zu trennen, das aus einem vorgängigen Zusammengehörigkeitsgefühl oder geteilten Lebenszusammenhängen erwächst.“ (Mau 2002: 143–144)

Manfred Groser weist darauf hin, dass die Erweiterung der Grenzen moderner Solidargemeinschaften zwar notwendig, aber noch nicht besonders weit fortgeschritten sei:

„Die Globalisierung der sozialen Übel erfordert Formen der globalen S[olidarität], die erst in Konturen erkennbar sind.“ (Groser 2010: 960)

Es wird also deutlich, dass zwischen den Typen der Kleingruppensolidarität und der Großgruppensolidarität unterschieden werden muss und dieser Unterschied auf die oben diskutierten Ursprünge der solidarischen Gefühle zurückzuführen ist.³⁹ Jean-Marc Coicaud bringt diese Ursprünge mit dem Entwicklungsgrad einer Gemeinschaft bzw. Gesellschaft in Zusammenhang. Solidarität in traditionelleren sozialen Gruppen wie Sippen oder Klans begründet sich ihm zufolge auf Verwandtschaft, sozialer Ähnlichkeit oder sozialer Nähe. In modernen Gesellschaften berufen sich solidarisch Handelnde auf gemeinsame (zumeist demokratische) Werte (Coicaud 2011: 2465).

Hierauf basiert letztendlich auch die Unterscheidung Émile Durkheims zwischen mechanischer und organischer Solidarität. Die mechanische Solidarität ist „in vormodernen, kollektivistischen Gesellschaften“ (Wildt 1995: 1008) zu beobachten und beruht auf physischer Nähe, gegenseitiger Wahrnehmung und sozialer Ähnlichkeit (Hechter 2001: 14588). Die organische Solidarität hingegen ist „in modernen differenzierten Gesellschaften“ (Wildt 1995: 1008) zu beobachten und hat das Bewusstsein der Mitglieder über ihre gegenseitige Abhängigkeit zur Grundlage (Schubert und Klein 2007: 270).

In der Diskussion um die Bedeutung der Größe und des Entwicklungsgrads einer Gruppe für Solidarität beziehen sich mehrere Autoren auf das soziologische Grundlagenwerk von Ferdinand Tönnies („Gemeinschaft und Gesellschaft“ von 1887). Bei Tönnies ist die Gemeinschaft eine durch Verwandtschafts- oder verwandtschaftsähnliche Verhältnisse und Verbundenheitsgefühle geprägte Kleingruppe. Die Gesellschaft hingegen stellt eine organisierte Großgruppe dar, deren Zusammenhalt auf Ordnung und Rationalität beruht (Strasser 1998: 218–219). Solidarität ist prinzipiell in beiden von Tönnies beschriebenen Typen sozialer Gruppen – Gemeinschaften und Gesellschaften – denkbar. Sie

³⁹ Wolfgang Aschauer und Julia Hofmann führen in diesem Zusammenhang die Typen der Mikro-, Meso- und Makrosolidarität ein. Unter Mikro-Solidarität verstehen sie die auf Verbundenheit basierende Hilfe in Familien oder anderen Kleingruppen. Als Meso-Solidarität begreifen sie bereits eine am Gemeinwohl orientierte in Nationalstaaten gesamtgesellschaftliche Unterstützungsform. Unter Makrosolidarität verstehen sie die nationenübergreifende Solidarität (Aschauer und Hofmann 2016: 5–6).

unterscheidet sich aber, wie hier deutlich wurde, in ihrer Grundlage, den entsprechenden Auslösern und Erscheinungsformen.

In engem Zusammenhang mit der Diskussion um die Größe einer Solidargemeinschaft steht darüber hinaus die Frage nach dem räumlichen Bezug von Solidarität. Maurizio Ferrera spricht an dieser Stelle von der „spatial nature of solidarity“ (Ferrera 2009: 181), die auch für diese Arbeit von zentraler Bedeutung ist. In der Einleitung dieser Arbeit ist bereits deutlich geworden, dass häufig zwischen Solidarität auf lokaler, regionaler, nationaler, supra-, trans- oder internationaler Ebene unterschieden wird (Kleger 2011; Preuß 1998a). Die räumliche Grenzsetzung der Solidargemeinschaft steht mit ihrer Größe und damit der Intensität der Zusammengehörigkeitsgefühle in engem Zusammenhang, womit die für diese Arbeit wichtige Forschungsfrage aufgeworfen wird, ob Solidarität auf transnationaler Ebene überhaupt möglich ist.⁴⁰

Neben der faktischen Größe, dem Entwicklungsgrad und den räumlichen Grenzen der Solidargemeinschaft gibt es eine weitere Eigenschaft der Gemeinschaft oder genauer ihrer Mitglieder, die für die analytische Unterscheidung verschiedener Solidaritätstypen von zentraler Bedeutung ist: die Akteursebene. Implizit wurde in dieser Arbeit bislang davon ausgegangen, dass es sich bei solidarisch Handelnden immer um individuelle Akteure, also einzelne Menschen handelt. Es gibt aber auch Solidaritätsansätze, die von kollektiven Akteuren ausgehen. So wird beispielsweise im Rahmen der Diskussion um die Euro-Krise besonders häufig von der Solidarität zwischen Staaten bzw. Regierungen oder zwischen den Institutionen der EU und den Mitgliedstaaten gesprochen (Kleger 2011: 3). Diese Ansätze bringen aber ein konzeptionelles Problem mit sich:

„Solidarität bezieht sich auf Gefühle von Sympathie und moralischer Verpflichtung, die auf Individuen gerichtet sind – oder zumindest auf Lebewesen –, während es sich bei den Akteuren auf internationaler Ebene hauptsächlich um Körperschaften handelt, seien es Staaten, staatliche oder nicht-staatliche internationale Organisationen oder Firmen. Ihre Beziehungen sind mehr oder weniger vollständig festgelegt durch internationale Gesetze, die wenig oder keine Verbindung zur Lebenswelt der Individuen haben.“ (Preuß 1998a: 408)

Sofern also, wie oben erläutert, Gefühle zum zentralen Definitionsmerkmal von Solidarität gemacht werden, ist es im Grunde nicht möglich von Solidarität zwischen kollektiven Akteuren zu sprechen. Geht man aber davon aus, dass im Zentrum des Solidaritätsbegriffs das solidarische Handeln, auch ohne die Basis spezieller Gefühle, steht, so wie es Helmut Thome (1998) macht, kann zwischen drei Solidaritätstypen unterschieden werden: Solidarität zwischen individuellen Akteuren, Solidarität zwischen kollektiven Akteuren und die Mischform der Solidarität zwischen kollektiven und individuellen Akteuren.

⁴⁰ Diese Frage wird im Kapitel zu transnationaler Solidarität (Kapitel 2.1.4) beantwortet.

Einen engen Bezug zur Akteursebene hat auch die Typologie von Katrin Radtke, die zwischen dem individualistischen und dem strukturalistischen Solidaritätsansatz unterscheidet.⁴¹ Sie nimmt dabei den Organisationsgrad der Solidarität als weiteren Aspekt in ihre Typologie mit auf. Der individualistische Ansatz versteht Solidarität als Gefühls- oder Verhaltensform, die von Individuen ausgeht. Sie erfolgt relativ spontan und ist nicht institutionell organisiert (Radtke 2009: 120–123).⁴² Der strukturalistische Ansatz untersucht hingegen (vor allem staatlich) organisierte Umverteilungsmechanismen, die sich auf das Prinzip der Solidarität berufen. Strukturelle Solidarität unterscheidet sich deutlich von der spontanen, unmittelbaren Solidarität in einer kleinen, familiären Gruppe, in der sich alle Mitglieder kennen. Sie ist stärker formalisiert und verrechtlicht als individuelle Solidarität und hat damit einen stärker „verpflichtenden Charakter“ (ebd.: 120). Sie ist darüber hinaus „eng mit dem Modell des Sozialstaates verbunden“ (ebd.). Der Sozial- oder Wohlfahrtsstaat wird daher auch als „institutionalisierte“ (Lessenich 2006: 182) oder „verstaatlichte“ (Mau 2004: 331) Form von Solidarität bezeichnet. Zu beachten ist bei der sozialstaatlichen Solidarität, dass sie nicht durch das aktive solidarische Handeln einzelner verwirklicht wird, sondern durch die Akzeptanz der Umverteilungskosten vonseiten der Gemeinschaftsmitglieder (Börner 2014: 67). Sie ist aber ebenso wie andere Solidaritätsformen gekennzeichnet durch den gleichberechtigten Anspruch der Mitglieder auf Unterstützung in Bedarfssituationen, durch die Verpflichtung zur solidarischen Unterstützung und durch Exklusivität, also den Ausschluss von Nicht-Mitgliedern.

Der Typus der sozialstaatlichen Solidarität spielt in der Solidaritätsliteratur insgesamt eine große Rolle. Solidarität hat sich als wesentliches Grundprinzip moderner Wohlfahrtssysteme, insbesondere innerhalb von Sozialversicherungen durchgesetzt (Holtmann 2000: 626). Ulrich Preuß sieht in der Solidarität sogar das staatlich am erfolgreichsten angewandte moralische Prinzip:

„Weder Mitleid noch Anteilnahme noch Erbarmen sind so erfolgreich mit der modernen legalistischen Ordnung des politischen Gemeinwesens verschmolzen wie Solidarität. Dies ist zweifellos einer der Gründe, weshalb Solidarität in den territorial erweiterten Großformen moderner Staatlichkeit ein Prinzip sozialer Ordnung werden könnte. [...] Mit anderen Worten: Solidarität ist eines der wenigen Konzepte moralischen Denkens, die sich als wohl vereinbar mit dem etatistischen Modell des politischen Gemeinwesens erwiesen haben.“ (Preuß 1998a: 402–403)

⁴¹ Es muss darauf hingewiesen werden, dass Radtke nicht zwischen Solidaritätstypen, sondern zwischen Solidaritätsansätzen unterscheidet, also Ansätzen zur Analyse von Solidarität. Die Ansätze lassen sich aber problemlos auch als zwei Solidaritätstypen umformulieren: individuelle und strukturelle Solidarität.

⁴² Innerhalb des individualistischen Ansatzes unterscheidet Radtke zwischen der „alltäglichen und der inszenierten Solidarität“ (Radtke 2009: 121), wobei sich der alltägliche Typus auf Solidarität im sozialen Nahbereich („Familie, Verwandtschaft, Freundeskreis“, ebd.) bezieht und durch Reziprozitätsorientierung gekennzeichnet ist. Inszenierte Solidarität überschreitet den sozialen Nahbereich und wird nicht mit Reziprozitätserwartungen verknüpft (ebd.: 121–122). Diese Unterscheidung erinnert an die mechanische und organische Solidarität von Durkheim, ließe sich aber auch in der Unterscheidung zwischen Solidarität (alltäglich) und Altruismus (inszeniert) wiederfinden. Die begriffliche Trennung ist analytisch gesehen eher ungünstig: Unterstützungshandlungen können auch im sozialen Nahbereich altruistisch motiviert sein, also keine Reziprozitätserwartung implizieren, gleichzeitig ist denkbar, dass solidarische, also reziprok angelegte Handlungen, über den sozialen Nahbereich hinausgehen. Auch die Begriffswahl (alltäglich bzw. inszeniert) ist an dieser Stelle eher irritierend. Daher wird an dieser Stelle nicht weiter auf diese Unterscheidung eingegangen.

Wie schon der Typus der Solidarität kollektiver Akteure wirft aber auch der Begriff der sozialstaatlichen Solidarität einige konzeptionelle Fragen auf. Jürgen Bayertz argumentiert beispielsweise, dass sozialstaatliche Maßnahmen nicht als Akte des solidarischen Engagements zu verstehen sind, weil sie stark bürokratisiert und verpflichtend sind und nicht – seinem Solidaritätsverständnis entsprechend – spontan und freiwillig erfolgen:

„Staatliche Sozialleistungen werden nicht von engagierten Bürgern erbracht, die ihren bedürftigen Mitbürgern aus einem Gefühl der Verbundenheit helfen, sondern von bürokratischen Apparaten auf der Basis entsprechender Gesetze. [...] Es dürfte unstrittig sein, dass von ‚Solidarität‘ nur dort die Rede sein kann, wo Hilfeleistungen freiwillig und aus einem Gefühl der Verbundenheit heraus erfolgen. Genau diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben: staatliche Sozialleistungen werden nicht durch freiwillige Spenden finanziert, sondern durch Steuern und Abgaben, die der Staat seinen Bürgern unter Androhung von Gewalt abfordert. Im Hinblick auf derart erzwungene Hilfeleistungen von ‚Solidarität‘ zu sprechen, ist kaum mehr als ein Euphemismus.“ (Bayertz 1998a: 37)⁴³

Eine Unterscheidung zwischen den Typen der staatlich organisierten und der individuellen, eher spontanen Solidarität ist also auch nur sinnvoll, wenn der Solidaritätsbegriff, auf dem sie beruhen, auf Zusammengehörigkeitsgefühle und Freiwilligkeit als zwingende Voraussetzungen verzichtet.⁴⁴

Solidaritätstypen können neben den Eigenschaften der Solidargemeinschaft und dem Organisationsgrad auch nach ihrer Intensität oder Dauer unterschieden werden. So führt beispielsweise Siegfried Schieder den Typus der „episodischen Solidarität“ (Schieder 2009: 41) an, der auf „einer sich (wie im Falle von Naturkatastrophen) ad hoc bildenden und nach dem Unglück wieder auflösenden Solidargemeinschaft“ (ebd.) beruht und damit eher auf eine kurze Dauer angelegt ist. Reinhart Beck geht zwar auch davon aus, dass es Formen von menschlicher Zusammenarbeit gibt, die nur eine unmittelbare „Durchsetzung begrenzter gemeinsamer Interessen“ (Beck 1986: 856) bezwecken. Diese begreift er aber nicht als Solidarität – als Gemeinschaftssolidarität entsteht sie über eine längere Zeit und ist auch auf eine lange Zukunft ausgelegt (ebd.). Auch Bayertz geht von einem gewissen Vergangenheits- und Zukunftsbezug von Solidarität aus – solidarisches Handeln drücke aus, dass eine in der Vergangenheit gewachsene Gemeinschaft aus der Sicht ihrer Mitglieder auch in Zukunft weiter bestehen soll (Bayertz 1998a: 23). Ob zwischen kurzfristig und langfristig angelegter Solidarität unterschieden werden kann, hängt also davon ab, ob eine gewisse Interaktionshäufigkeit und damit ein-

⁴³ Bayertz betont dabei, dass er sich weder gegen den Sozialstaat an sich, noch gegen die Verrechtlichung von Hilfsleistungen ausspricht. Aus seiner Sicht ist lediglich der Gebrauch des Solidaritätsbegriffs in diesem Kontext irreführend. Für ihn ist im sozialstaatlichen Zusammenhang der Gerechtigkeitsbegriff besser zur Legitimation geeignet. Dieses Argument wird in Kapitel 2.1.3 (Solidarität und Gerechtigkeit) näher erläutert.

⁴⁴ Bayertz argumentiert darüber hinaus sehr plausibel, dass auch bei der ursprünglichen Einführung sozialpolitischer Maßnahmen in Deutschland keineswegs Solidarität als Beweggrund zu erkennen ist: „Anders als in Frankreich spielte die Idee der Brüderlichkeit bzw. Solidarität bei der Bismarck’schen Sozialgesetzgebung, mit der die Geschichte des Sozialstaates in Deutschland beginnt, keine erkennbare Rolle. Die Einführung einer gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung war ein Versuch, der politisch ständig an Einfluß gewinnenden Arbeiterbewegung das Wasser abzugraben; sie war ein Zugeständnis, das zur Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse gemacht wurde. Für den Sozialstaat sprach aus der Sicht der sozialen Eliten daher kaum die moralische Idee einer wechselseitigen Fürsorgepflicht zwischen den Bürgern, als vielmehr ein politisches Klugheitskalkül.“ (Bayertz 1998a: 36)

hergehende soziale Verbindung zwischen den Mitgliedern einer Solidargemeinschaft als Ursache solidarischen Handelns vorausgesetzt werden.

Abschließend sind noch Typologien aufzuführen, die die Solidaritätstypen nach der Motivation der solidarisch Handelnden oder ihrem Ziel unterscheiden. Heinz Kleger und Thomas Mehlhausen führen hier den Unterschied zwischen der gemeinwohl- und eigennutzorientierten Motivation für Solidarität an (Kleger und Mehlhausen 2013: 52–55), der oben bereits in Bezug auf die Begriffe Interessen- und Gemeinschaftssolidarität diskutiert wurde. Darüber hinaus unterscheiden sie zwischen einer vertikal ausgerichteten Solidarität, die das Ziel verfolgt, schwächere Gemeinschaftsmitglieder zu unterstützen, und einer horizontal ausgerichteten Solidarität, die eine „strukturelle Gemeinsamkeit“ (ebd.: 58) der Mitglieder voraussetzt, die „durch gegenseitige Hilfe in einem Kampf nach außen geeint“ (ebd.) sind. Die horizontal ausgerichtete Solidarität erfolgt vor allem bei „existenzieller äußerer Bedrohung“ (ebd.) und dient der „Verteidigung des Status Quo“ (ebd.).

Kurt Bayertz kommt in seiner Analyse verschiedener Verwendungsweisen des Solidaritätsbegriffs letztendlich auf zwei Solidaritätstypen, die sich im Grunde auch in der Motivation oder dem Ziel der Handelnden unterscheiden. Er unterscheidet zwischen der „Kampf-Solidarität“ (Bayertz 1998a: 49), welche „als die Bereitschaft eines Individuums oder einer Gruppe definiert werden [kann – SB], einem anderen Individuum oder einer anderen Gruppe bei der Durchsetzung seiner oder ihrer Rechte zu helfen“ (ebd.), und Hilfsleistungen, die Ausdruck der „Gemeinschafts-Solidarität“ (ebd.) sind. Im Gegensatz zur Kampf-Solidarität kommt die Gemeinschafts-Solidarität nur in eindeutig nach außen begrenzten Gemeinschaften vor, die sich „durch gemeinsame Lebensbedingungen, gemeinsame Überzeugungen, gemeinsame Werte etc.“ (ebd.) auszeichnen und auf „wechselseitigen Bindungen und Verpflichtungen“ (ebd.) beruhen.

Steffen Mau unterscheidet nach dem „motivationalen Hintergrund“ (Mau 2009: 66) fünf Typen von Solidarität: Eigennutzsolidarität, Verbundenheitssolidarität, Bürgersolidarität, Bewegungssolidarität und Mitgefühlssolidarität. Die Eigennutzsolidarität ist ähnlich wie bei Kleger und Mehlhausen als „besondere Form sozialer Kooperation zu verstehen, die aus der Interdependenz von Interessen entsteht“ (ebd.: 68). Sie hat einen eher instrumentellen Charakter und dient dazu, Güter zu produzieren, die ohne Kooperation nicht produziert werden könnten (ebd.). Sein Begriff der Verbundenheitssolidarität verzichtet im Grunde gänzlich auf den Handlungsaspekt von Solidarität und stellt wie der Gemeinschaftstypus von Bayertz Zusammengehörigkeitsgefühle in den Vordergrund, die solidarische Handlungen nach sich ziehen können, aber nicht müssen (ebd.: 71). Der Typus der Bürgersolidarität kann als Grundlage der oben genannten strukturellen bzw. staatlich institutionalisierten Solidarität verstanden werden:

„Ihm liegt zugrunde, dass sich moderne Solidarität nicht nur auf spezifische Formen der Verbundenheit und Kooperation zurückführen lässt, sondern auf ein republikanisches Modell, welches eine Staatsbürgerrolle begründet. Darin ist es weniger eine vorgängig existierende Gemeinschaft, die Solidarität stiftet, sondern die Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen und daraus

abgeleitete Verpflichtungen [...]. Statt unmittelbare Interessen und Gefühle sind es institutionell vermittelte Rechte und Pflichten, die das Handeln anleiten.“ (ebd.: 75)

Die Bewegungssolidarität kommt dem Begriff der Kampfsolidarität von Bayertz sehr nah. Sie ist

„[...] mit modernen Formen der Bildung kollektiver Interessen, der sozialen Mobilisierung und des Protests verbunden. [...] Was die motivationale Ebene angeht, so handelt es sich hier um einen Mischtyp, der einerseits das Erkennen und Verfolgen von strukturell bedingten Interessen zur Voraussetzung hat, andererseits das Moment der Kollektivierung in sich trägt. Solidarisationen dieser Art gehen über unmittelbar individuelle Interessen hinaus, indem ein übergeordnetes Kollektivinteresse handlungsleitend wird“ (ebd.: 78–79).

Unter Mitgefühlssolidarität versteht Mau die humanitäre Hilfe „unter Fremden“ (Mau 2008: 13). Bei diesem Solidaritätstypus wird „weder eine gemeinschaftliche Bindung noch ein gemeinsamer Lebens- beziehungsweise Kooperationszusammenhang unterstellt“ (Mau 2009: 81–82).

Nicht zuletzt an der Typologie von Steffen Mau wird deutlich, dass die Konzeption verschiedener Solidaritätstypen bestimmte Annahmen bezüglich der oben aufgeführten Definitionsmerkmale voraussetzt. Der Typus der Mitgefühlssolidarität ist nach den oben angeführten Aspekten der potenziellen Reziprozität und Gleichheit der Gemeinschaftsmitglieder beispielsweise eher als Wohltätigkeit denn als Solidarität zu begreifen.

Nachdem nun die wesentlichen Definitionsmerkmale und Typologien von Solidarität vorgestellt wurden, soll erläutert werden, welches Problem die Konzeptvielfalt für die empirische Solidaritätsforschung darstellt.

Konzeptvielfalt als Problem für eine empirische Solidaritätsforschung

Die Vielzahl an unterschiedlichen Definitionen und Konzepten von Solidarität schließt einen simplen Vergleich der Erkenntnisse aus. Viele Autoren lassen darüber hinaus einige Fragen in Bezug auf die zehn genannten Definitionsmerkmale offen bzw. nehmen keine eindeutige Klärung vor. So lassen viele beispielsweise offen, ob ihr Solidaritätsbegriff von einer egoistisch oder altruistisch orientierten Motivation der Akteure ausgeht und ob ihm Freiwilligkeit oder Verpflichtung zugrunde liegen. Viele verwenden auch die Begriffe der Solidarität und der Wohltätigkeit bzw. des Altruismus synonym (z.B. Mau 2009 und Radtke 2009). Auch die oben angeführte Akteursebene, die Grundlage für Solidaritätstypologien sein kann, wird bei vielen Autoren nicht eindeutig geklärt. Der Solidaritätsbegriff wird außerdem für sehr unterschiedliche Bezugseinheiten verwendet:

„So wird S[olidarität] einmal auf gesellschaftliche Klassen bezogen, dann wieder auf Versicherungsgemeinschaften, die Nation, die Dritte Welt oder die Gemeinschaft aller Menschen als Schöpfung Gottes [...].“ (Groser 2010: 958)

Dies stellt prinzipiell kein Problem dar, weil Solidarität in unterschiedlichen Gemeinschaften beobachtbar ist. Allerdings werden die Implikationen für den Solidaritätsbegriff nicht ausreichend reflektiert. Die uneinheitliche Verwendung des Solidaritätsbegriffs ist ein Grund dafür, dass es bislang nur wenige empirische Studien zu Solidarität gibt:

„Empirische Studien über das Ausmaß und die Verbreitung von Solidarität in der Gesellschaft haben durch den ungeklärten theoretischen Status des Begriffes mit erheblichen Problemen der

Operationalisierung zu kämpfen. Die vorliegenden soziologischen Studien konzentrieren sich auf Solidarbeziehungen in Kleingruppen, auf private Solidarität im Alltag, auf bürgerschaftliches Engagement in Vereinen und Selbsthilfegruppen oder man sucht über das Spendenverhalten zu eruieren, mit welchen gesellschaftlichen Gruppen sich die Menschen in besonderer Weise für solidarisch erklären.“ (Scheuringer 2010: 253)

Empirische Untersuchungen von Solidarität in größeren, z.B. auch transnationalen Zusammenhängen, sind dagegen sehr rar.⁴⁵ Als ein weiterer Grund für den Mangel an empirischen Studien kann auch das oben bereits thematisierte Problem angesehen werden, dass ein Zusammenhang zwischen der Gefühls- und der Handlungsdimension von Solidarität zwar angenommen wird, aber empirisch schwer nachweisbar ist. Dabei stellt schon die Messung der Gefühlsdimension eine besondere Herausforderung dar:

„Defining solidarity as an intersubjective state (as normative theorists do) poses a severe challenge for empirical research. This is because there are as yet no consensually accepted measures of individual values and internalized norms in social science; direct measures of the sentiments or feelings that may hold within collectivities perforce are unavailable. Most empirical research on solidarity therefore focuses on explaining variable compliance with corporate obligations.“ (Hechter 2001: 14590)⁴⁶

Neben der fehlenden analytischen Trennschärfe vieler Ansätze, die sich mit Solidarität beschäftigen, und dem Mangel an empirischen Studien stellt die politische Verwendung des Begriffs in Verbindung mit sehr unterschiedlichen Zwecken ein Problem dar. Solidarität wird dann

„[...] einmal als Mittel, dann wieder als Selbstwert verstanden; einmal als Chiffre für Interdependenzen, dann als ihre normative Konsequenz formuliert; einmal als Rechtfertigung für Umverteilung, ein anderes Mal als Aufforderung zur Mäßigung von Ansprüchen herangezogen“ (Groser 2010: 958).

Der Begriff wird im politischen Zusammenhang offenbar für die Rechtfertigung unterschiedlichster – und, wie im obigen Zitat deutlich wird, sogar gegensätzlicher – Maßnahmen herangezogen. Mithilfe einer moralisierenden Aufladung kann der Begriff darüber hinaus ideologisch gebraucht werden. Einen Anknüpfungspunkt stellt die für Solidarität charakteristische Exklusivität dar. Solidaritätsbekundungen und -forderungen für die abgegrenzte Solidargemeinschaft können gleichzeitig mit einer „Feindseligkeit nach außen“ (Prisching 2003: 187) einhergehen. Die Kriterien der Abgrenzung, die die Eigenschaften der Solidargemeinschaft definieren – seien es die gemeinsamen Wertevorstellungen oder soziale Ähnlichkeiten – werden dann idealisiert:

„Zugespitzt formuliert: Primordiale Selbstbeschreibungen, die in der Regel auf Idealisierung der eigenen Kultur, Geschichte und Tradition beruhen, zeitigen häufig unheilvolle Nebenfolgen. Sie bewirken typischerweise Exklusion und präjudizieren Konflikte.“ (Bach 2008: 181)

⁴⁵ Auch Steinar Stjernø macht diese Feststellung: „Despite the significance of the concept of solidarity in political debate, few have bothered to make a theoretical or empirical investigation of the concept in recent years.“ (Stjernø 2005: 19)

⁴⁶ Interessanterweise hatte bereits Durkheim auf die Schwierigkeit, Solidarität zu messen, hingewiesen: „Die soziale Solidarität ist aber als ein durch und durch moralisches Phänomen der unvermittelten, exakten Beobachtung nicht zugänglich, vor allem nicht der Messung. Um es also klassifizieren wie vergleichen zu können, muß man die innere Tatsache, die sich uns entzieht, durch eine äußere Tatsache ersetzen, die sie symbolisiert, und die erste vermittels der zweiten erforschen.“ (Durkheim 1977: 111)

Insbesondere nationalistische und regionalistische Strömungen machen sich den exklusiven Charakter des Solidaritätsbegriffs zunutze, um eine eindeutige Abgrenzung nach außen vorzunehmen (Coicaud 2011: 2466; Prisching 2003: 184).⁴⁷

Einen weiteren Ansatzpunkt für den ideologischen Gebrauch des Solidaritätsbegriffs stellt die oben angeführte Opferbereitschaft des Individuums für die Gemeinschaft dar. Manfred Prisching spricht in diesem Fall von der Gefahr „totalitäre[r] Solidarität“ (Prisching 2003: 185):

„Überdehnt man das angemessene Maß an Solidaritätsgefühlen oder -forderungen, so gerät man leicht in totalitäre Gefilde. Der Einzelne ist nichts, die Gemeinschaft ist alles – in verschiedenen Versionen dieser auf ein Höchstmaß gesteigerten Solidaritätsforderungen hat sich immer wieder totalitäres Gedankengut ausgedrückt, in der jüngeren Geschichte in faschistischen oder kommunistischen Varianten [...]“ (ebd.: 185–186)

An beiden Beispielen wird deutlich, dass der Solidaritätsbegriff reichlich Interpretationspotenzial birgt, was dann ein Problem darstellen kann, wenn der Begriff für politische Zwecke gebraucht wird. Der vielfach moralische bzw. normative Gebrauch des Begriffs bringt aber auch für die wissenschaftliche Analyse Schwierigkeiten mit sich. Für Bayertz und Boshammer stellen der starke Gemeinschafts- und der Verpflichtungsbezug von Solidarität ein generelles Problem für die konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Phänomen dar:

„Es gibt bis heute keine einzige ‚klassisch‘ zu nennende Theorie der Solidarität insgesamt. Die Gründe für diese Vernachlässigung sind systematischer Natur. Sie betreffen die beiden Schlüsselemente des Solidaritätsbegriffes: (a) Positive (Hilfs-)Pflichten unterliegen einem besonderen Rechtfertigungsdruck [...]. (b) Der konstitutive Bezug auf eine Gemeinschaft wird oft als mit dem Individualismus und Universalismus der modernen Ethik unvereinbar angesehen. Hinzu kommt (c), dass die Möglichkeit und Wünschbarkeit von Gemeinschaften unter den Bedingungen der Moderne kontrovers ist.“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1199)

Auch wenn es aufgrund dieser Schwierigkeiten keine einheitliche Theorie der Solidarität gibt, ist Solidarität dennoch zu einem „Schlüsselbegriff soziologischen Denkens“ (Beckert et al. 2004a: 9) geworden.

Im folgenden Kapitel wird ein weiteres komplexes Problem der Solidaritätsforschung angegangen, nämlich die Abgrenzung des Konzepts von den verwandten Konzepten der Integration, der kollektiven Identität, der Gerechtigkeit und der Umverteilung.

2.1.3 Der Solidaritätsbegriff und verwandte sozialwissenschaftliche Konzepte

Solidarität und Integration

Nahezu alle in den Kapiteln 2.1.1 und 2.1.2 diskutierten Ansätze gehen explizit darauf ein, dass Solidarität eine gesellschaftliche Funktion erfüllt. Insbesondere in der Soziologie spielt dabei der Begriff der Integration eine zentrale Rolle. Allerdings wird bei vielen Autoren nicht deutlich, in welchem Zusammenhang die beiden Konzepte zueinander stehen:

⁴⁷ Beispielhaft für die nationalistische Nutzung des Solidaritätsbegriffs und den Fokus auf den exklusiven Charakter von Solidarität ist das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD 2010), in welchem der Begriff eine zentrale Rolle, u.a. für das sozialpolitische Konzept, einnimmt.

„Obwohl zahlreiche Thesen und Befunde zum Themenfeld Solidarität und Integration vorliegen, findet man in der soziologischen Literatur nur wenige Arbeiten, die den Solidaritätsbegriff genauer explizieren und ihn dabei auf die Integrationsproblematik beziehen.“ (Thome 1998: 224)

Um die beiden Begriffe voneinander abzugrenzen, muss zunächst der Integrationsbegriff definiert werden. Prinzipiell ist Integration zu verstehen als

„[...] die Entstehung oder Herstellung einer Einheit oder Ganzheit aus einzelnen Elementen oder die Fähigkeit einer Einheit oder Ganzheit, den Zusammenhalt der einzelnen Elemente auf der Basis gemeinsam geteilter Werte und Normen aufrechtzuerhalten“ (Nohlen 2010: 412).

Dabei sind verschiedene Perspektiven möglich – Integration kann als „[...] Prozeß, als Funktion oder als (End-)Ziel verstanden werden“ (ebd.). Letztendlich geht es aber um die Konstitution einer Einheit als Ganzheit, um die Aufrechterhaltung eines Zusammenhangs einzelner Teile. Um den Begriff in Bezug auf die Gesellschaft als soziale Einheit zu konkretisieren, kann Integration als das Ausmaß und die Intensität der Verbindungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern verstanden werden (Münch 2001: 7591). Mit dem Ausmaß ist hier die Anzahl der Mitglieder bzw. Akteure gemeint und mit der Intensität der Verbindungen die Häufigkeit der Interaktionen (ebd.: 7591–7592). Verbindungen sind in diesem Sinne vor allem als Interaktion oder Kommunikation zu verstehen. Somit ist eine Gesellschaft umso integrierter, je mehr und je häufiger Gesellschaftsmitglieder miteinander interagieren und kommunizieren.⁴⁸ Sofern gesellschaftliche Integration als ein Prozess verstanden wird, können zwei konkrete Mechanismen identifiziert werden, über die Integration verläuft: funktionale und normative Integration (Thome 1998: 222). Der Prozess der funktionalen Integration ist eng mit dem oben erläuterten Konzept von Émile Durkheim verbunden: Wenn aus der internen Differenzierung einer sozialen Einheit wechselseitige Abhängigkeiten entstehen, die die Zusammenarbeit der Mitglieder fördern und ihren Zusammenhalt stärken, wird eine Gesellschaft funktional integriert. Im Gegensatz zur funktionalen Integration beruht die normative Integration nicht auf den Unterschieden zwischen den Gesellschaftsmitgliedern, sondern ihren Gemeinsamkeiten, wie z.B. gemeinsamen Werten oder einer gemeinsamen Geschichte (ebd.: 222–223). Die Herausbildung gemeinsamer Werte führt dann zum Zusammenhalt der Gesellschaftsmitglieder, eine Gesellschaft wird normativ integriert.⁴⁹ In welcher Art und Weise sich die beiden Mechanismen der funktionalen und der normativen Integration ergänzen, ersetzen oder möglicherweise widersprechen, ist umstritten. Helmut Thome kritisiert, dass der Solidaritätsbegriff in diesem Zusammenhang nicht eindeutiger geklärt wird:

„In diesen Diskussionen erscheint der Solidaritätsbegriff häufig nur als anderes Wort für 'gesellschaftliche Integration' oder 'Zusammenhalt' bzw. 'Kohäsion' einer Gruppe; oder er wird summarisch all jenen institutionalisierten Regelungen oder Merkmalen von 'Intersubjektivitätsstrukturen' als Etikett angeheftet, die die gesellschaftliche Integration tragen sollen.“ (ebd.: 223)

⁴⁸ An diesem Punkt sollte ergänzt werden, dass es sich nicht um eine feindliche bzw. zerstörerische Interaktion und Kommunikation handeln sollte – anderenfalls könnten auch soziale Gruppen, die häufig kriegerische Auseinandersetzungen miteinander haben, als integriert bezeichnet werden.

⁴⁹ Dabei ist umstritten, welche Rolle die normative Integration für moderne, pluralistische Gesellschaften noch spielt: „Daß eine normative Integration der Gesellschaft heute noch [...] auf diese Weise begründbar ist, wird zunehmend in Frage gestellt.“ (Thome 1998: 223)

Eine relativ eindeutige Abgrenzung des Solidaritätsbegriffs erscheint aber weniger schwierig als es Thomes Kritik vermuten ließe. Solidarität ist in der obigen systematischen Übersicht als Verhaltensdisposition beschrieben worden, die bei Mitgliedern sozialer Gemeinschaften auftritt und sich auf die Unterstützung einzelner Mitglieder bezieht, die in eine Notlage geraten sind. Die Verhaltensdisposition ist ein Ausdruck des Zusammenhalts. Das konkrete solidarische Handeln baut den Zusammenhalt weiter aus. Auf welcher Grundlage die Solidarität basiert – auf gemeinsamen Werten oder auf wechselseitigen Abhängigkeiten – scheint in diesem Zusammenhang nicht von Belang bzw. hängt von der Größe und dem Entwicklungsgrad der Gruppe ab. Solidarische Einstellungen sind ein Indikator für eine vorhandene soziale Integration – verstanden als Zustand – und solidarische Handlungen treiben die soziale Integration, im Sinne eines Prozesses, voran.

An dieser Stelle ist es wichtig, neben der Unterscheidung zwischen normativer und funktionaler Integration auf den Unterschied zwischen sozialer und systemischer Integration einzugehen, für den der Solidaritätsbegriff eine wichtige Rolle spielt. Während sich die Unterscheidung zwischen funktionaler und normativer Integration auf den treibenden Mechanismus der Integration bezieht, unterscheiden die Begriffe der sozialen und der systemischen Integration zwischen den Einheiten, die integriert werden.⁵⁰ Mit dem Begriff der Systemintegration wird die „Integration von Institutionen und Teilsystemen“ (Gerhards und Lengfeld 2013: 21) bezeichnet. Der Begriff wird in den Sozialwissenschaften zumeist auf die politische Integration bezogen, also das Zusammenwachsen verschiedener politischer Institutionen, politischer Systeme oder Teilsysteme. Der Begriff der Sozialintegration bezieht sich hingegen „auf handelnde Individuen und deren Integration in eine Gesellschaft“ (ebd.). Jan Delhey unterscheidet die beiden Integrationsformen nach den beteiligten Akteuren:

„Beide Prozesse spielen sich auf unterschiedlichen Ebenen ab: soziale Integration informell zwischen nichtstaatlichen Akteuren; politische Integration formell zwischen Staaten.“ (Delhey 2004b: 6)⁵¹

Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Integrationsformen wird zumeist so dargestellt, dass eine systemische Integration ohne eine soziale Integration langfristig nicht möglich ist. Integrierte Institutionen können demnach ohne einen gewissen Zusammenhalt der Menschen innerhalb einer Gesellschaft nicht dauerhaft stabil bleiben. Andersherum ist es aber durchaus möglich, dass verschiedene Gesellschaften oder gesellschaftliche Gruppen einen Zusammenhalt aufweisen, ohne dass gemeinsame Institutionen herausgebildet werden (ebd.: 7).

Solidarität wird in diesem Zusammenhang von verschiedenen Autoren als ein Mechanismus beschrieben, der die beiden Formen der Integration miteinander verbinden kann (Beckert et al. 2004a: 10; Mau 2002: 137; Preuß 1998a: 402–403). Solidarität zwischen Gesellschaftsmitgliedern oder zwischen gesellschaftlichen Gruppen wird als Ressource verstanden, weil sie im Sinne der Sozialintegra-

⁵⁰ Diese Unterscheidung geht ursprünglich auf David Lockwood (1964) zurück.

⁵¹ An dieser Stelle ist zu ergänzen, dass politische Integration sich auch innerstaatlich abspielen kann, also zum Beispiel zwischen verschiedenen Regionen.

tion den Gemeinsinn und damit auch die Akzeptanz gemeinsamer Institutionen fördern kann und so die systemische Integration absichert. Als Ressource kann Solidarität auch verstanden werden, wenn sie als wohlfahrtsstaatliches Grundprinzip etabliert ist und die Menschen innerhalb der Gesellschaft Solidarität über sozialstaatliche Institutionen erfahren:

„Solidarität in der modernen Gesellschaft verbindet persönliche Sympathiegefühle auf der einen Seite mit modernen, unpersönlichen Institutionen auf der anderen. Solidarität verknüpft damit Mechanismen der Sozialintegration mit solchen der Systemintegration.“ (Beckert et al. 2004a: 10)

Für Ulrich Preuß ist der Erfolg des Solidarprinzips in modernen Wohlfahrtsstaaten auf genau diese verknüpfende Funktion zurückzuführen:

„Wenn wir für einen Moment auf die übliche Unterscheidung zwischen sozialer Integration und Systemintegration oder zwischen Lebenswelt und System zurückgreifen, kann Solidarität als eine Kombination der zwei entgegengesetzten Arten von Integration betrachtet werden: sie nährt sich aus den Quellen der Lebenswelt, wird aber durch die Hauptmedien der Systemintegration, nämlich Bürokratie und Recht, verwirklicht.“ (Preuß 1998a: 402–403)

Der hier skizzierte Zusammenhang zwischen sozialer und systemischer Integration wird sehr häufig auf das Beispiel Europas bezogen. Laut Jürgen Gerhards und Holger Lengfeld macht sich die systemische Integration Europas in drei Erscheinungsformen bemerkbar: erstens „im Aufbau und in der Ausdehnung der verschiedenen politischen Institutionen der EU, die von den Nationalstaaten mit Herrschaftsrechten ausgestattet worden sind und einen Teil der Souveränitätsrechte der Nationalstaaten übernommen haben“ (Gerhards und Lengfeld 2013: 30), zweitens „in einer schrittweisen territorialen Ausdehnung des Herrschaftsraumes der EU, also in dem Prozess der Erweiterung der Anzahl der Mitgliedsländer“ (ebd.: 31) und drittens in der „Herstellung eines einheitlichen europäischen Rechts- und Sozialraums“ (ebd.: 32). Ihr Konzept der Sozialintegration Europas umfasst zwei Dimensionen: „Integration über eine gemeinsame Kultur und Integration über die Zubilligung gleicher Rechte für alle Europäer“ (ebd.: 35), wobei die Integration über eine gemeinsame Kultur aus ihrer Sicht nur begrenzt möglich ist, weil die europäischen Gesellschaften kulturell zu heterogen sind. Sie konzentrieren sich daher auf die Zubilligung gleicher Rechte, die bei ihnen sowohl die Institutionalisierung als auch die Akzeptanz dieser Rechte durch die Bürger umfasst. Die „Gesamtintegration Europas“ (ebd.: 15) ist dann erfolgreich, „wenn die systemische Integration durch die Integration der Bürger begleitet und abgedeckt wird“ (ebd.). Solidarität wird diesbezüglich als Teil der europäischen Sozialintegration verstanden. Wenn die EU-Bürger es unterstützen, dass das sozialstaatliche Solidarprinzip über nationale Grenzen hinweg gelten soll und damit soziale Rechte für alle Europäer gleichermaßen gelten sollen, ist dies aus ihrer Sicht ein Zeichen für eine vorangeschrittene Sozialintegration.

Jan Delhey begreift den Zusammenhang zwischen System- und Sozialintegration in Europa ähnlich, er versteht allerdings die „Integration des Sozialraums EU als Geflecht von Beziehungen zwischen den Gesellschaften, die diesen Sozialraum konstituieren“ (Delhey 2004a: 17). Hier geht es also tatsächlich stärker um die grenzüberschreitenden Interaktionen zwischen Europäern, die die Sozialintegration

vorantreiben. Diese Interaktionen haben laut Delhey eine „qualitative“ (ebd.) Komponente: den sozialen Zusammenhalt, der sich unter anderem in Solidarität widerspiegelt.⁵²

Solidarität wird also in Bezug auf Integration in erster Linie instrumentell verstanden: Sie fördert soziale und dadurch systemische Integration und ist gleichzeitig ein Zeichen für eine bereits erfolgte soziale Integration.

Solidarität und kollektive Identität

Einige Autoren verbinden die beiden Konzepte – Solidarität und soziale Integration – mithilfe des Konzepts der kollektiven Identität. Helmut Thome stellt beispielsweise fest:

„Der Zusammenhalt sozialer Systeme ist gewährleistet durch gemeinsame Werte und andere kulturelle Standards, die in einer gemeinsamen Tradition, in einer fortlaufend 'erzählten' und reinterpretierten Systemgeschichte wurzeln. Sie ist der Ankerpunkt einer kollektiven Identität, die fördernde und einschränkende Bedingungen für die Entwicklung persönlicher Identität setzt.“ (Thome 1998: 222–223)

Eine kollektive Identität prägt demnach die persönliche Identität, fördert den sozialen Zusammenhalt und die soziale Integration. Dieter Fuchs beschreibt kollektive Identität wie folgt⁵³:

„According to social psychologists, social identity is part of a person's self-concept and refers to the psychological link between individual and social groups [...]. It becomes part of the self-concept through the cognitive assignment of the individual to a social group and through the emotional significance of the assignment.“ (Fuchs 2011: 36)

Der erste wichtige Aspekt von kollektiver Identität ist demnach, dass sie ein Teil des Selbstkonzeptes von Individuen ist – der andere Teil ist die persönliche Identität. Von der persönlichen Identität unterscheidet sie sich darin, dass sie eines externen Identifikationsobjektes bedarf:

„Anders als bei personaler Identität bezeichnet kollektive Identität keine physische Einheit [...], sondern drückt die Identifikation von jemandem mit etwas aus, bezeichnet also ein spezifisches, kognitiv und affektiv geprägtes Verhältnis von Personen zu einem Identifikationsobjekt.“ (Nissen 2004: 21)

Dieses Objekt kann eine Gruppe von Menschen, ein bestimmtes Territorium oder eine politische Gemeinschaft sein (Delhey 2012: 61). Die Identifikation mit einem dieser Objekte geht immer mit einer starken positiven Bewertung des Objektes einher (Mühler und Opp 2006: 18).

Der zweite wichtige Aspekt ist, dass kollektive Identität eine Verbindung zwischen dem Individuum und seinem sozialen Kontext herstellt. Diese Verbindung wird durch das „Wissen um die Zugehörigkeit zu einer oder mehreren sozialen Gruppen sowie die damit verbundenen Gefühle und Bewertungen“ (Wiswede 2004: 246) hergestellt. Kollektive Identität hat demnach eine kognitive und eine affektive oder emotionale Komponente. Diese wird in der Literatur sehr unterschiedlich benannt. Jan

⁵² Es ist zu kritisieren, dass Delhey die Begriffe Sozialintegration, sozialen Zusammenhalt, Solidarität und Vertrauen häufig nahezu synonym verwendet, dadurch bleibt unklar, was er genau unter dem Solidaritätsbegriff versteht.

⁵³ In der englisch- und deutschsprachigen Literatur werden die Begriffe der kollektiven und der sozialen Identität nahezu gleichbedeutend verwendet. Es lassen sich lediglich unterschiedliche Traditionen in den verschiedenen Disziplinen erkennen: In der Sozialpsychologie und Soziologie wird zumeist von sozialer Identität gesprochen, während in der Politikwissenschaft der Begriff der kollektiven Identität eine größere Rolle spielt. Mitunter wird auch der Begriff der politischen Identität verwendet, der sehr ähnlich definiert wird, aber ausschließlich auf politische Gemeinschaften bezogen wird (Mau und Verwiebe 2009: 302). In dieser Arbeit wird ausschließlich der Begriff der kollektiven Identität verwendet.

Delhey spricht in diesem Kontext von der affektiven Unterstützung der Gruppe durch ihre Mitglieder, von emotionalen Bindungen, von Gruppenzusammengehörigkeit, Gemeinschaftssinn und Wir-Gefühl (Delhey 2012: 59–60). Karl-Heinz Hillmann nennt kollektive Identität ein „gefühlsgeladenes Empfinden“ (Hillmann 1994: 422), Maurizio Bach spricht von „Vorstellungen über Gemeinschaftlichkeit“ (Bach 2008: 177–178).

Neben der kognitiven und der affektiven Dimension hat das Konzept der kollektiven Identität einigen Autoren zufolge auch eine nutzenorientierte Dimension (Mühler und Opp 2006: 48; Vobruba 1999: 89). Laut Sylke Nissen beruhen kollektive Identitäten auf einer „belastbare[n] und dauerhafte[n] Verknüpfung der Interessen“ (Nissen 2004: 22) der Gruppenmitglieder. Bei den Individuen findet demnach eine „solidarische Umorientierung bei der Bildung der eigenen Präferenzen – von der exklusiven Ich-Identität zur Anerkennung einer ‚Wir-Identität‘“ (Scharpf 2004: 5) – statt. Neben dem egoistischen Interesse und dem altruistischen Interesse am Anderen gibt es dann das Interesse am Gemeinwohl, das bei der Präferenzbildung eine Rolle spielt.

An der Erläuterung aller drei Dimensionen wird deutlich, dass kollektive Identität keine naturgegebene Eigenschaft von Gruppen oder Individuen ist, sondern dass sie sozial konstruiert wird. Nach Thomas Risse können kollektive Identitäten daher knapp als „gemeinsam geteilte soziale Konstruktionen verstanden werden, die Individuen mit sozialen Gruppen verbinden“ (Risse 2013: 116). Maurizio Bach und Dennis Lichtenstein betonen die Bedeutung der Kommunikation für die Herausbildung und das Fortbestehen einer kollektiven Identität: In der „öffentlich geführte[n] Kommunikation“ (Lichtenstein 2012) und durch die „interaktive und kommunikative Erreichbarkeit unter den Mitgliedern“ (Bach 2008: 177–178) wird die kollektive Identität demnach erschaffen und reproduziert. Sie basiert auf der Formulierung einer „Ähnlichkeit der Angehörigen einer Gemeinschaft im Unterschied zu den Außenstehenden“ (Giesen und Seyfert 2013: 39). Diese Abgrenzung nach außen, also der exklusive Charakter kollektiver Identitäten, ist für viele Autoren entscheidend (Risse 2013: 117; Fuchs 2011: 36; Nissen 2004: 21). Sie kann auf der Basis unterschiedlicher Merkmale formuliert werden, zum Beispiel einer gemeinsamen „Kultur, Sprache, Geschichte, ggf. auch Religion u. Rasse“ (Hillmann 1994: 422) oder einer zumindest subjektiv wahrgenommenen „Homogenität der Wertvorstellungen“ (Lepsius 2004: 3).

Die Tatsache, dass kollektive Identitäten soziale Konstrukte sind, bringt aber auch eine gewisse Unklarheit über ihre Beschaffenheit mit sich. Bernhard Giesen und Robert Seyfert weisen darauf hin, dass der inhaltliche Kern einer Gemeinschaft, der Individuen miteinander verbindet und auf dem sich Zusammengehörigkeitsgefühle begründen, meist sehr vage ist:

„Der Inhalt des Mythos, auf dem eine kollektive Identität beruht, befindet sich in einer Zwischenlage: Er ist allgemein genug formuliert, um allen als gemeinsame Bezugsbasis dienen zu können. Gleichzeitig ist er aber so vage, dass er einen Konsens über konkrete Aussagen nicht zulässt und zu ständigen Missverständnissen und Debatten führt. Im Gegensatz zur Vermutung, dass jede Gesellschaft auf einem Minimum an geteilten Werten und Normen beruht, steht im ‚Zentrum‘ jeder Kul-

tur das Uneindeutige [...]. Kollektive Identität beruht zwar vermeintlich auf einem Wertekonsens und geteilten Normen, diese sind aber so grundsätzlicher und abstrakter Natur, dass sie stets völlig gegensätzliche Schlussfolgerungen zulassen.“ (Giesen und Seyfert 2013: 41)

Dies stellt insbesondere für größere Gemeinschaften, bei denen sich nicht alle Mitglieder untereinander kennen, eine Herausforderung dar. Risse nennt diese „imaginierte Gemeinschaften“ (Risse 2013: 118):

„Die Herausforderung imaginierter Gemeinschaften besteht darin, dass die Mitglieder sie als 'real' wahrnehmen müssen, um sich damit identifizieren zu können. D.h., die psychologische Existenz solcher Identifikationsobjekte steht immer zur Disposition.“ (ebd.)

Zusammenfassend kann kollektive Identität als der sozial konstruierte Teil des Selbstkonzepts von Individuen definiert werden, der sie kognitiv und emotional an eine soziale Gruppe bindet. An dieser Definition von kollektiver Identität werden einige Parallelen zu den in Kapitel 2.1.2 erläuterten Aspekten von Solidarität deutlich. Dort wurde festgehalten, dass die Wahrnehmung sozialer Ähnlichkeiten oder gemeinsamer Werte sowie das dadurch entstehende Gemeinschaftsbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl von Individuen innerhalb einer sozialen Gruppe Grundlagen von Solidarität sind. Diese grundlegenden Aspekte ließen sich auch als kollektive Identität zusammenfassen. Entsprechend dieser Feststellung sehen diejenigen Autoren, die sich mit dem Zusammenhang der beiden Konzepte beschäftigen, in kollektiver Identität auch eine Voraussetzung für Solidarität (Risse 2013: 128; Delhey 2012: 61; Fuchs et al. 2011: 257; Scharpf 2004: 21).⁵⁴ Sebastian Harnisch stellt dabei die „Identifikation des Gebenden mit dem Nehmenden“ (Harnisch 2009: 366) in den Fokus. Für Sylke Nissen beinhaltet kollektive Identität „Empathie als Basis für Solidarität und Loyalität“ (Nissen 2004: 21). Weiterhin wird eine kollektive Identität als Basis für die Legitimität von solidarischen Umverteilungsmaßnahmen verstanden (Vobruba 1999: 89). Die kollektive Identität hat damit auch eine politische Bedeutung (Schorkopf 2013: 100; Fuchs 2011: 35). Vor allem in Bezug auf die EU wird häufig diskutiert, inwiefern es politisch möglich ist, eine kollektive Identität zu erschaffen oder zu stärken, um die Legitimation von Umverteilungsmaßnahmen zwischen den Mitgliedsländern zu sichern (Lichtenstein 2012: 3–4; Fuchs et al. 2011: 257).⁵⁵

Festzuhalten in Bezug auf das Verhältnis von kollektiver Identität und Solidarität ist, dass die hier getätigte kausale Annahme – kollektive Identität als eine Voraussetzung für Solidarität – durchaus sinnvoll ist: Individuen sind innerhalb einer sozialen Gruppe nur miteinander solidarisch, wenn sie eine grundsätzliche Ähnlichkeit zwischen sich sehen, sich also miteinander identifizieren. Unter Ähnlichen ist die Wahrscheinlichkeit der Reziprozität höher als unter Unähnlichen oder Fremden. Auch

⁵⁴ Vereinzelt wird der Zusammenhang auch umgekehrt formuliert – Solidarität fördert dann die kollektive Identität (Knodt und Tews 2014a: 7). Es ist zwar durchaus ein Wechselverhältnis der beiden Phänomene anzunehmen, allerdings wird in dieser Arbeit weiterhin angenommen, dass die Kausalitätsrichtung – zumindest anfänglich – von der kollektiven Identität zur Solidarität verläuft.

⁵⁵ Die Rolle der kollektiven europäischen Identität für das politische System der EU ist in der Literatur intensiv diskutiert worden und kann an dieser Stelle nicht weiter besprochen werden. Einen guten Überblick bietet das Sammelwerk von Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann (2011), aus dem einige der hier zitierten Beiträge stammen.

der exklusive Charakter von Solidarität ist mit dieser Annahme vereinbar: Solidarität gibt es nicht unter Unähnlichen – anderenfalls handelt es sich um Wohltätigkeit.

Es ist umstritten, welche Rolle tatsächliche Ähnlichkeiten wie beispielsweise eine gemeinsame Kultur, Sprache oder Religion für kollektive Identitäten und damit für Solidarität spielen. Die oben angeführte Definition von kollektiver Identität lässt aber Raum für sehr verschiedene Verständnisse von Ähnlichkeiten. Kollektive Identität ist als soziale Konstruktion definiert worden – die ihr zugrunde liegenden Ähnlichkeiten sind es demnach auch.

Solidarität und Gerechtigkeit

Bereits an verschiedenen Stellen in diesem Kapitel sind Bezüge zum Gerechtigkeitsbegriff deutlich geworden. Bei der Diskussion um die verschiedenen Definitionsaspekte von Solidarität (Kapitel 2.1.2) wurde beispielsweise festgestellt, dass einige Autoren unter Solidarität den Kampf für gemeinsame Ziele gegen erlebtes Unrecht und damit für Gerechtigkeit verstehen (Bayertz 1998a: 44–45; Wildt 1995: 1004). Im Rahmen der Auseinandersetzungen mit der Kollektivgutproblematik in Kapitel 2.1.1 und mit den Bedingungen, die Solidaritätsleistende an Solidaritätsrezipienten stellen (Kapitel 2.1.2) ist deutlich geworden, dass gewisse Gerechtigkeitsnormen eine wichtige Rolle für solidarisches Handeln spielen. So schreibt etwa Steffen Mau:

„Wesentlich für das Zustandekommen von Solidarität sind die Annahmen über das solidarische/kooperative Handeln anderer. [...] Das Gerechtigkeitsmotiv findet seinen Eingang in solche Erwägungen, weil es von Belang ist, wie die eigenen solidarischen Aufwendungen im Vergleich mit den Aufwendungen anderer eingeschätzt werden. Zum ‚Sich-Darauf-Verlassen-Können‘, dass andere ihre Beiträge zu Solidaritätsarrangements leisten, tritt eine Bewertung des Verhältnisses dieser Leistungen.“ (Mau 2002: 145–146)

An diesem Zitat wird deutlich, dass Gerechtigkeit offenbar ein Maßstab ist, anhand dessen beurteilt wird, wie Menschen – im Beispiel sind das die Mitglieder einer Solidargemeinschaft – zueinander im Verhältnis stehen. Näher definiert werden kann Gerechtigkeit dann wie folgt:

„Sie [die Gerechtigkeit – SB] fordert bei konkurrierenden Ansprüchen wie bei der Rivalität um knappe Ressourcen die angemessene Berücksichtigung aller Interessen, mit dem Ziel, einen Ausgleich zu schaffen und ‚jedem das Seine‘ zu geben.“ (Rieger 1998: 214)

Bei Gerechtigkeit geht es also um das Verhältnis der Ansprüche oder Interessen in Bezug auf die Verteilung von knappen Ressourcen. An diesem Punkt spielt das Prinzip der Gleichheit eine besondere Rolle: Alle Interessen sollen gleiche Berücksichtigung finden (Verfahrensgerechtigkeit), es soll eine „Gleichwertigkeit von Geben und Nehmen“ (ebd.) herrschen (Tauschgerechtigkeit) und das Ergebnis soll „jedem seinen gerechten Anteil an den im Gemeinwesen zu verteilenden Gütern, Rechten und Pflichten“ (ebd.) zuweisen (Verteilungsgerechtigkeit).⁵⁶ Das Prinzip der Gerechtigkeit impliziert also im Grunde, dass Ungleichheit zwischen Menschen reduziert werden soll – sei es in Bezug auf Verfah-

⁵⁶ Rieger ergänzt an dieser Stelle, dass auch der Begriff der Gleichheit mit Inhalt gefüllt werden muss: „Strittig bleibt, wem G[erechtigkeit] geschuldet wird und was Gleichheit meint, ob sie sich auf erworbene Verdienste, auf Leistung oder auf Bedürfnisse bezieht, ob *equality of opportunity* (Liberalismus) oder *equality of result* (Sozialismus) anzustreben ist.“ (Rieger 1998: 214)

ren, Tauschprozesse oder Verteilung. Wie bereits in Kapitel 2.1.2 diskutiert, spielt der Gleichheitsbegriff auch für Solidarität eine relevante Rolle. Mitglieder einer Solidargemeinschaft sind sich demnach mittelfristig gesehen in Bezug auf ihre Ressourcen so ähnlich, dass sie als Gleiche bezeichnet werden können. Solidarisches Handeln dient dazu, temporäre Ungleichheiten in Bezug auf die Ressourcen zu verringern bzw. wieder Gleichheit herzustellen. Außerdem sind die Gemeinschaftsmitglieder gleichberechtigt, im Bedarfsfall Solidarleistungen zu empfangen, und gleich verpflichtet, andere Solidarmitglieder im Bedarfsfall zu unterstützen.

Gerechtigkeit und Solidarität haben also im Grunde ein ähnliches Ziel: Ungleichheit zwischen Menschen – sei es in Bezug auf Ressourcen, Interessen oder Ansprüche – zu verringern.⁵⁷

Wie bei den zuvor diskutierten Konzepten der Integration und der kollektiven Identität wird der Gerechtigkeitsbegriff in der Literatur zwar häufig, aber nur selten eindeutig zum Begriff der Solidarität in Beziehung gesetzt. Die Auseinandersetzung mit beiden Begriffen spielt vor allem in der Moralphilosophie eine Rolle. Laut Bayertz und Boshammer wurde Solidarität als „komplementäres Prinzip zu dem der Gerechtigkeit“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1199) von dem Philosophen Nicolai Hartmann eingeführt. Demnach bezieht sich Gerechtigkeit als moralisches Prinzip auf „den Schutz des Einzelnen“ (ebd.) innerhalb der Gemeinschaft, Solidarität hingegen auf den „Schutz der Gemeinschaft“ (ebd.) per se. Diese Gegenüberstellung greift Jürgen Habermas mit seiner Bezeichnung von Solidarität als dem „Anderen der Gerechtigkeit“ (Habermas 1986: 312) oder sogar ihrer „Kehrseite“ (ebd.: 314) auf. Er weist dennoch auf den engen Zusammenhang beider moralischer Prinzipien hin:

„Gerechtigkeit bezieht sich auf die gleichen Freiheiten unvertretbarer und sich selbst bestimmender Individuen, während sich Solidarität auf das Wohl der in einer intersubjektiv geteilten Lebensform verschwisterten Genossen bezieht – und damit auch auf die Erhaltung der Integrität dieser Lebensform selbst. Moralische Normen können nicht eins ohne das Andere schützen: die gleichen Rechte und Freiheiten des Individuums nicht ohne das Wohl des Nächsten und der Gemeinschaft, der sie angehören.“ (ebd.: 311)

Der Schutz des Individuums und der Schutz der Gemeinschaft hängen demnach eng zusammen. Das partikularistische Konzept von Solidarität, welche nur für Mitglieder einer festgelegten Gemeinschaft gilt, lehnt Habermas für moderne Gesellschaften ab. Er versteht sowohl Gerechtigkeit als auch Solidarität als universelle moralische Prinzipien:

„Als Bestandteil einer universalistischen Moral verliert freilich Solidarität ihren bloß partikularen, auf die Binnenverhältnisse eines ethnozentrischen gegen andere Gruppen sich abschließenden Kollektivs beschränkten Sinn – jenen Charakter von erzwungener Opferbereitschaft für ein kollektives Selbstbehauptungssystem, das in vormodernen Formen der Solidarität stets mitschwingt.“ (ebd.)

Für Habermas geht es hier um die Verschmelzung beider Konzepte hin zu einer Gültigkeit solidarischer Prinzipien über die Partikulargemeinschaft hinaus für alle miteinander kommunizierenden

⁵⁷ Mit diesem Gerechtigkeitsverständnis ist vor allem der Begriff der sozialen Gerechtigkeit eng verbunden, der in den Sozialwissenschaften intensiv diskutiert wurde. An dieser Stelle soll die Diskussion aber nicht aufgegriffen werden, vielmehr wird auf einschlägige Werke wie zum Beispiel von Wolfgang Kersting (2000) verwiesen, welcher einen guten Überblick über die Diskussion bietet.

Menschen. Solidarität kann demnach nur gerecht sein, wenn sie niemanden ausschließt. Dieses auch von den Liberalisten aufgegriffene umfassende Verständnis von Solidarität als eine Art „universelle[...] Hilfspflicht“ (Bayertz und Boshammer 2008: 1199) ist von verschiedenen Autoren dafür kritisiert worden, dass es die Motivationskraft des partikular ausgerichteten solidarischen Handelns ignoriert. Auch Steffen Mau kritisiert die Verwendungsweise von Solidarität als universelle Norm, weil sie das Konzept verwässert. Solidarität gegenüber allen Menschen wird demnach zur universellen Gerechtigkeit und das Solidaritätskonzept überflüssig (Mau 2002: 148–151). Mau plädiert dafür, Solidarität als partikularistisches Prinzip zu verstehen, das dennoch mit dem universellen Gerechtigkeitsprinzip in engem Zusammenhang steht. Solidarität versteht er dabei als „Verbundenheit und [...] wechselseitige[...] Mitverantwortlichkeit“ (ebd.: 129) von Individuen innerhalb einer klar abgegrenzten Gemeinschaft. Den Gerechtigkeitsbegriff definiert er knapp wie folgt:

„Mit Gerechtigkeit ist dabei gemeint, dass die Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern so zu gestalten sind, dass jedem die grundlegenden materiellen und immateriellen Möglichkeiten zugestanden werden, um sein Leben in eigener Verantwortung zu gestalten. So ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, gleichartige Chancen und gleichartige Lebensbedingungen herzustellen und bestehende Diskriminierungen abzubauen.“ (ebd.)

Mau macht deutlich, dass Solidarität zwar die „kollektivorientierten und kooperativen Handlungsorientierungen“ (ebd.: 132) von Individuen innerhalb exklusiver Gemeinschaften umfasst, dass genau diese Orientierungen die Gemeinschaft aber auch erst konstituieren. Gerechtigkeit hingegen „rekuriert auf die Universalisierbarkeit moralischer Urteile. [...] Damit repräsentieren normative Entwürfe abstrakte Gerechtigkeitsgrundsätze, die über individuelle Motivlagen und soziale Kontexte hinweg soziale Geltung und Akzeptanz einfordern“ (ebd.: 131).

Trotz dieses wesentlichen Unterschieds zwischen den beiden Prinzipien der Solidarität und der Gerechtigkeit – Partikularität gegenüber Universalität des Geltungsanspruchs – haben die Begriffe „das Interesse an den Fragen sozialer Ordnung und des sozialen Zusammenhalts“ (ebd.: 129) gemeinsam, beide „sind daran interessiert, Aufschluss darüber zu geben, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt und eine stabile soziale Ordnung möglich sind“ (ebd.: 130). Sowohl Gerechtigkeit als auch Solidarität sind demnach Mittel, um soziale Integration zu ermöglichen. Mau unterscheidet dabei zwischen der „*bottom-up* Perspektive“ (ebd.: 137, Hervorhebung im Original), nach der solidarische Beziehungen sozialen Zusammenhalt und somit soziale Integration entstehen lassen, und der „*top-down* Perspektive“ (ebd., Hervorhebung im Original), bei der Gerechtigkeit politisch hergestellt wird und auf diese Weise soziale Integration gefördert wird. Diese zweite Perspektive stellt einen institutionalistischen Ansatz dar:

„Soziale Integration leitet sich dabei aus dem Faktum ab, dass eine Gesellschaft auf ethisch-normativen Grundprinzipien fußt und ihre Institutionen somit in der Lage sind, Geltung zu erlangen und die konfligierenden Interessen der Gesellschaftsmitglieder zusammenzubringen.“ (ebd.)

Mau identifiziert neben dieser allgemein formulierten Gemeinsamkeit zwei konkrete Bezüge zwischen Solidarität und Gerechtigkeit. Erstens sieht er in kleinen solidarischen Gemeinschaften den Ort,

an dem Gerechtigkeitsnormen überhaupt erst herausgebildet werden, weil sie gerechte Verhältnisse befördern und Gerechtigkeit für die Gemeinschaftsmitglieder erlebbar machen (ebd.: 129). Solidarität, die über die kleine Solidargemeinschaft hinaus ausgeübt wird, kann aus seiner Sicht dann durch das eingeübte Motiv der Gerechtigkeit angetrieben werden (ebd.: 143). Gerechtigkeitsempfinden kann zweitens als Bedingung für solidarisches Handeln wirksam werden. Wie bereits oben geschildert, kann Solidarität auf Dauer nur ausgeübt werden, wenn die Verteilung der Solidaritätslasten von denjenigen, die sie tragen, als gerecht empfunden wird (ebd.: 145–146).⁵⁸ Diese Feststellung gilt insbesondere für sozialstaatliche Solidaritätssysteme, weil diese kaum in dem Maße auf die Verbundenheitsgefühle zwischen den Individuen aufbauen können, wie es kleingemeinschaftliche Solidargemeinschaften können:

„Als Faustregel kann man formulieren, dass je weiter die affektive Komponente innerhalb von Sozialbeziehungen zurücktritt, desto mehr müssen Solidaritäten durch eine als gerecht wahrgenommene Verteilung von Solidaritätsbeiträgen stabilisiert werden.“ (ebd.: 144)

Auch Bayertz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Solidarität und Gerechtigkeit im Sozialstaat. Er sieht die Legitimation sozialstaatlicher Maßnahmen mithilfe des Solidaritätsbegriffs als problematisch an. Solidarität ist aus seiner Sicht eine freiwillige Handlung, die auf der Basis von emotionaler Verbundenheit erfolgt. Der Sozialstaat hingegen umfasst verrechtlichte Unterstützungsleistungen, die sich auf der Basis der Steuerpflicht finanzieren. Sofern mit dieser Form der staatlichen Unterstützung rechtliche Ansprüche einhergehen, kann Solidarität Bayertz zufolge kaum noch als Legitimationsgrundlage dienen:

„Es macht einen Unterschied, ob man auf private Wohltätigkeit angewiesen ist oder ob man einen Rechtsanspruch auf Hilfe geltend machen kann. Dieser Unterschied betrifft nicht nur die Chance, tatsächlich Hilfe zu erhalten, wenn man sie braucht, sondern auch die Würde und Selbstachtung, mit der sie in Empfang genommen wird.“ (Bayertz 1998a: 38)

Bayertz plädiert also dafür, als Legitimationsgrundlage für den Wohlfahrtsstaat nicht von Solidarität, sondern von Gerechtigkeit zu sprechen.

Es ist deutlich geworden, dass die Konzepte der Solidarität und der Gerechtigkeit Gemeinsamkeiten und Unterschiede haben. Solidarität und Gerechtigkeit implizieren beide das Ziel, dass Ungleichheiten zwischen Menschen verringert werden sollen, um „gleichartige Chancen und gleichartige Lebensbedingungen herzustellen und bestehende Diskriminierungen abzubauen“ (Mau 2002: 129) und dadurch letztendlich soziale Integration zu fördern. Solidarität ist allerdings eine Handlungsweise, die an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist, während Gerechtigkeit ein moralisches Prinzip ist, das einen Bewertungsmaßstab mit sich bringt, welcher als Handlungsorientierung dienen kann.

⁵⁸ Dieses Argument ist genauso bei Glassmann wiederzufinden, für den Fairness eine Bedingung für Altruismus ist (Glassmann 2007: 800).

Solidarität bezieht sich auf eine klar definierte und abgegrenzte Gemeinschaft, ist also partikular. Gerechtigkeit ist universell – gilt in letzter Konsequenz also für alle Menschen. Die Konzepte unterscheiden sich also in ihrem Wirkungsgrad.

Das Kausalverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Solidarität kann auf der Basis der verwendeten Literatur nicht eindeutig festgelegt werden. Das moralische Prinzip der Gerechtigkeit wird laut Steffen Mau in Solidargemeinschaften herausgebildet und ist gleichzeitig Voraussetzung für solidarisches Handeln. Es handelt sich also vielmehr um eine wechselseitige als eindeutig gerichtete Kausalbeziehung.

An der hier thematisierten Relation zwischen Solidarität und Gerechtigkeit ist deutlich geworden, dass beide Konzepte einen starken Bezug zur Frage der Umverteilung von Ressourcen haben. So schreibt auch Jean-Marc Coicaud:

„[...] [A]s solidarity stresses the social conditions of possibility of a collectivity and the social nature of each individual's existence within it, it necessarily asks for the interests of each to be taken into account and looked after. Hence, the distributive characteristic at the core of justice is at the center of solidarity as well.“ (Coicaud 2011: 2466)

Für den Gerechtigkeitsbegriff ist das Konzept der Verteilungsgerechtigkeit und demnach die Frage nach der gerechten Aufteilung der vorhandenen Ressourcen zentral.

Solidarität und Umverteilung

Das Verhältnis des Solidaritätskonzepts zu den bislang diskutierten Konzepten – Integration, kollektive Identität und Gerechtigkeit – ist davon geprägt, dass die Begriffe oft fälschlicherweise synonym verwendet werden und die Konzepte wechselseitig als Indikatoren verstanden werden, was die Aufklärung über den tatsächlichen Zusammenhang der Konzepte erschwert. Diese ungünstigen Bedingungen gelten nicht für den Zusammenhang von Solidarität und Umverteilung. Allerdings ist der Ausgangspunkt für diese Untersuchung das Spannungsverhältnis zwischen der intergouvernementalen Umverteilung und der Solidaritätsbereitschaft der Europäer, womit eine Begriffsklärung und die konzeptionelle Klärung der Beziehung von Umverteilung und Solidarität notwendig sind.

Wie in Kapitel 2.1.2 deutlich geworden ist, erfüllt Solidarität verschiedene gesellschaftliche Funktionen bzw. verfolgt solidarisches Handeln verschiedene Ziele. Die übergeordnete Funktion von Solidarität ist es ganz generell, die Existenz von Gemeinschaften und Gesellschaften, sozialen Zusammenhalt und kollektives Handeln überhaupt erst zu ermöglichen und das *gesellschaftliche Ganze* zu schützen und zu erhalten. Dieses übergeordnete Ziel ist mit verschiedenen untergeordneten Zielen verbunden: mit der Herausbildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls, der Umsetzung gemeinsamer Interessen, dem Herstellen kollektiver Güter, der Abwehr äußerer Angriffe, der Unterstützung einzelner Mitglieder in Notlagen und dem Abbau temporärer Ressourcenungleichheiten. Für diese letzten beiden Ziele ist eine Umverteilung von Ressourcen notwendig. Umverteilung ist demnach ein Mittel um die oben genannten Ziele von Solidarität zu erreichen. Auch wenn dieses Mittel auf das Ziel, die Gesamtheit zu schützen und zu erhalten ausgerichtet ist, hat es eine große Bedeutung für die indivi-

duellen Mitglieder einer Gemeinschaft: Es befriedigt das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, macht handlungsfähig und stellt im Idealfall einen Schutz für die individuellen Ressourcen dar – auch wenn von Zeit zu Zeit Opfer erbracht werden müssen.

Mit dem Ziel, temporäre Ressourcenungleichheiten abzubauen und einzelnen Gemeinschaftsmitgliedern in materiellen⁵⁹ Notlagen zu helfen, ist eine Umverteilung von den kurzzeitig Ressourcenstärkeren zu den kurzzeitig Ressourcenärmeren verbunden. Dieser Mechanismus kommt dem Grundgedanken der Versicherung sehr nahe: Die Ressourcen der Gemeinschaftsmitglieder – oder Teile ihrer Ressourcen – werden zu dem gemeinsamen Zweck gebündelt, individuelle Risiken auf die Schultern vieler zu verteilen (Ferrera 2009: 178). Bei dieser Form der Umverteilung geht es nicht darum, strukturelle Ungleichheiten zu verringern, also systematisch Schwächeren zu helfen. Es geht darum, einzelne Mitglieder kurzfristig so zu stärken, dass der Gesamtbestand an Ressourcen und damit die Stärke der Gemeinschaft als Ganzes nicht gefährdet wird. Solidarische Hilfe wird daher prinzipiell auch nicht dauerhaft in dieselbe Richtung ausgeübt. Das Prinzip der Reziprozität impliziert, dass der gestärkte Schwache auch dem schwächelnden Starken aushilft, wenn sich die Bedingungen ändern. Dieses am Erhalt der Gesamtressourcen orientierte Solidaritätsverständnis wird daran deutlich, dass an die damit einhergehende Umverteilung häufig Bedingungen geknüpft werden (siehe auch Kapitel 2.1.2). Zum einen darf der Umfang der Solidarleistungen den Geber – zumindest in seiner subjektiven Wahrnehmung – nicht zu stark belasten (Mau 2002: 145; Ullrich 2000: 51). Gerade, wenn die zu verteilende Masse klein ist oder immer kleiner wird, werden an die Leistungsempfänger Bedingungen gestellt. Das Ausüben von Solidarität wird dann

„[...] an die Wahrnehmung fairer Auszahlungen gekoppelt; es gründet geradezu auf dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, denn es muss, wie oben gezeigt, eben auch als ein reziprokes Handlungsmuster verstanden werden. Ein Anspruch auf Wohlfahrt muss in den Augen vieler durch vorangegangene Arbeit oder ernstes Bemühen darum erworben werden. Wohlfahrt ohne diese Anstrengung nehmen viele Menschen als eine ungerechte Auszahlung wahr“ (Glassmann 2007: 800).

Die Empfänger von Solidarleistungen müssen sich ihre „Solidaritätswürdigkeit“ (Ullrich 2000: 38) demnach erst verdienen. Eine weitere Bedingung, die häufig an die Empfänger von Solidarleistungen geknüpft wird, ist, dass die Notlage, in der sie sich befinden, nicht selbstverschuldet ist (ebd.: 43) bzw. dass sich der Empfänger ernsthaft bemüht, seine Situation aus eigener Kraft zu verbessern (Wildt 1998: 212–213).⁶⁰ Hinzu kommt, dass die Geber in einer Solidargemeinschaft nicht bereit sind, Solidarleistungen zu erbringen, sofern sie befürchten, dass ihre Hilfsleistungen das Verhalten der

⁵⁹ Wie bereits in Kapitel 2.1.2 (Definitionen) angeführt, ist unter Solidarität auch die Umverteilung immaterieller Ressourcen zu verstehen (z.B. Zeit, kommunikative Unterstützung). Der Einfachheit halber wird sich dieses Kapitel lediglich auf die materielle Umverteilung beziehen.

⁶⁰ Wim van Oorschot stellt für die Bedingung der Eigenverantwortlichkeit einen starken Bedeutungszuwachs in den europäischen Wohlfahrtsstaaten fest: „There is also a trend visible in Europe related to the criterion of control. That is, in neo-liberal and communitarian thinking about welfare, which is popular among policy elites at European and national levels, the individual responsibility of citizens is strongly stressed [...]. Citizens are nowadays increasingly expected to be active and to provide for themselves. This is a message that in our view quite easily may form a basis for the general idea that those who are in need do not take up their responsibility well, and can, therefore, be blamed for their neediness. If people are blamed, they do not deserve support, and there is no need for a comprehensive welfare state.“ (van Oorschot 2008: 284–285)

Empfänger zu stark beeinflussen und sie in eine Abhängigkeit begibt – dass also ein „moral hazard“ (van Oorschot 2000: 42) besteht.

Der Zusammenhang von Solidarität und Umverteilung wird zumeist am Beispiel sozialstaatlicher Programme verdeutlicht. Sozialversicherungen beispielsweise sind nach dem oben beschriebenen Prinzip aufgebaut: Sie bündeln die Ressourcen der Beitragszahler um gegen bestimmte soziale Risiken zu versichern und können demnach als spezielle Form der institutionalisierten Solidarität angesehen werden (Ferrera 2009: 178). Da es sich bei derartigen Programmen um staatlich organisierte Solidaritätsarrangements handelt, denen sich Bürger zumeist nicht freiwillig anschließen können, kann in diesem Zusammenhang nicht von Solidaritätsbereitschaft und aktiven Solidaritätshandlungen, sondern vielmehr von einer passiven „Akzeptanz des Solidarprinzips“ (Ullrich 2000: 69) gesprochen werden. Auch Stefanie Börner schreibt:

„Definiert als die Bereitschaft, Kosten zugunsten anderer zu tragen, wird Solidarität im sozialpolitischen Kontext also als Akzeptanz von Umverteilungskosten aufgefasst.“ (Börner 2014: 67)

Carsten Ullrich unterscheidet in Bezug auf die Akzeptanz des Solidarprinzips zwischen zwei verschiedenen Arten von „Versicherungskollektiven“ (Ullrich 2000: 51), mit denen verschiedene „Verteilungslogiken“ (ebd.: 71) einhergehen. Bei Versicherungskollektiven, deren Mitglieder sich in Bezug auf soziale Kriterien und damit einhergehend auf ihre Risikowahrscheinlichkeiten ähneln, handelt es sich um Interessengemeinschaften, in denen das Prinzip der Reziprozität die Akzeptanz von Umverteilungsmaßnahmen bestimmt. Heterogene Versicherungskollektive benötigen eine allgemeinere, aber auch weitreichendere gemeinsame Wertebasis, auf welcher redistributive Umverteilungen akzeptiert werden können (ebd.).

Zu den Bedingungen für die Akzeptanz oder Befürwortung solidarischer Umverteilungen, insbesondere im Sozialstaat, wird an verschiedenen Stellen eine gemeinsame kollektive Identität von Gebern und Empfängern genannt (Mau und Verwiebe 2009: 46–47; Scharpf 2004: 7–8; Wenzel 2003: 61–62; Ullrich 2000: 79). Für Wim van Oorschot hängt die Frage nach der Akzeptanz oder Befürwortung von Umverteilungen mit der Frage nach einer gemeinsamen Identität zusammen, weil Individuen sich fragen, ob die Empfänger von Solidarleistungen ihnen so ähnlich sind, dass auch ihnen selbst die Bedürftigkeit zu einem anderen Zeitpunkt zustoßen könnte (van Oorschot 2008: 271). Georg Vobruba hat in diesem Zusammenhang den Begriff der „umverteilungsfesten europäischen Identität“ (Vobruba 1999: 79) geprägt:

„Die Frage nach einer 'umverteilungsfesten europäischen Identität' zielt auf das folgende Problem: Es geht um die Konstitutionsbedingungen eines Gefühls der Zusammengehörigkeit, das zu der Bereitschaft motiviert, einen Teil des eigenen Einkommens an anonyme andere abzugeben. Damit nähere ich mich dem Thema 'kollektive Identität' in einer unüblichen Weise. Ich verknüpfe das Verständnis von kollektiver Identität mit materiellen Interessen und Problemen von ökonomischer Knappheit [...]. Die meisten Ansätze dagegen behandeln kollektive Identität als ein Konzept zur Erfassung und Integration von normativen Überzeugungen und Rechten [...].“ (ebd.)

Für Vobruba zeigt sich an der Bereitschaft zur Umverteilung die tatsächliche Stärke einer kollektiven Identität, die über „ein bloßes Bekenntnis ohne Konsequenzen“ (ebd.: 87) hinausgeht.

Sofern es um die Akzeptanz von sozialstaatlichen Solidaritätsarrangements geht, kommt der politischen Legitimation von Umverteilungsmaßnahmen eine besondere Bedeutung zu. Für sie spielt das Konzept der kollektiven Identität eine wichtige Rolle. Fritz Scharpf beispielsweise sieht in ihr das einzig wirksame Argument um „die Zumutung unkompensierter Opfer“ (Scharpf 2004: 8) politisch zu rechtfertigen. Auch für Georg Vobruba ist die kollektive Identität für die Legitimation sozialstaatlicher Programme entscheidend:

„[...] [S]ozialpolitisch entscheidend sind kollektive Identitäten, die Anspruchsteller und Beitragszahler umfassen. Denn die Bereitschaft sozialpolitische Leistungen für andere zu finanzieren, kann ja keineswegs so ohne weiteres vorausgesetzt werden. Ganz im Gegenteil: Die Möglichkeit eines finanziellen Ausgleichs zwischen Personen in unterschiedlichen Regionen setzt ein Gefühl der Zusammengehörigkeit voraus, das alles andere als selbstverständlich ist.“ (Vobruba 1999: 79)

Am Beispiel sozialstaatlicher Umverteilungen wird hier noch einmal deutlich, welche Rolle die kollektive Identität für Solidarität spielt.

Nachdem der Solidaritätsbegriff nun zu den Begriffen der Integration, der kollektiven Identität, der Gerechtigkeit und der Umverteilung abgegrenzt wurde und Kausalwirkungen zwischen den Konzepten diskutiert wurden, wird es im nächsten Kapitel um den räumlichen Bezug von Solidarität gehen. Weil die zentrale Fragestellung dieser Arbeit die transnationale Solidarität aufgreift, liegt der Fokus des nächsten Kapitels auf Solidarität in Großgruppen, also sozialer Solidarität, die den verwandtschaftlichen oder lokalen Rahmen überschreitet. Dabei wird zuerst auf den nationalen Rahmen, also Solidarität innerhalb nationaler Grenzen eingegangen. Die in Bezug auf den Umverteilungsbegriff zuletzt diskutierten sozialstaatlichen Programme spielen hier eine zentrale Rolle. Anschließend wird es um die Frage gehen, wie Solidarität, die über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus stattfindet, konzeptionell gefasst werden kann und welche Dimensionen speziell für transnationale Solidarität in Europa von Bedeutung sind.

2.1.4 Der räumliche Bezug des Solidaritätsbegriffs

Solidarität im Nationalstaat

Solidargemeinschaften können ihre Zusammengehörigkeit auf der Basis verschiedener Merkmale begründen. In den vorangegangenen Kapiteln sind als Merkmale zum Beispiel eine gemeinsame soziale Lage, gemeinsame Wertvorstellungen, gemeinsame Interessen oder, allgemeiner, Ähnlichkeiten bzw. eine kollektive Identität diskutiert worden. Solidarität kann also, je nachdem, ob ein individuelles oder kollektives Akteursverständnis zugrunde liegt, innerhalb so unterschiedlicher Gruppen wie Familien, Berufsständen, religiösen Gemeinschaften, politisch-ideologischen Gruppierungen, Staatsvölkern, Währungs- oder Staatengemeinschaften ausgeübt werden. Sehr häufig werden Solidargemeinschaften über ihren räumlichen Bezug definiert. Wenn von der Solidarität der Deutschen im

Rahmen eines Hochwassers, der Solidarität mit Griechenland oder europäischer Solidarität die Rede ist, werden die entsprechenden Solidargemeinschaften über ihre räumlichen Grenzen definiert. Die Begriffe der nationalen, internationalen oder transnationalen Solidarität nutzen dabei den Begriff der Nation als Bezugspunkt.⁶¹ Der nationalstaatliche Bezug spielt trotz der aktuellen Diskussion um Globalisierung, Denationalisierung und Wandel von Staatlichkeit eine zentrale Rolle für die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Solidarität.⁶² Immer wieder stellen Sozialwissenschaftler die Frage, ob Solidarität über nationalstaatliche Grenzen hinweg überhaupt möglich ist. Demgegenüber stehen Ansätze, die infrage stellen, dass der Nationalstaat noch als Bezugspunkt dienen kann, um Menschen zu umfassenden Solidargemeinschaften zu verbinden. Weil diese Fragen auch für die vorliegende Arbeit zentral sind, wird hier zunächst die Bedeutung der Solidarität in nationalstaatlichen Grenzen dargestellt, bevor auf grenzüberschreitende Solidarität eingegangen werden kann.

Mit den im Europa des 19. Jahrhunderts entstandenen modernen Staaten unumstößlich verbunden ist der Begriff der Nation. Rainer Lepsius definiert die Nation als „eine gedachte Ordnung, eine kulturell definierte Vorstellung, die eine Kollektivität von Menschen als eine Einheit bestimmt“ (Lepsius 1993: 193–194). Diese Definition hat einen eindeutig konstruktivistischen Charakter. Sie geht also davon aus, dass es keine objektiven Kriterien gibt, anhand derer eine soziale Zusammengehörigkeit von Menschen innerhalb einer Nation und innerhalb festgelegter räumlicher Grenzen begründet werden könnte, sondern dass Menschen ein Verständnis von Nation konstruieren, auf dessen Basis politische Handlungen gerechtfertigt werden. Auch wenn der Nationenbegriff also nur imaginiert ist, hat er doch bedeutende Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft. Dies gilt vor allem für die Idee einer nationalen Solidargemeinschaft, die aus der Vorstellung einer „gemeinsamen Mitgliedschaft innerhalb eines staatlich und national definierten Handlungsraumes“ (Mau 2004: 331) in Verbindung mit „sozial wirksamen, legitimitätsstiftenden Vorstellungen über Gemeinschaft und Zugehörigkeit“ (ebd.) entstanden ist. Dazu schreibt Jürgen Bayertz:

⁶¹ Der Begriff der *nationalen Solidarität* wurde von den Nationalsozialisten im Dritten Reich im Rahmen des so genannten *Tags der nationalen Solidarität* politisch genutzt und sollte als Schlagwort zur Verdrängung des marxistisch beeinflussten Begriffs der *internationalen Solidarität* dienen (Schmitz-Berning 2007: 602). Auch heute wird der Begriff der *nationalen Solidarität* noch im nationalistischen Sinne politisch genutzt (zum Beispiel von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands: „Nationale Solidarität bedeutet: Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen. [...] Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen und nicht umgekehrt. Ohne Nationalstaat kann es keinen Sozialstaat geben. Die Globalisierung zerstört den Nationalstaat als sozialen Schutzraum.“, NPD 2010: 5). Der Begriff der *internationalen Solidarität* wird nach wie vor im sozialistischen Sinne politisch genutzt (beispielsweise von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands: „Der Kampf gegen den neofaschistischen Terror steht in enger Verbindung mit der aktiven Förderung von Völkerfreundschaft und internationaler Solidarität.“, MLPD 1999). In den Sozialwissenschaften werden die Begriffe zwar ohne politische Konnotation verwendet, ihr Gebrauch sollte aber besonders reflektiert erfolgen.

⁶² Jürgen Gerhards und Holger Lengfeld betonen in diesem Zusammenhang, dass es generell nach wie vor sinnvoll ist, gesellschaftliche Prozesse mit nationalstaatlichem Bezug zu analysieren: „Gesellschaften als nationalstaatlich verfasste Gesellschaften zu begreifen, ist dabei keine Erfindung von konstruktivistisch verblendeten Sozialwissenschaftlern und insofern auch nicht das Ergebnis eines ‚methodologischen Nationalismus‘, sondern hat einen realen Gehalt. Es gibt gegenwärtig auf der Erde 194 verschiedene (von den Vereinten Nationen anerkannte) Nationalstaaten. Die Weltgesellschaft ist realiter in Nationalstaaten aufgegliedert, auch wenn die Grenzen des ‚Containers‘ durch Prozesse der Globalisierung und Europäisierung zunehmend aufgeweicht wurden. Insofern macht es Sinn, Prozesse des Wandels und der Veränderung der gesellschaftlichen Integration mit Bezugnahme auf den Nationalstaat zu analysieren und zu diskutieren.“ (Gerhards und Lengfeld 2013: 22)

„Die zugrundeliegende normative Prämisse besteht darin, dass die Bürger eines Staates aufgrund der gemeinsamen Geschichte, Sprache, Kultur etc. eine ‚Solidargemeinschaft‘ bilden und daher ihren Mitbürgern gegenüber bestimmte Verpflichtungen zur Hilfe haben, die sie bei beliebigen anderen Menschen (Einwohnern anderer Staaten) nicht haben.“ (Bayertz 1998a: 34)

Als Grundlagen einer nationalen Solidargemeinschaft werden also Gemeinsamkeiten wie die gemeinsame Geschichte, Sprache, Kultur, Tradition oder auch Religion konstruiert, die die Mitglieder der Gemeinschaft derart aneinander binden, „dass jeder Einzelne jedem anderen beizustehen hat, wenn dieser in Not gerät“ (Prisching 2003: 167). Es ist aber höchst umstritten, wie genau diese Gemeinsamkeiten beschaffen sein müssen, damit sie als Bezugspunkt für eine Solidargemeinschaft dienen können. Umstritten ist auch die Frage, ob der Nationalstaat im Zusammenhang zu diesen Gemeinsamkeiten steht, zumal moderne Gesellschaften eher durch kulturelle Heterogenität geprägt sind, oder ob nicht vielmehr unabhängig vom Nationalstaat kollektive Identitäten entstehen, die Solidargemeinschaften begründen (Heinig 2013: 148–149; Preuß 1998b: 131).

Jenseits von kulturell gewachsenen Solidargemeinschaften definiert die rechtliche Institutionalisierung des Nationalstaats in jedem Fall eine Gemeinsamkeit: die „Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen“ (Mau 2009: 75). Nicht die Zusammengehörigkeitsgefühle sind hier entscheidend, sondern die allgemeine „Anerkennung zentraler institutioneller Errungenschaften“ (ebd.) dieses Gemeinwesens. Der damit verbundene Bürgerstatus ist mit spezifischen Solidarrechten und -pflichten verbunden (Preuß 1998a: 404). Dadurch wird die „Identität der Nation, sowohl in ihrer territorialstaatlichen Einheit wie ihrer kollektiven Selbstbeschreibung, zum zentralen Bezugspunkt politischen Handelns“ (Bach 2008: 179) und zur Grundlage politischer Legitimation.

Die politische Bedeutung der nationalen Solidargemeinschaft besteht laut Rainer Lepsius darüber hinaus in ihrem „Anspruch auf Höherrangigkeit“ (Lepsius 1993: 195) gegenüber anderen, zum Beispiel verwandtschaftlichen Solidargemeinschaften. Dieser Anspruch wird dann durchgesetzt, „wenn sich die politische Herrschaftsordnung über die Idee der Nation konstituiert, der Solidaritätsverband der Nation in einer staatlichen Verbandsorganisation auftritt“ (ebd.). Mit der Errichtung moderner Sozialstaaten ist die Vorstellung einer nationalen Solidargemeinschaft gesellschaftlich wirksam geworden. Das Solidarprinzip und der Rekurs auf die nationale Solidargemeinschaft spielen noch heute die zentrale Rolle für die Legitimierung sozialstaatlicher Programme. Die Errichtung des Wohlfahrtsstaats hatte aber gleichzeitig auch Rückwirkungen auf die Nationenbildung selbst:

„Der Nationalstaat zog die Grenzen, innerhalb derer den Staatsbürgern Verpflichtungen zu solidarischem Handeln zugemutet wurden, und umgekehrt trug die räumliche und soziale Begrenzung von Solidaritätspflichten zur Einigung der Nationen und zur Legitimation des Solidarprinzips bei.“ (Beckert et al. 2004a: 11)

Für Stephanie Börner zeigt sich diese Wirkung des Wohlfahrtsstaats darin, dass der Nationalstaat und die Nationalgemeinschaft Umfragen zufolge nach wie vor den zentralen Rahmen für institutionalisierte solidarische Umverteilung darstellen:

„Die Konstruktion einer Gruppe kann dann als besonders erfolgreich gelten, wenn die Mitglieder die institutionell vorgegebenen Solidarmuster verinnerlicht haben und eigenständig anwenden. Entsprechend instruktiv sind Studien, die nach dem präferierten Ort von Sozialpolitik fragen [...], denn die verweisen auf den Erfolg der Nation als geschlossene Gruppe, die 'Umverteilungsoffer' legitimiert, obgleich selbst die nationale Umverteilungsgemeinschaft alles andere als ein homogener Raum ist.“ (Börner 2014: 66)

Börner verweist hier auf den Erfolg, den die politische Konstruktion einer nationalen Solidargemeinschaft für die Akzeptanz von Umverteilungsmaßnahmen durch den Sozialstaat hatte. Gleichzeitig bringt die Bindung des sozialstaatlichen Solidarprinzips an das Konzept der Nationalität und damit an den Staatsbürgerstatus eine Exklusivität mit sich, die auch eine Gefahr für die Akzeptanz und Stabilität des Sozialstaats bedeuten kann. Davon geht beispielsweise Stephan Lessenich aus. Aus seiner Sicht wird der Wohlfahrtsstaat seine Kraft als gesellschaftlicher Solidaritätsstifter auf Dauer verlieren, wenn er ganze Personengruppen – nämlich diejenigen ohne nationale Staatsbürgerschaft – gezielt aus seinen Programmen ausgrenzt (Lessenich 1999: 155).⁶³

Das Solidarprinzip hat im nationalstaatlichen Rahmen aber nicht nur in die Sozialversicherungen Einzug genommen, sondern auch in andere politische Programme, zum Beispiel in die nationalen Finanzausgleichssysteme wie den Länderfinanzausgleich in Deutschland. Hier geht es nicht mehr um die individuellen Bürger, die in einer nationalen Solidargemeinschaft miteinander verbunden sind und dadurch Solidarrechte und -pflichten haben, sondern um ganze politische Kollektive – im Länderfinanzausgleich sind das die Bundesländer – die eine Solidargemeinschaft konstituieren. So ist das Solidarprinzip im deutschen Grundgesetz beispielsweise über die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 106 Abs. 3 Punkt 2 GG) als „Grundsatz für vertikale Umsatzsteuerverteilung“ (Behne 2013: 108) enthalten.

Das Konzept der nationalen Solidargemeinschaft hat aber auch abgesehen von diesen Beispielen institutionalisierter Solidarität – dem Wohlfahrtsstaat und den Finanzausgleichssystemen – eine politische Bedeutung. Die bereits oben erwähnte Solidarität unter den Deutschen im Rahmen des Hochwassers von 2013, welche mit medienwirksamen Spenden- und Hilfsaktionen verbunden war, ist ein Beispiel für die politische Aktivierung der Idee einer nationalen Solidargemeinschaft fernab von verrechtlichten Programmen.

Die Nation, so kann festgehalten werden, stellt einen wichtigen Bezugspunkt für das Solidarprinzip dar. Dennoch beobachten verschiedene Autoren einen Bedeutungsverlust des Nationalstaats für die

⁶³ Darüber hinaus weist Lessenich auf das Problem hin, dass die dem wohlfahrtsstaatlichen Solidarprinzip zugrunde liegenden Reziprozitätsvorstellungen im Wesentlichen fiktiv sind, geschaffen von einer „Politik der Reziprozitätsillusionen“ (Lessenich 1999: 164). Als ein Beispiel nennt er die paritätische Erhebung der Sozialversicherungsbeiträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die politisch oft als „Solidarität zwischen den Klassen“ (ebd.: 161) verkauft werde. Von Solidarität bzw. Reziprozität könne hier aber nicht gesprochen werden, weil der Arbeitgeberbeitrag schlichtweg vom Lohn abgezogen werde und keine tatsächliche solidarische Umverteilung impliziere. Derartige Reziprozitätsfiktionen führen laut Lessenich letztendlich zur „Enttäuschung von Gegenseitigkeitserwartungen“ (ebd.: 165) und damit zur Aushöhlung gesellschaftlicher Solidarität.

Konstruktion großer Solidargemeinschaften, vor allem in Bezug auf die Sozialpolitik. Ingolf Pernice bezweifelt, dass der Nationalstaat noch als der zentrale Ort für Solidarität gelten kann:

„Wie weit das traditionelle, auf den Staat bezogene Bild der Realität allerdings heute noch entspricht, mag hier dahingestellt bleiben. Der Staat kann die Gemeinwohlerwartungen seiner Bürger nicht mehr (allein) erfüllen. Er ist porös geworden, ebenso wie sich die in ihm vereinte Gemeinschaft zunehmend in der europäischen, ja globalen Vernetzung auflöst, mit neuen Bindungen, Loyalitäten und Herausforderungen. Die gemeinsame Staatsangehörigkeit ist nicht mehr das einzige und maßgebliche Band, was Solidarität zwischen Menschen begründet, entscheidend sind zunehmend andere Faktoren, Beziehungen, Gemeinsamkeiten, die sich durchaus über Grenzen hinweg entwickeln können.“ (Pernice 2013: 28)⁶⁴

Jens Beckert und Kollegen sehen in der „Entnationalisierung wirtschaftlicher Beziehungen“ (Beckert et al. 2004a: 12) eine Gefahr für die Fortexistenz von Solidarität im nationalen Wohlfahrtsstaat:

„Durch sie können sich Akteure entweder Solidaritätspflichten entziehen oder aber aus Vorteilsüberlegungen von den sozialen Rechten angezogen werden, ohne die ursprünglich mit ihnen gekoppelten solidarischen Verpflichtungen teilen zu müssen. Dies erschüttert die legitimatorische Basis bestehender Solidaritätsbeziehungen, weil die moralischen Anforderungen an die verbleibenden Akteure in möglicherweise unzumutbarer Weise wachsen könnten.“ (ebd.)

Im Rahmen der Diskussion um die Zukunft der nationalen Wohlfahrtssysteme spielt auch die Frage nach einer Supra- oder Transnationalisierung des Wohlfahrtsstaates eine bedeutende Rolle. Maurizio Ferrara weist beispielsweise darauf hin, dass innerhalb der EU nicht mehr die nationale Staatsbürgerschaft, sondern vielmehr die EU-Bürgerschaft und damit der Arbeits- bzw. Aufenthaltsort für den Anspruch auf soziale Rechte relevant ist (Ferrera 2009: 187). Innerhalb der EU ist also eine, wenn auch langsame, Entwicklung des Wohlfahrtsstaats hin zu einer supranationalen Öffnung festzustellen. Der Nationalstaat bleibt allerdings noch der primäre Ort für Sozialpolitik in Europa (ebd.: 190). Verschiedene Autoren gehen sogar davon aus, dass die national gewachsenen sozialstaatlich organisierten Solidargemeinschaften die Entstehung einer europäischen Solidarität erschweren (Börner 2015: 166).

Der Nationalstaat hat vor allem durch die Etablierung sozialstaatlicher Programme eine zentrale Rolle für die Herausbildung einer nationalen Solidargemeinschaft gespielt, verliert aber an Bedeutung. Mehr und mehr gewinnen Solidargemeinschaften an Bedeutung, die nicht an nationalstaatliche Grenzen gebunden sind bzw. diese überschreiten.

Grenzenlose Solidarität? Loslösung des Konzepts vom nationalstaatlichen Rahmen

Die Übertragung des nationalstaatlich geprägten Konzepts von Solidarität auf grenzüberschreitende Zusammenhänge ist an die zentrale Frage gebunden, ob es überhaupt Gemeinschaften oder Gesellschaften gibt, die nicht durch nationale Grenzen beschränkt werden und die beispielsweise trotz kultureller Heterogenität oder politischer Fragmentierung existieren (Schieder 2009: 34). Es gilt also

⁶⁴ Zu einem ähnlichen Befund gelangt Steffen Mau in Bezug auf die identitätsbildende Wirkung des Nationalstaats: „Mit der Veränderung der Konstitutionsbedingungen des Sozialen, insbesondere mit einer Platz greifenden Einbindung von Individuen in globale und transnationale Zusammenhänge, wird die Allianz zwischen Nation und Identität geschwächt, welche sich mit dem Aufstieg der Nationalstaaten herausgebildet hat.“ (Mau 2007: 218)

zu klären, ob die Grundlagen, auf denen sich Gruppen oder Gesellschaften herausbilden und die sie langfristig zusammenhalten, auch im transnationalen Zusammenhang wirksam sein können. Prinzipiell sind die oben genannten Grundlagen oder Ursachen von Solidargemeinschaften auch auf grenzüberschreitende soziale Zusammenhänge übertragbar. Eine gemeinsame soziale Lage von Menschen muss nicht an nationalstaatlichen Grenzen halt machen, auch gemeinsame Wertvorstellungen oder Interessen von Menschen, die in verschiedenen Ländern leben, sind ohne weiteres vorstellbar. Die EU ist darüber hinaus ein eindrückliches Beispiel für einen gemeinsamen grenzüberschreitenden politischen und rechtlichen Lebensraum für viele Millionen Menschen. Aufgrund ihrer affektiven Komponente spielt bei transnationalen Zusammenhängen – wie bei großen nationalen Solidargemeinschaften auch – das bereits thematisierte Problem der Intensität der Zusammengehörigkeitsgefühle zwischen Menschen in Großgruppen eine bedeutende Rolle. Da einige Autoren annehmen, dass die Intensität der Zusammengehörigkeitsgefühle zwischen Menschen mit der Größe einer Gruppe abnimmt, bedarf es auch in transnationalen Großgruppen einer haltbaren Konstruktion der Solidargemeinschaft, die inhaltlich mit einer der oben angeführten Grundlagen gerechtfertigt wird.⁶⁵ Haltbar meint in diesem Zusammenhang, dass die Konstruktion der Solidargemeinschaft und damit verbundene Solidar- bzw. Umverteilungshandlungen von ihren Mitgliedern selbst ausgeführt oder zumindest akzeptiert werden.

Mit der Frage, ob grenzüberschreitende Gesellschaftsbildung möglich ist, setzt sich die Soziologie im Rahmen der Transnationalismus-Forschung näher auseinander. Steffen Mau sieht in der Auseinandersetzung mit dieser Frage eine der wichtigsten Aufgaben der Soziologie:

„Die zentrale Herausforderung für die Soziologie besteht darin, einen Begriff und ein Konzept von Gesellschaftlichkeit zu entwickeln, welche keine 'Präsenzpflicht' sozialer Interaktionspartner in einem gemeinsamen sozialen und geographischen Raum mehr voraussetzt. Sie muss ihren Horizont dahingehend erweitern, dass sie soziale Beziehungen verorten kann und dabei die Beweglichkeit im Raum, die geographische Distanz und die Möglichkeit der Grenzüberschreitung systematisch einbezieht.“ (Mau 2007: 8)

Als transnational werden „grenzüberschreitende Phänomene verstanden, die – lokal verankert in verschiedenen Nationalgesellschaften – relativ dauerhafte und dichte soziale Beziehungen, soziale Netzwerke oder Sozialräume konstituieren“ (Pries 2010: 13). Die Nation bzw. der Nationalstaat wird dabei trotz des grenzüberschreitenden Charakters als zentraler Bezugspunkt von transnationalen sozialen Phänomenen beibehalten. Demnach

„[...] kann von Transnationalität oder Transnationalisierung nur solange und dann die Rede sein, wenn (noch) Nationen, Nationalstaaten und Nationalgesellschaften bestehen – Transnationales

⁶⁵ Diese Begründung kann beispielsweise auf der Feststellung der gegenseitigen Abhängigkeit erfolgen. Einige Autoren berufen sich bei ihrer Konzeption von grenzüberschreitender Solidarität daher auf Durkheim, dessen Verständnis der organischen Solidarität ja explizit nicht voraussetzt, dass sich alle Mitglieder einer Solidargemeinschaft persönlich kennen, sondern lediglich, dass sie wissen, dass sie voneinander abhängig sind (Knodt und Tews 2014a: 11, Münch und Büttner 2006: 73).

als Nationen Überschreitendes bzw. Übergreifendes kann nur so lange existieren, wie es Nationen als Bezugspunkte des zu Bezeichnenden gibt“ (ebd.: 12).⁶⁶

Unter Transnationalisierung ist in diesem Zusammenhang „ein über die Zeit sich steigerndes Maß an grenzüberschreitender Interaktion“ (Mau 2007: 37) zu verstehen, „welches die strukturierende und auch 'unterbrechende' Wirkung von Grenzen zunehmend aufhebt“ (ebd.). Sofern derartige grenzüberschreitende Interaktionen eine gewisse Regelmäßigkeit und Institutionalisierung erreichen, entstehen laut Mau „strukturierte transnationale soziale Räume“ (ebd.: 39). In diesem Fall kann also von transnationaler Gesellschaftsbildung gesprochen werden. Mau bringt hierfür das Beispiel der erfolgten Transnationalisierung der Deutschen, vor allem innerhalb von Europa an, die aus seiner Sicht an dem Bedeutungsgewinn verschiedener grenzüberschreitender sozialer Beziehungen, Kommunikationsformen und Transaktionen erkennbar ist (ebd.: 285–288).

Die Frage, ob eine transnationale Gesellschaftsbildung möglich ist und damit eine Grundlage für transnationale Solidarität existiert, nimmt in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem sozialen Raum Europas eine wichtige Rolle ein. Die noch relativ junge soziologische Subdisziplin der Europasozio­logie beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas und der sozialen Integration, der gesellschaftlichen Europäisierung (Eigmüller und Mau 2010: 10; Immerfall 2000: 487). Zentral ist die Frage, ob sich durch die Integrationsprozesse oder auch unabhängig von ihnen aus den vielen Gesellschaften Europas eine europäische Gesellschaft herausgebildet hat. Hierzu sind unterschiedliche Positionen formuliert worden.

Die Skeptiker gehen davon aus, dass sich bislang keine europäische Gesellschaft herausbilden konnte, weil in Europa nach wie vor der Nationalstaat die wesentliche gesellschaftsbildende Einheit ist:

„In diesem Sinne erweist sich der historisch gewachsene Nationalstaat, mit der für ihn typischen Institutionalisierung von abstrakter Territorialherrschaft, anonymer Massenmitgliedschaft, konstitutioneller Bürgergemeinschaft, der ihm eigenen moralischen Ökonomie und dem nationalen Wir-Gefühl als eine der historisch erfolgreichsten Vergesellschaftungsformen. Der Europäischen Union mangelt es zwar keineswegs an Staatlichkeitsattributen, auch nicht an den dazu erforderlichen rechtlichen und bürokratischen Herrschaftsinstrumentarien. Was der EU bis heute aber offenkundig fehlt, ist gerade jenes gesellschaftliche und kulturelle Gemeinschaftsfundament, auf das sich der Nationalstaat als ein naturalisiertes ‚Substrat‘ meist berief und von woher er einen Großteil seiner demokratischen Legitimation empfing.“ (Bach 2008: 179)

Weil die Nationalstaaten in Europa „die demokratische Partizipation, die politische Legitimation, die kollektive Identität und die soziale Solidarität am effektivsten und transparentesten“ (ebd.: 186) organisierten, seien sie und nicht die EU-Institutionen für die Bürger der EU-Mitgliedstaaten nach wie vor der zentrale politische und gesellschaftliche Bezugspunkt. Maurizio Bach ergänzt an anderer Stelle, dass die EU zwar Identifikationspotenzial berge, dass dieses aber „bisher nur in einem äußerst begrenzten Umfang von der Bevölkerung, hauptsächlich von den gesellschaftlichen Eliten, wahrgenommen“ (Bach 2013: 106) werde. Zusammenfassend gehen skeptische Autoren davon aus,

⁶⁶ Hierin unterscheidet sich der Transnationalismus- vom Globalisierungsbegriff, mit dem meist eine „tendenzielle ‚De-Nationalisierung‘ und ‚Enträumlichung‘ aller sozialen Beziehungen und Verhältnisse“ (Pries 2010: 11) verbunden wird.

„dass in Europa weiterhin vor allem nationale Identitäten, Egoismen und Schließungen vorherrschend sein werden. Es sei kein kollektives Subjekt erkennbar, welches auch nur annähernd die Rede von einem europäischen Volk oder einer europäischen Gesellschaft rechtfertigen würde“ (Eigmüller und Mau 2010: 10).

Der skeptischen Sicht steht das Argument entgegen, dass als Folge der politischen Integration Europas auch eine soziale Integration zu beobachten sei, die mit dem zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten auch in Zukunft weiter voranschreiten werde (Börner 2014: 63–64; Delhey 2004a: 15; Preuß 1998a: 407). Dieses Argument ist neo-funktionalistischen Integrationstheorien zuzuordnen, welche davon ausgehen, dass „die Integration im politischen und wirtschaftlichen Bereich auch Integrationsschritte in anderen Bereichen nach sich ziehe, es also Spill-Over-Effekte auch in Richtung gesellschaftlicher Vergemeinschaftung gäbe“ (Eigmüller und Mau 2010: 11). Darauf baut auch die bereits in Kapitel 2.1.3 erläuterte These auf, dass die systemische Integration Europas, die auf institutioneller Ebene stattfindet, langfristig nur stabil bleiben kann, wenn sie durch eine soziale Integration getragen wird, wenn es also einen gewissen Zusammenhalt der europäischen Bürger gibt.

Mit der neo-funktionalistischen Argumentation geht häufig der Verweis auf die Entstehung der Nationalstaaten einher, die auch nicht „auf einem vorpolitischen Gemeinschaftsgefühl“ (ebd.: 11–12) aufbauen konnten. Im Gegenteil, auch hier hätten sich die „nationale Identität und Gefühle der Zugehörigkeit“ (ebd.) erst im Laufe der Zeit herausgebildet. Es ist daher plausibel anzunehmen, dass eine solche Entwicklung auch in Europa möglich ist. Ansätze einer europäischen Gesellschaft haben sich bereits herausgebildet. Dies ist sowohl an der grenzüberschreitenden „Herausbildung von formellen und informellen Organisationen und kollektiven Akteuren unterhalb der Ebene der europäischen Institutionen“ (ebd.: 19), als auch an der „Verdichtung der grenzüberschreitenden Austauschbeziehungen zwischen den Menschen“ (ebd.) erkennbar. Europa gewinnt zunehmend an Bedeutung „als sozialer Erfahrungsraum“ (Mau 2007: 219) für seine Einwohner:

„Neben der abstrakten Ebene politischer Kooperation und Regulierung, entsteht mehr und mehr ein Europa der Begegnung und des Austausches, durch welches ein Europagefühl gelebt wird.“ (ebd.: 219–220)⁶⁷

Weil Europa als sozialer Raum aber nicht in der Lage ist, derartig exklusive Zugehörigkeiten zu erzeugen wie der Nationalstaat, muss ein erweiterter Gesellschaftsbegriff entwickelt werden:

„Europa ist damit insgesamt weitaus unübersichtlicher und verschachtelter als nationalstaatliche Gesellschaften. Die Implikationen für den Gesellschaftsbegriff sind enorm, da Diversität und Variabilität als die zentralen Eigenschaften des europäischen Gebildes ausgemacht werden können. Es braucht also einen Begriff des Sozialen, der diese Qualitäten aufnehmen kann und nicht zu stark

⁶⁷ Dieser Prozess wird auch als „subjektive Europäisierung“ (Mau und Verwiebe 2009: 295) bezeichnet: „Unter subjektiver Europäisierung wird die wachsende Rolle Europas für die kognitiven, affektiven und normativen Wahrnehmungen und Orientierungen der Menschen und die Abschwächung der Fixierung auf den Nationalstaat verstanden. Europa tritt dabei als zusätzlicher Referenz- und Zurechnungsrahmen in Erscheinung und überlagert die nationalstaatliche Ebene, ersetzt sie aber nicht notwendigerweise.“ (ebd.)

auf normative Zielgrößen wie Homogenität, Binnenintegration und Kongruenz politischer, sozialer und territorialer Räume bezogen ist.“ (Eigmüller und Mau 2010: 19)

Eng verbunden mit der generellen Diskussion um die Existenz einer europäischen Gesellschaft ist die auf Europa bezogene Untersuchung der einzelnen gesellschaftsbildenden Aspekte, die auch als Grundlage für die Herausbildung von Solidarität angesehen werden. In Bezug auf Gemeinsamkeiten der Europäer als solidaritätsbildende Kräfte sind viele Autoren skeptisch. Die Möglichkeit, auf einer kulturellen Integration aufzubauen, wird als äußerst begrenzt angesehen:

„Mögliche Merkmale der Einheit, die wir aus der Integration von Nationalstaaten kennen und die zur kulturellen Integration genutzt wurden, sind eine gemeinsame ethnische Herkunft, eine gemeinsame Sprache bzw. Religion oder die Definition einer gemeinsamen Geschichte. Die Mitglieds-länder sind im Hinblick auf alle diese Merkmale jedoch zu heterogen, als dass man sie kulturell integrieren könnte.“ (Gerhards und Lengfeld 2013: 35)

Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch Ernst-Wolfgang Böckenförde. Aufgrund des Mangels an sozialstrukturellen und kulturellen Ähnlichkeiten, habe sich eine europäische Solidarität bislang kaum herausgebildet (Böckenförde 2009: 29).⁶⁸ Die christliche Religion habe in der Geschichte Europas zwar intensive Auswirkungen auf die Völker Europas gehabt, als solidaritätsbildender Faktor könne sie aber nur sehr bedingt angesehen werden, weil „die meisten dieser Völker als säkularisierte, vereinzelt auch laizistische Gesellschaften existieren, in denen die Religion freigegeben, aber auch freigesetzt ist. Sie ist im Zeichen allgemein anerkannter Religionsfreiheit keineswegs mehr die normativ verbindliche Grundlage des gemeinsamen Zusammenlebens“ (ebd.: 24–25). Auch eine gemeinsame Kultur Europas habe sich bislang nur ansatzweise herausgebildet:

„Der gemeinsame kulturelle Boden Europas, der gewiß vorhanden ist, erscheint in der Realität allerdings nicht als einheitlich-allgemeiner, sondern als vielfach-differenzierter und sich unterscheidender. Er hat sich in zahlreichen, volkstmäßig geprägten Einzelkulturen konkretisiert und individualisiert, die sich zu eigenen ethnisch-kulturellen Entitäten ausgebildet haben und insoweit je eine eigene Identität aufweisen.“ (ebd.: 25)

Die europäische Geschichte würde vielmehr als andauernder Kampf denn als verbindendes Element wahrgenommen (ebd.). Am ehesten könnten gemeinsame Werte als Grundlage einer europäischen Solidarität angesehen werden, sofern „darunter die Anerkennung und Realisierung einer freiheitlichen, auf die Anerkennung der Menschenrechte beruhenden demokratischen und rechtsstaatlichen politischen Ordnung und Lebensform“ (ebd.: 26) verstanden werde.⁶⁹ Trotz dieser eher pessimistischen Ergebnisse betont Böckenförde, dass auch der „politische Wille“ (ebd.: 27) einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung einer europäischen Solidarität habe. Mithilfe verschiedener politischer

⁶⁸ Es ist anzumerken, dass Böckenförde von einem sehr dünnen Solidaritätsbegriff ausgeht. Er definiert Solidarität als „eine gewisse Verbundenheit von Menschen untereinander“ (Böckenförde 2009: 17), geht dabei aber kaum ins Detail, beispielsweise in Bezug auf die Handlungsdimension von Solidarität. Damit unterscheidet sich der Begriff kaum vom Begriff der kollektiven Identität.

⁶⁹ Neben den religiösen, kulturellen, historischen und wertebezogenen Unterschieden innerhalb Europas wird häufig auch das Argument angeführt, dass es keine gemeinsame europäische Sprache gibt, was als Hindernis für die Herausbildung einer europäischen Solidarität angesehen wird (Böckenförde 2009: 28; Vobruba 1999: 89).

Maßnahmen, wie z.B. einer Bildungspolitik, die ein positives europäisches Geschichtsbild vermittele, sei es möglich den europäischen Zusammenhalt zu stärken (ebd.: 28–29).

In engem Zusammenhang mit der Diskussion um mögliche grenzüberschreitende Gemeinsamkeiten der Europäer steht die Diskussion um die kollektive europäische Identität als Grundlage für eine europäische Solidarität. Für die Skeptiker steht die Herausbildung einer kollektiven europäischen Identität aufgrund des Mangels an transnationalen gesellschaftsbildenden Gemeinsamkeiten „vor ernsthaften Hindernissen“ (Vobruba 1999: 89). Angeführt wird diesbezüglich häufig die so genannte „no demos thesis“ (Ruchet 2011: 10). Weil es keinen gemeinsamen Demos, also kein einheitliches europäisches Volk gebe, könnten sich auch kein Wir-Gefühl und keine kollektive Identität herausbilden. Die Skeptiker sehen ihre Annahme in den Ergebnissen der europaweit erhobenen Umfragedaten des Eurobarometers bestätigt, die nahe legen, dass sich eine kollektive europäische Identität bislang nur schwach ausgebildet hat und dass sich diese Werte in den letzten Jahrzehnten nur wenig verändert haben. Die Daten „weisen darauf hin, dass für eine Mehrheit der in den Mitgliedsländern Befragten der europäische Bezug eine Rolle spielt, sich aber nur eine Minderheit ausschließlich mit Europa identifiziert“ (Mau 2008: 11). In denselben Daten sehen die Optimisten bezüglich einer europäischen kollektiven Identität aber auch eine Bestätigung. Ihnen zufolge schließen sich nationale Kollektividentitäten und eine europäische kollektive Identität nicht aus, sondern ergänzen sich je nachdem, in Bezug auf welche politische und gesellschaftliche Ebene sie in Erscheinung treten oder aktiviert werden (Fuchs et al. 2011: 250).⁷⁰ Teil der optimistischen Argumentation ist es hier – ähnlich wie bei der Argumentation für die Existenz einer europäischen Gesellschaft – dass es aufgrund der Heterogenität der europäischen Gesellschaften eines weiterentwickelten Begriffs der Kollektividentität bedürfe. Diese könne sich im Falle Europas nicht auf eine gemeinsame Geschichte oder Kultur berufen, sondern sei nur als politische Identität zu begreifen, die liberale und demokratische Wertorientierungen als Grundlage habe (ebd.: 257). Diese Werte hätten sich zwar noch nicht als genuin europäische Werte gänzlich etabliert, dennoch hätten sich „die relevanten politischen Akteure auf eine europäische Idee und ein politisches Integrationsprojekt verpflichtet, welches auch Folgen für die individuelle und kollektive Identitätsbildung zeitigt“ (Mau 2007: 219).

Thomas Risse sieht in den relativ stabilen Umfragedaten in Bezug auf die europäische Kollektividentität auch eine Basis für europäische Solidarität, insbesondere im Rahmen der Euro-Krise:

„Ich fasse zusammen: 1. Die bisher größte Krise der europäischen Integration hat bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu einer manifesten Legitimationskrise der EU geführt. Die grundlegenden Einstellungen zur EU, zur europäischen Identität und selbst zum Euro haben sich nur wenig verändert. 2. Die verschiedenen Umfragedaten und Studien deuten darauf hin, dass europäische Identität belastbar zu Solidarität mit denjenigen führt, die in die Krise geraten sind. Die Bevölkerungen der Gläubigerländer sind sich im Wesentlichen mit den Bürgerinnen und Bürgern der Krisenländer einig, dass Solidarität einerseits geboten ist, aber andererseits an Fairnessregeln und

⁷⁰ In der Identitätsforschung wird in diesem Zusammenhang auch von „nested identities“ (Fuchs 2011: 41) gesprochen.

konkrete Bedingungen geknüpft werden muss. Je größer die Identifikation mit Europa, desto eher ist man zu dieser konditionalen Solidarität bereit [...].“ (Risse 2013: 131)

Jan Delhey problematisiert den Fokus der Europasozio­logie und der Identitätsforschung auf kulturelle und andere Ähnlichkeiten der nationalen Gesellschaften Europas und merkt an, dass sich soziale Integration und Solidarität, worum es in beiden Forschungsrichtungen letztendlich gehe, vielmehr über „grenzüberschreitende Relationen und Verflechtungen“ (Delhey 2004a: 16) definieren ließen. Als alternativen Zugang wählt er daher das Konzept des Vertrauens. In Bezug auf Europa betont Delhey die Bedeutung von transnationalem Vertrauen als wichtige Ressource. Weil es in Europa keine gemeinsame Sprache, keine europäische Identität oder andere den Zusammenhalt fördernde Elemente gebe, sei das transnationale Vertrauen umso wichtiger:

„Wenn Vertrauen für nationale Gesellschaften so wichtig ist, dann umso mehr für supranationale Gemeinschaften. Anders als Nationalstaaten können letztere nur in geringem Umfang auf nicht hinterfragte, gleichsam ‚mechanische‘ Solidarität der Bevölkerung bauen. Weil geringere moralische Verpflichtungen zu kooperativem Verhalten und wechselseitiger Hilfe bestehen, ist Vertrauen im internationalen Kontext so wertvoll.“ (Delhey 2004b: 6)

Auf der Basis der Analyse europaweit erhobener Umfragedaten kommt er zu dem Ergebnis, dass das transnationale Vertrauen seit den 1970er Jahren in den meisten europäischen Ländern auf einem relativ hohen Niveau stabil geblieben ist und dass beim Vertrauen in die eigenen Landsleute in fast allen Ländern Anstiege zu verzeichnen sind. Weil er davon ausgeht, dass das nationale Vertrauen das transnationale positiv bedingt, nutzt er diese neo-funktionalistische Argumentationsweise, nach der auch ein Anwachsen des transnationalen Vertrauens zu erwarten sei, was sich schlussendlich positiv auf eine europäische Solidarität auswirken werde (ebd.: 13).

Neben den sozialen Ähnlichkeiten, der kollektiven Identität und dem Vertrauen ist auch das Konzept der wechselseitigen Abhängigkeiten als solidaritätsbildender Faktor auf die europäische Ebene bezogen worden. Aufbauend auf dem Ansatz von Durkheim argumentiert Richard Münch, dass die wachsende internationale Arbeitsteilung auch die wechselseitige Abhängigkeit der Bürger verschiedener Länder steigen ließe. Die wohlfahrtsstaatliche Solidarität in den europäischen Nationalstaaten, welche von einem mechanischen, also auf Ähnlichkeiten beruhendem Solidaritätsverständnis geprägt sei, verliere mehr und mehr an Bedeutung (Münch 2000: 210–211).⁷¹ Die nationalen Wohlfahrtsstaaten würden durch die wachsende internationale Mobilität von Arbeitskräften und Kapital finanziell so sehr eingeschränkt, dass sie in ihrem bisherigen Umfang nicht aufrechterhalten werden könnten. Das „stabile Gleichgewicht von Marktdynamik und staatlich gewährleisteter sozialer Integration“ (Münch und Büttner 2006: 93) sei zunehmend „aus den Fugen geraten“ (ebd.). Diese Entwicklung verändere

⁷¹ Richard Münch und Sebastian Büttner erklären die Annahme, dass die nationale Solidarität im Wohlfahrtsstaat eine mechanische ist, an anderer Stelle wie folgt: „Das Zusammengehörigkeitsgefühl beruhte auf der mechanischen Solidarität der Nation, einer nach außen eindeutig abgegrenzten und nach innen weitgehend homogenen Gesellschaft.“ (Münch und Büttner 2006: 73)

das Solidaritätsverständnis, das die Menschen in den Nationalstaaten verinnerlicht hätten, tiefgreifend:

„Es wird jetzt nicht mehr vorbehaltlos vorausgesetzt, dass es eine vorgängige Kollektivsolidarität gibt, jedes Kollektivmitglied nach allen Kräften am kollektiven Wohlstand mitarbeitet und deshalb im Falle von Arbeitslosigkeit ohne Prüfung volle Unterstützung verdient. Die Staatsbürger verstehen sich jetzt mehr als eine Leistungsgemeinschaft, innerhalb derer Anreize und Sanktionen dafür sorgen müssen, dass auch jeder tatsächlich seine Leistung erbringt.“ (ebd.: 94)

Die nachlassende Verlässlichkeit des nationalen Wohlfahrtsstaats führe darüber hinaus dazu, dass sich die Menschen ihrer Abhängigkeit im sub- wie im transnationalen Rahmen bewusster würden und Solidaritätsgemeinschaften auf der lokalen und auf der europäischen Ebene bildeten (Münch 2000: 215–217).

Zusammenfassend ist nach Münch und Büttner zu erkennen, dass sich die mechanische Solidarität innerhalb der europäischen Nationalstaaten, die auf der Homogenität der nationalen Gesellschaften aufbaute und die Angleichung von unterschiedlichen Lebensverhältnissen innerhalb ihrer Grenzen zum Ziel hatte, zurückentwickelt und von einer europäischen (oder weltweiten) organischen Solidarität überlagert wird, die durch eine gestiegene wechselseitige Abhängigkeit der Europäer gekennzeichnet ist und sich auf die Schaffung von Chancengleichheit beim Zutritt auf den internationalen Arbeitsmarkt fokussiert (Münch und Büttner 2006: 95). Im Grunde handelt es sich also auch um eine Entwicklung weg von der staatlich organisierten, nationalen Solidarität hin zur individuell organisierten, transnationalen Solidarität.⁷² Worin sich diese transnationale organische Solidarität allerdings konkret äußert, wird bei Münch und Büttner nicht abschließend deutlich. Den Bedeutungsverlust des nationalen Wohlfahrtsstaats beispielsweise durch die Schaffung eines europäischen Wohlfahrtsstaats auszugleichen, hält Münch aufgrund der heterogenen Interessen und wirtschaftlichen Situationen der europäischen Nationalstaaten nicht für möglich. Er schreibt hier auch, dass sich eine grenzüberschreitende organische Solidarität in Europa zwar entwickle, dass diese aber nicht die „Tiefe nationalstaatlicher Solidarität“ (Münch 2000: 214) erreichen könne.

Allerdings führt Münch an, dass die Transformation von Solidarität und ihre Erweiterung auf die sub- und internationale Ebene auch zum Abbau der Exklusivität führen, auf der das Solidaritätskonzept im nationalen Wohlfahrtsstaat basiert. Diese werde „durch eine Angleichung der sozialen Beziehungen und Rechtsverhältnisse nach innen und außen ersetzt“ (ebd.: 217). Hier ist ein Ansatzpunkt erkennbar, auf den sich auch einige andere Autoren bezogen haben, nämlich die Bedeutung des EU-Gemeinschaftsrechts bzw. des einheitlichen politisch-rechtlichen Raums für die Herausbildung einer europäischen Solidarität. Insbesondere in der 1993 mit dem Vertrag von Maastricht eingeführten

⁷² Diese Entwicklung birgt laut Münch die Gefahr, dass sich die europäischen Gesellschaften immer mehr in wirtschaftliche Gewinner und Verlierer auf dem internationalisierten Arbeitsmarkt aufspalten werden (Münch 2000: 209–210). Zum politischen Problem könne diese Spaltung beispielsweise dann werden, wenn sich die „Modernisierungsverlierer“ (ebd.: 211), welche „den Verlust nationaler Solidarität als Bedrohung für ihre eigene Position sehen“ (ebd.), in nationalistischen Bewegungen organisieren.

Unionsbürgerschaft sehen auch einige andere Autoren eine wichtige Grundlage. Ingolf Pernice versteht die Unionsbürgerschaft als ein Symbol für die Entwicklung der EU von einer wirtschaftlichen zu einer „supranationalen politischen Gemeinschaft“ (Pernice 2013: 30). Ulrich Preuß sieht in eben dieser politischen Gemeinschaft die Basis für Solidarität:

„Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß die allmähliche Erweiterung der bürgerschaftlichen Rechte und die ständige Weiterentwicklung von Institutionen, in denen die Individuen als Unionsbürger vertreten sind, schließlich dazu führen könnte, daß sich die Europäische Gemeinschaft zu einem supranationalen politischen Gemeinwesen und damit zu einer Sphäre supranationaler Solidarität entwickelt.“ (Preuß 1998a: 406)

Auch Steffen Mau sieht in der „Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen und daraus abgeleitete[n] Verpflichtungen“ (Mau 2009: 75) eine Quelle für die Herausbildung von Solidarität. Er erkennt den von ihm definierten Typus der Bürgersolidarität (siehe Kapitel 2.1.2, Typen) dann auch auf europäischer Ebene. Weil die Unionsbürgerschaft mit Rechten verbunden ist, die dem einzelnen EU-Bürger unabhängig von seiner Nationalität gewährt werden, werde „der Grundgedanke transnationaler Solidarität gestärkt“ (Mau 2008: 12).⁷³ Insbesondere das Recht von EU-Bürgern, sozialstaatliche Leistungen unabhängig von ihrer Nationalität zu beziehen – nämlich abhängig von ihrem Wohnort innerhalb der EU – führt laut Mau dazu, dass „das Solidaritätskollektiv weniger über nationale Zugehörigkeiten bestimmt“ (ebd.) wird und „eine im Sinne zunehmender Europäisierung zu interpretierende Öffnung des Solidaritätshorizontes“ (ebd.) erfolgt. Ähnlich argumentiert Jacques Thomassen, indem er die Unionsbürgerschaft als Auslöser für die Entwicklung eines „sense of community“ (Thomassen und Bäck 2009: 203) beschreibt, welcher solidarische Einstellungen und Handlungsweisen nach sich ziehe.

In Bezug auf die Bedeutung der Unionsbürgerschaft für die Herausbildung einer Solidargemeinschaft ist abermals eine neo-funktionalistische Argumentationsweise zu erkennen: Es wird argumentiert, dass die Einführung einer rechtlichen Institution – der Unionsbürgerschaft – und damit die politisch-rechtliche Integration Europas Auswirkungen auf die soziale Integration, nämlich die Herausbildung eines Gemeinschaftssinns, hat.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Voraussetzungen für Solidarität in Europa sehr kontrovers diskutiert werden und in der Literatur als nur bedingt gegeben angesehen werden. Soziale Ähnlichkeiten wie eine gemeinsame Religion, Kultur, Sprache oder Geschichte seien zwar teilweise und in Ansätzen vorhanden, werden aber kaum als solidaritätsstiftende Faktoren betrachtet. Gemeinsame – vor allem politisch-demokratische – Wertvorstellungen spielen eine wichtige Rolle für die Institutionen auf europäischer Ebene, werden aber in der EU-Bevölkerung kaum als genuin europäische Werte verstanden und können daher bislang auch nur bedingt als Grundlage für Gemeinschaftssinn und

⁷³ Zu den Rechten eines Unionsbürgers gehören „Freizügigkeitsrechte, die den Aufenthalt und die freie Mobilität in den EU-Mitgliedstaaten zusichern, politische Rechte wie das Recht, bei Kommunal- und Europawahlen zu wählen und gewählt zu werden, und das Recht auf diplomatischen und konsularischen Beistand“ (Mau 2008: 12). Darüber hinaus gilt das Prinzip der Nichtdiskriminierung von EU-Bürgern bei dem Bezug wohlfahrtsstaatlicher Leistungen (ebd.).

solidarisches Handeln angesehen werden. Andererseits sehen einige Autoren hier ein politisches Potenzial: Wenn eine europäische Identität vor allem als politische Identität anzusehen ist, kann eine stärkere Assoziation demokratisch-liberaler Werte mit Europa – wie auch immer diese angeregt werden kann – auch den europäischen Gemeinschaftssinn fördern.

In Bezug auf die kollektive Identität gehen die Meinungen auseinander: Für einige Autoren ist der Anteil der Menschen in Europa, die sich mit Europa identifizieren im Verhältnis zu den Werten der nationalen Identifikation zu gering, als dass er bedeutsam wäre. Für andere stellt sich die Lage so dar, dass mit einer wachsenden europäischen Identifizierung zu rechnen ist. Dass die Europäer vor allem aufgrund wirtschaftlicher Entwicklungen immer stärker voneinander abhängig sind und dies die Entstehung einer europäischen organischen Solidarität begünstigt, ist bei Münch und Büttner deutlich geworden – allerdings nicht, worin sie sich konkret äußert.

Eine optimistischere Sicht auf die Entstehung einer europäischen Solidarität wurde in Bezug auf die Bedeutung des gemeinsamen rechtlichen und politischen Raums und der damit verbundenen Unionsbürgerschaft geäußert. Insbesondere an diesem Punkt, aber auch bei den anderen Aspekten ist deutlich geworden, dass die optimistischen Autoren der Politik eine entscheidende Rolle bei der Entstehung einer europäischen Solidarität beimessen – sei es durch das Vorantreiben der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Integration, sei es durch die öffentlichkeitswirksame Konstruktion von Gemeinsamkeiten der Europäer.⁷⁴

Transnationale Gesellschaftsbildung ist also – allgemein und mit spezifischem Bezug auf Europa – sowohl theoretisch konzipierbar, weil Zusammengehörigkeit auch grenzübergreifend existieren oder konstruiert werden kann, als auch empirisch nachweisbar, sofern grenzüberschreitende Beziehungen und Handlungen als gesellschaftskonstituierend verstanden werden. Dies hat zur Folge, dass auch transnationale Solidarität wissenschaftlich untersucht werden kann.

In der Literatur unterscheiden sich die Definitionen transnationaler Solidarität vor allem in Bezug auf die Akteursebene deutlich. Michèle Knodt und Anne Tews definieren transnationale Solidarität schlicht als „grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Organisation“ (Knodt und Tews 2014a: 12–13). Irritierend ist an dieser Definition der Begriff der Organisation, der impliziert, dass grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Solidarität nicht spontan, sondern organisiert, also verregelt und regelmäßig ausgeübt wird. Über die Akteursebene wird nicht mehr deutlich, als dass es nicht um staatliche, sondern zivilgesellschaftliche Akteure geht.

Kleger und Mehlhausen verstehen transnationale Solidarität als „grenzüberschreitende nichtkommerzielle Kooperation zivilgesellschaftlicher Akteure“ (Kleger und Mehlhausen 2013: 54). Sie grenzen sie also eindeutig von der kommerziellen Kooperation zwischen Akteuren in unterschiedlichen Nationalstaaten ab. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen

⁷⁴ Hier ist noch einmal auf das Beispiel von Böckenförde zu verweisen, der eine europafreundliche Schulpolitik anregt.

Akteuren nicht prinzipiell nichtkommerziell ist. Mehr Aufschluss bietet diese Definition also zunächst auch nicht. Auch Katrin Radtke kritisiert, dass der Begriff der transnationalen Solidarität häufig sehr unpräzise definiert wird:

„So verschwimmen etwa in dem jüngst von Jens Beckert und anderen (2004) herausgegebenen Sammelband mit dem Titel ‚Transnationale Solidarität‘, der Solidaritätsforscher aus Soziologie, Ethnologie und Politikwissenschaft zusammenbringt, die Grenzen zwischen trans-, sub- und internationaler Solidarität. Denn wenn der Begriff nicht nur im Zusammenhang mit NGOs, Diasporas und sozialen Bewegungen auftaucht, sondern auch auf die EU und die UN, auf familiäre Netzwerke und auf Stiftungen bezogen wird, bezeichnet »Transnationalität« nahezu alle Beziehungen, die nationalstaatliche Grenzen über- oder unterschreiten und lässt die nicht nur in den Politikwissenschaften etablierten Differenzierungen grenzüberschreitender Beziehungen außer Acht.“ (Radtke 2009: 119)

Die von ihr formulierte Definition bietet daher etwas mehr Klarheit:

„Auf dieser Definition aufbauend bezeichnet transnationale Solidarität die grenzüberschreitende Solidarität zwischen Gruppen oder Individuen, von denen mindestens ein Mitglied ein nichtstaatlicher Akteur sein muss.“ (ebd.: 121)

Radtke fasst unter dem Begriff also individuelle und kollektive Akteure zusammen, entscheidend ist aber auch hier, dass mindestens an einer Seite der solidarischen Handlung ein nicht-staatlicher Akteur steht. Um den Begriff von der supranationalen Solidarität abzugrenzen, die prinzipiell eine grenzüberschreitende (wohlfahrts-) staatliche Solidarität darstellt, soll im Folgenden für den Begriff der transnationalen Solidarität davon ausgegangen werden, dass sie ausschließlich zwischen nicht-staatlichen Akteuren stattfindet, so wie es auch Knodt und Kleger mit Mehlhausen formuliert haben. Außerdem sollen ausschließlich Individuen und keine kollektiven Akteure wie zum Beispiel Nicht-Regierungsorganisationen, Verbände oder Gewerkschaften, einbezogen werden, weil sich die vorliegende Arbeit auf die Solidarität zwischen EU-Bürgern konzentriert. Als transnationale Solidarität soll also die grenzüberschreitende Solidarität zwischen nicht-staatlichen individuellen Akteuren – EU-Bürgern – verstanden werden.

Nachdem in diesem Kapitel zunächst geklärt wurde, welche Bedeutung der Raum und im Konkreten der Nationalstaat für die Herausbildung von Solidargemeinschaften und Solidarität haben und inwiefern das Phänomen konzeptionell auch auf transnationale Zusammenhänge übertragbar ist, soll der Abschluss des Kapitels 2.1 zu Solidarität als sozialwissenschaftlichem Konzept nun noch einmal einen Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse zur Begriffs- und Ideengeschichte des Solidaritätsbegriffs, zu konzeptionell-definitiven Aspekten, zur Abgrenzung des Begriffs von verwandten sozialwissenschaftlichen Konzepten und zu seinem räumlichen Bezug bieten. Dabei wird zielführend auf eine eindeutige Definition von transnationaler europäischer Solidarität im Sinne einer Disposition zu solidarischem Verhalten hingearbeitet. Diese Definition wird dann auch als Basis für den empirischen Teil der Dissertation dienen.

2.1.5 Zwischenfazit: Definition transnationaler europäischer Solidarität

Um die zentrale Fragestellung der Arbeit beantworten zu können – nämlich, in welchem Zusammenhang die transnationale Solidarität der EU-Bürger und ihre Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU stehen – ist es notwendig, eine klare Definition von Solidarität zu formulieren. Diese sollte die verschiedenen relevanten theoretischen Ansätze berücksichtigen, eindeutig von verwandten Konzepten abgrenzbar sein und auf den transnationalen Rahmen, den Europa darstellt, anwendbar sein. Darüber hinaus sollte die Definition so konkret sein, dass es möglich ist, empirisch zu messen, in welchem Umfang das Phänomen in der sozialen Realität beobachtbar ist. Im Folgenden werden daher die Ergebnisse des vorliegenden Kapitels zusammengefasst, um schließlich eine Definition für den Begriff der transnationalen europäischen Solidarität zu formulieren.

Zu Beginn des Kapitels wurde zunächst festgestellt, dass der Ursprung des Begriffs der Solidarität im römischen Recht liegt. Die Rechtsform der *obligatio in solidum* bezeichnete die Haftung des Einzelnen für die Schulden der Gemeinschaft und Haftung der Gemeinschaft für die Schulden des Einzelnen. Durch die akademisch geprägte Bewegung des Solidarismus im Frankreich des 19. Jahrhunderts wurde der Solidaritätsbegriff über diesen rein finanziellen Bezug hinaus um eine soziale Komponente erweitert und moralisch konnotiert: Solidarität wurde nun als soziale Schuld aller Mitglieder gegenüber ihrer Gemeinschaft verstanden. Die solidaristische Bewegung rückte damit die Bedeutung der sozialen Umverteilung in den Fokus der Auseinandersetzung mit dem Solidaritätsbegriff. Aufbauend auf diesem Fokus entwickelten sich zwei ideologische Strömungen, die die solidarische Umverteilung zu einem ihrer zentralen Konzepte machten: die Arbeiterbewegung und die christliche Soziallehre. In der Arbeiterbewegung wurde der Solidaritätsbegriff zur Aktivierung der Arbeiter im Kampf gegen Unrecht und Repression genutzt, war also ein Kampfbegriff. In der christlichen Soziallehre wurde der Solidaritätsbegriff mit Verweis auf eine naturgegebene Verbundenheit aller Menschen beispielsweise genutzt, um wohltätige Maßnahmen zu begründen. Für beide Ideologien spielen die Begriffe der Gleichheit und der Gerechtigkeit eine zentrale Rolle: Ziel von Solidarität ist es demnach Ressourcenungleichheiten zwischen Menschen auszugleichen und damit Gerechtigkeit herzustellen.

Aus dem Solidarismus erwuchs über die ideologische Nutzung des Solidaritätsbegriffs hinaus eine wissenschaftliche Auseinandersetzung, vor allem in der Soziologie. Zu verweisen ist hier auf den Ansatz von Émile Durkheim, der sich mit der Entstehung und Veränderung von Solidarität im Laufe der Entwicklung moderner Industriegesellschaften auseinandersetzte und den Fokus erstmals auf die gesellschaftliche Funktion von Solidarität lenkte. Durkheim zufolge entsteht die moderne Gesellschaften kennzeichnende Form der organischen Solidarität, weil sich die Mitglieder ihrer gegenseitigen Abhängigkeit in einer arbeitsteilig differenzierten Welt bewusst sind. Aus dem Bewusstsein über die damit einhergehenden Pflichten entsteht ein dauerhaftes Verbundenheitsgefühl der Gesellschaftsmitglieder, was sie dazu veranlasst, sich einander gegenüber solidarisch zu verhalten – auch

wenn sich nicht alle persönlich kennen. Soziale Solidarität ermöglicht damit überhaupt erst gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Aus der Debatte zwischen Liberalisten und Kommunitaristen gehen einerseits der Fokus auf die der Solidarität zugrunde liegenden Werte und andererseits die Frage nach ihrer Reichweite hervor. Erste verstanden Solidarität als temporäre Hilfe für Menschen in Not, die auf einer universellen, humanitären Moral basiert, dabei aber nicht die Freiheit des Individuums außer Acht lässt. Für letztere ist Solidarität ein langfristig angelegtes Engagement, das auf dem partikularistischen Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb einer abgegrenzten Gemeinschaft basiert und das Gemeinwohl über das Wohl des einzelnen stellt.

Die Ökonomie lenkte den Blick auf den Verhaltens- bzw. Handlungsaspekt und damit den instrumentellen Charakter von Solidarität. Im ökonomischen Sinne kann Solidarität als nicht spontane Kooperation von Individuen bei der Herstellung von Kollektivgütern verstanden werden. Sie geht mit einem temporären Verzicht auf eigene Ressourcen für die Gemeinschaft einher und kann daher als altruistisches Verhalten betrachtet werden. Solidarischem Handeln liegt gleichzeitig ein eigennütziges Motiv zugrunde, weil es auf der Basis einer Reziprozitätserwartung erfolgt. Solidarisches Handeln ist also Ausdruck der Verschränkung von Individual- und Gruppeninteressen. Der ökonomische Blick ist zwar auf das Handeln des Individuums fokussiert, bezieht aber insofern die Bedeutung der Gemeinschaft mit ein, als dass, wie in der Soziologie auch, deutlich wird, dass Solidarität das Bestehen sozialer Ordnung ermöglicht.

Aufbauend auf diesen ideengeschichtlichen Grundlagen sind in den Sozialwissenschaften verschiedene Definitionen von Solidarität formuliert worden, die unterschiedliche Schwerpunkte legen. Es lassen sich zehn übergeordnete Aspekte zusammenfassen, die in den verschiedensten Definitionen immer wieder benannt werden. Dies sind die emotionale Dimension von Solidarität, welche auch als Solidaritätsbereitschaft oder Disposition zu solidarischem Verhalten bezeichnet werden kann, die Dimension des konkreten solidarischen Handelns, die verschiedenen Ursachen solidarischer Gefühle sowie die spezifischen Auslöser für solidarisches Handeln, die gesellschaftlichen Funktionen von Solidarität, die Form und die Stärke der Verpflichtung, auf deren Basis Solidarität ausgeübt wird, die Reziprozität, die Gleichheit der Gemeinschaftsmitglieder bzw. ihre Gleichberechtigung, die Partikularität sowie die an solidarisches Handeln geknüpften Bedingungen.

Anknüpfend an die ideengeschichtlichen Grundlagen und die definitorischen Aspekte wurden verschiedene Typologien von Solidarität vorgestellt. Insbesondere anhand der Eigenschaften der Solidargemeinschaft, des Organisationsgrads der Solidarität, ihrer Intensität und Dauer sowie der zugrundeliegenden Motive und der damit verbundenen Ziele lassen sich verschiedene Typen oder Formen von Solidarität konzipieren.

Als ein spezifisches Problem der mangelnden konzeptionellen Klarheit wurde die mangelnde Abgrenzung des Solidaritätskonzepts von einigen anderen sozialwissenschaftlichen Konzepten identifiziert.

Die nähere Auseinandersetzung mit den verwandten Konzepten der Integration, der kollektiven Identität, der Gerechtigkeit und der Umverteilung ermöglicht es allerdings, auch das Konzept der Solidarität besser einzugrenzen.

Der Begriff der sozialen Integration wurde als Prozess definiert, der das Ziel hat, eine soziale Einheit als Ganzheit zu konstituieren, indem das Ausmaß und die Intensität von Kommunikation und Transaktion zwischen den Gesellschaftsmitgliedern erhöht werden. Die Disposition zu solidarischem Verhalten weist auf eine bereits gelungene soziale Integration hin. Konkrete solidarische Handlungen treiben den Prozess der Integration weiter voran. Solidarität kann aus systemischer Sicht als Ressource bezeichnet werden, weil sie den Gemeinsinn und die Akzeptanz gemeinsamer Institutionen fördern kann.

Das Konzept der kollektiven Identität ist als eine Voraussetzung von Solidarität beschrieben worden. Der Begriff der kollektiven Identität ist als derjenige Teil des Selbstkonzepts von Individuen definiert worden, der sie kognitiv und emotional an eine soziale Gruppe bindet. Kollektive Identitäten werden auf der Basis der Formulierung von Ähnlichkeiten sozial konstruiert und können solidarisches Handeln fördern.

Für die Konzepte der Gerechtigkeit und der Solidarität wurde konstatiert, dass mit ihnen ein ähnliches Ziel verbunden ist, nämlich die Reduzierung von Ressourcenungleichheiten zwischen Menschen. Dabei ist Solidarität eine partikulare Handlungsweise, die an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Gerechtigkeit hingegen ist ein universelles moralisches Prinzip, das dem solidarischen Handeln als Bewertungsmaßstab dienen kann.

Das am häufigsten benannte Ziel von Solidarität – der Abbau temporärer Ressourcenungleichheiten oder auch die Unterstützung einzelner Gemeinschaftsmitglieder in Notlagen – wird durch Umverteilung erreicht. Durch Umverteilung sollen Gemeinschaftsressourcen in Summe mittelfristig erhalten und damit die Gemeinschaft nach innen und außen gestärkt werden.

An dieser Stelle ist es nun sinnvoll, die zu Beginn des Kapitels formulierte grobe definitorische Einordnung von Solidarität als Verhalten oder Verhaltensdisposition von Menschen in sozialen Zusammenhängen auf der Basis der erlangten Erkenntnisse näher zu spezifizieren. Im Rahmen dieser Arbeit soll Solidarität wie folgt verstanden werden:

Solidarität ist eine unterstützende oder helfende Handlungsweise,

- die Menschen innerhalb einer Gemeinschaft ausüben, welche anhand von sozial konstruierten und ins individuelle Bewusstsein übernommenen Kriterien der Zusammengehörigkeit nach außen hin abgegrenzt wird,
- die die Absicht verfolgt, temporäre Ressourcenungleichheiten innerhalb der Gemeinschaft auszugleichen und
- die mit einer Reziprozitätserwartung einhergeht.

Solidarischem Handeln gehen damit bestimmte Bedingungen voraus: Ganz allgemein gesprochen

muss der solidarisch Handelnde bereit sein, anderen zu helfen, also für andere auf eigene Ressourcen zu verzichten. Er muss sich selbst und denjenigen, dem geholfen werden soll, als Teil derselben Gemeinschaft anerkennen. Er muss ein Interesse am Ausgleich von Ressourcenungleichheiten zwischen Menschen haben. Seine Hilfe übt er dabei aber mit der Erwartung aus, dass er dieselbe Hilfe durch den anderen erfahren würde, sollte er selbst in eine Notlage geraten. Diese Bedingungen, die sich in spezifischen Einstellungen ausdrücken, können auch als Disposition zu solidarischem Verhalten zusammengefasst werden – diese ist stärker oder schwächer bei einzelnen Menschen ausgeprägt, je nachdem, ob die Bedingungen erfüllt sind, oder nicht. Ist die Disposition bei einem Individuum stark ausgeprägt, ist es bereit, bedürftigen Menschen der eigenen Gemeinschaft gegenüber solidarisch zu handeln oder das solidarische Handeln anderer gegenüber diesen bedürftigen Menschen zu unterstützen.

Diese Definition ist eindeutig handlungsorientiert, greift aber mit dem Bezug auf die Disposition zu solidarischen Verhalten auch eine Einstellungsdimension und mit den sozial konstruierten Grenzen der Gemeinschaft, die ins Bewusstsein übernommen werden, eine kognitive Dimension auf. Solidarisches Handeln erfolgt demnach immer auf der Basis des Bewusstseins, Teil einer eindeutig abgegrenzten Gemeinschaft zu sein, und wird immer mit dem Bezug auf diese Gemeinschaft begründet. Individuen verhalten sich einander gegenüber solidarisch, weil sie sich als Teil einer Gemeinschaft verstehen – dieser Umstand könnte auch als Existenz einer kollektiven Identität bezeichnet werden. Die Kriterien, auf denen die kollektive Identität aufbaut, können allerdings auf vielfältige Weise konstruiert werden – soziale Ähnlichkeiten, gemeinsame Werte, die gegenseitige Abhängigkeit oder gemeinsame Interessen sind nur Beispiele für Grundlagen zur Definition einer Solidargemeinschaft.⁷⁵ Entscheidend ist nicht die Beschaffenheit, Stärke oder Kombination der Kriterien, sondern nur, ob sie als gemeinschaftsbildend anerkannt werden und handlungsbegründend wirken. Daher ist Solidarität in den verschiedensten Gemeinschaften denkbar und beobachtbar. Als Konsequenz bedeutet dies schlussendlich, dass auch die Menschheit als Ganzes eine Solidargemeinschaft darstellen kann, sofern das Menschsein an sich als Kriterium ausreicht, um Individuen dazu zu motivieren, sich solidarisch zu engagieren.⁷⁶ Entscheidend ist an dieser Stelle, dass das Handeln mit Bezug auf die Gemeinschaft begründet wird. Helfendes Handeln, das ohne den Bezug auf eine Gemeinschaft erfolgt, kann dann beispielsweise als Nächstenliebe, Wohltätigkeit oder Großzügigkeit bezeichnet werden.

An dieser Stelle wurde bewusst auf die emotionale Komponente vieler Solidaritätsdefinitionen verzichtet, weil aus den erlangten Erkenntnissen über das Konzept der Solidarität nicht hervorgegangen

⁷⁵ Diese Kriterien gelten im Übrigen auch für auf Verwandtschaft begründete Solidargemeinschaften, weil auch hier erst die soziale Konstruktion der Zusammengehörigkeit zu solidarischem Handeln motiviert, nicht die biologische Verbindung der Individuen. Die biologische Verbindung motiviert zwar beispielsweise eine Mutter ihr hilflos geborenes Kind zu ernähren, hier kann aber nicht von solidarischem Handeln gesprochen werden.

⁷⁶ Gegen dieses universalistische Verständnis spricht allerdings, dass die Selbstdefinition einer sozialen Gruppe zumeist einer Abgrenzung von anderen sozialen Gruppen bedarf, um ihre Wirkungskraft zu entfalten. Passender für die hier formulierte Definition von Solidarität ist demnach ein exklusives Gemeinschaftsverständnis.

ist, dass Zusammengehörigkeitsgefühle eine notwendige Bedingung für solidarisches Handeln darstellen. Solidarisches Handeln ist auch ohne diese Gefühle möglich. Zusammengehörigkeitsgefühle sind sicherlich ein Indikator dafür, dass die Gemeinschaftskonstruktion so wirksam ist, dass sie auch solidarisches Handeln wahrscheinlich macht. Sie stellen aber auch keine hinreichende Bedingung für solidarisches Handeln dar: Nur weil Zusammengehörigkeitsgefühle beobachtbar sind, muss kein solidarisches Handeln folgen.

Gemäß der hier formulierten Definition verfolgen solidarisch Handelnde die Absicht temporäre Ressourcenungleichheiten zu verringern, wofür Umverteilung das Mittel der Wahl ist. Die Betonung der temporären Beschränkung impliziert, dass solidarisches Handeln keine permanente und strukturelle Umverteilung darstellt, sondern im Grunde auf außergewöhnliche Situationen reagiert, in denen einzelne Mitglieder oder Gruppen von Mitgliedern in eine Notlage geraten und der Unterstützung bedürfen. Die Fokussierung auf den Ausgleich impliziert, dass eine zumindest annähernde Ressourcengleichheit als erhaltenswerte Ausgangslage angesehen wird. Dies bedeutet auch, dass solidarische Hilfe beendet wird, wenn sie keine Wirkung zeigt. Dieser Aspekt hängt mit der Reziprozitätserwartung zusammen. Eine dauerhafte Ressourcenumverteilung bedeutet, dass ein Geber immer Geber bleibt und ein Empfänger immer Empfänger – Reziprozität kann dann nicht erwartet werden. Die Reziprozitätserwartung ist dabei eng an die Gemeinschaftskonstruktion gebunden. Eine Form der Umverteilung, die den Geber zu stark schwächt oder die Leistungsbereitschaft des Empfängers negativ beeinflusst, kann die Gemeinschaft insgesamt schwächen und ihren Erhalt gefährden. Trotzdem existieren dauerhafte Umverteilungsstrukturen in Gemeinschaften – hier handelt es sich aber in diesem Verständnis nicht mehr um Solidarität, sondern beispielsweise um eine mitgeföhlsbegründete Wohltätigkeit oder eine ideologisch begründete Maßnahme, die das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse verfolgt.

Zu ergänzen ist außerdem, dass trotz der Reziprozitätsannahme zwischen dem Solidarität Leistenden und Empfangenden kein Gläubiger-Schuldner-Verhältnis besteht. Solidarische Hilfe kann also nicht „zurückgezahlt“ werden.

Der Aspekt der Bedingungen, die an die Mitglieder einer Solidargemeinschaft gestellt werden, wurde hier nicht explizit mit aufgenommen, weil die Reziprozitätserwartung und das übergeordnete Ziel von Solidarität im Grunde einige Bedingungen implizieren, nämlich die Bereitschaft jedes Gemeinschaftsmitglieds in der Rolle als Geber, Opfer für die Gemeinschaft zu erbringen sowie die Bemühung in der Rolle als Nehmer nach einer Notlage wieder ein potenzieller Geber zu werden.

Der Gemeinschaftsbezug von Solidarität und die Reziprozitätserwartung weisen auch darauf hin, dass das Handlungsmotiv für Solidarität wie in den geschilderten ökonomischen Ansätzen weder ausschließlich eigennutz- noch ausschließlich gemeinwohlorientiert ist. Die Interessen der Gemeinschaftsmitglieder sind eng miteinander verknüpft, so dass der Verzicht einzelner Individuen auf Ressourcen sowohl eigennützig, als auch gemeinnützig motiviert ist. Das oben als altruistisch bezeichne-

te Motiv, das die Präferenz des Wohls anderer bezeichnet, kann mit dieser Motivlage allerdings nicht gleichgesetzt werden, weil sie die Erhaltung bzw. Stärkung der Gemeinschaft nicht als Handlungsgrund mit einbezieht. Die Solidaritätsdefinition verzichtet an dieser Stelle auch auf den Einbezug der Verpflichtung als Handlungsmotiv, weil davon ausgegangen wird, dass der Schutz und Erhalt der Gemeinschaft motivierend genug wirken und eine Unterstützungsverpflichtung nicht erforderlich ist. Eine Verrechtlichung von Solidargemeinschaften ist trotzdem möglich – sie dient dann der Organisation von Solidarität, vor allem wenn die Gemeinschaft sehr groß ist.

Zu ergänzen ist an dieser Stelle außerdem, dass die Absicht des Handelnden, seine Gemeinschaft zu erhalten oder zu stärken, nicht zwangsläufig erfolgreich sein muss. Weil das Handlungsmotiv und nicht das Handlungsergebnis das definierende Merkmal von Solidarität ist, kann Solidarität dem Empfänger im negativsten Fall sogar schaden, sie verliert damit aber nicht ihren solidarischen Charakter.

Eine Bedrohung der ganzen Gemeinschaft von außen wurde nicht explizit als Auslöser für solidarisches Handeln einbezogen. Wenn Gemeinschaftsmitglieder ein einzelnes von außen bedrohtes Mitglied im Kampf unterstützen, kann von Solidarität gesprochen werden – das bedrohte Mitglied ist ja in seinen Ressourcen temporär geschwächt, dieser Fall ist also in die Definition eingeschlossen. Wenn aber die Gemeinschaft als Ganzes von außen bedroht wird, und ein Kampf ausgelöst wird, verfolgt dies zwar auch das Ziel, die Gemeinschaft zu stärken oder zu erhalten. Derartiges Handeln kann nach der oben formulierten Definition aber nicht als Solidarität verstanden werden, weil sie nicht auf Ungleichheiten innerhalb der Gemeinschaft reagiert. Es kann dann eher von gemeinsamer Verteidigung oder vereintem Protest gesprochen werden.

Die hier formulierte Definition von Solidarität erhebt nicht den Anspruch, sämtliche diskutierte Definitionen zu integrieren. Wie jedes soziale und sozialwissenschaftliche Konzept ist auch Solidarität komplex und wird in der sozialen Realität unterschiedlich verstanden und interpretiert und ist in unterschiedlichen Erscheinungsformen, Typen und Abwandlungen beobachtbar. Nicht immer, wenn in der sozialen Realität also von Solidarität gesprochen wird, fällt das bezeichnete Phänomen auch unter die hier formulierte Definition. Diese Definition erhebt allerdings den Anspruch, die wichtigsten theoretischen Strömungen und wissenschaftlichen Ansätze berücksichtigt zu haben, dabei eine eindeutige Abgrenzung von anderen menschlichen Handlungsweisen zu bieten, so dass Handlungen in sozialen Zusammenhängen als eindeutig solidarisch oder nicht solidarisch identifiziert werden können, und den Zusammenhang zu verwandten sozialen Konzepten verdeutlicht zu haben.

Nachdem Solidarität definiert wurde, erfolgt nun auf der Basis einer Zusammenfassung der Erkenntnisse zum räumlichen Bezug von Solidarität die Anwendung auf den transnationalen Rahmen Europas.

Es wurde zunächst festgestellt, dass viele Solidargemeinschaften die Zusammengehörigkeit ihrer Mitglieder auf der Basis der oben benannten Kriterien, beispielsweise der gemeinsamen sozialen Lage, in Verbindung mit räumlichen Grenzen definieren. Dementsprechend ist die Vorstellung einer

nationalen Solidargemeinschaft an den nationalstaatlichen Raum gebunden. Diese bringt abgesehen von den subjektiv empfundenen Gemeinsamkeiten auch eine objektive Gemeinsamkeit der Mitglieder mit sich: die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen politisch-rechtlichen Gemeinwesen. Es ist deutlich geworden, dass der Bezug auf die nationale Solidargemeinschaft und auf wechselseitige Verpflichtungen der Staatsbürger untereinander der politischen Legitimation verschiedenster – vor allem sozialstaatlicher – Programme dient. Die aktuelle Diskussion um den Bedeutungsverlust nationaler Wohlfahrtssysteme und einer möglichen Supranationalisierung des Wohlfahrtsstaats in Europa leitete über zu der Frage, ob Solidarität auch grenzübergreifend möglich sei. Dazu wurde zunächst diskutiert, ob überhaupt das Konzept der Gesellschaft auf den transnationalen Rahmen übertragbar ist. Die Vorstellung einer grenzüberschreitenden Gesellschaft wurde als prinzipiell möglich angenommen, allerdings wurde auf die Problematik hingewiesen, dass die Faktoren der räumlichen Distanz und der steigenden Größe einer Gruppe die Herausbildung einer wirksamen Gemeinschaftskonstruktion erschweren können.

Die Erkenntnisse zu grenzüberschreitender Gesellschaft und Solidarität wurden direkt auf den europäischen Rahmen bezogen. Die Frage, ob es eine integrierte europäische Gesellschaft als Basis für grenzüberschreitende Solidarität gibt, wird in der Literatur kontrovers diskutiert. Einerseits wird den Menschen in Europa insgesamt eine zu große sozialstrukturelle und kulturelle Heterogenität unterstellt, als dass sich eine gemeinsame kollektive Identität herausbilden könnte, andererseits wird ein gewisser Konsens in Bezug auf demokratische und liberale Werte gesehen. Mehrere Autoren argumentieren, dass die politische Integration Europas auch eine soziale Integration nach sich gezogen habe, was sich an der Herausbildung formeller und informeller Organisationen sowie der Verdichtung der Austauschbeziehungen über die nationalen Grenzen hinweg zeige. Andere sehen in den europäischen Nationalstaaten nach wie vor den zentralen Ort für politisches Handeln und politische Legitimation, so dass von einem Spill-Over-Effekt der politischen Integration auf die soziale Integration nicht die Rede sein könne. Dem ist entgegenzustellen, dass die Unionsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte bereits einen wirksamen Bezugspunkt zum politischen Gemeinwesen der EU darstellen. Die starke wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der Menschen innerhalb der EU stellt eine zusätzliche Grundlage für grenzüberschreitende Solidarität dar. Es hängt also vom Gesellschaftsverständnis ab, ob bereits von einer europäischen Gesellschaft gesprochen werden kann oder nicht.

Abschließend wurde der für die Arbeit zentrale Typ grenzüberschreitender Solidarität, die transnationale Solidarität, näher definiert. Die Spezifizierung von Solidarität als transnational wurde dahingehend bestimmt, dass es sich dabei immer um nicht-kommerzielle und nicht-staatliche, also zivilgesellschaftliche oder private Formen der Unterstützung handelt, die immer grenzüberschreitend erfolgen. Eine transnationale Solidargemeinschaft besteht also immer aus Akteuren aus mindestens zwei Ländern, in diesem Fall speziell aus zwei europäischen Ländern. Allerdings soll nicht die Solidari-

tät zwischen zwei spezifischen Nationen, also beispielsweise zwischen den Deutschen und den Griechen, untersucht werden. Da der Fokus dieser Arbeit auf der Stabilität des politischen Systems der EU liegt, soll die Solidargemeinschaft, innerhalb welcher transnationale Solidarität erfolgt, den Bezug zu Europa als politischer Gemeinschaft herstellen. Es geht also nicht – wie im Beispiel genannt – um das deutsch-griechische, sondern um das europäische politische Gemeinschaftsbewusstsein, auf dessen Basis solidarisch gehandelt wird. Auch die weiteren in der oben getätigten Solidaritätsdefinition aufgeführten Aspekte lassen sich auf den europäischen Rahmen übertragen. Transnationale solidarische Handlungen zwischen europäischen Akteuren verfolgen die Absicht, temporäre Ressourcenungleichheiten zu verringern und gehen mit einer Reziprozitätserwartung einher – ein Beispiel wären private grenzüberschreitende Spenden. Auch die Vorstellung einer transnationalen Solidarbereitschaft ist mit der oben formulierten Definition vereinbar. Die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten ist demnach die Bereitschaft innerhalb der Gemeinschaft der Europäer selbst solidarisch zu handeln bzw. die Bereitschaft, andere in ihrem solidarischen Handeln zu unterstützen.

Die erste Aufgabe des empirischen Kapitels dieser Arbeit (Kapitel 3) wird es sein, das hier erarbeitete Konzept von transnationaler europäischer Solidarität zu operationalisieren und zu messen. Um beurteilen zu können, welche Bedeutung es für Europa als politisches System hat, bedarf es nun eines weiteren theoretischen Zugangs, der Solidarität in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang setzt. Dieser Zugang stellt die politische Systemtheorie von David Easton dar, welche im folgenden Kapitel erläutert wird.

2.2 Systemtheoretischer Rahmen: David Eastons Theorie des politischen Systems

Die Systemtheorien sind innerhalb der Politikwissenschaft aus der Mode geraten:

„Wer sich mit politischen Systemtheorien befasst, muss Rechenschaft darüber ablegen, warum er sich heute noch immer mit den ‚alten‘ Theorien des politischen Systems auseinandersetzt, wo doch die wissenschaftliche Entwicklung längst über sie hinausgegangen zu sein scheint. Die Zweifel darüber, ob es unter wissenschaftlicher Perspektive überhaupt noch Sinn macht, sich ernsthaft (noch einmal oder wieder) mit solchen Theorien zu befassen, werden noch dadurch verstärkt, dass man sich auch in der Politikwissenschaft nur noch am Rande mit den politischen Systemtheorien beschäftigt.“ (Czerwick 2011: 5–6)

Nachdem die Systemtheorie durch das Werk verschiedener prominenter Politikwissenschaftler in den USA und Europa – Talcott Parsons, Karl Deutsch, David Easton, Niklas Luhmann, Gabriel Almond, um nur einige zu nennen – vor allem in den 1960er Jahren Popularität erreicht hatte, fiel die darauf folgende Kritik zum Teil so scharf aus, dass eine systematische Weiterentwicklung der Ansätze insbesondere in der deutschsprachigen Politikwissenschaft ausblieb. Gleichzeitig sind einige Elemente der politischen Systemtheorien „[...] in den ‚normalen‘ politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch übernommen worden“ (ebd.: 23) und haben sich als Teiltheorien – z.B. im Bereich der politischen Kulturforschung oder Wahlforschung – durchsetzen können. Unter anderem haben sich der von David Ea-

ston geprägte Politikbegriff sowie sein Modell des politischen Prozesses im politikwissenschaftlichen Mainstream etabliert:

„Besonders ersichtlich wird dies unter anderem an der Akzeptanz, auf die inzwischen der systemtheoretisch geprägte Politikbegriff stößt, der auf die Art und Weise des Zustandekommens verbindlicher Entscheidungen und die damit verbundene Verteilung der gesellschaftlichen Werte und des gesellschaftlichen Reichtums sowie auf die Akzeptanz dieser Verteilungsentscheidungen abhebt [...]. Deutlich wird das Einsickern systemtheoretischen Gedankenguts in die „normale“ Politikwissenschaft aber auch an der Einteilung des Ablaufs von politischen Prozessen in verschiedene Phasen („Policy-Zyklus“), die letztendlich dem politikwissenschaftlichen Systemdenken entlehnt sind [...].“ (ebd.: 26)

Aus ihrem systemtheoretischen Kontext herausgelöst büßen diese Elemente jedoch den wesentlichen Vorzug der politischen Systemtheorie ein, nämlich den ganzheitlichen Ansatz, in dem einzelne politische Phänomene in einem systemischen Zusammenhang gesehen werden und ihre Auswirkungen auf das politische System als Ganzes untersucht werden. In der mittlerweile in verschiedenste Teilbereiche fragmentierten Disziplin der Politikwissenschaft ist dieser Ansatz aus dem Blick geraten, er hat jedoch sein Erklärungspotenzial nicht verloren, die politische Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen in einem größeren Rahmen zu analysieren, als es manch spezialisierte Theorie mittlerer Reichweite vermag. Edwin Czerwick sieht in der Rückbesinnung auf systemtheoretische Ansätze sogar die Möglichkeit, der Fragmentierung der Politikwissenschaft entgegenzuwirken (ebd.: 2).

Da das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit auf die Bedeutung eines spezifischen sozialen Phänomens – der Solidarität – für die Stabilität der EU abzielt, ist ein ganzheitlicher Ansatz gefragt, der in der Lage ist, gesellschaftliche und politische Entwicklungen zueinander in Bezug zu setzen und Kausalzusammenhänge zu konzipieren, der dabei aber nicht auf der theoretischen Ebene verbleibt, sondern eine empirische Überprüfung der Annahmen ermöglicht. Hierzu scheint die Theorie des politischen Systems von David Easton geeignet, weil sie im Gegensatz zu einigen deutlich abstrakteren systemtheoretischen Ansätzen stärkeren Gegenstandsbezug aufweist und explizit auf die empirische Anwendung ausgerichtet ist (Fuhse 2005: 15–16).

Im Folgenden wird David Eastons Theorie des politischen Systems dahingehend aufbereitet, dass erstens eine Zusammenführung mit dem Verständnis von transnationaler Solidarität aus dem vorhergehenden Kapitel erfolgen kann und zweitens die Anwendung dieses theoretischen Modells auf den empirischen Zusammenhang in Europa ermöglicht wird.⁷⁷ Hierfür werden zunächst, vor allem mit Bezug auf Eastons frühe Artikel aus den 1950er und 60er Jahren, seine wissenschaftstheoretische Positionierung als Behaviorist und sein Anspruch an das eigene theoretische Werk kurz dargestellt (Kapitel 2.2.1). Anschließend wird Eastons Theorie des politischen Systems basierend auf seinen drei

⁷⁷ An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass Easton den Begriff der Solidarität in seinen Werken verwendet, dass er sich aber nicht theoretisch mit ihm auseinandersetzt. Er verwendet ihn vielmehr synonym zu den Begriffen des Zusammenhalts oder der Unterstützung. So bezeichnet er zum Beispiel die drei Support-Objekte als „objects of political solidarity“ (Easton 1965b: 157). Der in diesem Kapitel unternommene Versuch, das Konzept der Solidarität mit Eastons Systemtheorie zusammenzubringen geht von einem deutlich komplexeren Solidaritätsbegriff aus, daher erfolgt an dieser Stelle keine weitere Analyse des Solidaritätsbegriffs bei Easton.

wichtigsten Veröffentlichungen – „The Political System“ (1953), „A Framework for Political Analysis“ (1965a) und „A Systems Analysis of Political Life“ (1965b) – dargestellt (Kapitel 2.2.2). Im Fokus stehen werden hier der Politik- und der Systembegriff von Easton, sein Modell des politischen Prozesses sowie das für diese Arbeit relevante Konzept der Systempersistenz. Im Rahmen dieses Kapitels werden ebenfalls wesentliche Kritikpunkte an Eastons Systemtheorie aufgeführt. Außerdem werden logische Brüche identifiziert, die später für die Anwendung des Modells auf den Fall der transnationalen Solidarität aufgelöst werden müssen.⁷⁸

In den beiden darauf folgenden Kapiteln werden zwei für die hier vorgestellte Forschung wichtige Elemente der Theorie vertieft diskutiert: das Konzept der Systemunterstützung (Kapitel 2.2.3) und die Bedeutung der politischen Gemeinschaft (Kapitel 2.2.4). In Kapitel 2.2.5 wird schließlich die Übertragbarkeit von Eastons Ansatz des politischen Systems, die auf der Betrachtung nationaler Politik basiert, auf die Ebene der EU diskutiert.

2.2.1 Positionierung als (Post-) Behaviorist und Anspruch einer „General Theory“

Mit dem Artikel „The Decline of Modern Political Theory“ (1951) legte David Easton den Grundstein für sein viel beachtetes politikwissenschaftliches Werk. Auf der Basis einer Kritik der zeitgenössischen amerikanischen Politikwissenschaft und speziell der politischen Theorie formuliert er die Aufgabe, die diese Disziplin aus seiner Sicht hat:

„[...] [B]uilding systematic theory about political behavior and the operation of political institutions.“ (Easton 1951: 37)

Easton kritisiert, dass sich die politische Theorie vor allem auf die deskriptive Ideengeschichte konzentrierte und sich damit von dieser wesentlichen Aufgabe – der systematischen Theoriebildung zu politischem Verhalten und politischen Institutionen – entfernt habe. Im Gegensatz zur Ökonomie und Soziologie fehle es ihr an Bestrebungen, eine allgemeine, umfassende Theorie („a general theory“, ebd.) zu entwickeln, von der die ganze Disziplin profitieren könne. Gleichzeitig kritisiert er, dass es der empirischen Forschung in der Politikwissenschaft an theoretischer Fundierung mangle, „Fakten würden auf Fakten gestapelt, bis aller Sinn verloren sei“ (Fuhse 2005: 21).

Eastons Ansicht nach müsse ein genereller Ansatz in der Politikwissenschaft entwickelt werden, der politische Zusammenhänge konzipiert – eine „causal theory“ (Easton 1951: 38) – und sich empirischen Anwendungen nicht verschließt, sondern vielmehr gerade als Orientierung für die empirische Forschung dienen kann (ebd.: 51).

1957 positioniert sich Easton schließlich in seinem Artikel „Traditional and Behavioral Research in American Political Science“ als Behaviorist. Im Fokus seines Interesses steht damit individuelles

⁷⁸ Der umfangreiche Behaviorismus- oder auch Positivismus-Streit, in den Easton durch seine eindeutige Positionierung und im Rahmen seiner Präsidentschaft in der American Political Science Association von 1968 bis 1969 eingebunden war, wird an dieser Stelle allerdings nicht dargestellt. Der Fokus bei der Darstellung der Kritik liegt auf den inhaltlichen Aspekten von Eastons politischer Systemtheorie.

Verhalten, dass empirisch messbar – „identifiable“ (Easton 1957b: 115) – gemacht werden müsse.⁷⁹ Diese Positionierung greift er in „A Framework for Political Analysis“ noch einmal auf und erläutert, was genau Behaviorismus für ihn bedeutet (Easton 1965a: 7). Zunächst gehe er als Behavioralist davon aus, dass politisches Verhalten Gesetzmäßigkeiten aufweise, deren Identifizierung und Verifizierung die Aufgabe der Politikwissenschaft sei. Zu diesem Zweck sei die Quantifizierung der relevanten Daten, die Anwendung entsprechender empirischer Methoden und die Systematisierung eben dieser Herangehensweisen notwendig. Von der empirischen Forschung zu trennen seien normative Bewertungen der erforschten Inhalte durch den Wissenschaftler, was Easton mit dem Schlagwort „pure science“ (ebd.) betitelt. Gleichzeitig versteht er die Erkenntnisse der Politikwissenschaft durchaus als Basis für politisches Entscheiden. Schlussendlich gehe mit dem Behaviorismus auch die Integration der Sozialwissenschaften einher, also auch die Berücksichtigung der Ergebnisse anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen wie der Psychologie oder der Soziologie (Fuhse 2005: 22). Die behavioralistische Positionierung Eastons war ein wesentlicher Bezugspunkt seiner Kritiker, welche sich vor allem an der Technisierung und postulierten Wertfreiheit der empirischen Forschung aufhängten:

„Der Behaviorismus und die Theorie Eastons wurden schnell als Ausdruck der etablierten Politikwissenschaft ausgemacht, die unkritisch zur bestehenden politischen Ordnung stünde. David Eastons Theorie des politischen Systems fungierte damit für eine Generation von jungen Politikwissenschaftlern als Feindbild, als Standard des Etablierten, gegen den sie sich definierten. Das Ziel war jetzt eine kritisch-emanzipatorische Politikwissenschaft, die normative Ideale zum Bestandteil ihrer Analyse machte und die sich um konkrete Probleme kümmerte, statt um abstrakte Modelle.“ (ebd.: 56)

Easton reagierte auf diese Kritik unter anderem, indem er die benannten Grundlinien anpasste und als Post-Behavioralismus bezeichnete. In seinem Artikel „The New Revolution in Political Science“ von 1969 gesteht er ein, dass mit der Verbreitung des Behaviorismus und der Weiterentwicklung empirischer Methoden auch ein Hang zur starken Abstraktion und zur Entfernung der Forschung von der Realität einhergegangen sei, dem sich der Post-Behavioralismus entschieden entgegen stelle:

„The task of post-behavioralism is to break the barriers of silence that behavioral language necessarily has created and to help political science reach out to the real needs of mankind in a time of crisis.“ (Easton 1969: 1052)

Er stellt klar, dass das inhaltliche Interesse des Forschers der Weiterentwicklung technischer Möglichkeiten vorausgehen solle, was er mit dem griffigen Slogan „It is better to be vague, than non-relevantly precise“ (ebd.) auf den Punkt bringt. Die Wissenschaft sei dabei den „humane values of civilization“ (ebd.) verpflichtet, müsse sich für die Umsetzung ihrer Erkenntnisse einsetzen und auf diese Weise politisieren.

⁷⁹ Jürgen Falter bezeichnet diesen Aspekt des Behaviorismus als „strict operationalism“ (Falter 2002: 15): „All theoretical terms must be translatable into the language of observation. In order to meet the demand for empirical verification, all statements must be attributable to observable behavior.“ (ebd.)

Eastons Theorie des politischen Systems und vor allem auch deren Rezeption und Kritik sind vor dem Hintergrund dieser Positionierung als Behavioralist bzw. Post-Behavioralist zu betrachten.⁸⁰ Seine in den drei wichtigsten Monographien von 1953 und 1965 erarbeitete Theorie stellte für die damalige Zeit eine Besonderheit im Hinblick auf die umfassende Reichweite der Theorie sowie auf die Systematisierung und klare Formulierung der zugrundeliegenden Annahmen dar, welche nicht zuletzt auf die Orientierung an der empirischen Anwendung zurückzuführen ist. Im Folgenden sollen nun die wichtigsten Eckpunkte dieser Theorie dargestellt werden.

2.2.2 Dynamik und Persistenz – Eastons Modell der Politik

In „The Political System. An inquiry into the state of political science“ (1953) begründet Easton auf der Basis der oben dargestellten Positionierung seine Theorie des politischen Systems als Ausweg aus der für ihn verfahrenen Situation der politischen Theorie. An sich selbst stellt Easton den Anspruch, eine neue umfassende politikwissenschaftliche Theorie zu entwickeln (Easton 1953: 4–5). Neben der bereits oben angeführten Kritik an der Politikwissenschaft, die Easton in dieser Monographie noch detaillierter ausführt, stellt er fest, dass der Begriff des Politischen unzureichend geklärt worden ist und es der Disziplin damit an verbindenden inhaltlichen Elementen fehle. Easton schlägt nun vor, das politische System als Grundlage der Abgrenzung der Politikwissenschaft von anderen Sozialwissenschaften einzuführen (ebd.: 60–61).⁸¹ Politische Systemtheorie zu betreiben hat für Easton dabei erstens eine analytische Dimension, die darin besteht, die relevanten Variablen zu identifizieren, die das politische System von anderen Subsystemen der Gesellschaft unterscheidbar machen. Zweitens hat die systemtheoretische Herangehensweise eine empirische Dimension: Es ist ihre Aufgabe, Aussagen über die Kausalzusammenhänge eben dieser relevanten Variablen auf der Basis der Betrachtung der politischen Realität zu treffen (ebd.: 97–98). Für beide Dimensionen gilt, dass nicht die spezifischen Strukturen und Prozesse einzelner politischer Systeme im Fokus stehen, sondern allgemeine, für alle politischen Systeme – Demokratien wie Autokratien – gültige Formulierungen gefunden werden sollen (ebd.: 319).⁸²

Zentral für die Unterscheidung des politischen Systems von anderen sozialen Subsystemen ist für Easton der Begriff der Policy, den er wie folgt definiert:

„The essence of a policy lies in the fact that through it certain things are denied to some people and made accessible to others. A policy, in other words, whether for a society, for a narrow asso-

⁸⁰ Auch wenn Easton sich selbst in seinen späteren Werken als Post-Behavioralist positionierte, wird er doch immer noch im Wesentlichen mit seinen behavioralistischen Grundsätzen assoziiert (Czerwick 2011: 142). Die Bezeichnung von Easton als Post-Behavioralist hat sich demnach in der sich auf Easton beziehenden Literatur nicht durchsetzen können.

⁸¹ Die Konzepte des Staates und der Macht lehnt Easton als verbindende Elemente ab, weil es auch seiner Sicht auch Politik ohne Staat (Easton 1953: 111) und ohne Macht (ebd.: 117) gibt.

⁸² Dieter Fuchs macht die Tatsache, dass Easton versucht, seine Theorie für alle möglichen Systeme gleichermaßen zu formulieren, wesentlich für die heute eher geringe Bedeutung seines Ansatzes verantwortlich. Aufgrund Eastons „indifference towards differences in the system of government“ (Fuchs 2002b: 50) sei es beispielsweise unmöglich, die Transformationsprozesse von autokratischen zu demokratischen Systemen zu erklären. Fuchs hält daher eine Konkretisierung von Eastons Theorie mit Bezug auf demokratische Systeme für sinnvoll (ebd.: 52).

ciation, or for any other group, consists of a web of decisions and actions that allocates values.“
(ebd.: 129–130)

Offenbar beinhalten politische Entscheidungen für Easton demnach immer eine Allokation von Werten. Er hat dabei ein weites Verständnis des Wertebegriffs:

„Nicht nur materielle Güter, auch Macht, Bildung und Prestige nennt er als Beispiele für Werte. Entscheidend für die Behandlung als Wert ist, dass sie von Personen für wertvoll gehalten werden, wozu unter anderem gehört, dass sie nicht unbegrenzt verfügbar, also knapp sind.“ (Fuhse 2005: 28)⁸³

Ebenso wie für das ökonomische System ist damit Knappheit von Werten der Ausgangspunkt, der die politische Allokation notwendig macht. Diese setze aber genau dann ein, wenn die private Allokation durch das Wirtschaftssystem, also eine autonome Allokation, nicht wirksam sei (Easton 1965a: 80).⁸⁴ Eastons Gesellschaftsbegriff ist dabei eng an den Begriff des politischen Systems gebunden. Unter Gesellschaft versteht er im Grunde eine große Gruppe von Menschen, die zusammenleben und die Probleme dieses Zusammenlebens gemeinsam lösen. Jede Gesellschaft beschäftige sich dementsprechend mit der autoritativen Verteilung von Werten (Easton 1953: 134). Die Definition von Politik als „authoritative allocation of values for a society“ (ebd.: 135) zieht sich darauf folgend durch Eastons gesamtes politikwissenschaftliches Werk. Interessant sind an dieser Definition zwei Aspekte: zum einen ihre funktionalistische Ausrichtung – die Verteilung von Werten stellt für Easton schließlich die Funktion der Politik dar (Fuhse 2005: 28–29). Damit hebt sich Easton deutlich von anderen, insbesondere am Macht- oder Staatsbegriff orientierten Politikverständnissen ab. Zum anderen ist die „stark distributive Sicht des Politischen“ (ebd.: 28) bezeichnend für Eastons Theorie des politischen Systems, was für die spätere Zusammenführung mit dem Solidaritätsbegriff von Bedeutung sein wird. Erste Grundzüge eines Modells des politischen Prozesses präsentiert Easton mit dem Artikel „An Approach to the Analysis of Political Systems“ von 1957. In den beiden Monographien von 1965 („A Framework für Political Analysis“ und „A Systems Analysis of Political Life“) geht Easton dann auf alle einzelnen Elemente detaillierter ein.⁸⁵ Die Erläuterung der systemtheoretischen Grundannahmen ist für das Verständnis seines Modells besonders wichtig. Dazu gehört zunächst die Konkretisierung des Begriffs des politischen Systems als soziales Subsystem. Als Analyseeinheiten sozialer Systeme werden soziale Interaktionen verstanden. Als Elemente des politischen Systems definiert Easton dem-

⁸³ Auch Edwin Czerwick interpretiert den Wertebegriff von Easton im weiten Sinne. An seiner Erläuterung wird deutlich, dass sich das politische System vom ökonomischen System insbesondere in der Allokation von nicht-materiellen Werten unterscheidet: „Die Wertproblematik wird unausweichlich schon allein dadurch aufgeworfen, dass jede Entscheidung alternative Möglichkeiten beinhaltet. Insofern geht es bei politischen Entscheidungen nicht allein um die Verteilung materieller Güter, sondern immer auch um die Verteilung gesellschaftlicher Normen und Werte, wie zum Beispiel Gerechtigkeit, Gleichheit oder Freiheit, welche ebenfalls einzelnen gesellschaftlichen Gruppen sehr unterschiedlich zugutekommen können.“ (Czerwick 2011: 106)

⁸⁴ Der entscheidende Unterschied zum ökonomischen System, ergänzt Easton an dieser Stelle, ist die Tatsache, dass das politische System die Autorität besitze, die von ihr vorgenommene Allokation verbindlich für eine ganze Gesellschaft festzulegen, so dass ihre Mitglieder sich daran halten müssen (Easton 1953: 132).

⁸⁵ Jan Fuhse bezeichnet diese beiden Monographien als „den Kern des Eastonschen Werkes und die umfangreichste Darstellung seines Modells des politischen Systems“ (Fuhse 2005: 26).

nach politische Interaktionen – Interaktionen, die auf das Treffen von gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen ausgerichtet sind.⁸⁶

Für das politische System gilt, dass Personen erst durch ihre politischen Interaktionen zu Mitgliedern des politischen Systems werden (Easton 1965a: 57). Dieter Fuchs fasst diesen Ansatz wie folgt zusammen:

„People who are involved in such interactions, i.e., people performing political roles, become members of the system through their actions. They do not belong to the system as human beings but as role players.“ (Fuchs 2002b: 38)

Die Mitglieder eines politischen Systems sind demnach diejenigen Personen, die politische Rollen innehaben, also einen Bezug zu gesamtgesellschaftlich verbindlichem Entscheiden haben (Easton 1965a: 57).⁸⁷

Das politische System wird mit der Fokussierung auf Interaktionen zu einem analytischen Instrument mit empirischem Bezug:

„But regardless of the structural expression of behavior, all systems must be interpreted as abstractions from reality, empirically relevant but isolating only a part of the phenomenal world.“ (ebd.: 44–45)

Mit der Betonung von Interaktionen statt politischen Akteuren als Analyseeinheiten geht aber keineswegs eine Negierung der Bedeutung letzterer einher:

„So betont er, dass Menschen nicht quasi-automatisch die systemischen Prozesse ausführen. Stattdessen wägen die politischen Akteure ihre Handlungen ab. Sie kontrollieren die Routinen des politischen Systems nicht nur – sie wandeln sie unter Umständen auch wohlüberlegt ab und können so die Ziele des Systems und sogar dessen Strukturen ändern. Deswegen spielen persönliche Motive und Überlegungen – der subjektive Sinn des Handelns – im politischen System durchaus eine Rolle.“ (Fuhse 2005: 31)

Zwei weitere Aspekte sind neben dem Akteursverständnis wichtig für den Systembegriff bei Easton. Erstens sind die Elemente eines Systems, also die Interaktionen, durch Interdependenz gekennzeichnet. Interdependenz meint dabei vor allem, dass sich die Veränderungen eines Systemelements auf die anderen Systemelemente auswirken. Sie lassen sich daher isoliert betrachtet nicht begreifen, sondern müssen für die Analyse in Bezug zu den anderen Systemelementen und zum System als Ganzem gesetzt werden (Easton 1957a: 383).

Der zweite wesentliche Aspekt des Systembegriffs bezieht sich auf das Verhältnis des Systems zu seiner Umwelt. Erst durch die Abgrenzung von der Umwelt erhält das System eine eindeutig definierbare Identität. Die Umwelt des politischen Systems besteht dabei aus anderen sozialen Systemen, wie beispielsweise der Wirtschaft, der Kultur oder den Familien (ebd.: 388). Der Austausch des politischen Systems mit seiner Umwelt ist ganz wesentlich für Eastons Modell des politischen Prozes-

⁸⁶ 1957 spricht Easton noch von „political actions“ (1957a: 385), später dann von „political interactions“ (1965a: 57, 1965b: 39) als Analyseeinheit des politischen Systems. Damit rückt er den Bezug des individuellen politischen Handelns auf andere Individuen und damit den Aspekt der Interdependenz der Handlungen stärker in den Mittelpunkt.

⁸⁷ Easton spricht an verschiedenen Stellen von den „politisch relevanten Systemmitgliedern“ (1965a: 57, 1965b: 136), die Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Easton klärt leider nicht auf, wie er den Begriff der Relevanz hier versteht.

ses. Die Einflüsse der Umwelt auf das politische System bezeichnet Easton als Inputs, und umgekehrt, die Einflüsse des politischen Systems auf seine Umwelt als Outputs.⁸⁸ Diese beiden Begriffe sind bei Easton zentral:

„Without inputs the system can do no work; without outputs we cannot identify the work done by the system. The specific research tasks in this connection would be to identify the inputs and the forces that shape and change them, to trace the processes through which they are transformed into outputs, to describe the general conditions under which such processes can be maintained, and to establish the relationship between outputs and succeeding inputs of the system.“ (ebd.: 385–386)

Als Outputs des politischen Systems bezeichnet Easton die politischen Entscheidungen, die er – gemäß der Definition des Politikbegriffs – als „authoritative allocations of values or binding decisions and the actions implementing and related to them“ (Easton 1965a: 126) spezifiziert. Die Handlungen der politischen Autoritäten haben demnach eine gesonderte Stellung für das politische System: Sie sind diejenigen, die die Outputs produzieren, welche das System verlassen (Easton 1965b: 349).⁸⁹

Die Einflüsse der Umwelt – die Inputs – bezeichnet Easton auch als „disturbances“ (Easton 1965a: 109), also Störungen für das politische System, auf die es reagieren muss. Die Inputs verleihen dem politischen System dadurch seinen dynamischen Charakter:

„They furnish it both with the raw material or information that the system is called upon to process and with the energy to keep it going.“ (Easton 1957a: 387)

Easton unterteilt die Inputs in „demands“ und „support“ (ebd.), also Forderungen an und Unterstützung des politischen Systems. Politische Forderungen definiert Easton näher als „articulated statements, directed toward the authorities, proposing that some kind of authoritative allocation ought to be undertaken“ (Easton 1965a: 120).⁹⁰ Sie entstehen aus den Erfahrungen, die Menschen in anderen sozialen Systemen, wie der Wirtschaft oder der Familie, machen und beeinflussen ihre Erwartungen an das politische System (Easton 1965b: 53).⁹¹ Forderungen beziehen sich entweder auf politische Inhalte oder auf die Autoritäten selbst und werden entweder explizit verbal geäußert oder ergeben sich implizit aus nicht-verbalen Handlungen (ebd.: 39–40).

Politische Forderungen stellen gewissermaßen den Grund dar, warum ein politisches System sich überhaupt erst herausbildet und politische Aktivität stattfindet. Die Konflikte, die aus unterschiedli-

⁸⁸ Easton fügt als spezielle Form des Inputs die „withinputs“ (1957a: 389) hinzu, welche nicht von der Umwelt auf das politische System einwirken, sondern innerhalb des politischen System selbst entstehen und auf dieses einwirken: „Insofar as things happening within a system shape its destinies as a system of interactions, it will be possible to take them into account as they are reflected through the inputs of the members of a system. It does not seem reasonable to speak of these events as inputs since they already occur within the system rather than outside. For the sake of logical consistency we might call them ‚withinputs‘.“ (1965a: 114)

⁸⁹ Die konkreten Wirkungen der Outputs auf die Umwelt werden als Outcomes bezeichnet und müssen von diesen analytisch getrennt werden (Easton 1965b: 351).

⁹⁰ Easton unterscheidet des Weiteren nach internen und externen Forderungen an das politische System – je nachdem, ob diese aus der Umwelt oder aus dem System selbst heraus entstehen (1957a: 387–388).

⁹¹ Diese Annahme gilt nur nicht für interne Forderungen, die durch „Erfahrungen und Aktivitäten in ausschließlich politischen Rollen“ (Easton 1965b: 55) entstehen, also „withinputs“ darstellen.

chen Forderungen entstehen, bezeichnet Easton als „Fleisch und Blut aller politischen Systeme“ (Easton 1965b: 48). Forderungen allein halten das politische System aber nicht am Leben:

„They are only the raw material out of which finished products called decisions are manufactured. Energy in the form of actions or orientations promoting and resisting a political system, the demands arising in it, and the decisions issuing from it must also be put into the system to keep it running. This input I shall call support.“ (Easton 1957a: 390)

Ebenso wichtig wie die Forderungen ist demnach die Unterstützung des politischen Systems. Easton unterscheidet dabei zwischen drei Objekten im politischen System, denen Unterstützung entgegen kommen kann: der politischen Gemeinschaft, dem Regime und den Autoritäten. Weil das Konzept der Systemunterstützung für diese Arbeit so zentral ist, wird es im nächsten Teilkapitel näher erläutert.

Input und Output sind die Variablen, die das politische System mit seiner Umwelt verbinden. Das politische System selbst stellt sich dabei als Ort dar, an dem Inputs in Outputs umgewandelt werden (Easton 1965a: 112). Was im politischen Prozess innerhalb des Systems selbst passiert, nennt Easton daher den „conversion process“ (ebd.: 132), geht aber nicht näher auf spezifische Prozesse und Strukturen ein.⁹² Zentral für das Verständnis des politischen Prozesses sind für ihn hingegen die Rückwirkungen, die die politischen Entscheidungen – die Outputs – auf die Umwelt und schließlich wieder auf die Entstehung neuer Inputs haben. Easton bezeichnet diesen Rückwirkungsprozess als „Feedback-Schleife“ (Easton 1965b: 366). Outputs bewirken demnach entweder Zufriedenheit oder Unzufriedenheit bei den Mitgliedern eines politischen Systems und beeinflussen die Unterstützung, die sie ihm entgegen bringen. Die Outputs befriedigen bestehende politische Forderungen oder lassen neue entstehen. Die in diesem Prozess übermittelten Informationen aus der Umwelt an das politische System ermöglichen es ihm, sein Verhalten an veränderte Bedingungen anzupassen (ebd.: 467). Insgesamt ergibt sich so das dynamische Modell des politischen Systems („flow model of the political system“, ebd.: 29):

⁹² Die Tatsache, dass Easton nicht näher beschreibt, was im Inneren des politischen Systems passiert, wurde zu einem der am meisten artikulierten Kritikpunkte an seiner Theorie (Waschkuhn 2005: 253–254). So monierte beispielsweise Wolf-Dieter Narr, „daß das System innerhalb seiner Grenzen nahezu völlig leer gähnt, ausgefüllt allenfalls von einem im Dunkeln sich vollziehenden Prozeß der Transformation von *demands* zu *issues*, der Wege des *support* zu den *authoritatives* und der Einwirkung letzterer auf die Binnenvorgänge.“ (Narr 1967: 439). Auch Michael Th. Greven kritisiert: „Die vergleichsweise noch nicht einmal radikaldemokratische Frage nach der inneren Beschaffenheit dieses politischen Entscheidungszentrums [...] unter den Aspekten Interessenberücksichtigung, Transparenz, Mitbestimmung und Bürokratisierung, um nur einige zu nennen, wird von D. Easton völlig außer Acht gelassen.“ (Greven 1974: 81) In seinen späteren Texten nahm Easton diese Kritik auf und unternahm den Versuch, sich den Entscheidungsstrukturen und -prozessen detaillierter zu widmen (Fuhse 2005: 51).

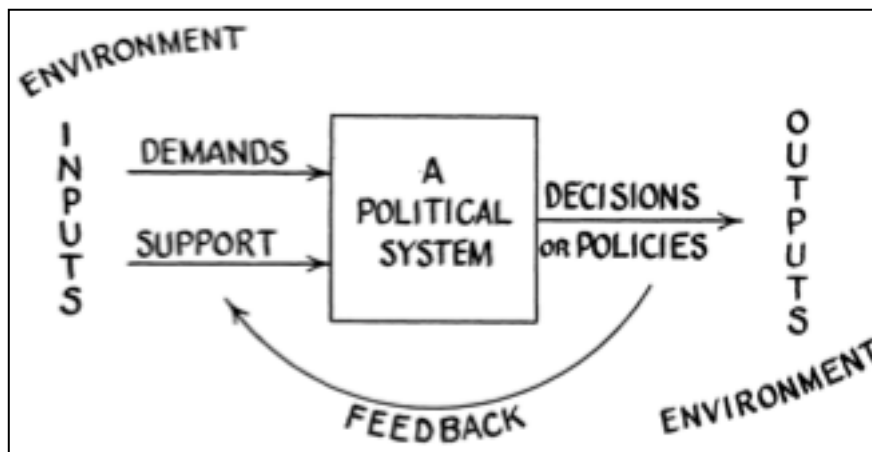


Abbildung 1: Flussmodell des politischen Systems (Easton 1957a: 387)

Nachdem sich Easton in „An Approach to the Analysis of Political Systems“ (1957a) vor allem der Dynamik des politischen Prozesses zugewandt hatte, erklärt er die Frage nach der Stabilität des politischen Systems in den Monographien von 1965 zur zentralen Frage der politischen Analyse (Easton 1965a: 55, 1965b: 15). Wenn sich die Umwelt des politischen Systems permanent verändert und damit auch die Einflüsse auf das System einer stetigen Dynamik unterworfen sind: Wie gelingt es dem politischen System dennoch, weiterhin zu existieren? Easton geht diese Problematik zunächst dadurch an, dass er sich mit der Antithese beschäftigt: Wenn es nur zwei Möglichkeiten für ein politisches System gäbe, nämlich vollkommen zu verschwinden oder unverändert und in vollkommener Stabilität fortzubestehen, wie könnte man diesen Fortbestand dann verstehen (Easton 1965a: 82)? Nur zwei Varianten sind für dieses Gedankenspiel des absolut stabilen politischen Systems möglich: dass es in einer vollkommen unveränderlichen Umwelt existiert oder dass es ihm gelingt, sich von sämtlichen internen und externen Forderungen abzuschirmen (ebd.: 83–84). An diesem Punkt beendet Easton das Gedankenspiel: Beide Varianten sind aus seiner Sicht nicht mit der gesellschaftlichen und politischen Realität vereinbar. Weder eine starre Stabilität des politischen Systems, noch seiner Umwelt ist vorstellbar. Der Begriff der Persistenz des politischen Systems impliziert sogar, dass sich das System permanent wandeln und anpassen muss, um fortzubestehen:

„Persistence implies something less than a perfectly static condition; it is not incompatible with change. Indeed, in most cases, even in the not-so-long run, if a system is to persist, it must be able to change or adapt itself to fluctuating circumstances. It cannot expect to be able to fend off all disturbances.“ (Easton 1965a: 84)

Dennoch beinhaltet der Begriff der Persistenz eine Dimension der Stabilität. Strukturen und Prozesse können sich ändern, das politische System ist aber nur dann persistent, wenn es kontinuierlich dazu in der Lage ist, seine wichtigste Funktion zu erfüllen: allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen. Insbesondere am Begriff der Persistenz wird daher die funktionalistische Ausrichtung von Eastons Theorie des politischen Systems deutlich (Czerwick 2011: 128; Fuhse 2005: 33–34; Klingemann 2002: 23). Der Drang der politischen Akteure, eben diese Funktion des politischen Systems aufrecht

zu erhalten, ist laut Easton dabei nicht zu unterschätzen (Easton 1965a: 81). Trotzdem schließt Easton den Zusammenbruch von politischen Systemen nicht aus:

„Stress will be said to occur when there is a danger that the essential variables will be pushed beyond what we may designate as their critical range. What this means is that something may be happening in the environment – the system suffers total defeat at the hands of an enemy, or widespread disorganization in and disaffection from the system is aroused by a severe economic crisis. Let us say that as a result, the authorities are consistently unable to make decisions or if they strive to do so, the decisions are no longer regularly accepted as binding. Under these conditions, authoritative allocations of values are no longer possible and the society would collapse for want of a system of behavior to fulfill one of its vital functions.“ (Easton 1965b: 24)

Die Persistenz eines politischen Systems hängt für Easton daher im Wesentlichen davon ab, wie es auf Veränderungen in seiner Umwelt reagiert und ob es in der Lage ist, seine Prozesse und Strukturen an diese veränderten Bedingungen anzupassen oder nicht (Easton 1965a: 25). Der Begriff des Stresses – Arno Waschkuhn übersetzt den Begriff mit „Spannungssituationen“ (Waschkuhn 2005: 253) – spielt hier also eine wichtige Rolle. Nicht alle Veränderungen in der Umwelt sind für das politische System relevant, nur solche, die eine potenzielle Gefahr für die Persistenz des Systems darstellen (Easton 1965a: 90).

Easton konkretisiert den Stress-Begriff anhand zweier Formen von Input. Demnach können Spannungssituationen durch problematische politische Forderungen oder durch mangelnde Systemunterstützung ausgelöst werden. Stress durch politische Forderungen kann Easton zufolge zwei Ursachen haben: erstens einen „output failure“ (ebd.: 120), also ein Versagen in Bezug auf politische Entscheidungen, oder zweitens einen „demand-input overload“ (ebd.), also eine Überlastung durch zu viele Forderungen, die an das politische System gestellt werden. Ein Output-Versagen kann ganz unterschiedliche Gründe haben. Immer geht es dabei aber darum, dass es den Autoritäten nicht gelingt, Forderungen, die an sie gestellt werden, in politische Entscheidungen umzusetzen, entweder, weil sie gar nicht oder nicht vorausschauend handeln, oder weil sie aus der Sicht der Systemmitglieder nicht angemessen reagieren (Easton 1965b: 230–231). Auch eine Überlastung durch zu viele Forderungen kann die Ursache für ein derartiges Versagen sein: Wenn im System die Kapazitäten fehlen, um auf alle Anforderungen zu reagieren, werden einige Forderungen unbeachtet bleiben und dadurch Unzufriedenheit mit den Autoritäten bei den anderen Systemmitgliedern nach sich ziehen (ebd.: 59–60).

Auf Dauer können derartige Unzufriedenheiten zu einem Rückgang der Systemunterstützung führen, was die zweite Form des Stresses darstellt:

„Where such support threatens to fall below a minimal level, regardless of the cause, the system must either provide mechanisms to revive the flagging support or its days will be numbered.“ (Easton 1965a: 124)

Politische Systeme haben drei verschiedene Möglichkeiten, um auf den Stress zu reagieren, der einen Rückgang der Systemunterstützung unter seinen Mitgliedern bedeuten kann. Sie können erstens Strukturen und Prozesse so verändern, dass ihnen wieder mehr Unterstützung zukommt. Zweitens

können sie eine Grundlage an diffuser Unterstützung schaffen, die von Unzufriedenheit mit vereinzelten Outputs nicht erschüttert werden kann. Drittens können sie Outputs generieren, die die Forderungen der Mitglieder befriedigen und so eine spezifische Form der Unterstützung generieren (ebd.: 124–125).⁹³

An beiden Formen von Stress wird deutlich, dass der Fluss an Informationen über Veränderungen der Umwelt und des Systems selbst für die Autoritäten besonders wichtig ist:

„It is clear that, first, the authorities in the system [...] would need to know the conditions prevailing in the environment as well as in the system itself. In this way they could act so as to anticipate any circumstances that might lead to the withdrawal of support [...]. Second the authorities must also seek to acquire information about the supportive state of mind of the members and the demand being voiced at least by the politically influential members of the system.“ (ebd.: 128)

Eine funktionierende Feedback-Schleife ist auch für die Persistenz des politischen Systems ganz entscheidend: Informationen über die Wirkung der Outputs auf die Umwelt müssen vollständig weitergeleitet werden. Für die Fähigkeit, Unterstützung für das Handeln der politischen Autoritäten zu erzeugen, reicht eine funktionierende Feedback-Schleife aber nicht aus. Ganz wesentlich ist auch, wie die Autoritäten auf das Feedback reagieren. Ob ihre Reaktion als angemessen angesehen werden kann, hängt davon ab, ob sie willens und fähig sind, sich in die Input-leistenden Systemmitglieder hineinzusetzen und sich an ihren Vorstellungen zu orientieren (Easton 1965b: 440). Die Bereitschaft und Fähigkeit der Autoritäten, sich an den Vorstellungen der Systemmitglieder zu orientieren, bezeichnet Easton auch als Responsivität (ebd.: 433–434). Zusätzlich zu einer funktionierenden Feedback-Schleife und der Responsivität der politischen Autoritäten spielen auch die Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, eine wichtige Rolle für die Outputs, die sie als Reaktion generieren (ebd.: 448).

Der Begriff der Persistenz, der hier vorgestellt wurde, war einer der wesentlichen Angriffspunkte für Eastons Kritiker. Die starke Fokussierung des Begriffs auf die Erhaltung des politischen Systems führte zu dem Vorwurf, der Ansatz sei unkritisch gegenüber bestehenden Herrschaftsverhältnissen und auf den Aspekt der Regierbarkeit beschränkt (Waschkuhn 2005: 255). Der funktionalistische Politikbegriff erinnere dabei an eine kapitalistische Verwertungslogik (Czerwick 2011: 25). Dieser Kritikpunkt ist vor dem historischen Hintergrund der Politikwissenschaft in den 1960er Jahren zu verstehen. Die unter anderem durch die Studentenbewegung „erstarkte kritisch-emanzipatorische Politikforschung“ (Fuhse 2005: 24) sah es gerade als eine zentrale Aufgabe der Politikwissenschaft an, bestehende Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen und eine normativ orientierte Demokratietheorie zu betreiben. Eastons eher technokratisches Vokabular sowie die Tatsache, dass er in seinen behavioralistisch orientierten Werken gerade die Wertfreiheit seiner Forschung betonte, boten daher einige Angriffsfläche für seine Kritiker. Michael Th. Greven unterstellt Easton daher auch einen „gouvernementalen Blickwinkel“ (Greven 1974: 82):

⁹³ Der Unterschied zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung wird in Kapitel 2.2.3 näher erläutert.

„Die Herrschaftsproblematik kann von D. Easton in diesem Sinne gar nicht erfaßt werden, da er allein auf der Systemebene argumentiert; das gesellschaftliche Individuum mit seinen Ansprüchen, bei der ‚allocation of values‘ berücksichtigt zu werden, ist aus seiner Analyse vollständig ausgeblendet. Seine Artikulation von Bedürfnissen und Interessen tritt nur in bezug auf die Entscheidungskapazitäten des politischen Systems in Erscheinung und wird demzufolge nicht im Hinblick auf seine Legitimität aus der Sicht der Individuen, sondern nur im Hinblick auf die Belastungen für die Kapazitäten des Systems thematisiert.“ (ebd.: 97)

Easton vernachlässige dabei zusätzlich die Tatsache, dass Interessen in Abhängigkeit von ihrem Organisationsgrad und der Artikulationsfähigkeit ihrer Vertreter ungleiche Chancen der Durchsetzung hätten (ebd.: 80).

Nimmt man Easton insofern ernst, als dass tatsächlich nicht der Erhalt konkreter Strukturen im Mittelpunkt steht, sondern nur die politische Entscheidungsfähigkeit an sich, muss dieser Kritikpunkt abgemildert werden, schließlich ist Eastons Ansatz auch mit der Möglichkeit von Systemwechseln und dem Austausch von Autoritäten vereinbar. Dennoch ist es richtig, dass die systemtheoretische Fokussierung auf politische Interaktionen anstatt auf Individuen aus demokratietheoretischer Sicht die Gefahr birgt, die Bedürfnisse der individuellen Bürger und ihre Partizipationsmöglichkeiten außer Acht zu lassen. Eastons Ansatz ist in dieser Hinsicht eher für Fragen, die das System an sich in den Mittelpunkt rücken, geeignet.

Andere Kritiker warfen Easton vor, dass sein Ansatz im Wesentlichen mit Metaphern, Analogien und Heuristiken arbeite, aber kaum Zusammenhänge erklären oder neue Erkenntnisse erzeugen könne (Gregor 1968: 430–431; Narr 1967: 435).⁹⁴ Durch den hohen Abstraktionsgrad sei eine Überprüfung seiner Aussagen kaum möglich (Waschkuhn 2005: 257). Der Bezug zur politischen Realität würde nicht deutlich (Czerwick 2011: 24; Fuchs 2002b: 51). Auch dieser Kritikpunkt ist insofern zulässig, als dass Easton seine einzelnen Modellkomponenten kaum konkretisiert.⁹⁵ Allerdings ist dies auch nicht sein Anspruch: Wie vor allem in „The Political System“ (1953) formuliert, ist es Eastons Ansatz, eine allgemeine Theorie zu entwerfen, die insofern empirisch orientiert ist, als dass sie für konkrete empirische Analysen eine Anwendungsgrundlage bietet. Der Ansatz stellt an sich selbst aber nicht den Anspruch, bereits konkrete Anwendungsbeispiele zu liefern. Der Abstraktionsgrad der Theorie bietet dabei einen gewissen Spielraum, bestimmte Teilbereiche der Theorie konkreter auszuformulieren, um sie für empirische Analysen brauchbar zu machen. Diese Vorgehensweise soll auch für die vorliegende Arbeit genutzt werden. Zunächst wird das Konzept der Systemunterstützung als der wesentliche Faktor für die Systempersistenz vorgestellt. Schließlich wird der Teilaspekt der Unterstützung für die politische Gemeinschaft näher betrachtet, weil hier ein Schlüssel für den konkreten Rahmen der

⁹⁴ Dieter Senghaas bezeichnet es allerdings auch als eine Stärke von Eastons Ansatz, dass dieser hauptsächlich beschreibenden und weniger erklärenden Charakter hat: „Eastons Systemanalyse politischen Lebens ist einer der ganz wenigen umfassenden wie systematischen Beiträge zur Deskription politischer Systeme und politischen Verhaltens, und in diesem Sinne hat diese Variante der Systemtheorie, die auch eine Reihe von interessanten kybernetischen Annahmen enthält, wirklich eine Lücke in der Diskussion geschlossen.“ (Senghaas 1968: 58–59)

⁹⁵ Dies gilt nicht für den Prozess der Sozialisierung, welchem sich Easton ausführlich in seinen Texten zum politischen Lernen von Kindern widmet (u.a. Easton und Dennis 1969).

Stabilität des politischen Systems der EU gesehen wird. Abschließend wird die Übertragbarkeit von Eastons Modell des politischen Prozesses auf die supranationale Ebene diskutiert.

2.2.3 Das Konzept der Systemunterstützung

Das Konzept der Systemunterstützung („support“) als eine Form des Inputs in das politische System spielt eine zentrale Rolle in Eastons politischer Systemtheorie und wurde von vielen späteren empirischen Studien aufgegriffen:

„Anhänger wie Kritiker sehen denn auch das Konzept des Supports als die zentrale Komponente der Eastonschen Theorie.“ (Fuhse 2005: 54)

Easton selbst erkannte diese Bedeutung des Begriffs in den Reaktionen auf seine Publikationen und widmete sich der Systemunterstützung unter anderem in den Artikeln „A Re-Assessment of the Concept of Political Support“ (1975) und „Theoretical Approaches to Political Support“ (1976) noch einmal explizit. Die Definition des Begriffs, die Easton 1965 formulierte, war noch relativ stark am alltagssprachlichen Begriff der Unterstützung orientiert:

„We can say that A supports B either when A acts on behalf of B or when he orients himself favorably toward B. B may be a person or group; it may be a goal, idea, or institution. I shall designate supportive actions as overt support and supportive attitudes or sentiments as covert support.“ (Easton 1965b: 159)

1975 formulierte er dann eine wesentlich spezifischere Definition:

„[...] [W]e can describe support as an attitude by which a person orients himself to an object either favorably or unfavorably, positively or negatively. Such an attitude may be expressed in parallel action. In short, in its common usage support refers to the way in which a person evaluatively orients himself to some object through either his attitudes or his behavior.“ (Easton 1975: 436)

Aus beiden Definitionen wird deutlich, dass Easton zwei Formen von Unterstützung unterscheidet – die offene, direkte Form, die sich durch unterstützende Handlungen äußert und die indirekte Form, die sich in Einstellungen und Gefühlen widerspiegelt. Als Beispiele für Handlungen, an denen das Ausmaß an Systemunterstützung zu erkennen sei, nennt Easton unter anderem die Mitgliedschaft in Organisationen, die Anzahl an Aufständen oder Revolutionen, aber auch das Ausmaß an Emigration oder separatistischen Bewegungen.⁹⁶ Diese unterscheiden sich von den systemunterstützenden Einstellungen in ihrer Beobachtbarkeit: unterstützende Handlungen sind für den Beobachter direkt sichtbar, unterstützende Einstellungen hingegen nicht. Sie könnten allerdings mithilfe von Umfragen erhoben werden (Easton 1965b: 163). Diese indirekte Form der Unterstützung erläutert Easton näher:

„A person may possess a supportive frame of mind with respect to others or to some object. If we wish, we may call this an internal form of behavior, an orientation that takes the shape of a set of

⁹⁶ Easton räumt gleichzeitig ein, dass es sehr schwer sei, das Ausmaß an systemunterstützenden Handlungen zusammenfassend zu messen: „Although critical measurement problems would exist with regard to the construction of a single overall index or to a decision favoring the division of indicators into a variety of independent measures, the illustration of possible types does help to provide a concrete image of the kinds of overt activities from which the level of support might be inferred.“ (1965b: 163)

attitudes or predispositions or a readiness to act on behalf of someone or something else.“ (ebd.: 160)

Für das politische System ist diese „versteckte“ Form der Unterstützung besonders wichtig, weil sie zum Schutz des Systems oder seiner Bestandteile aktiviert werden kann:

„In many cases, the ability to detect accurately the existence of covert support, or supportive states of mind, is far more important than its actual expression in overt behavior. [...] the continuing activities of the leaders or authorities may well be based on the premise that if necessary, the members can be roused in visible and active defense of one or another aspect of the system.“ (ebd.: 161)

Wie bereits oben angedeutet, unterscheidet Easton weiterhin zwischen drei unterschiedlichen Objekten der Unterstützung im politischen System: den politischen Autoritäten, dem Regime und der politischen Gemeinschaft. Die politischen Autoritäten schließen einerseits diejenigen Inhaber politischer Rollen ein, die die allgemeinverbindlichen Entscheidungen treffen – also im Wesentlichen Regierungsmitglieder.⁹⁷ Neben den politischen Akteuren im engeren, auf die Regierung bezogenen Sinne, gehören aber auch Mitglieder der Opposition und Verwaltung zum Begriff der politischen Autoritäten (Fuhse 2005: 40). Die politischen Autoritäten sind für die politischen Entscheidungen verantwortlich. Sie zu unterstützen bedeutet daher, die Verbindlichkeit ihrer Entscheidungen anzuerkennen (Easton 1965b: 212).

Das politische Regime hat einen weitreichenderen Charakter als die konkreten politischen Autoritäten. Durch das Regime wird festgelegt, welche Inhalte überhaupt in den politischen Entscheidungsprozess eingehen, wie diese verarbeitet werden und welche Personen und Institutionen daran beteiligt werden (ebd.: 192). Es umfasst die allgemeinen Regeln, nach denen in einem politischen System Konflikte über unterschiedliche politische Forderungen ausgetragen und schließlich in Entscheidungen umgewandelt werden (Easton 1957a: 392). Das mit dem Regime festgelegte Set an Regeln stellt gewissermaßen einen Konsens über die Angemessenheit politischer Inhalte und Strukturen dar, auf den sich die Systemmitglieder – Regierende wie Regierte – geeinigt haben, oder den sie zumindest still akzeptieren, um das System am Laufen zu halten (Easton 1965b: 192).

Das dritte Support-Objekt ist die politische Gemeinschaft („political community“, Easton 1957a: 391). Easton versteht darunter die Gemeinschaft der Systemmitglieder, die einander zugewandt und an einer gemeinsamen Entscheidungsfindung interessiert sind (ebd.). Die Bedeutung der politischen Gemeinschaft wird im nächsten Teilkapitel näher erläutert.

Easton unterscheidet die Systemunterstützung des Weiteren auch nach ihrem Umfang. Bezieht sich die Unterstützung auf einzelne politische Entscheidungen und die daraus resultierende Zufriedenheit oder Unzufriedenheit, handelt es sich um spezifischen Support:

⁹⁷ In seinem Artikel von 1957 spricht Easton bei diesem Objekt der Unterstützung noch von „government“ (1957a: 391), also von der Regierung. In allen späteren Texten verwendet er stattdessen den Begriff der Autoritäten (1965a: 124, 1965b: 157).

„[...] [A]t times, the input of support may flow as a consequence from some specific satisfactions obtained from the system with respect to a demand that the members make, can be expected to make, or that is made on their behalf. Where support is in this way a quid pro quo for the fulfillment of demands, I shall call it specific support.“ (Easton 1965b: 268)

Spezifischer Support bezieht sich also direkt auf die Arbeit der politischen Autoritäten. Das Konzept setzt dabei voraus, dass die Systemmitglieder grob wissen, wer die politischen Autoritäten sind und welche politischen Entscheidungen auf sie zurückzuführen sind. Außerdem müssen die Systemmitglieder in der Lage sein, einen Bezug zwischen ihren eigenen Bedürfnissen und Forderungen und dem Verhalten der Autoritäten herzustellen (Easton 1975: 437–439).

Die diffuse Systemunterstützung hingegen stellt eine generelle Einstellung gegenüber dem politischen System dar, die nicht von einzelnen Outputs abhängig ist:

„This analysis enables us to identify diffuse or unconditional attachment as a second type of support. As we have seen, specific support flows from the favorable attitudes and predisposition stimulated by outputs that are perceived by members to meet their demands as they arise or in anticipation. The specific rewards help to compensate for any dissatisfactions at failing to have all demands met. But simultaneously, members are capable of directing diffuse support toward the objects of a system. This forms a reservoir of favorable attitudes or good will that helps members to accept or tolerate outputs to which they are opposed or the effect of which they see as damaging to their wants.“ (Easton 1965b: 273)

Diffuse Systemunterstützung wird demnach auch aufrechterhalten, wenn einzelne Outputs nicht den Forderungen eines Systemmitglieds entsprechen. Sie basiert nicht – wie die spezifische Unterstützung – auf der Bewertung einzelner politischer Ergebnisse durch die Systemmitglieder, sondern wird von der Kindheit an über die lebenslange Sozialisation entwickelt und nur durch langfristige Tendenzen von politischen Outputs beeinflusst (Easton 1975: 444–445). Die diffuse Unterstützung stellt eine wichtige Grundlage für das politische System dar:

„[...] [I]t can be considered basic in a special sense. Whereas specific support is extended only to the incumbent authorities, diffuse support is directed towards offices themselves as well as towards their individual occupants. More than that, diffuse support is support that underlies the regime as a whole and the political community. In short, we are here drawing attention to support given to, or withheld from, those political objects that, for the understanding of political systems, have a theoretical significance very different from support for the incumbents of political offices alone.“ (ebd.: 445)

Während das Konzept des spezifischen Supports bei den Autoritäten ansetzt, bezieht sich das umfassendere Konzept der diffusen Systemunterstützung demnach auf alle drei Support-Objekte (Fuhse 2005: 42). Dabei drückt sich eine diffuse Unterstützung des Regimes oder der Autoritäten als allgemeines Vertrauen in diese Objekte aus. Dem Regime- oder Autoritäten-Vertrauen liegt laut Easton im Wesentlichen die Vorstellung der Legitimität dieser Objekte zugrunde. Darüber hinaus kann auch der Glaube an ein Gemeinwohl, für dessen Verwirklichung die politischen Autoritäten verantwortlich sind und das über partikularen Interessen steht, eine Grundlage der diffusen Systemunterstützung

sein (Easton 1965b: 311–312).⁹⁸ Der Glaube an ein Gemeinwohl veranlasst Systemmitglieder dazu, die Bedürfnisse und politischen Forderungen der anderen Systemmitglieder anzuerkennen und ihre individuellen Bedürfnisse dem Gemeinwohl unterzuordnen und ist somit Ausdruck der Unterstützung der politischen Gemeinschaft (ebd.: 315). Die Vorstellung eines Gemeinwohls erfüllt eine wichtige Funktion für das System:

„In this way, the idea and ideal of a common interest acts to trigger psychological mechanisms which justify acceptance of outputs that might otherwise lead to extreme dissatisfaction with the authorities and even the regime. It contributes to the diffuse support underlying the regime and authorities.“ (ebd.: 316)

Neben dem Glauben an ein Gemeinwohl ist ein „Wir-Gefühl, gemeinschaftliches Bewusstsein oder eine Gruppenidentifikation“ (Easton 1975: 447) Ausdruck der diffusen Unterstützung der politischen Gemeinschaft.

Laut Easton ist die diffuse Unterstützung aller drei Objekte für die Arbeitsfähigkeit der Autoritäten und damit für die Persistenz des politischen Systems besonders wichtig.⁹⁹ Ohne die Unterstützung der Autoritäten müssten für jede politische Entscheidung neue Personen gefunden werden, die diese treffen und umsetzen. Ohne die Unterstützung des Regimes käme keine Stabilität in den Entscheidungsregeln und -strukturen zustande und ohne einen gewissen Zusammenhalt der politischen Gemeinschaft wäre unklar, auf wen sich die allgemein verbindlichen Entscheidungen beziehen würden, womit ihre Akzeptanz in Gefahr geraten würde (Easton 1965b: 157). Außerdem ist es für politische Systeme aufgrund knapper Ressourcen schwierig, ihre Persistenz ausschließlich durch den Ausstoß an Outputs und die entsprechende spezifische Unterstützung aufrecht zu erhalten (ebd.: 269).

Umgekehrt haben politische Systeme für Easton aber auch die Möglichkeit, ein Fehlen oder einen Rückgang an Gemeinschaftssinn, Legitimitäts- oder Gemeinwohlvorstellungen durch die Produktion befriedigender Outputs auszugleichen (ebd.: 467). Auf diese Weise kann auch ein Zuwachs an spezifischem Support für die Persistenz eines politischen Systems bedeutsam sein:

„The authorities will be evaluated according to the extent to which these demands are perceived to have been met. Specific support arising in this way can be of considerable significance for the stability or change of a system. Conceivably a person may have little trust in the political authorities and may not even believe in their legitimacy. But, if he perceives that his demands have been met, he may be prepared to extend limited support to the particular incumbents in office.“ (Easton 1975: 438)

⁹⁸ Easton verwendet in diesem Zusammenhang hauptsächlich den Begriff des „common interest“ (1965b: 311), der hier mit „Gemeinwohl“ übersetzt wurde. Easton zählt aber auch weitere Begrifflichkeiten auf, die alle dasselbe Phänomen bezeichnen: „This is the conviction that there is something called the interest of the realm, the public, common, or national interest, the general, good and public welfare, or the good of the tribe, of ‘our people’.“ (ebd.: 311–312)

⁹⁹ Interessanterweise geht Easton davon aus, dass nicht alle einzelnen Systemmitglieder die Systemobjekte gleichermaßen unterstützen müssen, damit es weiterhin besteht. Aus seiner Sicht haben politische Eliten hier eine gesonderte Stellung: „Erosion of support may therefore occur through a complex network of relationships among elites rather than as a result of the individual direct withdrawal of support by members in a system. In this way, we once again see that the support of all members may not be necessary for the persistence of a political object or its change. In many important instances the support only of an influential few, interlocked through the system, need be taken into account, at least as long as these few are perceived to command the support of many others or to be able to assure their acquiescence.“ (1965b: 229)

Um beurteilen zu können, ob ein politisches System für seinen Fortbestand insgesamt ausreichend unterstützt wird, ist Easton zufolge eine differenzierte Analyse der Systemunterstützung notwendig:

„If we are to be able to analyze the ways in which support might contribute to the persistence of a system or stress upon it, we need to be able to do more than establish its presence or absence, whether the support be covert or overt. It becomes critical to adopt as our point of departure the assumption that it is possible to estimate varying degrees of support, even if crudely. Only under this condition would it be sensible to continue to talk about whether or not a system has enough support to enable it to persist as a way of making authoritative decisions for a society.“ (Easton 1965b: 161)

Um feststellen zu können, ob ein Mindestmaß an Unterstützung vorhanden sei, spielen aus seiner Sicht verschiedene Aspekte eine Rolle, wie die Anzahl der Mitglieder, die ein System unterstützen, ihre Machtposition, die Intensität ihrer unterstützenden Einstellungen, ihre Fähigkeit sowie ihre Bereitschaft, diese in Handlungen umzusetzen (ebd.: 169). An dieser Aufzählung wird deutlich, wie komplex die empirische Überprüfung von Eastons Annahme ist, dass es ein Mindestmaß an Unterstützung geben muss, damit ein politisches System fortbestehen kann.

Auch die Verteilung der Unterstützung auf die drei Objekte der politischen Gemeinschaft, des Regimes und der Autoritäten spielt hier eine Rolle. Dabei sind die drei Unterstützungsformen eng miteinander verwoben – die Unterstützung eines Objekts stellt laut Easton eine Funktion der Unterstützung der anderen beiden Objekte dar (Easton 1957a: 393). Er beschreibt verschiedene Situationen, in denen sich ein Rückgang an Unterstützung für ein Objekt auch auf die Unterstützung der anderen Objekte auswirken kann. Eine wachsende Unzufriedenheit mit den Autoritäten könne beispielsweise auch auf die Unterstützung des Regimes übergreifen (Easton 1965a: 119–120, 1965b: 231). Unzufriedenheit oder Zufriedenheit mit dem Regime wirke sich wiederum auch auf die Unterstützung der politischen Gemeinschaft aus:

„It is quite apparent that the fewer complaints members have about the regular processes and institutions through which demands are converted into outputs, [...] the more encouraged they will be to feel that the group with which they share the processes and institutions ought to be maintained intact. Alternatively, where members become discontented with the outputs of a regime, they may perhaps place the blame on the authorities at first but if the outputs persist in failing to meet what are considered just expectations, or if they are at once seen as being related to the nature of the regime, the temptation presents itself for the members to seek a change in the structure and norms of the regime itself. If they should find it impossible to achieve this or to bring about the desired changes in time, as a last resort some members may be driven to question the desirability of maintaining the political community itself in its existing form.“ (Easton 1965b: 320–321)

Die hier beschriebenen Mechanismen lassen vermuten, dass Easton von einem Stufenmodell ausgeht, nach dem die Unterstützung der Dimension der politischen Gemeinschaft grundlegend ist, die Unterstützung für das Regime darauf aufbaut und darauf wiederum die Unterstützung für die Autoritäten fußt.¹⁰⁰ Verschiedene Formulierungen legen nahe, dass Easton die Unterstützung der politi-

¹⁰⁰ Eine solche Interpretation von Easton legt beispielsweise auch Pippa Norris nahe, die für den englischsprachigen Raum als eine der wichtigsten Anwenderinnen von Eastons Modell gelten kann: „These elements [nation-state, regime, authori-

schen Gemeinschaft als eine Art Grundlage für das politische System versteht, ohne die es nicht existieren kann.¹⁰¹ Die Unterstützung der Autoritäten – das einzige Objekt, dem spezifische Unterstützung zuteilwerden kann – unterliegt potenziell den häufigsten Veränderungen, die Unterstützung für das Regime und die politische Gemeinschaft sind langfristiger angelegt, wobei sich das Regime häufiger wandelt als die politische Gemeinschaft:

„Authorities typically come and go, regimes or constitutional orders may change. In both cases the community may remain quite stable.“ (Easton 1965a: 179)

Im Kontrast zu der Annahme eines Stufenmodells argumentiert Easton an anderer Stelle, dass politische Autoritäten im Rahmen des Regimes eine Gruppe von Menschen verbinden könnten, bevor diese ein Bewusstsein über eine politische Gemeinschaft hätten (Easton 1965b: 186–187, 327). Es wird deutlich, dass Easton den politischen Eliten eine besondere Stellung gegenüber den weiteren Systemmitgliedern innerhalb der politischen Gemeinschaft bei der Systemunterstützung einräumt (ebd.: 228–229). In einem späteren Artikel von 1976 beschreibt Easton drei gleichermaßen mögliche Ansätze, die den Zusammenhang der Unterstützungsformen modellhaft beschreiben sollen – ein „tightly interconnected support universe“ (Easton 1976: 445) – von denen das „saliency model“ (ebd.), das der Unterstützung eines spezifischen Objektes eine herausragende Rolle beimesse, nur eines sei. Ebenfalls vorstellbar seien ein „sequential model“ (ebd.: 446), das die Reihenfolge von Veränderungen in der Unterstützung berücksichtige¹⁰² und ein „combinatorial model“ (ebd.), das bestimmte Kombinationen an Unterstützung in den Vordergrund rücke. Aufgrund dieser Ausführungen lässt sich Eastons Ansatz der Systemunterstützung kaum noch als Stufenmodell begreifen. Die Vorstellung eines eindeutigen Kausalverhältnisses zwischen den Unterstützungsformen kann Easton also nicht unterstellt werden.

Easton beschäftigt sich zwar intensiv mit der *Unterstützung* der drei Objekte. Auf die Entstehung und das Verhältnis der *Objekte* an sich geht er hingegen kaum weiter ein. So bleibt weitgehend unklar, wie sich Easton die Genese politischer Systeme vorstellt – ob beispielsweise erst eine politische Gemeinschaft entsteht, bevor sich ein politisches Regime herausbilden und politische Autoritäten auftreten können, oder nicht. Sein Ansatz baut vielmehr auf der Vorstellung auf, dass alle drei Objekte

ties – SB] can be understood to be related to each other, like Russian dolls, in an embedded model. According to this conceptualization, people could not pick and choose between different state agencies, approving of some parts, while rejecting others.“ (2011: 23)

¹⁰¹ Beispiele für diese Annahme liefern die folgenden beiden Zitate: „No political system can continue to operate unless its members are willing to support the existence of a group that seeks to settle differences or promote decisions through peaceful action in common. [...] To refer to this phenomenon we can speak of the political community.“ (Easton 1957a: 391) „The peculiar value of the concept [of the political community – SB] is that it conveys the latent notion that, underlying the functioning of all systems, there must be some cohesive cement – a sense or feeling of community amongst the members. Unless such sentiment emerges, the political system itself may never take shape or if it does, it may not survive.“ (Easton 1965b: 176)

¹⁰² Easton nennt hier sowohl ein Beispiel, bei dem ein Rückgang an Unterstützung der politischen Gemeinschaft am Anfang steht und von einem Rückgang an Unterstützung des Regimes und der Autoritäten gefolgt wird, als auch für einen Rückgang an Autoritäten-Unterstützung, der keine Auswirkungen auf die Unterstützung des Regimes und der Gemeinschaft hat wie für die Unterstützung einer zentralen Autorität, die mit der Bereitschaft einhergeht, einen Regimewechsel zu akzeptieren (1976: 446).

bereits existieren. Er legt den Fokus auf die Stabilität bzw. die Veränderungen des Systems in Abhängigkeit von der Unterstützung der drei Objekte, auf welche im Folgenden näher eingegangen wird, da das Erkenntnisinteresse dieser Forschungsarbeit eng mit diesem Konzept verbunden ist.

2.2.4 Die Bedeutung der politischen Gemeinschaft

Easton definiert die politische Gemeinschaft zwar als eines der drei für die Persistenz des politischen Systems gleich wichtigen Unterstützungsobjekte. Allerdings widmet er sich der politischen Gemeinschaft nach seinen beiden Hauptwerken von 1965 nicht mehr in demselben Umfang wie den anderen beiden Unterstützungsobjekten, dem Regime und den Autoritäten.¹⁰³ Auch in der Rezeption und Anwendung von Eastons Modell in der Politikwissenschaft spielt die Unterstützung der politischen Gemeinschaft eine eher untergeordnete Rolle.¹⁰⁴ Erstaunlich ist dies insofern, als dass durch die politische Gemeinschaft überhaupt erst definiert wird, wer von den allgemein verbindlichen Entscheidungen betroffen ist. Sie stellt gewissermaßen auch das einzige nicht gouvernementale Element in der Dreiteilung des Systems in Regime, Autoritäten und eben der Gemeinschaft dar, und dadurch auch einen Anknüpfungspunkt beispielsweise für demokratiethoretisch orientierte Kritiker.¹⁰⁵ Trotz der Vernachlässigung des Konzepts durch Easton und seine Kritiker, spielt es also offenbar eine wichtige Rolle.

Die politische Gemeinschaft ist bei Easton als der Zusammenschluss von Individuen zu verstehen, welche in einem politischen System zusammenleben und in Bezug auf politische Entscheidungen zusammenarbeiten wollen. Politische Gemeinschaften grenzen sich voneinander ab und formulieren Kriterien der Mitgliedschaft. Diese können zum Beispiel „territoriality, kinship, or citizenship“ (Easton 1957a: 392) sein. Damit politische Gemeinschaften langfristig bestehen können, müssen diese Kriterien über Generationen hinweg anerkannt werden. Ideologien spielen dabei eine besondere Rolle (Easton 1965b: 333). Weniger wichtig sind aus Eastons Sicht kulturelle Kriterien für die Definition einer politischen Gemeinschaft:

„The members of a political system who are participating in a common political community may well have different cultures and traditions or they may be entirely separate nationalities. The cultural and psychological distance among these component plural groups may well be increasing rather than declining.“ (ebd.: 177)

¹⁰³ So schreibt er in seinem Artikel von 1975, der sich explizit dem Support-Konzept widmet: „Space permits special attention to be given to support for only two of the basic political objects: the political authorities and the regime. Ambiguities relevant to these objects are complicated enough to occupy most of our attention. Except in passing, therefore, I shall not devote any special effort to clarifying the ways in which support may manifest itself for the political community.“ (Easton 1975: 435–436)

¹⁰⁴ Pippa Norris (2011) setzt sich zum Beispiel im Wesentlichen mit der Unterstützung des Regimes und der Autoritäten auseinander.

¹⁰⁵ Mit dem Bezug der politischen Gemeinschaft auf die Systemmitglieder und nicht auf die Strukturen und Prozesse will Easton genau diesen nicht-gouvernementalen Aspekt aufgreifen: „In confining the idea of political community in this way, I do so in order to focus not on the form or structure of political processes but rather on the group of members who are drawn together by the fact that they participate in a common structure and set of processes, however tight or loose the ties may be.“ (1965b: 177)

Relevant ist allein die Entscheidung bzw. das Einverständnis der Individuen, ihre politischen Aktivitäten aufeinander zu beziehen und die knappen Werte, die ihnen zur Verfügung stehen, untereinander aufzuteilen – laut Easton ist dies die Entscheidung zur „politischen Arbeitsteilung“ (ebd.):

„This concept, as I shall now use it, will refer to that aspect of a political system that consists of its members seen as a group of persons bound together by a political division of labor.“ (ebd.)¹⁰⁶

Wichtig ist an dieser Stelle die Unterscheidung zwischen dem Unterstützungsobjekt an sich, der politischen Gemeinschaft, welche durch die politische Arbeitsteilung definiert wird, und dem Akt der Unterstützung eben dieses Objektes (ebd.: 183). Wie oben beschrieben, kann sich die Unterstützung auch für das Objekt der politischen Gemeinschaft in Form von Einstellungen bzw. Gefühlen oder Handlungen ausdrücken. Easton widmet sich insbesondere dem emotionalen Aspekt der Unterstützung der Gemeinschaft, den er als Gemeinschaftssinn („sense of community“, ebd.: 177) bezeichnet.¹⁰⁷ Wie intensiv der Gemeinschaftssinn ist, spiegelt wider, wie hoch der Grad an Unterstützung gegenüber dem Objekt der politischen Gemeinschaft ist:

„The cohesiveness of such a group, its sense of political community, will be reflected in the extent to which the members hold positive feelings with respect to this sharing of a political division of labor. Where their sense of community is high, we can say that they are putting in considerable support for the political community. Where it is low, the level of support deteriorates accordingly.“ (ebd.: 325)

Der Gemeinschaftssinn macht das Konzept der Unterstützung der politischen Gemeinschaft laut Easton überhaupt erst messbar:

„By adopting the concept ‘sense of community’ to identify the affective, cultural aspects of the political community, we have been able to devise an analytic approach that provides us with a major indicator of support for the political community. It is true, under certain conditions, the virtual absence of such feelings need not in itself prove that the political community lacks the minimal support necessary to avoid stressing the essential variables. Nevertheless, since over the long run it is unlikely that many systems could persist without the development of a rather high sense of politi-

¹⁰⁶ An dieser Stelle soll eine Kritik von Dieter Fuchs aufgegriffen werden, die sich auf die Fokussierung des Gemeinschaftsbegriffs auf die politische Arbeitsteilung bezieht: „Wie bereits festgehalten, besteht eine 'political community' aus einer Menge von Personen, die durch eine politische Arbeitsteilung miteinander verbunden sind. Bei dieser Definition ergibt sich aber ein konzeptionelles Problem. Eine politische Arbeitsteilung wird in der Regel durch die Rollen und Verfahren eines Regimes festgelegt, die politische Gemeinschaft als Objekt soll aber unabhängig von einem bestimmten Regime definiert werden, weil sie grundlegender als jedes Regime ist. Eine Alternative wäre, die politische Gemeinschaft in der Tradition Max Webers lediglich als das subjektive Gefühl der Zugehörigkeit zu einer abgrenzbaren Gruppe mit bestimmten Eigenschaften zu begreifen. [...] Das Problem ist hier aber, dass dieses 'we-feeling' oder der 'sense of community' die Einstellung zur Community ist, die als Objekt bei David Easton aber unabhängig von dieser Einstellung definiert werden soll.“ (Fuchs 2009: 356) In der Kritik von Fuchs stecken im Grunde zwei konzeptionelle Probleme. Das erste Problem ist ein logischer Widerspruch, der sich aus der Vorstellung des oben thematisierten Stufenmodells der Unterstützung ergibt. Easton definiert die politische Gemeinschaft über die politische Arbeitsteilung. Diese wird aus der Sicht von Dieter Fuchs aber durch das Regime definiert. Wenn man das Stufenmodell der Unterstützung auf die Entstehung der Objekte an sich überträgt, bei dem die politische Gemeinschaft die Grundlage für die anderen Objekte darstellt, ist es zeitlich-kausal gesehen also nicht möglich, dass sich diese auf der Basis der Arbeitsteilung definiert. Wie bereits in Kapitel 2.2.3 thematisiert, kann Easton das Stufenmodell allerdings nicht zweifelsfrei unterstellt werden, womit sich auch der Kritikpunkt nicht ohne Bedenken halten lässt. Das zweite von Fuchs angesprochene Problem – die Trennung des Objektes der Gemeinschaft an sich von ihrer Unterstützung – stellt dann kein so gewichtiges Problem mehr dar, wenn man annimmt, dass Easton kein stringentes Stufenmodell verfolgt. Die Trennung des Objektes selbst von seiner Unterstützung wird im Folgenden thematisiert.

¹⁰⁷ Easton verwendet synonym zum Begriff des „sense of community“ auch Begriffe „in-group or we-group feeling“ (1957a: 392), „mutual identification“ (ebd.), „cohesiveness“ (1965b: 325) oder „solidarity“ (ebd.: 157).

cal community, or withstand severe crises, it does represent a significant measure of support.“
(ebd.: 188–189)

Easton räumt ein, dass er mit seinem Begriff der politischen Gemeinschaft die klassische soziologische Trennung zwischen den Begriffen der Gesellschaft und der Gemeinschaft verwischt (ebd.: 182–183). Er verbindet gewissermaßen den funktionalistischen Gesellschaftsbegriff mit dem auf das Affektive fokussierten Gemeinschaftsbegriff. Seinen Begriff des Gemeinschaftssinns („sense of political community“, ebd.: 184) möchte Easton aber nicht als den „sense of community“ (ebd.) verstanden wissen, der in der Soziologie verwendet wird. Es gehe ihm nicht um die allgemeinen, aber tief verwurzelten Zusammengehörigkeitsgefühle von Menschen in einer Gesellschaft, welche sie solidarisch handeln lassen. Das Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal sei das entscheidende verbindende Element, nicht spezifische soziale Ähnlichkeiten oder das Menschsein an sich:

„The we-feeling or sense of community which indicates political cohesion of a group of persons, regardless of the kind of regime they have or may develop, consists of the feeling of belonging together as a group which, because it shares a political structure, also shares a political fate. Regardless of the dissimilarities of customs, religion, socio-economic status, nationality, and the like, to the extent that there is a feeling of political community, the members will possess mutual sympathy and loyalty with respect to their participation in a common political unit.“ (ebd.: 185)

Der Eastonsche Gemeinschaftssinn stellt also kein angeborenes Gefühl dar, sondern eines, das durch den politischen Zusammenhang begründet wird. Easton zufolge ist es sogar möglich, dass eine politische Gemeinschaft von politischen Autoritäten konstruiert wird und das entsprechende Zusammengehörigkeitsgefühl erst später entsteht:

„It is possible for a political structure to bind a group together before feelings of mutual identification have emerged. We may go further. Frequently the imposition of a common division of political labor has itself made possible the slow growth of sentiments of political solidarity; this reverses normal expectations of the significance of sentiments of solidarity as a pre-condition for the emergence of a political community. A political community may precede and become a condition for the growth of a sense of community.“ (ebd.: 186)

Diese Argumentation – dass die formale Definition einer politischen Gemeinschaft den politisch-sozialen Zusammenhalt erst entstehen lasse – erinnert an die bereits in Kapitel 2.1.4 erläuterten neofunktionalistischen Integrationstheorien, denen zufolge eine politische Integration Spill-Over-Effekte auf andere gesellschaftliche Bereiche habe und somit auch eine soziale Integration fördere.

Eine politische Gemeinschaft kann zwar eine Zeit lang bestehen, ohne unterstützt zu werden, langfristig ist dies Easton zufolge aber nicht möglich. Nur wenn sich die Systemmitglieder der Existenz der politischen Gemeinschaft bewusst sind und diese durch Zusammengehörigkeitsgefühle unterstützen, tragen sie zur Fortexistenz der politischen Gemeinschaft bei. Easton misst dem Gemeinschaftssinn demnach eine große Bedeutung für die Persistenz eines politischen Systems bei:

„[...] [T]here must be some cohesive cement – a sense or feeling of community amongst the members. Unless such sentiment emerges, the political system itself may never take shape or if it does, it may not survive. Whether it is defined as a bond created through common traditions built up in the communication processes within and across generations or as ties created out of loyalty to a common set of central institutions, in each case the emphasis is upon the essential ingredient of

affective solidarity for the existence of something that resembles what I have been calling a political system.“ (ebd.: 176)

Ohne die Bereitschaft zur Kooperation bei politischen Konflikten könnte keine politische Gemeinschaft und demnach kein politisches System bestehen bleiben (ebd.: 326). Was aber passiert, wenn die politische Gemeinschaft tatsächlich keine Unterstützung mehr unter den Mitgliedern eines Systems findet? Zunächst bedeute der Rückgang an Unterstützung eine Form von Stress für das politische System (ebd.: 187). Unterschreite die Unterstützung dann ein kritisches Niveau, könne dies separatistische Bewegungen und im Extremfall auch die tatsächliche Abspaltung einzelner Gruppen von einer politischen Gemeinschaft zur Folge haben. Das politische System würde dann also nicht mehr so fortbestehen wie zuvor (ebd.: 180).¹⁰⁸ Um eine derartige Entwicklung zu verhindern, müsse das System einen starken Gemeinschaftssinn fördern. Easton stellt fest, dass es Ansätze gibt, die in der Abmilderung gesellschaftlicher Unterschiede eine Möglichkeit sehen, die Entstehung oder Stärkung eines Gemeinschaftssinnes zu bewirken (ebd.: 329). Easton selbst geht aber davon aus, dass dieser Ansatz unwirksam ist. In Bezug auf die Förderung von Gemeinschaftssinn hält er Maßnahmen für wirksamer, die die Verantwortlichkeit der Systemmitglieder untereinander stärken, die sie in den Glauben versetzen, von der Mitgliedschaft im System zu profitieren und die ihnen eine faire Verteilung eben dieser Nutzen unter allen Mitgliedern vermittelt (ebd.). Eine faire Allokation von Werten, oder zumindest ihre Wahrnehmung durch die Systemmitglieder, scheint also eine deutlich größere Rolle für die Unterstützung der politischen Gemeinschaft zu spielen, als soziale Ähnlichkeiten. Hier lassen sich einige Bezüge zum oben erarbeiteten Konzept der Solidarität herstellen, die am Ende des Kapitels (in Kapitel 2.3) näher erläutert werden.

Nachdem das Modell des politischen Systems und speziell die Aspekte der Systemunterstützung und der politischen Gemeinschaft vorgestellt wurden, soll nun zuletzt noch die Übertragbarkeit dieses Modell auf einen internationalen Rahmen diskutiert werden.

2.2.5 Übertragbarkeit von Eastons Modell auf die supranationale Ebene

Easton erhebt mit seiner Systemtheorie den Anspruch, ein Modell entworfen zu haben, das für alle politischen Systeme unabhängig von ihrem Typus – demokratisch oder nicht, ihrer Größe oder Struktur anwendbar ist:

„From an interest in democratic and near-democratic or international political systems, we would now have to move to embrace all types of systems, past as well as present. Size, which has always been an implicit consideration, recedes into a less dominant position. Since we would be concerned with the processes underlying all political life, whatever form it takes, we would have to be

¹⁰⁸ Ein Rückgang in der Unterstützung der politischen Gemeinschaft müsse dabei nicht unbedingt auch mit Unzufriedenheit mit dem Regime oder den Autoritäten einhergehen: „In fact, we can assume that in most movements for political independence, whether of a colonial unit, an ethnic group, or a nationality, the desire for a separate political community may be viewed as a variable partly independent of any dissatisfaction with the regime. Implicit in this is the notion that even though greater representation is offered a separatist group and even though the authorities were to become increasingly responsive, there are conditions under which ethnic, linguistic, or national groups will nonetheless continue to seek separate identity through their own political community.“ (Easton 1965b: 324)

prepared to test the general utility of concepts by their applicability to systems as small as a band of fifty Bushmen or as large as an international system encompassing hundreds of millions of persons.“ (Easton 1965b: 15–16)

Allerdings fällt auf, dass die meisten von ihm gewählten Beispiele zur Verdeutlichung von Teilaspekten aus dem nationalstaatlichen Kontext stammen, besonders häufig sogar auf das politische System der USA Bezug nehmen.¹⁰⁹

Easton ist von einigen Kritikern darauf hingewiesen worden, dass sein Modell des politischen Systems implizit demokratische Prämissen voraussetze und nur bedingt auf nicht-demokratische Systeme anwendbar sei (Fuchs 2002b: 52). Weniger wurde seine nationalstaatliche bzw. „US-amerikanische“ Färbung an sich diskutiert. Weil sich diese Arbeit mit dem politischen System der EU, also einem supranationalen System beschäftigt, soll im Folgenden gezeigt werden, dass dennoch eine Übertragung des Modells auf diesen supranationalen Rahmen möglich ist.

Easton selbst betont, dass das Modell des politischen Systems für sub- und internationale Zusammenhänge genauso anwendbar ist wie für nationale:

„From my point of view, an international system is just another system at a different level of organization. But in all other respects it is amenable to investigation through the same conceptual apparatus that is being developed in this volume with respect to what we normally call domestic political systems.“ (Easton 1965b: 173)

Bereits Eastons Diskussion des Systembegriffs in Abgrenzung vom Begriff des Staates macht deutlich, dass geographische Grenzen zwar eine Bedeutung für politische Systeme haben, dass diese aber nicht identisch mit den analytischen Systemgrenzen sind. Geographische Grenzen bezögen sich vielmehr auf alle sozialen Systeme einer territorial definierten Gesellschaft:

„From this discussion we must conclude that, in their theoretical status, boundaries of systems need not always be spatial in nature. Analytically, the boundaries of all systems may be interpreted as the criteria of inclusion in or exclusion from the systems forming the focus of interest.“ (Easton 1965a: 68)

Interessant ist für Easton hingegen die Abgrenzung des politischen Systems von anderen gesellschaftlichen Subsystemen wie der Wirtschaft und der Religion. Weniger relevant ist die Abgrenzung von geographisch unterschiedlich definierten politischen Einheiten.

Die Vorstellung, dass sich das politische System von anderen sozialen Systemen in seiner Funktion, allgemein verbindliche Entscheidungen zu produzieren, unterscheidet, impliziert trotzdem, dass auch zwischen politischen Systemen unterschieden werden kann. Für ein politisches System sind demnach alle anderen politischen Systeme Teil seiner Umwelt. Easton spricht in diesem Zusammenhang auch von einer „Supra-Gesellschaft“ (Easton 1965b: 22) bzw. einem politischen „Supra-System“ (ebd.), das sich in unterschiedliche politische Systeme aufgliedert. Die Mehrebenenproblematik, die sich hieraus

¹⁰⁹ Folgende Aspekte verdeutlicht Easton beispielsweise wesentlich am politischen System der USA: die Bestimmung politischer Systemgrenzen (1965a: 61), die Erläuterung des Begriffs der „Withinputs“ (ebd.: 114), die allgemeine Rolle der „Gatekeeper“ (1965b: 88), speziell die Rolle der Parteien als Gatekeeper (ebd.: 96), die Abspaltung einzelner Gruppen von politischen Gemeinschaften (ebd.: 178–179).

ergibt, löst Easton mit dem Begriff der „nested systems“ (ebd.: 181). So könnte ein politisches System in ein umfassenderes eingebettet sein und auch dieses umfassendere in ein wiederum umfassenderes System. Er verdeutlicht die Vorstellung der Einbettung politischer Systeme mit Bezug auf die politischen Gemeinschaften, die diesen Systemen zuzuordnen sind:

„It follows that just as the scope of a political system will vary with the systems level, so will the scope of the political community. It is just an aspect of the system to which we may be referring. We may range from the local to the broad international community. For a person to say that he is a Parisian, a Frenchman, and a European indicates three different levels of political community to which he simultaneously adheres. Each of these communities stands at a different systems level, with each lower community nesting within its next higher supra-system. In every case, however, we find a different division of labor for the fulfilment of political processes at that level.“ (ebd.: 181)

Wie aber können ihm zufolge politische Systeme – auch auf unterschiedlichen Ebenen – voneinander unterschieden werden, wenn nicht geographische Grenzen das zentrale Kriterium darstellen? Entscheidend sind an dieser Stelle die Selbstdefinition und die Abgrenzung der politischen Gemeinschaft von anderen Gemeinschaften. Die Personengruppe, die von der allgemeinverbindlichen Entscheidungsfindung der eigenen Definition nach betroffen sein soll, also an der politischen Arbeitsteilung teilnimmt, grenzt das politische System von anderen ab.¹¹⁰ Easton weist darauf hin, dass dabei aber keineswegs der Umfang einer politischen Gemeinschaft für ihren Zusammenhalt entscheidend ist:

„[...] [I]t may appear that the more inclusive the group to whose division of labor we are referring, the lower must be the degree of political cohesion or integration. [...] But there is no necessary connection between the level of analysis and the degree of cohesion. We may find tightly or loosely knit communities at all system levels; in principle all political communities, including those at the same systems level, may differ with respect to cohesion.“ (ebd.: 181–182)

Inter- bzw. multinationale politische Gemeinschaften müssen Easton zufolge zwei Kriterien erfüllen, um langfristig bestehen zu bleiben. Sie müssten erstens sicherstellen, dass sich die Systemmitglieder als solche gegenseitig anerkennen und damit auch ihre Bedürfnisse und politischen Forderungen akzeptieren. Zweitens müssten diese Gemeinschaften das politische Regime mit den dazugehörigen Autoritäten dahingehend beeinflussen, dass die soziale Diversität berücksichtigt wird (ebd.: 250–251).

Easton stellt in diesem Zusammenhang an verschiedenen Stellen den Bezug zu Europa als politischem System her. Er geht davon aus, dass die politischen Eliten Europas zunächst formell eine politische Gemeinschaft begründet hätten, deren Unterstützung durch alle weiteren Systemmitglieder erst nach und nach wachse.¹¹¹ Die freiwillige strukturelle Kooperation der politischen Autoritäten der Staaten Europas werde aus seiner Sicht aber den Zusammenhalt innerhalb des europäischen politischen Systems fördern:

¹¹⁰ Dass diese Abgrenzung oftmals auf Basis der Einführung des Staatsbürgerstatus erfolgt, wie Easton zuvor selbst festgestellt hatte (Easton 1957a: 392), und damit doch Staatsgrenzen eine relevante Abgrenzung darstellen, thematisiert Easton an dieser Stelle nicht.

¹¹¹ Hier verfolgt er also, wie in Kapitel 2.2.3 beschrieben, die Argumentation, dass politische Autoritäten einer politischen Gemeinschaft und vor allem einem Gemeinschaftssinn zeitlich-kausal gesehen vorausgehen können.

„In the international sphere, it has been surmised that the growth of a European political community may depend less upon the emergence, at the outset, of a sense of common identity among the people of various nations than upon elites in different economic and political sectors working together for specific, functional ends.“ (ebd.: 228)

Hinter dieser Annahme steht ein dreistufiger Mechanismus, bei dem für Easton die Unterstützung der nationalen Autoritäten eine zentrale Rolle spielt:

„Each unit would be tied to an emerging European political community through the fact first, that the leadership of each unit has such sentiments; second, that the followers in each unit identify closely with their elite; and third, that support from the followers will continue to be available even if the policies of the leadership lead to the subordination of each political system to a European suprasystem. In due course, however, we might anticipate that the continuation of a new political community might depend upon nurturing some direct bonds between the general members as individuals and the new political community.“ (ebd.: 229)

Die Unterstützung dieser neuen politischen Gemeinschaft durch die meisten Systemmitglieder könne durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit der nationalen politischen Eliten und die daraus erwachsene Gewöhnung an die neue politische Arbeitsteilung generiert werden:

„As persons are able to work out their specific problems successfully, the common political institutions through which differences are negotiated and regulated will help draw them together. Transnational institutions may help build up support for supranational ones. To generalize this idea, we may say that the prior acceptance of a participation in a division of political labor will help to generate and strengthen other kinds of bonds. Members develop vested interest in the mutual advantages of the ongoing pattern of relationships. In other words, instrumental ties and aims may well keep a group working together while affective bonds have a chance to mature.“ (ebd.: 186–187)

Auch wenn sich Easton noch nicht auf europäische Institutionen bezieht – dem Entstehungszeitpunkt seiner Theorie geschuldet auch nicht umfassend beziehen kann – wird am Beispiel Europas deutlich, dass die Theorie des politischen Systems mit ihren Konzepten genug Raum lässt, um sie auf den supranationalen Rahmen zu übertragen. Das Konzept der politischen Arbeitsteilung bleibt dabei zentral: Sofern Individuen für eine eindeutig definierte Gemeinschaft eine gemeinsame politische Entscheidungsfindung durch ein politisches Regime und die dazugehörigen Autoritäten akzeptieren, kann ein politisches System identifiziert werden – unabhängig von der Größe der Gemeinschaft. Deutlich wird an dieser Formulierung, dass auch und insbesondere auf supranationaler Ebene die Unterstützung aller drei Systemkomponenten der Dreh- und Angelpunkt für die Persistenz des politischen Systems ist.

Die Übertragung des Ansatzes bringt aber auch einige Schwierigkeiten mit sich, die er im Grunde schon für nationalstaatliche Zusammenhänge impliziert. Diese werden bei dem Bezug auf die supranationale Ebene aber noch verstärkt. Beispielsweise stellt eine Prämisse von Eastons Theorie dar, dass Systemmitglieder in der Lage sind, Autoritäten zu identifizieren und sie für die Erfüllung oder Nicht-Erfüllung ihrer politischen Bedürfnisse verantwortlich zu machen. Diese Prämisse ist umso schwieriger zu erfüllen, je größer eine politische Gemeinschaft ist und je komplexer ein politisches System – wie das Mehrebenensystem der EU – aufgebaut ist. Nichtsdestotrotz ist die heutige EU als

politisches System gemäß Eastons Vorstellungen zu verstehen – allein schon, weil die in ihren Institutionen getroffenen Entscheidungen sich eindeutig auf die autoritative Allokation von Werten innerhalb Europas auswirken (Hix und Høyland 2011: 14).¹¹² Simon Hix und Bjørnals Høyland führen vier Kriterien an, durch die die EU zu einem politischen System im Eastonschen Sinne wird:

„1. There is a stable and clearly defined set of institutions for collective decision-making and a set of rules governing relations between and within these institutions. 2. Citizens seek to realize their political desires through the political system, either directly or through intermediary organizations such as interest groups and political parties. 3. Collective decisions in the political system have a significant impact on the distribution of economic resources and the allocation of values across the whole system. 4. There is continuous interaction between these political outputs, new demands on the system, new decisions, and so on.“ (ebd.: 12–13)¹¹³

Zusammenfassend ist also zu sagen, dass Eastons Theorie des politischen Systems durchaus auf nicht-nationale Zusammenhänge bezogen werden kann – sofern der Grad des Abstrakten eingehalten wird.

2.3 Schlussfolgerungen: Transnationale europäische Solidarität als Ressource der Stabilität der Europäischen Union

Um die Fragestellung der Arbeit nach dem Zusammenhang zwischen der transnationalen Solidarität der EU-Bürger und ihrer Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU beantworten zu können, ist es notwendig, das Konzept der transnationalen europäischen Solidarität mit dem systemtheoretischen Rahmen von David Easton zusammenzubringen.

Transnationale europäische Solidarität wurde definiert als eine grenzüberschreitende unterstützende Handlungsweise, welche individuelle nicht-staatliche Akteure – EU-Bürger – innerhalb der europäischen Gemeinschaft¹¹⁴ mit der Absicht ausüben, temporäre Ressourcenungleichheiten innerhalb der europäischen Gemeinschaft auszugleichen und welche mit einer Reziprozitätserwartung einhergeht. Die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten umfasst demnach die Einstellungen, die eine Bereitschaft der Europäer ausdrücken, untereinander solidarisch zu handeln oder das solidarische Handeln anderer gegenüber bedürftigen Europäern zu unterstützen.

Weil Solidarität der hier formulierten Definition zufolge in Bezug auf eine spezifische Gemeinschaft erfolgt, kann das Konzept der Solidarität mit Eastons Begriff der politischen Gemeinschaft zusammengebracht werden. Die politische Gemeinschaft definiert sich bei Easton über die politische Arbeitsteilung, die von einer eindeutig definierten Gruppe von Individuen akzeptiert und im besten

¹¹² Zu demselben Schluss kommen beispielsweise auch Ireneusz Pawel Karolewski und Viktoria Kaina (2012) sowie Wilhelm Knelangen (2011).

¹¹³ Der erste hier angeführte Punkt verweist auf den Begriff des politischen Regimes von Easton. Der zweite Punkt nimmt im Grunde Bezug auf den Begriff der Autoritäten. Der dritte und vierte Punkt beziehen sich auf die politische Gemeinschaft.

¹¹⁴ Mit „europäischer Gemeinschaft“ ist an dieser Stelle und im Weiteren nicht die Europäische Gemeinschaft (EG) als Rechtskörper oder Teil der drei Europäischen Gemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Atomgemeinschaft) gemeint, sondern die politische Gemeinschaft Europas im Sinne der Theorie des politischen Systems von David Easton.

Falle¹¹⁵ unterstützt wird. Eine Gemeinschaft, auf deren Basis Solidarität ausgeübt wird, muss also politisch konstruiert werden. Die Kriterien der Zusammengehörigkeit, anhand derer sich die Gemeinschaft nach außen hin abgrenzt und die in das individuelle Bewusstsein ihrer Mitglieder eingehen, sind die gemeinsame politische Arbeitsteilung und die eindeutige Definition davon, welche Individuen von der allgemeinverbindlichen Entscheidungsfindung betroffen sein sollen und welche nicht. Aus der Sicht dieses Ansatzes könnte sich die politische Gemeinschaft der EU anhand des Kriteriums der politischen Arbeitsteilung konstituieren, an der sich die Unionsbürger als Systemmitglieder beteiligen wollen und die an den Grenzen der EU endet. Diese Gemeinschaftskonstruktion impliziert nur die Bereitschaft und den Willen, das politische Handeln aufeinander zu beziehen, nicht aber eine gemeinsame Geschichte, Kultur oder umfassende gemeinsame Werte – was in integrationstheoretischen Ansätzen zumeist vorausgesetzt wird.¹¹⁶ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass eine Gemeinschaft, die letztendlich hauptsächlich auf der Basis gemeinsamer politischer Interessen konstruiert wird, nur eine relativ schwache Bindungskraft hat:

„It [the community - SB] can however be based on two more abstract interests: on the one hand, on the conviction that the structure of the democratic institutions on which the political community is based is appropriate and useful for the pursuit of personal interests; on the other, that there are fundamental interests of all citizens that are represented by the EU. [...] With such an instrumentally based political community, probably only a weak attachment is possible.“ (Fuchs 2013: 91)

Neben der Bedeutung des Gemeinschaftsbegriffs für beide theoretischen Stränge – die Definition von Solidarität und Eastons Theorie des politischen Systems – stellt sich hier ein weiterer Aspekt als verbindendes Element heraus: der starke Bezug auf die Verteilung von Werten. In der oben formulierten Definition wurde solidarisch Handelnden die Absicht unterstellt, temporäre Ressourcenungleichheiten innerhalb einer Gemeinschaft ausgleichen zu wollen. Solidarität ist also eine Maßnahme, die die (Um-)Verteilung von Werten zum Ziel hat.

Auch Eastons Systemtheorie orientiert sich an der Verteilung von Werten. Wie oben geschildert, definiert er bereits den Policy-Begriff als eine Form der Allokation.¹¹⁷ Politische Inhalte bezögen sich immer darauf, bestimmten Personen Werte zuzusprechen und sie anderen zu verweigern (Easton 1953: 129–130). Ein politisches System gäbe es nur dort, wo es auch Ressourcen gibt, die untereinander geteilt werden können. Politik, bei Easton verstanden als das autoritative Entscheiden über die Verteilung von knappen Werten innerhalb einer Gesellschaft, ist gewissermaßen ein Gegenstück zur

¹¹⁵ Als *bester Fall* ist in diesem Sinne die Systempersistenz, bzw. -stabilität zu verstehen.

¹¹⁶ Als ein integrationstheoretisches Beispiel ist hier der Ansatz von Wolfgang Aschauer zu nennen, für den „[...] sich die Sozialintegration auf die soziokulturelle Ordnung, auf geteilte Werte und auf die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft bezieht“ (Aschauer 2016: 74).

¹¹⁷ An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass genau genommen natürlich ein Unterschied zwischen Allokation und Umverteilung besteht. Der Begriff der Allokation, der normalerweise in ökonomischen Zusammenhängen verwendet wird, bezieht sich im Grunde auf die Verteilung knapper Ressourcen für die Produktion von Gütern. Der Umverteilungsbegriff ist im ökonomischen Sinne eher an bereits produzierten Gütern orientiert, die unter Verbrauchern verteilt werden. Die Definition des Policy-Begriffs bei Easton weist aber darauf hin, dass es ihm tatsächlich eher um eine Form der Umverteilung geht, daher ist das Zusammenbringen der beiden Ansätze an diesem Punkt unproblematisch.

transnationalen Solidarität, bei der es gerade um die private Befürwortung der Umverteilung von Werten innerhalb einer Gemeinschaft geht.

Die beiden Ansätze können also über zwei Aspekte miteinander verbunden werden – einerseits über den Begriff der politischen Gemeinschaft und damit über eines der drei Unterstützungsobjekte des politischen Systems von Easton und andererseits über die Verteilung von Werten. Inwiefern ist Solidarität nun aber als Ressource der Stabilität der EU zu verstehen?

Wenn man diese Frage beantworten möchte, tut sich ein konzeptionelles Problem auf, das die Konzeption des Verhältnisses von Solidarität und Gemeinschaft betrifft. Solidarität wurde von einigen Autoren als notwendige Bedingung für die Herausbildung von Gemeinschaften verstanden, von anderen hingegen als ein Produkt der Gemeinschaftsbildung (Preuß 1998a: 399–400). Es stellt sich die Frage, welches der beiden Konzepte – Solidarität als Generator von bzw. Indikator für Gemeinschaft – aus systemtheoretischer Perspektive plausibler erscheint. Der in dieser Arbeit formulierte Solidaritätsbegriff setzt das Bewusstsein von Menschen über eine bereits existierende Gemeinschaft voraus. Solidarische Einstellungen bzw. die Disposition zu solidarischem Verhalten wurden hier an erster Stelle also als Indikator für eine bereits stattgefundene Gemeinschaftsbildung verstanden. Solidarisches Handeln kann zwar auch als Teil eines Selbstverstärkungsmechanismus von Gemeinschaften verstanden werden. Eine angegriffene oder geschwächte Gemeinschaft kann durch solidarische Handlungen wieder gestärkt werden. Ganz ohne eine bereits existierende Gemeinschaft ist Solidarität aber nicht denkbar. Für den konkreten Fall der europäischen Gemeinschaft bedeutet dieses Solidaritätsverständnis dann, dass die Beobachtung einer Disposition zu solidarischem Verhalten innerhalb Europas bei einer ausreichenden Zahl von Europäern in jedem Fall auf eine bereits eingesezte europäische Gemeinschaftsbildung hinweisen würde.

Wenn die Disposition zu solidarischem Verhalten also als Indikator für eine bereits bestehende Gemeinschaft angesehen werden kann, so ist davon auszugehen, dass sie in einem engen Zusammenhang zur Unterstützung dieser Gemeinschaft steht. Wer bereit ist, für andere Gemeinschaftsmitglieder auf Ressourcen zu verzichten, der wird auch die Gemeinschaft als Ganze unterstützen. Weil die Unterstützung der Gemeinschaft nach Easton als ein wesentlicher Faktor für die Persistenz eines politischen Systems zu verstehen ist, kann also auch Solidarität als Ressource der Systemstabilität angesehen werden.

Zusammenfassend sind nun fünf Annahmen pointiert zu formulieren, die sich auf die Zusammenhänge zwischen transnationaler europäischer Solidarität, europäischer Gemeinschaft und der Stabilität des politischen Systems der EU beziehen. Aus der vierten Annahme gehen dabei zwei Hypothesen hervor, die im empirischen Teil der Arbeit überprüft werden sollen.

1. Es wird davon ausgegangen, dass transnationale europäische Solidareinstellungen – die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten – auf eine zumindest in Ansätzen be-

stehende politische Gemeinschaft der EU hinweisen (Solidarität als *Indikator* von Gemeinschaft).

2. Die politische Gemeinschaft der EU wird einerseits als *politische Schicksalsgemeinschaft* verstanden: Die Gemeinschaftsmitglieder wollen ihre politischen Handlungen aufeinander beziehen und sich von anderen politischen Gemeinschaften abgrenzen. Andererseits wird die politische Gemeinschaft der EU als *Ressourcengemeinschaft* verstanden: Die Mitglieder sind bereit, in eben dieser klar definierten Gemeinschaft knappe Ressourcen untereinander zu teilen.
3. Es wird angenommen, dass sich die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten bei EU-Bürgern positiv auf ihre Einstellungen gegenüber politischen Entscheidungen auswirkt, die die politische Arbeitsteilung fördern oder Umverteilungsmaßnahmen umfassen. Insofern kann auch von einem Zusammenhang zwischen der Unterstützung der politischen Gemeinschaft und der politischen Autoritäten ausgegangen werden: Sofern Systemmitglieder die politische Gemeinschaft wie oben beschrieben unterstützen, befürworten sie es auch, wenn die politischen Autoritäten Entscheidungen treffen, die eben dies umsetzen: eine solidarische Umverteilung im Falle der Bedürftigkeit über europäische Grenzen hinweg.
4. Vor diesem Hintergrund kann angenommen werden, dass die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten bei EU-Bürgern in einem positiven Zusammenhang zu der Unterstützung der EU als politische Schicksalsgemeinschaft (Hypothese 1) und als Ressourcengemeinschaft (Hypothese 2) steht.
5. Abschließend wird davon ausgegangen, dass sich die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und die Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU bzw. entsprechender politischer Entscheidungen positiv auf die Stabilität des politischen Systems der EU auswirken.

Mit der Formulierung dieser Annahmen sind auch die Aufgaben, die die empirische Analyse dieser Arbeit zu lösen hat, benannt. Als erstes gilt es, das erarbeitete Konzept von transnationaler europäischer Solidarität als Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten zu operationalisieren und zu messen, in welchem Ausmaß diese Disposition bei den EU-Bürgern beobachtet werden kann. Anschließend muss geprüft werden, in welchem Ausmaß die EU-Bürger die europäische Gemeinschaft als *politische* Gemeinschaft unterstützen, also weiterhin politische Entscheidungen gemeinsam treffen wollen und zweitens in welchem Ausmaß sie die europäische Gemeinschaft als *Solidargemeinschaft* unterstützen, in der knappe Ressourcen untereinander geteilt werden. Darauf folgend ist die erste Hypothese zu prüfen. Sie bezieht sich auf den *Zusammenhang* zwischen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und der Unterstützung der EU als politischer Schicksalsgemeinschaft. Die zweite zu prüfende Hypothese bezieht sich auf den Zusammenhang zwi-

schen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und der Unterstützung der EU als Ressourcengemeinschaft.

Auf der Basis der Analyse der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten im Zusammenhang mit der Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU sowie politischer Maßnahmen, die eben diese stärken, ist schließlich zu bewerten, was die Ergebnisse für die Stabilität des politischen Systems der EU bedeuten.

In der folgenden Abbildung werden die beschriebenen Zusammenhänge noch einmal übersichtlich dargestellt.

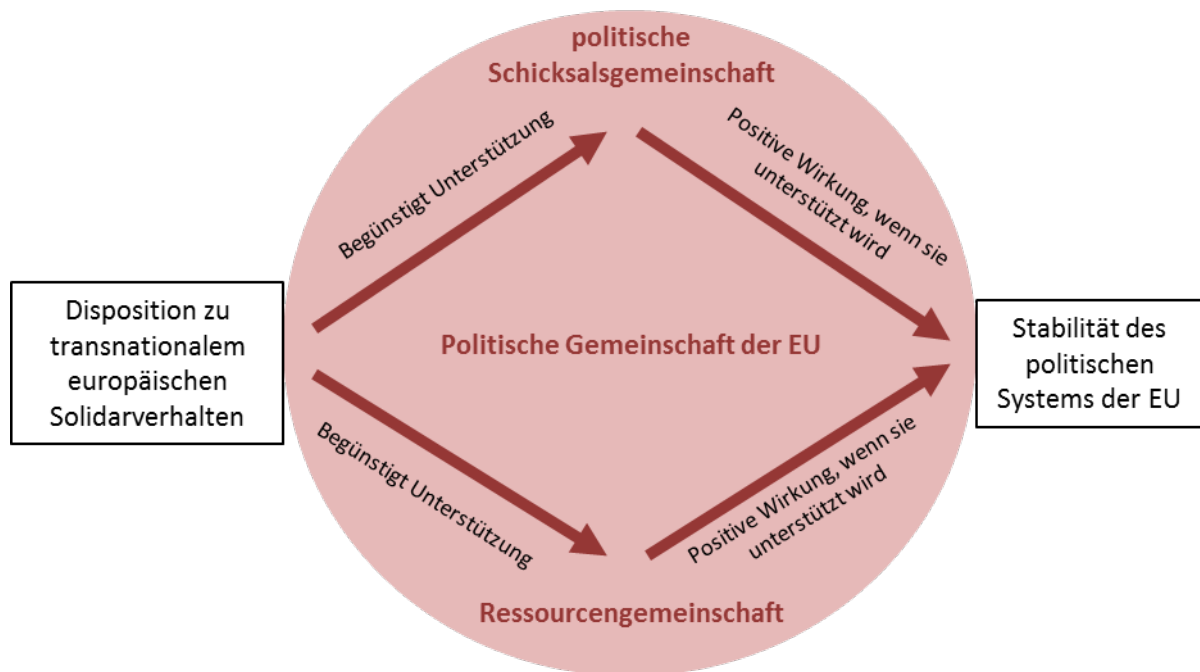


Abbildung 2: Zusammenhang zwischen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten, der Unterstützung der politischen Gemeinschaft und der Stabilität des politischen Systems der EU (eigene Darstellung)

Ein erster Schritt, um die einleitend beschriebene Forschungslücke zu füllen, wurde mit diesem Kapitel gegangen: eine empirisch orientierte Definition von transnationaler europäischer Solidarität zu formulieren. Die darauf folgenden Schritte, nämlich eine systematische Operationalisierung anhand dieser Definition zu erarbeiten und sie in einen systemischen Zusammenhang zu stellen, werden im folgenden empirischen Kapitel der Arbeit unternommen.

3. Empirische Analyse transnationaler europäischer Solidarität

Nachdem sich das vorangegangene Kapitel mit den verschiedenen theoretischen Strängen zu Solidarität beschäftigt hat und ein Konzept von transnationaler europäischer Solidarität entwickelt wurde, wird sich dieses Kapitel empirisch mit dem Phänomen auseinandersetzen. Im vorigen Kapitel wurden folgende Hypothesen aufgestellt:

Hypothese 1: Die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten bei EU-Bürgern steht in einem positiven Zusammenhang zu der Unterstützung der EU als politische Schicksalsgemeinschaft.

Hypothese 2: Die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten bei EU-Bürgern steht in einem positiven Zusammenhang zu ihrer Unterstützung der EU als Ressourcengemeinschaft.

Beide Hypothesen beziehen sich auf individuelle Einstellungen von EU-Bürgern, die hier das Untersuchungsobjekt darstellen. Von Interesse ist, ob die EU-Bürger innerhalb der europäischen Gemeinschaft transnational solidarisch denken und ob sie die politische Gemeinschaft in ihren Eigenschaften als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft unterstützen oder nicht.

Weil individuelle Einstellungen hier im Zentrum des Interesses stehen, liegt es nahe, die interessierenden Untersuchungsobjekte – die EU-Bürger – direkt danach zu befragen, also mit Umfragedaten zu arbeiten. Die Fragestellung der Arbeit zielt auf die Gesamtheit der EU-Bürger ab, insofern ist eine quantitative Vorgehensweise zu wählen.

Um die beiden Hypothesen zu prüfen und die Fragestellung der Arbeit nach dem Zusammenhang der transnationalen Solidarität der EU-Bürger und ihrer Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU zu beantworten, müssen zunächst die relevanten Variablen operationalisiert werden (Kapitel 3.1). Auf der Basis der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Konzept der transnationalen europäischen Solidarität wird als erstes das Konzept der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten operationalisiert (Kapitel 3.1.1). Darauf folgend wird operationalisiert, worin sich die Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU als politische Schicksalsgemeinschaft (Kapitel 3.1.2) und als Ressourcengemeinschaft (Kapitel 3.1.3) äußern kann. Die Operationalisierungen dienen dazu, europaweite Umfragestudien nach passenden Frageformulierungen für die Untersuchung des Phänomens zu durchsuchen. Ein Überblick über geeignete Studien erfolgt in Kapitel 3.2. Es wird kurz erläutert, inwiefern die Datensätze des European Social Survey (Kapitel 3.2.1), des International Social Survey Programme (Kapitel 3.2.2), der European Values Study (Kapitel 3.2.3), der Umfragen des PEW Research Center (Kapitel 3.2.4) und des Eurobarometers (Kapitel 3.2.5) dazu geeignet sind, das Phänomen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten zu untersuchen.

Weil sich die Umfragedaten aus dem Eurobarometer 79.3 von 2013 am besten eignen, um die beiden Hypothesen zu testen, werden sie zur Analyse der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und Gemeinschaftsunterstützung herangezogen (Kapitel 3.3). Zunächst werden der

Datensatz kurz vorgestellt und die Frage der Gewichtung der Umfragedaten diskutiert (Kapitel 3.3.1). Anschließend werden die für die Analysen verwendeten Variablen vorgestellt und univariat ausgewertet. Gemäß den im vorangegangenen Kapitel formulierten Aufgaben soll daraufhin geprüft werden, inwiefern die Phänomene der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und der Unterstützung der politischen Gemeinschaft mithilfe der Daten nachweisbar sind. Dies wird mithilfe einer explorativen Faktorenanalyse unternommen. Dafür wird zunächst die methodische Wahl der Faktorenanalyse begründet. Die Anwendungsvoraussetzungen werden geprüft und die Daten entsprechend bearbeitet. Schließlich werden das Vorgehen geschildert und die Ergebnisse vorgestellt (Kapitel 3.3.2).

Im darauf folgenden Kapitel werden die beiden formulierten Hypothesen in insgesamt zwölf Unterhypothesen aufgeteilt und mithilfe von binär logistischen, ordinalen und multinomialen Regressionsanalysen geprüft. Auch hier werden kurz die Methodenwahl begründet, die Voraussetzungen geprüft sowie das Vorgehen und die Analyseergebnisse beschrieben (Kapitel 3.3.4). Abschließend werden die Ergebnisse in Hinblick auf die Hypothesen zusammengefasst (Kapitel 3.4). Eine kritische Reflektion der Ergebnisse und die Beantwortung der Fragestellung erfolgen im Fazit der Arbeit (Kapitel 4).

3.1 Operationalisierung der zentralen Variablen

Im Folgenden werden die drei zentralen Variablen „Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten“, „Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft“ und „Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft“ gemäß den Definitionen in Kapitel 2 dieser Arbeit operationalisiert. Ziel des Kapitels ist es nun zunächst, Operationalisierungen zu formulieren, anhand derer europäische Umfragestudien nach passenden Variablen durchsucht werden können, was in Kapitel 3.2 erfolgt. In diesem Kapitel werden also noch keine konkreten Frage- und Antwortformulierungen vorgeschlagen, sondern vielmehr Kriterien, die die entsprechenden Variablen erfüllen müssen, um die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten, die Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft und als politische Schicksalsgemeinschaft messen zu können.

Für alle drei zu operationalisierenden Variablen gilt, dass sie latente Variablen darstellen. Latente Variablen, oder auch latente Konstrukte, können aufgrund ihrer Multidimensionalität nicht unmittelbar beobachtet werden. Für die Operationalisierung müssen mehrere manifeste, also direkt beobachtbare, Variablen bestimmt werden, die auf die Existenz der latenten Variablen hinweisen (Behnke et al. 2006: 88). Die drei für diese Arbeit relevanten Konstrukte müssen also gemäß den Definitionen zunächst sorgfältig in ihre Dimensionen aufgegliedert werden, für die dann geeignete manifeste Variablen zu bestimmen sind. Von „Globalabfragen“ (Backhaus et al. 2011b: 120), die in einer Frageformulierung alle Dimensionen abbilden, ist deutlich abzuraten:

„Die Problematik, die sich bei solchen 'Globalabfragen' ergibt, ist [...] darin zu sehen, dass bei einer direkten Abfrage die Befragten mit einem Konstrukt ein jeweils sehr unterschiedliches Verständnis verbinden können und damit Messungen über mehrere Personen nicht mehr vergleichbar sind. Weiterhin widerspricht eine solche globale Abfrage dem Charakter von hypothetischen Konstrukten, da sie sich häufig aus mehreren Dimensionen zusammensetzen. Zur Messung von hypothetischen Konstrukten, bei denen keine direkten Verhaltens- oder Konstruktbeobachtungen möglich sind, ist deshalb ihre Erschließung über Messmodelle erforderlich. Messmodelle enthalten dabei Anweisungen, wie einem hypothetischen Konstrukt ein beobachtbarer Sachverhalt zugewiesen (=Operationalisierung) und durch Zahlen erfasst werden kann (=Messung).“ (ebd.)

Die Aufgliederung der drei Konstrukte (Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten, Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft bzw. Ressourcengemeinschaft) in ihre Dimensionen erfolgt in den nächsten drei Kapiteln.

3.1.1 Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten

Der Begriff der transnationalen europäischen Solidarität wurde im vorangehenden Kapitel als eine grenzüberschreitende unterstützende Handlung definiert, welche individuelle nicht-staatliche Akteure innerhalb der europäischen Gemeinschaft mit der Absicht ausüben, temporäre Ressourcenungleichheiten innerhalb der europäischen Gemeinschaft auszugleichen und welche mit einer Reziprozitätserwartung einhergeht. Transnationale europäische Solidarhandlungen setzen spezifische Einstellungen voraus, die zusammenfassend als Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten bezeichnet werden können. Sind diese Einstellungen stark genug ausgeprägt, kann davon ausgegangen werden, dass die EU-Bürger bereit sind, anderen EU-Bürgern gegenüber solidarisch zu handeln oder auch intergouvernementale Solidarmaßnahmen zu unterstützen. Diese Einstellungen stellen also Bedingungen für solidarisches Verhalten dar. Welche Einstellungen aber sind es, die die Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten bestimmen?

Wie bereits in Kapitel 2.1.5 festgehalten, stellt eine allgemeine Hilfsbereitschaft, also eine Bereitschaft zum Ressourcenverzicht zugunsten anderer, eine Bedingung für die Disposition zu solidarischem Verhalten dar. Ein Interesse am Ausgleich von Ressourcenungleichheiten zwischen Menschen ist eine weitere Bedingung. Die dritte Bedingung ist, dass man innerhalb der Gemeinschaft zwar hilfsbereit ist, aber auch erwartet Hilfe zu erfahren, sollte man selbst in eine Notlage geraten. Die Disposition zu solidarischem Verhalten im europäischen Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die europäische Gemeinschaft zusätzlich zu diesen drei Bedingungen als Zusammengehörigkeitskontext begriffen wird. Diese Bedingungen werden im Folgenden operationalisiert.

Um Einstellungen zu bestimmen, die die allgemeine Bereitschaft einer Person abbilden, einer anderen Person im Bedarfsfall Hilfe zu leisten, muss der Begriff der Hilfe näher definiert werden. In Anlehnung an Katrin Radtke (2009) können mit Bezug auf Solidarität zwei Formen unterschieden werden: Unterstützung durch materielle oder immaterielle Ressourcen. Als Beispiele für solidarische Hilfe wurden private Spendenzahlungen, Kleider-, Essensspenden oder der Einsatz von Arbeitskraft (materielle Ressourcen) sowie verbale Solidaritätsbekundungen oder Protestaktionen (immaterielle

Ressourcen) genannt. Es sind aber auch viele weitere Handlungen denkbar, die als Hilfe gedacht und mit der Unterstützung durch im-/materielle Ressourcen verbunden sind. Die Bereitschaft eben diese Handlungen durchzuführen, ist als allgemeine Hilfsbereitschaft zu verstehen. Manifeste Variablen, mit denen eine allgemeine Hilfsbereitschaft gemessen werden soll, können also die Einstellungen zu verschiedensten Formen der Hilfe, zunächst ohne weitere Einschränkungen zu Motiven oder der Geber-Empfänger-Beziehung abfragen (**Bedingung 1: Hilfsbereitschaft**).

Die oben formulierte Definition von Solidarität grenzt solidarisches Handeln aber von anderen Formen der Hilfe erstens durch die damit verbundene Absicht und zweitens durch an das Hilfshandeln geknüpfte Bedingungen ab. Daher müssen zusätzlich zu der Erhebung von Einstellungen, die eine allgemeine Hilfsbereitschaft abbilden, weitere Einstellungen berücksichtigt werden. Als Absicht solidarischen Handelns wurde der Ausgleich temporärer Ressourcenungleichheiten innerhalb einer Gemeinschaft festgehalten. Diese Absicht weist auf eine Ausgleichs- oder Gleichheitspräferenz eines Individuums innerhalb einer Gemeinschaft hin, die sich mit verschiedenen Fragen zur allgemeinen Einstellung gegenüber der Gleichheit der Ressourcenverhältnisse von Gemeinschaftsmitgliedern abfragen lässt (**Bedingung 2: Gleichheitspräferenz**).

Die an Solidarität geknüpfte zentrale Bedingung ist die Reziprozität. Hinter der Bedingung der Reziprozität steht, wie in Kapitel 2.1.2 geschildert, die Erwartung, dass die Gemeinschaft als Ganzes durch die Umverteilung nicht geschädigt, sondern gestärkt wird. Daher lässt sich dieser Aspekt nicht nur über die Abfrage von Reziprozitätserwartungen im Sinne einer möglichen gegenseitigen Hilfe messen, sondern auch mittels anderer an Hilfe geknüpfte Bedingungen, wie zum Beispiel das Einfordern von bestimmten Kontrollmechanismen gegenüber den Empfängern solidarischer Hilfe (**Bedingung 3: Reziprozitätserwartung**).

Da Solidarität in einem spezifischen Gemeinschaftskontext stattfindet – in dieser Arbeit ist die politische Gemeinschaft der EU relevant – gilt es, auch diesen Aspekt zu operationalisieren. Ein Bezug der Solidarhandlungen zur politischen Gemeinschaft Europas setzt das Bewusstsein über die Zugehörigkeit zur europäischen Gemeinschaft voraus. Wie bereits in Kapitel 2.1.4 geschildert, ist die europäische Identität als Konzept geeignet, um dieses Bewusstsein zu messen. Sie ist als Grad der individuellen positiven Bindung an die Gemeinschaft der Europäer zu verstehen (Fuchs 2011: 33). Das Konzept der kollektiven Identitätsbildung sollte im europäischen Kontext einen politischen Schwerpunkt haben, sich also auf das Bewusstsein über den gemeinsamen EU-Bürger-Status beziehen und weniger auf Aspekte wie eine gemeinsame Religion, Sprache oder Geschichte. Für die Bedingung der europäischen Identität sollten daher Messkonzepte herangezogen werden, die sich auf den europäischen Bürgerstatus beziehen. Die europäische Identität wird als weitere Bedingung für die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten festgelegt (**Bedingung 4: europäische Identität**).

Abschließend muss noch der Aspekt der Transnationalität operationalisiert werden. Transnationale Solidarität, die sich beispielsweise von der Solidarität innerhalb eines Dorfes oder im Nationalstaat

unterscheidet, ist grenzüberschreitend. Das interessierende Verhalten bezieht sich also auf Menschen in anderen Nationen, in diesem Fall in anderen EU-Mitgliedstaaten. Der oben formulierte Zusatz, dass bei transnationaler Solidarität nicht-kommerzielle und nicht-staatliche Formen der Unterstützung im Zentrum stehen, grenzt den Begriff weiter auf unterstützende Handlungen zwischen Privatpersonen ein, die keine Form von wirtschaftlicher Transaktion darstellen. Es ist davon auszugehen, dass grenzüberschreitende Interaktionen jeder Art auch die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten erhöhen, weil durch transnationale Interaktionen transnationale Sozialräume geschaffen werden (Mau 2007: 37). Insofern können auch grenzüberschreitende Interaktionen, die nicht explizit als solidarische Handlungen zu kennzeichnen sind, auf eine Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten hinweisen (**Bedingung 5: Transnationalität**).

Diese fünf Bedingungen können also als die Disposition einer Person zusammengefasst werden, sich gegenüber anderen Europäern solidarisch zu verhalten. Mit dieser Operationalisierung wird ein so genanntes formatives Modell entworfen, bei welchem davon ausgegangen wird, dass eine Veränderung der einzelnen manifesten Variablen eine Veränderung des gesamten latenten Konstruktes nach sich zieht (Backhaus et al. 2011b: 120–121). Die einzelnen Bedingungen können bei einzelnen Personen stark, schwach oder gar nicht erfüllt sein und bestimmen damit wie stark die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten ausgeprägt ist. Keine der Bedingungen ist aber unverzichtbar – ist sie nicht erfüllt, ist nur die Disposition umso schwächer ausgeprägt. Die formative Eigenschaft dieses Modells muss insbesondere bei der Faktorenanalyse, aber auch bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden. Die folgende Abbildung fasst noch einmal die Aufgliederung der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten zusammen:

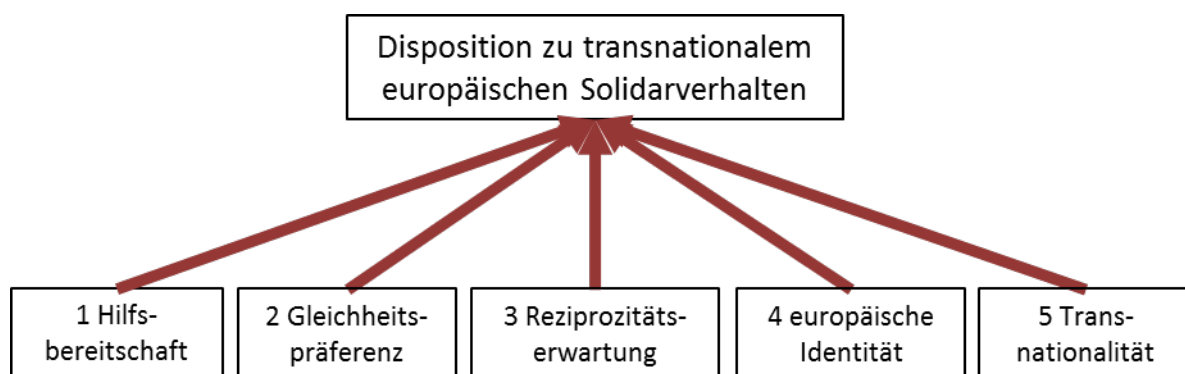


Abbildung 3: Operationalisierung „Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten“ in fünf Bedingungen (eigene Darstellung)

3.1.2 Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft

Die politische Gemeinschaft nach Easton wurde definiert als Gemeinschaft der Systemmitglieder, die einander zugewandt und an einer gemeinsamen Entscheidungsfindung interessiert sind (siehe Kapitel 2.2.4). Das Konzept wurde bereits in zwei übergeordnete Dimensionen aufgeteilt: Die erste Dimension, die an dieser Stelle operationalisiert werden soll, bezieht sich auf das gemeinsame politische Schicksal, das die Systemmitglieder aus ihrer Sicht teilen. Die zweite Dimension, die im nächsten

Kapitel operationalisiert wird, bezieht sich auf die Verteilung von knappen Werten unter den Systemmitgliedern.

Die Unterstützung der ersten Dimension der politischen Gemeinschaft beinhaltet, dass die Systemmitglieder eine bestehende politische Arbeitsteilung akzeptieren. Hier geht es aber nicht um die Unterstützung konkreter Institutionen oder allgemeiner politischer Regeln – welche Easton durch die Systemobjekte der Autoritäten und des Regimes abdeckt. Vielmehr geht es um die allgemeine Befürwortung der Tatsache, dass für eine eindeutig definierte Gruppe von Systemmitgliedern gemeinsame politische Entscheidungen gefällt werden. Bei dieser Form der Unterstützung geht es um ein eher langfristiges Einverständnis, das gemeinsame politische Schicksal gemeinsam zu gestalten. Nach Easton wäre diese Unterstützung als diffus zu bezeichnen. In Bezug auf die europäische Gemeinschaft kann sich dieses Einverständnis beispielsweise darin zeigen, dass die EU-Bürger die politische Zusammenarbeit der Europäer innerhalb der EU allgemein befürworten, oder dass sie angeben, dass sie die Kooperation der EU-Mitgliedstaaten als vorteilhaft gegenüber einem politischen Alleingang der Staaten empfinden. Die Befürwortung eines Austritts des eigenen oder anderer Mitgliedstaaten aus der EU ist dann als ein Zeichen mangelnder Unterstützung der bestehenden politischen Arbeitsteilung zu verstehen. Die hier beschriebene Bedingung für die Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft lässt sich als **Bewusstsein über gemeinsames politisches Schicksal (Bedingung 6)** zusammenfassen. Wenn EU-Bürger es befürworten, dass die Zuständigkeit für bestimmte Politikfelder sogar stärker von der nationalen auf die EU-Ebene übertragen wird, ist dies auch als ein Zeichen für die Unterstützung der bestehenden politischen Gemeinschaft zu verstehen. Diese Bedingung wird als **Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung (Bedingung 7)** bezeichnet. In Kapitel 2.3 wurde die Annahme formuliert, dass die Unterstützung der europäischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft auch impliziert, dass EU-Bürger spezifisch solche politischen Entscheidungen unterstützen, die die politische Arbeitsteilung fördern. Diese Annahme bezieht sich auf die hier formulierte Bedingung. Befürworten die EU-Bürger beispielsweise die Vergemeinschaftung der Verteidigungspolitik, handelt es sich hierbei um eine konkrete politische Maßnahme, die sich auf die politische Arbeitsteilung der Gemeinschaft bezieht.

Auch die Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft ist hier also mithilfe eines formativen Modells operationalisiert worden, das wie folgt dargestellt werden kann:

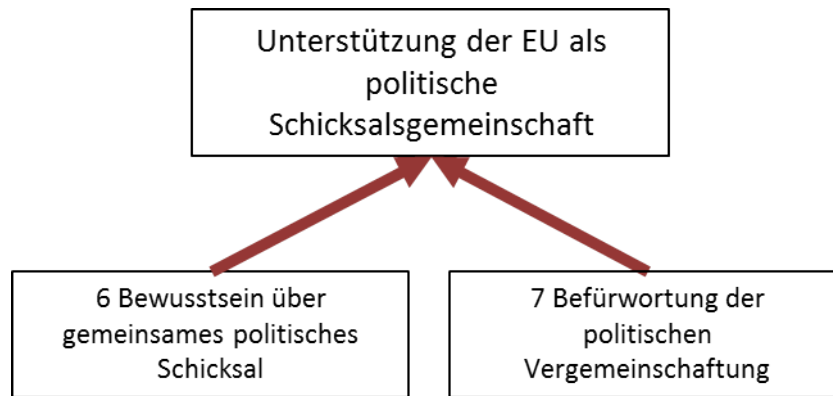


Abbildung 4: Operationalisierung „Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft“ in zwei Bedingungen (eigene Darstellung)

3.1.3 Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft

Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft bezieht sich auf die zweite Dimension der politischen Gemeinschaft: die Verteilung knapper Werte unter den Systemmitgliedern. Unterstützen die Systemmitglieder die Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft, sind sie bereit, in eben dieser klar definierten Gemeinschaft knappe Ressourcen untereinander zu teilen.

In Bezug auf die europäische Gemeinschaft könnte sich diese Unterstützung beispielsweise in der Befürwortung von politischen Maßnahmen der Umverteilung, wie den Rettungsmaßnahmen im Rahmen der Euro-Krise (siehe Kapitel 2.1.4), widerspiegeln. Weil es hier immer um eine Form der stärkeren finanziellen Integration Europas geht – im Gegensatz zur politischen Integration, die durch die oben formulierte Bedingung der politischen Vergemeinschaftung abgedeckt wird – wird diese Bedingung als **Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung (Bedingung 8)** bezeichnet. Vorausgesetzt, dass diese Befürwortung anhand mehrerer manifester Variablen gemessen wird, ist auch hier von einem formativen Modell zu sprechen. Grafisch kann die Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft einfach dargestellt werden:

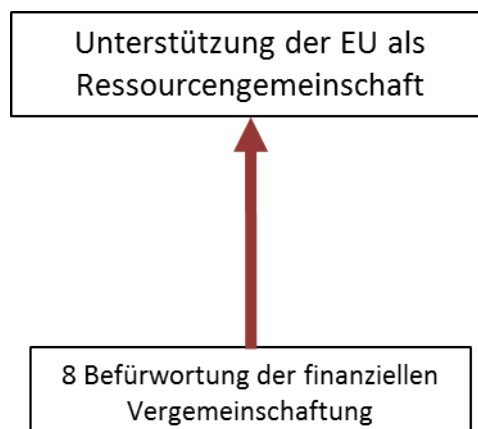


Abbildung 5: Operationalisierung „Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft“ (eigene Darstellung)

Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft wurde für beide Dimensionen in Form von Einstellungen, also nach Easton in indirekter Form, operationalisiert. Welche konkreten Handlungen, also

direkte Formen, Ausdruck dieser Unterstützung sind, ist deutlich schwieriger zu bestimmen. Easton schlägt vor, dass die Teilnahme an „patriotischen Zeremonien“ (Easton 1965b: 332) oder das Verwenden „physischer Symbole der Gruppenidentität, wie z.B. [...] Flaggen, Hymnen“ (ebd.) Ausdruck der Gemeinschaftsunterstützung seien. Weil es hier aber deutliche kulturelle Unterschiede geben dürfte, ist seine Vermutung nicht unmittelbar auf alle politischen Gemeinschaften übertragbar. Easton selbst schreibt, dass das Messen systemunterstützender Handlungen deutlich schwieriger ist, als das Messen entsprechender Einstellungen (ebd.: 163). Gleichzeitig geht aus seinen Schilderungen hervor, dass unterstützende Einstellungen unterstützenden Handlungen zumeist vorausgehen (ebd.: 160). Insofern dürfte die Messung der unterstützenden Einstellungen bereits wichtige Schlüsse auf das Ausmaß der Unterstützung der politischen Gemeinschaft zulassen.

3.2 Überblick über quantitative europaweit erhobene Umfragen zu Solidarität

Im vorigen Kapitel wurden die drei zentralen Variablen operationalisiert und dabei acht Bedingungen identifiziert, die für die drei latenten Variablen entscheidend sind:

1. Hilfsbereitschaft
2. Gleichheitspräferenz
3. Reziprozitätserwartung
4. europäische Identität
5. Transnationalität
6. Bewusstsein über gemeinsames politisches Schicksal
7. Befürwortung politische Vergemeinschaftung der EU-Mitgliedstaaten
8. Befürwortung finanzielle Vergemeinschaftung

Um entsprechende Umfragedaten zu finden, die Variablen zu allen acht Bedingungen enthalten und in allen EU-Mitgliedstaaten erhoben wurden, wurde unter anderem der Datenbestandskatalog 2.1 des GESIS Leibniz Instituts für Sozialwissenschaften¹¹⁸ nach den Schlagworten „Solidarität“, „Hilfe“ und „Europa“ (getrennt und Kombination) durchsucht. Außerdem wurden Umfragestudien herangezogen, auf die sich die in der Einleitung zitierte empirische Literatur zu Solidarität in Europa bezieht. Berücksichtigt wurden nur Umfragedaten, die für die wissenschaftliche Forschung frei zugänglich sind. Zeitlich wurde die Suche dabei auf die letzten zehn Jahre (2005 bis 2015) eingeschränkt, um möglichst aktuelle Daten heranziehen zu können. Von den folgenden Umfragestudien wurden schließlich die Frage- und Antwortformulierungen in den Fragebögen nach den acht Bedingungen durchsucht:

- European Election Studies, Befragungen aus den Jahren 2009 und 2014,
- European Quality of Life Survey, Befragungen aus den Jahren 2007 und 2012,
- European Social Survey, Befragungen aus den Jahren 2006, 2008, 2010, 2012 und 2014,

¹¹⁸ Der GESIS Datenbestandskatalog kann über die folgende Website abgerufen werden:
<https://dbk.gesis.org/dbksearch/index.asp?db=d> (zuletzt geprüft am 24.01.2016).

- International Social Survey Programme, jährliche Befragungen von 2005 bis 2013¹¹⁹,
- European Values Study, Befragung aus dem Jahr 2008,
- World Values Survey, Befragungen der Welle 5 (2005-2009) und 6 (2010-2014),
- Umfragestudien des PEW Research Center, jährliche Befragungen von 2005 bis 2013¹²⁰ und
- Eurobarometer, alle Befragungen des Standard & Spezial Eurobarometers seit der Befragung 63.1 (2005) bis zur Befragung 83.4 (2015).

Die Umfragen der European Election Studies und des European Quality of Life Survey konnten schnell ausgeschlossen werden, weil sie keine relevanten Variablen enthielten. Die Befragungen des World Values Survey wurden ausgeschlossen, weil die darin enthaltenen interessanten Variablen auch in der European Values Study enthalten waren, dort wurde aber zusätzlich der spezifische europäische Kontext berücksichtigt.

In 31 Befragungen des Eurobarometers, fünf Befragungen des European Social Survey, einer Befragung der European Values Study, sieben Befragungen des International Social Survey Programme sowie vier Befragungen des PEW Research Center wurden Fragen zur Hilfsbereitschaft und zu mindestens einer weiteren Bedingung für die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten gestellt. Diese Befragungen sollen im Folgenden kurz beschrieben werden, um einen Überblick über mögliche Messkonzepte von Solidarität zu erhalten (Kapitel 3.2.1 bis 3.2.5). Dabei wird angegeben, ob und wenn ja, in welchem Kontext der Begriff der Solidarität in Frageformulierungen und Antwortkategorien verwendet wurde.¹²¹

3.2.1 European Social Survey

Der European Social Survey (ESS) ist eine länderübergreifende sozialwissenschaftliche Befragungstudie, die seit 2002 im zweijährlichen Rhythmus in 36 verschiedenen europäischen Ländern durchgeführt wird.¹²² Der ESS wird von der Kommission der EU sowie von nationalen Forschungsförderungseinrichtungen finanziert. Der allgemeine inhaltliche Schwerpunkt des ESS liegt bei den sozialen und politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Europäer.¹²³ Dabei spielen Themen wie soziales und institutionelles Vertrauen, Gerechtigkeitsvorstellungen oder Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat eine zentrale Rolle.

¹¹⁹ Für das ISSP sind zwar schon die Fragebögen für die Befragungen aus den Jahren 2014 bis 2016 online zugänglich. Allerdings stehen für diese Jahre noch keine Daten zur Verfügung, daher wurden die drei Umfragen ab 2014 nicht für die Suche nach passenden Daten berücksichtigt.

¹²⁰ Im Jahr 2009 wurden vom PEW Research Center zwei Befragungen, einmal im Frühling und einmal im Herbst durchgeführt.

¹²¹ Es wurden nur Fragen berücksichtigt, die jeweils in allen an einer Befragung teilnehmenden Ländern gestellt wurden. Eine vollständige Darstellung aller Frageformulierungen, die der Bedingung 1 zugeordnet wurden, befindet sich im Anhang 1.

¹²² Keine der Befragungswellen wurde in allen 36 Ländern durchgeführt, die teilnehmenden Länder variieren leicht von Befragungswelle zu Befragungswelle. Die hier aufgeführten Informationen beziehen sich auf die offizielle Homepage mit allgemeinen und methodischen Informationen, Datensätzen und Fragebögen, die online unter <http://www.europeansocialsurvey.org/> verfügbar ist (zuletzt geprüft am 22.01.2016).

¹²³ Die Fragebögen der verschiedenen Befragungswellen des ESS umfassen alle einen Kern an gleichen Fragen sowie einen an wechselnden thematischen Schwerpunkten orientierten Fragenteil.

In den Fragebögen wurden passende Frageformulierungen zu den drei Bedingungen Hilfsbereitschaft (1), Gleichheitspräferenz (2) und Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung (7) gefunden. Keine passenden Fragen wurden zu den Bedingungen Reziprozitätserwartung (3), europäische Identität (4), Transnationalität (5), Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal (6) und Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung (8) gefunden.

Der Begriff der Solidarität wird in den Fragebögen des ESS kein einziges Mal verwendet. Dennoch können vier Fragen mit solidarischem Verhalten in Verbindung gebracht werden. Bei der ersten Frage sollen mithilfe von 21 Items verschiedene Aspekte der Persönlichkeit des Befragten erfasst werden. Dabei bezieht sich ein Item auf die Disposition des Befragten, den Menschen in seinem direkten Nahumfeld zu helfen, ein weiteres auf die Disposition, ihnen gegenüber loyal zu sein. Hiermit kann eine Form der Kleingruppensolidarität gemessen werden (vergleiche Kapitel 2.1.2, Abschnitt „Typen“). Für die Messung der Disposition zu grenzüberschreitender Solidarität ist diese Frage aber eher nicht geeignet. Die weiteren drei Fragen hingegen beziehen sich auf Formen der Hilfe, die über den Nahbereich des Befragten hinausgehen. Die zweite Frage greift hier ab, wie häufig ein Befragter Menschen außerhalb seines direkten Umfeldes hilft. Die dritte und vierte Frage erfassen, inwiefern der Befragte die Unterstützung anderer für die Pflicht eines (guten) Bürgers hält, oder im Gegenteil, ob Egoismus für die Gesellschaft besser sei. Diese Fragen sind eher geeignet, Solidarität in größeren Gemeinschaften zu erfassen. Ohne den Zusatz der Reziprozitätserwartung, die solidarische Hilfe von beispielsweise humanistisch motivierter Wohltätigkeit unterscheidet, lassen sich diese Fragen aber nur bedingt nutzen, um das hier interessierende Phänomen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten zu erfassen. Die Umfragedaten des ESS können für die weiteren Analysen also nicht herangezogen werden.

3.2.2 International Social Survey Programme

Das International Social Survey Programme (ISSP) ist ein 1984 gegründetes sozialwissenschaftliches Umfrageprogramm, welches mittlerweile von 48 beteiligten Mitgliedsländern weltweit durchgeführt wird.¹²⁴ Jedes teilnehmende Land ist dabei für die Finanzierung der nationalen Umfrage selbst verantwortlich. Das ISSP beschäftigt sich mit ähnlichen Themen wie der ESS, wird allerdings jährlich durchgeführt und hat in jedem Jahr einen anderen inhaltlichen Fokus (International Social Survey Programme).

Insgesamt wurden keine geeigneten Variablen für die Bedingungen der Reziprozitätserwartung (3), der Transnationalität (5), der Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung innerhalb Europas (6) sowie des Bewusstseins über das gemeinsame politische Schicksal innerhalb Europas (8) gefunden. Für die Bedingung der Hilfsbereitschaft wurde nur eine einzige passende Frage aus dem Jahr 2004 gefunden, ein Jahrgang, der vor dem oben festgelegten Zeitraum liegt. Diese Frage zielt, ähnlich

¹²⁴ Die offizielle Homepage des ISSP mit generellen Informationen, Links zu Veröffentlichungen, Daten und Fragebögen ist online unter <http://www.issp.org/index.php> verfügbar (zuletzt geprüft am 21.01.2016).

wie die beiden oben beschriebenen Fragen aus dem ESS, auf Vorstellungen der Befragten darüber ab, was einen „guten Bürger“ ausmacht, und speziell, ob es wichtig sei, dass ein „guter Bürger“ anderen hilft. Zusätzlich findet hier eine Differenzierung zwischen Menschen im eigenen Land und Menschen in anderen Ländern statt, denen geholfen werden kann. Diese Differenzierung kann dabei helfen, zu prüfen, wie stark nationale Solidargemeinschaften ausgeprägt sind. Doch auch hier gilt, dass ohne den Zusatz von Fragen, die die Reziprozitätserwartung der Befragten erfassen, nicht wirklich Aussagen über die Art der Hilfe getroffen werden können. Auch die Umfragedaten des ISSP wurden also nicht für weitere Analysen berücksichtigt.

3.2.3 European Values Study

Die European Values Study (EVS) ist eine wissenschaftliche Umfragestudie, die sich mit dem Wandel der Wertvorstellungen der Europäer in Bezug auf verschiedene Bereiche wie Familie, Religion oder Politik beschäftigt.¹²⁵ Getragen wird die Studie derzeit von der „EVS Foundation“. Die Umfrage wurde 1981 zum ersten Mal durchgeführt, weitere Befragungswellen folgten in den Jahren 1990, 1999 bzw. 2000 und 2008.

In den Fragebögen der EVS wurden keine verwendbaren Variablen zu den Bedingungen der Transnationalität (5), der Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung innerhalb Europas (6) und des Bewusstseins über das gemeinsame politische Schicksal innerhalb Europas (8) gefunden. Neben drei passenden Fragen zur Hilfsbereitschaft wurden zur Gleichheitspräferenz (2), Reziprozitätserwartung (3), europäischen Identität (4) und zur Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung (7) passende Fragen gefunden. Die drei Fragen, bei denen ein Bezug zur Solidarität hergestellt werden konnte, stammen alle aus der Befragung im Jahr 2000, welches vor dem hier beobachteten Zeitraum liegt. Sie sollen dennoch kurz beschrieben werden, weil sie das Konzept der Solidarität im Vergleich zu den Fragen aus dem ESS und dem ISSP deutlich ausführlicher aufgreifen.

Die erste Frage bezieht sich mit der Formulierung, ob die Befragten bereit wären, „aktiv etwas für jemanden tun“, zwar nicht explizit auf eine Not- oder Bedarfssituation, dennoch kann hier davon ausgegangen werden, dass eine Form der Hilfsbereitschaft mit dieser Frage abgedeckt wird. Mit der Frage wird zwischen fünf Bezugsgruppen der Unterstützung unterschieden: der Familie, Menschen in der Nachbarschaft, älteren Menschen im eigenen Land, Ausländern im eigenen Land sowie Kranken und Behinderten im eigenen Land. Auf diese Weise können beispielsweise unterschiedliche Einschätzungen zur Bedürftigkeit der Gruppen abgefragt werden. Nach Menschen in anderen Mitgliedstaaten der EU als Bezugsgruppe wird leider nicht gefragt.

¹²⁵ Die erste Umfrage 1981 wurde in 16 Ländern durchgeführt, darunter auch die USA und Kanada. Die folgenden Befragungen wurden in immer mehr europäischen Ländern durchgeführt, 2008 waren es 47 Länder. Die hier angeführten Informationen beziehen sich auf die offizielle Homepage der EVS mit allgemeinen und methodischen Informationen, Datensätzen und Fragebögen, welche online unter <http://www.europeanvaluesstudy.eu/> verfügbar ist (zuletzt geprüft am 25.01.2016).

Auch die zweite Frage, die nach den Gründen für das unterstützende Verhalten fragt, bezieht sich nicht explizit auf die hier interessierende Gruppe der Menschen in anderen EU-Staaten, sondern auf ältere Menschen bzw. Ausländer, die im Heimatland des Befragten leben. Interessant an dieser Formulierung ist aber, dass sie nach den Motiven für das Hilfshandeln fragt. Anhand von fünf Items lässt sich unterscheiden, ob die Befragten aus moralischem Verpflichtungsgefühl, Mitgefühl, gesamtgesellschaftlichem bzw. egoistischen Interesse oder aufgrund einer Gleichheitspräferenz handeln. Das gesellschaftliche und das egoistische Interesse lassen dabei Schlüsse auf eine mögliche Reziprozitätserwartung zu. Hohe Zustimmungswerte für die drei letzten Items, die auf eine Reziprozitätserwartung sowie eine Gleichheitspräferenz schließen lassen, können also auf solidarische Einstellungen hinweisen.

Auch die dritte Frage unterscheidet zwischen verschiedenen Bezugsgruppen von Hilfe, und zwar zwischen Kollegen am Arbeitsplatz, Mitgliedern der weiteren Verwandtschaft, Menschen in der Dritten Welt und Arbeitslosen. Diese Bezugsgruppen unterscheiden sich im Wesentlichen in der Nähe zum Befragten. Die Frage zielt insbesondere auf die persönliche Opferbereitschaft ab, welche Teil vieler Definitionen von Solidarität ist (vergleiche Kapitel 2.1.2, Abschnitt „Definitionen“).

Weil alle drei Fragen spezifische Bezugsgruppen hervorheben – die hier interessierende Bezugsgruppe der anderen EU-Bürger aber nicht enthalten ist – und weil sie nicht in dem für diese Arbeit interessanten Zeitraum abgefragt wurden, können sie für die weiteren Analysen nicht genutzt werden. Im Vergleich zum ESS und dem ISSP greift die EVS aber die für Solidarität wichtige Bedingung der Reziprozität auf. Die verwendeten Fragen wären zur Untersuchung von Solidarität innerhalb der nationalen Gemeinschaft gut geeignet.

3.2.4 Umfragestudien des PEW Research Center

Das PEW Research Center ist ein unabhängiges US-amerikanisches Forschungsinstitut, das sich der empirischen Einstellungsforschung in den USA und der Welt widmet.¹²⁶ Es wird im Wesentlichen durch die „PEW Charitable Trusts“ getragen. Das Institut führt seit 2001 meist jährliche weltweite Umfragen durch.¹²⁷ Für diese Arbeit berücksichtigt wurden die Umfragen der Jahre 2005 bis 2013. Interessant sind die Umfragen der Jahre 2012 und 2013, bei denen es für die Befragten in europäischen Ländern einen inhaltlichen Schwerpunkt zur Euro-Krise gab. Allerdings beziehen sich die Fragen, die mit Solidarität zusammengebracht werden können, nicht auf individuelle Solidarität, sondern auf Solidarität zwischen den EU-Staaten. Die Fragen sind damit eher der finanziellen Vergemeinschaftung (8) als der Hilfsbereitschaft (1), die sich auf individuelles Verhalten bezieht, zuzuordnen. Darüber hinaus sind keine Variablen enthalten, die den Bedingungen der Gleichheitspräferenz

¹²⁶ Die hier angeführten Informationen beziehen sich auf die offizielle Homepage des Pew Research Center mit allgemeinen und methodischen Informationen, Datensätzen und Fragebögen, welche online unter <http://www.pewresearch.org/> verfügbar ist (zuletzt geprüft am 25.01.2016).

¹²⁷ In insgesamt 65 Ländern weltweit wurden bereits Umfragen durch das PEW Research Institute durchgeführt, aber bei keiner der Umfragen zwischen 2005 und 2013 wurden alle 65 Länder einbezogen.

(2), der Reziprozitätserwartung (3) und der Transnationalität (5) zuzuordnen sind, für die weitere Analyse können die Daten daher nicht verwendet werden.

3.2.5 (Standard & Spezial) Eurobarometer

Das Eurobarometer ist das zentrale Instrument der Europäischen Kommission zur Beobachtung der öffentlichen Meinung in den EU-Mitgliedstaaten, den Beitrittskandidaten sowie ausgesuchten weiteren europäischen Ländern. Das Eurobarometer wird seit 1973 mindestens einmal jährlich, seit vielen Jahren aber mehrmals im Jahr durchgeführt. Einmal im Jahr wird das so genannte Standard Eurobarometer durchgeführt, das durch einen Kern an Fragen zu Themen wie der politischen Integration oder Einstellungen zur EU und ihren Institutionen gekennzeichnet ist. Die mehrmals im Jahr durchgeführten Spezial Eurobarometer widmen sich wechselnden Themen, wie zum Beispiel der inneren Sicherheit und Kriminalität oder dem Konsumentenverhalten (Gesis 2016).

Für diese Arbeit berücksichtigt wurden die Standard und Spezial Eurobarometer ab 63.1 (2005) bis 83.4 (2015). Zu allen Bedingungen wurden passende Variablen gefunden, allerdings konnten nur zwei Umfragen identifiziert werden, in denen alle Bedingungen abgefragt wurden: das Eurobarometer 79.3 von 2013 und das Eurobarometer 82.3 von 2014.

Im Folgenden werden nun die Variablen vorgestellt, die der Bedingung 1 (Hilfsbereitschaft) zugeordnet werden konnten.¹²⁸ Anschließend werden die beiden für die Analyse infrage kommenden Eurobarometer kurz vorgestellt, um die Entscheidung für eine der beiden Umfragen zu rechtfertigen.

Bei der Suche nach Frageformulierungen, die einen Bezug zu Solidarität haben, fällt zunächst auf, dass der Begriff der Solidarität mit 19 gefundenen Fragen im Vergleich zu den oben beschriebenen Umfragestudien recht häufig wörtlich in den Frage- und Antwortformulierungen der Eurobarometer-Fragebögen aus den Jahren 2005 bis 2015 vorkommt.¹²⁹ Er wird allerdings in höchst unterschiedlichen Kontexten verwendet. In einer Frage sollen die Befragten ihre Meinung dazu abgeben, ob Solidarität mit ärmeren Regionen ein europäisches Gemeinschaftsgefühl erzeugt (Frage 1, siehe Anhang 1). In sieben Fragen steht Solidarität als ein Wert neben anderen politischen bzw. gesellschaftlichen Werten wie Rechtsstaatlichkeit oder kultureller Vielfalt, oder auch neben persönlichen Werten wie Gesundheit oder Liebe (Fragen 2 bis 4 sowie 6 bis 9). In zwei Fragen wird Solidarität mit ärmeren Regionen bzw. mit Mitgliedstaaten, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, als ein Politikfeld verstanden (Fragen 5 und 11). In einer weiteren Frage wird Solidarität mit Kooperation gleichgesetzt (Frage 10). Zwei Fragen stellen Solidarität und Individualismus als gesellschaftliche Werte gegenüber (Fragen 12 und 13). Drei Fragen setzen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bzw. mit

¹²⁸ Nicht berücksichtigt wurden Fragen zum Thema Generationensolidarität, welche zum Beispiel im Eurobarometer 74.2 von 2010 einen thematischen Schwerpunkt bildeten. Diese beziehen sich so explizit auf Verhaltensweisen, die folgende Generationen berücksichtigen, dass es nur schwer möglich ist, einen Bezug zum Thema der transnationalen europäischen Solidarität herzustellen.

¹²⁹ Es wurden 19 verschiedene Fragen identifiziert, die fast alle zu mehreren Zeitpunkten, also in verschiedenen Befragungen des Eurobarometers gestellt wurden.

Menschen, die von der Gesellschaft ausgeschlossen sind, mit der Schuldenkrise in Bezug (Fragen 14, 15 und 16). Zwei weitere Fragen beschäftigen sich mit Solidarität im Zusammenhang von Freiwilligentätigkeit (Fragen 17 und 18). Einmal wird ganz allgemein gefragt, ob die Befragten mit Solidarität etwas Positives oder Negatives verbinden (Frage 19). Nur zwei der ausgewählten Fragen verwenden den Begriff der Solidarität nicht, beziehen sich aber auf alltägliches Helfshandeln gegenüber armen Menschen bzw. die Bedeutung der Unterstützung armer Menschen für die Beendigung der Wirtschafts- und Finanzkrise (Fragen 20 und 21). Nur in diesen beiden und in der Frage, bei der persönlich wichtige Werte abgefragt werden (Frage 8), wird Solidarität eindeutig als eine Einstellung oder Handlung konzipiert, die sich auf das Verhältnis zwischen Individuen bezieht. In allen anderen Fragen wird Solidarität entweder so unspezifisch verwendet, dass keine substantiellen Aussagen über tatsächliche Solidarhandlungen oder -einstellungen möglich sind (z.B. in den Fragen 12, 13 und 19), oder es wird explizit nach der Einstellung zu zwischenstaatlicher Solidarität gefragt, welche im Zusammenhang dieser Arbeit zwar nicht uninteressant ist, aber nicht den Kern der Fragestellung nach der systemischen Bedeutung von individuellem Solidarhandeln trifft. Für die weitere Analyse sind daher prinzipiell nur die Fragen 8, 20 und 21 geeignet.

Die Frage 20 („Bitte sagen Sie mir, ob Sie jemals eines oder mehrere der folgenden Dinge tun, um Menschen in Armut zu helfen.“) wurde lediglich im Eurobarometer 74.1 (2010) gestellt. In diesem Eurobarometer wurden keine Fragen gestellt, die den Bedingungen 4 (europäische Identität), 5 (Transnationalität) und 7 (Befürwortung politische Vergemeinschaftung der EU-Mitgliedstaaten) entsprechen, insofern kann dieses Eurobarometer nicht für die weiteren Analysen verwendet werden.

Die Frage 8 („Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten?“, mit „Solidarität/ Unterstützung anderer“ als eine Antwortoption neben z.B. „Demokratie“ und „Frieden“) wurde in insgesamt zehn Eurobarometer-Befragungen gestellt: 66.1 (2006), 69.2 (2008), 72.4 (2009), 74.2 (2010), 75.2 (2011), 77.3 (2012), 79.3 (2013), 81.2 (2014), 82.3 (2014), 83.3 (2015).

Die Frage 21 („Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist.“, mit dem Item „Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.“) wurde in acht Eurobarometer-Befragungen gestellt: 73.4 (2010), 75.3 (2011), 76.3 (2011), 77.3 (2012), 78.1 (2012), 79.3 (2013), 80.1 (2013), 82.3 (2014).

Zwei der Eurobarometer-Befragungen, in denen die Fragen 8 und 21 gestellt werden, enthalten Fragen zu allen acht für die Arbeit relevanten Bedingungen: das Eurobarometer 79.3 (2013) und das Eurobarometer 82.3 (2014). Die Befragungen ähneln sich sowohl inhaltlich als auch strukturell, allerdings enthält das Eurobarometer 79.3 insgesamt mehr Fragen zu den acht Bedingungen. Es soll daher

für die weiteren Analysen verwendet werden.¹³⁰ Im folgenden Kapitel werden die inhaltliche Struktur und das methodische Vorgehen des Eurobarometers 79.3 detailliert dargestellt.

3.3 Analyse des Eurobarometers 79.3 (2013)

3.3.1 Beschreibung der Umfragedaten

Das Eurobarometer 79.3 von 2013 ist das Standard Eurobarometer des Jahres 2013 und trägt den Titel „Europe 2020, The Financial and Economic Crisis and European Citizenship“ (Europäische Kommission 2013a).¹³¹ Neben einer größeren Anzahl an Standardfragen, die in jedem Jahr mindestens einmal in die Eurobarometer-Befragungen einfließen, umfasste diese Befragung dem Titel entsprechend einige Fragen zur Strategie „Europa 2020“, zu den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und zur Unionsbürgerschaft.

Die Befragung wurde im Auftrag der Europäischen Kommission im Zeitraum vom 10. bis zum 26. Mai 2013 in den damals 27 Mitgliedstaaten der EU sowie den damaligen Kandidatenländern Kroatien, Island, Mazedonien, Montenegro, Serbien, der Türkei sowie Nordzypern unter der Koordination des Unternehmens „TNS opinion“ (Brüssel) durchgeführt. Insgesamt wurden 32.694 Menschen befragt, die in diesen Ländern zum Zeitpunkt der Befragung wohnhaft waren, die Staatsbürgerschaft eines der oben genannten Staaten hatten, ausreichende Sprachkenntnisse in der jeweiligen Landessprache hatten und über 15 Jahre alt waren.¹³² Weil sich die Fragestellung der Arbeit lediglich auf EU-Bürger bezieht, werden für die folgenden Analysen die Befragten aus den Ländern ausgeschlossen, die zum Zeitpunkt der Befragung keine EU-Mitgliedstaaten waren. Berücksichtigt wurden also nur die Befragten aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Die Stichprobe, die nur EU-Bürger enthält, umfasst 26.605 Befragte.¹³³

Die Befragungen wurden persönlich in den Haushalten der Befragten in der jeweiligen Landessprache durchgeführt.¹³⁴ Die Stichprobe wurde mithilfe eines mehrstufigen Zufallsverfahrens gezogen.¹³⁵ Für jedes teilnehmende Land wurde ein Stichprobenumfang von 1000 durchgeführten Interviews ange-

¹³⁰ Sämtliche Analysen in dieser Arbeit wurden mit der Statistik-Software Stata (Version 13.1) durchgeführt.

¹³¹ Sämtliche Informationen über das Eurobarometer 79.3 sind über die Website des „Eurobarometer Data Service“ des GESIS Leibniz Instituts für Sozialwissenschaften erhältlich (Gesis 2016).

¹³² Voraussetzung war nicht, dass die Befragten die Staatsbürgerschaft des Staates besitzen, in dem sie wohnhaft sind.

¹³³ Für eine kurze Übersicht zur sozio-demografischen Struktur der Stichprobe siehe Anhang 3.

¹³⁴ Die Basis-Fragebögen wurden zuvor in englischer und französischer Sprache entwickelt und in die verschiedenen Landessprachen übersetzt. Für Belgien, Luxemburg, Spanien, Finnland, Estland, Lettland, Malta, die Türkei und Mazedonien wurden die Fragebögen in mehrere Sprachen übersetzt.

¹³⁵ Auf der ersten Stufe wurden unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen zufällig Regionen innerhalb der teilnehmenden Länder ausgewählt. Daraufhin wurden Adressen innerhalb dieser Regionen als Startpunkte ausgewählt, von denen aus dann wiederum nach dem Zufallsprinzip Adressen in der Nachbarschaft ausgewählt wurden. Innerhalb der Haushalte wurde jeweils diejenige Person für das Interview gewählt, die als nächste Geburtstag hat.

strebt.¹³⁶ Um die dadurch entstehende Überrepräsentation von Staatsbürgern aus bevölkerungsärmeren EU-Ländern bzw. die Unterrepräsentation von Staatsbürgern aus bevölkerungsreicheren EU-Ländern in der Gesamtstichprobe auszugleichen, werden mit den Datensätzen des Eurobarometers 79.3 verschiedene Gewichtungsvariablen zur Verfügung gestellt. Diese enthalten neben den Design-Gewichten, welche die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten ausgleichen sollen, auch Gewichte der nachträglichen Schichtung („post stratification weights“), welche neben den reinen Bevölkerungszahlen auch Faktoren wie das Geschlecht oder Alter einbeziehen, um die Stichprobendaten in ihrer Struktur den Daten der amtlichen Statistik anzupassen.¹³⁷ Im Gegensatz zur Design-Gewichtung ist die Methode der nachträglichen Schichtung umstritten (Arzheimer 2009: 361–363). Das liegt nicht zuletzt daran, dass das genaue Vorgehen von den Umfrageinstituten nur selten transparent gemacht wird:

„Selbst bei großen europäisch-vergleichend abgelegten Studien wie dem Eurobarometer werden die Gewichte von den Umfrageinstituten nach einem nicht näher spezifizierten Verfahren errechnet, das eine Anpassung an die Randverteilung bestimmter sozio-demographischer Merkmale (Alter, Geschlecht etc.) sicherstellen soll.“ (ebd.: 361)

Im Eurobarometer enthalten die Design-Gewichte immer auch Gewichte der nachträglichen Schichtung. Eine getrennte Nutzung der Design-Gewichte ist nicht möglich. Um die Verzerrungsfehler, die durch die spezielle Stichprobenziehung entstehen, zu vermeiden, werden die Design-Gewichte daher trotz der berechtigten Kritik an der nachträglichen Schichtung verwendet.

Der Fragebogen des Eurobarometers 79.3 ist in fünf thematische Blöcke aufgeteilt. Im ersten Block (Block A) werden die Standard-Trendfragen des Eurobarometers zur Lebenszufriedenheit der Befragten, ihrer Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation und der wirtschaftlichen und politischen Situation des eigenen Landes, Europas und der Welt, zu ihren Erwartungen für die Zukunft, zum Vertrauen in bzw. zur Zufriedenheit mit politischen Institutionen im eigenen Land sowie in der EU, zu ihrem allgemeinen Bild der EU und zu Einstellungen gegenüber einer stärkeren politischen Integration gestellt. Der zweite Block (Block B) besteht aus Fragen zur „Europa 2020“ Strategie, die der „Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise“ und der „Bewältigung der neuen globalen Herausforderungen“ (siehe S. 22 im Fragebogen) dienen sollen. Im dritten Block (Block C) werden konkrete politische Vorstellungen über die Rolle der EU während bzw. nach der Krise abgefragt. Der vierte

¹³⁶ Davon ausgenommen waren Großbritannien, für welches neben den 1000 Befragungen zusätzlich 300 Befragungen in Nordirland angesetzt wurden, Deutschland, wo 1000 Befragungen in West- und 500 Befragungen in Ost-Deutschland angestrebt wurden sowie Luxemburg, die Republik Zypern, die Türkische Republik Zypern, Malta und Island mit jeweils 500 angestrebten Interviews. Eine Liste mit der Anzahl der tatsächlich realisierten Interviews befindet sich im Anhang 2.

¹³⁷ Zur Konstruktion der Gewichtungsvariablen schreibt die Europäische Kommission: „In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen“ (Europäische Kommission 2013b: TS1).

Block (Block D) widmet sich dem Thema der Unionsbürgerschaft sowie Fragen zur kollektiven Identität der Europäer. Der letzte Block umfasst vor allem sozio-demografische Fragen.

Die für die folgenden Analysen verwendeten Fragen wurden den verschiedenen Blöcken zumeist losgelöst aus ihrem Zusammenhang im Fragebogen entnommen. Im folgenden Kapitel werden die Fragen in ihrer Zuordnung zu den drei latenten Konstrukten der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und der Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksals- sowie als Ressourcengemeinschaft vorgestellt. Um bewerten zu können, wie stark diese Indikatoren im Antwortverhalten der Befragten ausgeprägt sind, erfolgt außerdem eine univariate Auswertung der entsprechenden Indikatorvariablen. Ausführliche Tabellen dieser Auswertung befinden sich im Anhang 4.

3.3.2 Messen der drei latenten Konstrukte und univariate Auswertung der Indikatorvariablen

Bedingung 1: Hilfsbereitschaft

Zwei Variablen aus dem Eurobarometer 79.3 können der Bedingung der Hilfsbereitschaft zugeordnet werden.

Tabelle 1: Indikatorvariablen Bedingung 1 (Hilfsbereitschaft) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)

Nr. im Fragebogen	Neue Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien ¹³⁸
QB1 (Item 7)	1.1	„Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist [...].“ - „Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.“ ¹³⁹	1 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 10 = „sehr wichtig“
QD9 (Item 8)	1.2	„Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten?“ (maximal drei Nennungen)	„Solidarität/ Unterstützung anderer“

Zur Frage 1.1 werden im Fragebogen vor dem aufgeführten Item vor allem wirtschaftliche Maßnahmen aufgelistet, die die Befragten in ihrer Wichtigkeit für die Zukunft der EU bewerten sollen. Die Unterstützung armer Menschen grenzt sich davon eindeutig ab. Diesen Punkt als eine wichtige Initiative im Rahmen der „Europa 2020“ Strategie zu bewerten, kann als Disposition für solidarisches Handeln verstanden werden, weil er explizit die Linderung der akuten materiellen Notsituation anderer Gemeinschaftsmitglieder im Gegensatz beispielsweise zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in den Fokus stellt. Durch den Fokus der Frage auf die Zukunft der EU wird deutlich, dass hier Maßnahmen abgefragt werden, die die Stärke der ganzen Gemeinschaft in den

¹³⁸ Wie bereits in Kapitel 3.2 werden in dieser und den folgenden Tabellen nur die inhaltlichen Antwortkategorien aufgeführt. Die Kategorien „weiß nicht“ oder „spontan: nichts davon“ werden den Befragten nicht vorgegeben, die Interviewer haben aber die Möglichkeit, derartige Antworten in ihren Bögen anzukreuzen.

¹³⁹ Vor diesem Item werden sechs weitere Items abgefragt, vor allem zu wirtschaftlichen Themen.

Blick nehmen. Das Unterstützen armer Menschen wurde von einem Großteil der Befragten als sehr wichtig eingestuft: 36,15 Prozent der Befragten vergaben hier den höchsten Wert 10 (sehr wichtig), was im Vergleich zu den anderen Items der größte Anteil ist. Weitere 44,78 Prozent vergaben den Wert 7, 8 oder 9. Insgesamt wurden nur zu einer anderen Initiative („Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen“) häufiger Werte zwischen 7 und 10 vergeben – 82,37 Prozent der Befragten bewerteten diese Initiative als sehr wichtig. Nimmt man die hier abgefragte Einstellung – die Wichtigkeit des Unterstützens armer Menschen – als einen Indikator für Hilfsbereitschaft unter Unionsbürgern, kann von einem hohen Niveau gesprochen werden.

Die zweite Frage, mit der die persönlich wichtigsten Werte der Befragten erhoben werden, führt Solidarität bzw. Unterstützung anderer neben Werten wie Selbstverwirklichung oder Toleranz auf. Die Liste an Werten, aus denen die Befragten die drei für sie persönlich wichtigsten Werte auswählen sollen, ist recht heterogen und führt mit Begriffen wie „Demokratie“, „Rechtstaatlichkeit“ oder „Religion“ auch Punkte auf, die nicht im eigentlichen Sinne als Werte verstanden werden können, sondern vielmehr Synonyme für eine Reihe an weiteren Werten wie Gerechtigkeit oder Gleichheit darstellen. Nichtsdestotrotz lässt sich am Antwortverhalten der Befragten an dieser Stelle doch erkennen, ob Solidarität im Sinne einer Unterstützung anderer als grobes Konzept im Vergleich zu anderen normativ aufgeladenen Konzepten wie „Selbstverwirklichung“ oder „Frieden“ eine Rolle für die Befragten spielt, oder nicht.

Als persönlich wichtigster Wert wurden die Menschenrechte von den Befragten am häufigsten genannt – 41,91 Prozent nannten diesen Wert. Am zweithäufigsten wurde Frieden als wichtigster Wert genannt (40,32 Prozent), am dritthäufigsten der Respekt gegenüber menschlichem Leben (38,55 Prozent). Solidarität wurde nur von 16,7 Prozent der Befragten als wichtigster Wert genannt. Selten wurden der Respekt gegenüber anderen Kulturen (10,28 Prozent), die Toleranz (14,6 Prozent), die Selbstverwirklichung (9,05 Prozent) und die Religion (6,2 Prozent) genannt. In Konkurrenz zu anderen Werten verliert die Unterstützung anderer also offenbar an Bedeutung für die Befragten. Zusammenfassend lässt sich also ein unscharfes Bild in Bezug auf die Hilfsbereitschaft der Befragten feststellen.

Bedingung 2: Gleichheitspräferenz

Die Bedingung 2 wurde mithilfe der folgenden beiden Fragen gemessen:

Tabelle 2: Indikatorvariablen Bedingung 2 (Gleichheitspräferenz) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)

Nr. im Fragebogen	Neue Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien
QA24 (Item 3)	2.1	„Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein?“ ¹⁴⁰	„Den Lebensstandard aller EU Bürger verbessern“
QD9 (Item 7)	2.2	„Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten?“ (maximal drei Nennungen)	„Gleichheit“

Das Item „Den Lebensstandard aller EU Bürger verbessern“ ist eines von acht Items, das die Befragten als das von ihnen präferierte „Hauptziel beim Aufbau Europas“ nennen konnten.¹⁴¹ Die anderen Items beziehen sich vor allem auf wirtschaftliche („Die Wirtschaft in der EU fördern und das Wachstum ankurbeln“) und politische Aspekte („Die EU zu einem wichtigen diplomatischen Akteur auf dem internationalen Parkett machen“). Drei der Items beziehen sich sogar explizit auf politische Ziele, die den europäischen Rahmen verlassen (z.B. „Die Entwicklung der ärmsten Länder außerhalb der EU fördern“). Das für die Bedingung der Gleichheitspräferenz gewählte Item sticht insofern heraus, weil es sich explizit auf EU-Bürger und nicht auf andere Zielgruppen bezieht. Durch die Formulierung, die *alle* EU-Bürger einbezieht, wird ausgeschlossen, dass nur der Lebensstandard bestimmter Gruppen angehoben werden soll. Das Item drückt insofern den Wunsch der Befragten aus, die Bedingungen für alle EU-Bürger gleichermaßen zu verbessern. Außerdem drückt es die Präferenz aus, die Bedingungen als erstes für EU-Bürger zu verbessern und nicht oder erst nachgelagert für Zielgruppen außerhalb der EU. Das Item hat allerdings keinen direkten Bezug auf eine Angleichung der Ressourcenverhältnisse unter den Europäern. Die Auswertung der Frage zeigt, dass dieses Item am häufigsten genannt wurde: 27,37 Prozent der Befragten nannten die Verbesserung des Lebensstandards aller EU-Bürger als das Hauptziel beim Aufbau Europas. Am zweithäufigsten wurde die Förderung der EU-Wirtschaft genannt (23,21 Prozent), am dritthäufigsten nannten die Befragten das Sichern von Frieden und Stabilität als Hauptziel (14,23 Prozent). Auf der Basis dieser Frage lässt sich also eine relativ hohe Gleichheitspräferenz der EU-Bürger feststellen – unter der Einschränkung, dass sie über die Präferenz für den Ausgleich der Ressourcenverhältnisse keine Aussage ermöglicht. Die zweite für diese Bedingung gewählte Frage entspricht der oben beschriebenen Frage 1.2. Hier soll allerdings der Wert der Gleichheit berücksichtigt werden, der von den Befragten als einer der drei wichtigsten persönlichen Werte genannt werden konnte. Ähnlich wie Solidarität wurde auch Gleichheit nur mittelmäßig oft genannt. Nur etwa jeder fünfte Befragte nannte Gleichheit als persönlich wichtigsten Wert

¹⁴⁰ Dieser Frage ist eine Frage vorangestellt, die nach den tatsächlichen Hauptzielen beim Aufbau Europas fragt. Sie führt dieselben Items auf. Die Befragten haben mit diesen beiden Fragen also die Möglichkeit, ihre Wünsche („Was sollte das Hauptziel sein?“) bezüglich der sozio-ökonomischen bzw. politischen Entwicklung Europas der von ihnen beobachteten Realität („Was ist das Hauptziel?“) gegenüberzustellen. Für die Bedingung der Gleichheitspräferenz wurde hier die Frage nach den Wünschen der Befragten ausgewählt, weil sie ihre persönliche Meinung und nicht ihre Realitätswahrnehmung ausdrückt.

¹⁴¹ Anders als bei anderen Fragen im Fragebogen konnten die Befragten hier tatsächlich auch nur eine einzige Präferenz angeben.

(19,76 Prozent). Auch in Bezug auf die Gleichheitspräferenz der Befragten zeigt sich zusammenfassend ein unscharfes Bild, was nicht zuletzt auf die suboptimale Operationalisierung der Bedingung zurückzuführen ist.

Bedingung 3: Reziprozitätserwartung

Die dritte Bedingung wurde mithilfe folgender Frage gemessen:

Tabelle 3: Indikatorvariablen Bedingung 3 (Reziprozitätserwartung) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)

Nr. im Fragebogen	Neue Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien
QC5 (Item 7)	3.1	„Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten. - „Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen“	1 = „sehr wirksam“ 2 = „ziemlich wirksam“ 3 = „nicht sehr wirksam“ 4 = „überhaupt nicht wirksam“

Insgesamt werden zu dieser Frage acht Items als Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgeführt, die sich vor allem auf eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten und die Regulierung der Finanzmärkte durch EU-Institutionen beziehen. Die Befragten sollen an dieser Stelle einschätzen, für wie wirksam sie die Maßnahmen halten. Durch diese Formulierung wird an das Urteilsvermögen der Befragten eine hohe Anforderung gestellt. Sie sollen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise in Bezug setzen. Streng genommen geben die Befragten hier also nicht an, ob sie eine Maßnahme befürworten oder ablehnen, sondern wie sie deren Wirkung einschätzen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Wahrnehmung der Wirksamkeit einer Maßnahme wesentlich davon abhängt, ob ein Befragter diese befürwortet oder ablehnt und dass die wenigsten Befragten die Komplexität der Wirksamkeit tatsächlich abschätzen können. Die Antworten zu dieser Frage können also auch im Sinne einer Befürwortung oder Ablehnung interpretiert werden. Im Zusammenspiel mit den anderen Items wird deutlich, dass das für die Bedingung der Reziprozitätserwartung ausgewählte Item den Wunsch der Befragten erfassen soll, diejenigen EU-Mitgliedstaaten zu bestrafen, die sich nicht an gemeinsam vereinbarte Regeln halten. Halten die Befragten derartige Sanktionen für wirksam, um die Krise zu bekämpfen, stellen sie an die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten also eine Bedingung: die Bedingung, dass diejenigen Regierungen, die die Stabilität der Gemeinschaft durch das Verschwenden von Ressourcen gefährden, bestraft werden sollen. Hiermit wird sozusagen die negative Kehrseite einer Reziprozitätserwartung abgefragt – regelwidriges Verhalten soll verhindert werden. Diese Frage bezieht sich zwar nicht auf Reziprozitätserwartungen innerhalb eines interpersonellen Solidaritätsverhältnisses, drückt aber eine gewisse Erwartung an die europäische Gemeinschaft aus: Von der Zusammenarbeit

profitieren die Mitglieder dieser Gemeinschaft nur, wenn kein Mitglied die gemeinsamen Ressourcen gefährdet. Reziprokes Verhalten setzt genau diese Gemeinschaftsvorstellung voraus. Aus diesem Grund wird die hier aufgeführte Frage verwendet, um die Disposition zu reziprokem Verhalten abzubilden.

Die Auswertung der Frage zeigt, dass die Mehrheit der Befragten Geldbußen für Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen, für sehr bzw. ziemlich wirksam halten (zusammen 64,13 Prozent der Befragten). Sofern dieses Item wie oben beschrieben als ein Indikator für ein von Reziprozität geprägtes Gemeinschaftsbild verstanden wird, kann also durchaus von einer gewissen Verbreitung der Reziprozitätserwartung unter EU-Bürgern gesprochen werden.

Bedingung 4: Europäische Identität

Die Bedingung der europäischen Identität hat eine zentrale Bedeutung für das Eurobarometer und wird daher bereits seit Jahrzehnten bei der Durchführung dieses Umfrageinstruments berücksichtigt (Nissen 2004: 21). An dieser Stelle werden zwei Fragen verwendet, um die europäische Identität zu messen:

Tabelle 4: Indikatorvariablen Bedingung 4 (europäische Identität) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)

Nr. im Fragebogen	Neue Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien
QD2 (Item 1)	4.1	„Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.“ - „Sie fühlen sich als Bürger der EU.“	1 = „Ja, voll und ganz“ 2 = „Ja, teilweise“ 3 = „Nein, eher nicht“ 4 = „Nein, überhaupt nicht“
QD4	4.2	„In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da...“	1 = „...nur als Deutsche/r?“ 2 = „als Deutsche/r und Europäer/in?“ 3 = „als Europäer/in und Deutsche/r?“ 4 = „oder nur als Europäer/in?“ ¹⁴²

Die erste Frage ist besonders gut geeignet, um das Ausmaß europäischer Identität im Sinne der in Kapitel 2.1.5 formulierten Definition von transnationaler europäischer Solidarität zu messen, weil sie sich nicht auf kulturelle Gemeinsamkeiten bezieht, sondern den Aspekt der Unionsbürgerschaft in den Fokus stellt. Der Großteil der Befragten gab hier an, sich entweder voll und ganz (21,51 Prozent) oder teilweise als Bürger der EU zu fühlen (40,64 Prozent). Mit „Nein, eher nicht“ antworteten 23,75 Prozent der Befragten, mit „Nein, überhaupt nicht“ antworteten 13,22 Prozent. Zwei Drittel der Befragten verstehen sich selbst demnach als EU-Bürger, ein Drittel tut dies nicht. Dieser Anteil ist relativ

¹⁴² Die nationale Identität wurde in der Formulierung den jeweiligen Ländern, in denen die Umfrage durchgeführt wurde, angepasst.

hoch, von einer ausgeprägten europäischen Identität der EU-Bürger kann auf der Basis dieser Frage also kaum gesprochen werden.

Die zweite Frage, die europäische Identität messen soll, stellt die nationale der europäischen Identität gegenüber, was ein gängiges Mittel in der Erforschung europäischer Identität darstellt. Allerdings gibt es zum Verhältnis von nationaler und europäischer Identität unterschiedliche Positionen in der Forschung (siehe Kapitel 2.1.4, Abschnitt „Grenzenlose Solidarität?“). So wird unter anderem bezweifelt, dass die nationale und die europäische Identität zueinander in Konkurrenz stehen und ein Anstieg der einen Identitätsform ein Sinken der anderen Form nach sich ziehe (Cerutti 2008). Es ist dennoch davon auszugehen, dass das Nennen der ersten Antwortoption bei Frage 4.2, die nur die nationale Identität umfasst, für eine eher schwach ausgeprägte europäische Identität spricht, während die Auswahl der anderen Antwortkategorien zumindest für eine gewisse Bedeutung der europäischen Gemeinschaft für die persönliche Identitätsbildung spricht. Die Häufigkeitsverteilung dieser Variable unterstreicht die in Bezug auf Frage 4.1 getätigte Aussage, dass von einer ausgeprägten europäischen Identität eher nicht gesprochen werden kann. So antworteten 40,7 Prozent der Befragten, dass sie sich vor allem als Deutsche, Griechen, Slowaken usw. sehen. 47,3 Prozent der befragten EU-Bürger sehen sich immerhin an zweiter Stelle auch als Europäer. 6,45 Prozent sehen sich zuerst als Europäer und nur 2,59 Prozent der Befragten sehen sich selbst ausschließlich als Europäer. Für die große Mehrheit der Befragten (88 Prozent) steht damit die nationale und nicht die europäische Identität im Vordergrund der persönlichen Identität.

Bedingung 5: Transnationalität

Die Bedingung der Transnationalität wurde anhand einer Frage mit vier (von fünf) Items gemessen:

Tabelle 5: Indikatorvariablen Bedingung 5 (Transnationalität) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)

Nr. im Fragebogen	Neue Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien
QD6a	5.1	„Haben Sie in den letzten 12 Monaten...“ - „...ein anderes EU-Land besucht?“	1 = „Ja, mehrmals“ 2 = „Ja, ein- oder zweimal“ 3 = „Nein“
	5.2	- „...ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen als Ihrer Muttersprache gelesen?“	
	5.3	- „...Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt?“	
	5.4	- „...Fernsehsendungen in einer anderen als Ihrer Muttersprache geschaut?“	

Diese Frage erfasst mit zwei Formen grenzüberschreitender Interaktionen innerhalb der EU sowie der Bedeutung von Fremdsprachen in zwei Alltagssituationen verschiedene Facetten von Transnatio-

nalität.¹⁴³ Wie in Kapitel 3.1.1 geschildert, wird davon ausgegangen, dass eine allgemeine Disposition zu transnationalem Verhalten auch die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten erhöht.

Die Auswertung der vier Variablen zeigt, dass die Transnationalität der EU-Bürger bislang nicht besonders stark ausgeprägt ist. So gaben 56,06 Prozent der Befragten an, innerhalb der letzten zwölf Monate kein anderes EU-Land besucht zu haben, 69 Prozent gaben an, nicht in einer Fremdsprache gelesen zu haben, 49,89 Prozent sagten, dass sie keinen Kontakt zu Menschen aus anderen EU-Ländern gehabt hätten und 49,21 Prozent hatten keine Fernsehsendungen in einer anderen Sprache gesehen.

Zusammenfassend ist über die fünf Bedingungen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten auf der Basis der univariaten Analyse zu sagen, dass sich ein durchwachsendes Bild zeigt. Die drei Bedingungen, die die Disposition zu solidarischem Verhalten im Allgemeinen messen sollen (Hilfsbereitschaft, Gleichheitspräferenz und Reziprozitätserwartung), sind einigermaßen stark ausgeprägt. Es ist davon auszugehen, dass eine Mehrheit der EU-Bürger durchaus eine Disposition zu solidarischem Verhalten haben. Allerdings identifizieren sich die Europäer nicht besonders stark mit der EU, vielmehr stehen nationale Identitäten im Vordergrund. Darüber hinaus sind transnationale Handlungen für viele EU-Bürger kein Teil ihres Alltags. Die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten ist daher vermutlich eher schwach ausgeprägt. Im Folgenden sollen nun noch die manifesten Variablen vorgestellt werden, anhand derer die Unterstützung der politischen Gemeinschaft gemessen wurde.

Bedingung 6: Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal

Das Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal wurde mithilfe folgender Indikatoren gemessen:

¹⁴³ Die Frage umfasst ein weiteres Item („Haben Sie in den letzten 12 Monaten das Internet genutzt, um eine Ware oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen oder zu erwerben?“). Dieses wurde für die Analysen aber nicht berücksichtigt, weil es sich hier zwar auch um eine grenzüberschreitende Handlung, allerdings eindeutig um eine kommerzielle Transaktion handelt, welche in Kapitel 3.1.1 aus dem Konzept der Transnationalität explizit ausgeklammert wurden.

Tabelle 6: Indikatorvariablen Bedingung 6 (Bewusstsein über gemeinsames politisches Schicksal) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)

Nr. im Fragebogen	Neue Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien
QA22a (Item 9)	6.1	„Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu.“ - „Deutschland ¹⁴⁴ wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre“	1 = „stimme voll und ganz zu“ 2 = „stimme eher zu“ 3 = „stimme eher nicht zu“ 4 = „stimme überhaupt nicht zu“
QC4a (Item 7)	6.2	„Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ - „Sie fühlen sich infolge der Krise den Bürgern in anderen europäischen Ländern stärker verbunden.“	1 = „stimme voll und ganz zu“ 2 = „stimme eher zu“ 3 = „stimme eher nicht zu“ 4 = „stimme überhaupt nicht zu“
QC4a (Item 8)	6.3	- „Die Länder der EU werden infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen.“	(s.o.)

Das erste hier aufgeführte Item bei Frage 6.1 drückt im Grunde genau das Gegenteil eines politischen Bewusstseins über ein gemeinsames Schicksal aus. Ist ein Befragter der Meinung, dass es für sein Land besser wäre, nicht als Mitglied der EU, sondern individuell zu agieren, sieht er kein gemeinsames politisches Schicksal für die EU-Mitgliedstaaten. Bei dieser Frage gibt es im Antwortverhalten der Befragten keine eindeutige Tendenz: 10,14 Prozent stimmen voll und ganz zu, dass ihr eigenes Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre, 21,91 Prozent stimmen eher zu, 32,57 Prozent stimmen eher nicht zu und 25,9 Prozent stimmen überhaupt nicht zu. Mit „weiß nicht“ antworteten 9,49 Prozent der Befragten. Damit kann zwar etwas mehr als der Hälfte der Befragten ein gewisses gemeinsames politisches Bewusstsein unterstellt werden (58,47 Prozent). Diese stehen aber dem großen Anteil von 32,05 Prozent der Befragten gegenüber, die zumindest teilweise zustimmen, dass es für die Zukunft ihres eigenen Landes besser wäre, kein Mitglied der EU zu sein. Diese Zahlen lassen möglicherweise sogar auf separatistische Tendenzen schließen, die im Sinne Easton ein starkes Anzeichen dafür sind, dass eine politische Gemeinschaft nicht ausreichend unterstützt wird (siehe Kapitel 2.2.4).

Die beiden weiteren Indikatoren für ein Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal sind zwei Items zu derselben Frage, bei der insgesamt acht Items zu verschiedenen Strategien zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgeführt werden, zu denen die Befragten ihre Zustimmung äußern sollen. Die Variable 6.2 erfasst, ob sich die Befragten infolge der Krise stärker mit anderen EU-Bürgern verbunden fühlen. Stimmen die Befragten dieser Aussage zu, ist davon auszugehen, dass die politisch und wirtschaftlich problematischen Entwicklungen der Krise ihnen die Verbundenheit

¹⁴⁴ Das jeweilige EU-Mitgliedsland wurde in der Formulierung den jeweiligen Ländern, in denen die Umfrage durchgeführt wurde, angepasst.

der EU-Mitgliedstaaten vor Augen geführt hat und sie somit ein gewisses Bewusstsein für ein gemeinsames politisches Schicksal entwickelt haben. Auch hier zeigt sich keine eindeutige Tendenz: 41,19 Prozent der Befragten stimmt der Aussage voll und ganz oder eher zu, fühlt sich also durch Krise stärker mit anderen EU-Bürgern verbunden. Mehr als die Hälfte der Befragten (53,02 Prozent) stimmt der Aussage allerdings eher nicht oder überhaupt nicht zu. Auch wenn die Formulierung des Items nicht ausschließt, dass bereits vor der Krise eine Verbundenheit bestand, die durch die Krise nicht verändert wurde, lässt die Auswertung dieser Variable eher nicht auf ein ausgeprägtes Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal schließen. Bei dem zweiten hier aufgeführten Item (6.3) sollen die Befragten ihre Zustimmung zu der Aussage angeben, dass die Länder der EU infolge der Krise stärker zusammenarbeiten müssen. Eine Zustimmung zu dieser Aussage dürfte ähnlich wie bei der vorigen Aussage ausdrücken, dass die Krise einem Befragten die gegenseitige politische Abhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten vor Augen geführt hat und ihm somit bewusst (geworden) ist, dass sie ein gemeinsames politisches Schicksal haben. Hier ist eine eindeutigere Tendenz zu erkennen: 35,52 Prozent der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz zu, 49,04 Prozent stimmen ihr eher zu. Nur 8,19 Prozent stimmen ihr eher nicht zu und nur 2,72 Prozent stimmen ihr überhaupt nicht zu. Auf der Basis dieser Variable ließe sich also auf ein stärker ausgeprägtes Bewusstsein über das gemeinsame politische Schicksal der EU-Mitgliedstaaten bzw. EU-Bürger schließen.

Zusammenfassend hinterlässt die Auswertung der vier Variablen der sechsten Bedingung ein sehr heterogenes Bild. Zwar geben mehr als 80 Prozent der Befragten an, dass durch die Krise aus Ihrer Sicht eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten notwendig ist und immerhin rund 40 Prozent fühlen sich infolge der Krise den Bürgern in anderen europäischen Ländern stärker verbunden. Allerdings stimmt rund ein Drittel der Befragten zu, dass ihr jeweiliges Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre, was definitiv als Mangel an Unterstützung für die politische Gemeinschaft der EU zu werten ist.

Bedingung 7: Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung

Die Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung der EU-Mitgliedstaaten wurde mithilfe folgender Fragen gemessen:

Tabelle 7: Indikatorvariablen Bedingung 7 (Befürwortung politische Vergemeinschaftung) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)

Nr. im Fragebogen	Neue Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien
QA20 (Item 2)	7.1	„Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.“ ¹⁴⁵ - „Eine gemeinsame Außenpolitik der 27 Mitgliedstaaten der EU.“	1 = „dafür“ 2 = „dagegen“
QA20 (Item 4)	7.2	- „Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten.“	(s.o.)
QA22a (Item 10)	7.3	„Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu.“ - „Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln“	1 = „stimme voll und ganz zu“ 2 = „stimme eher zu“ 3 = „stimme eher nicht zu“ 4 = „stimme überhaupt nicht zu“

Die ersten beiden Variablen (7.1 und 7.2) bilden ab, ob die Befragten dafür oder dagegen sind, die beiden konkreten Politikfelder der Außenpolitik und der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auf EU-Ebene zu koordinieren, was einer politischen Vergemeinschaftung gleichkommt. Für eine gemeinsame Außenpolitik sprechen sich 63,52 Prozent der Befragten aus, für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sind sogar 73,57 Prozent der Befragten. Diese beiden Indikatoren lassen also auf eine relativ stark ausgeprägte Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung der EU-Mitgliedstaaten schließen.

Die dritte Variable (7.3) bezieht sich auf eine relativ umfassende Form der Vergemeinschaftung, nämlich die Weiterentwicklung der EU zu einem Bundesstaat. Im Vergleich zu den beiden ersten Variablen der Bedingung 7 fällt die Zustimmung der Befragten niedriger aus: 42,52 Prozent der Befragten stimmen der Aussage, dass die EU sich zu einem Bundesstaat weiterentwickeln soll, voll und ganz oder eher zu. Ein Anteil von 37,16 Prozent der Befragten stimmt der Aussage eher nicht oder überhaupt nicht zu. Rund ein Fünftel der Befragten antwortet bei diesem Item mit „weiß nicht“, was tendenziell eher nicht auf eine starke Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung der EU hindeutet. Sie ist insgesamt dennoch positiv zu bewerten: Eine Befürwortung der stärkeren politischen Integration Europas ist bei einem Großteil der Befragten deutlich zu erkennen.

Bedingung 8: Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung

Die letzte Bedingung wurde anhand folgender Fragen gemessen:

¹⁴⁵ Diese Frage umfasst insgesamt fünf Antwortoptionen, von denen sich neben den beiden genannten eine auf eine Form der finanziellen Vergemeinschaftung bezieht und daher für die Bedingung 8 herangezogen wird, eine weitere auf die Erweiterung der EU abzielt und die letzte auf eine spezielle Reform der EU-Wahlen.

Tabelle 8: Indikatorvariablen Bedingung 8 (Befürwortung finanzielle Vergemeinschaftung) aus dem Eurobarometer 79.3 (eigene Darstellung)

Nr. im Fragebogen	Neue Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien
QA20 (Item 1)	8.1	„Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.“ - „Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.“	1 = „dafür“ 2 = „dagegen“
QC4a (Item 2)	8.2	„Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ - „Die EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten.“	1 = „stimme voll und ganz zu“ 2 = „stimme eher zu“ 3 = „stimme eher nicht zu“ 4 = „stimme überhaupt nicht zu“
QC5 (Item 2)	8.3	„Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten.“ - „Eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU-Mitgliedstaaten“	1 = „sehr wirksam“ 2 = „ziemlich wirksam“ 3 = „nicht sehr wirksam“ 4 = „überhaupt nicht wirksam“
QC5 (Item 3)	8.4	- „Eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Ländern der Eurozone“	s.o.
QC5 (Item 4)	8.5	- „Die Benennung eines Finanzministers für die EU“	s.o.
QC5 (Item 5)	8.6	- „Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU“	s.o.
QC5 (Item 8)	8.7	- „Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d.h. eine Bankenunion)“	s.o.
QC6 (Item 4)	8.8	„Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.“ „Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen)“ (INT: Nur auf Nachfrage: „d.h. gemeinsame europäische Schuldenaufnahme“)	1 = „voll und ganz dafür“ 2 = „eher dafür“ 3 = „eher dagegen“ 4 = „voll und ganz dagegen“

Die erste Variable ist derselben Frage entnommen wie die Variablen 7.1 und 7.2, bezieht sich mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung aber eindeutig auf eine Form der finanziellen Vergemeinschaftung der EU-Mitgliedstaaten. Auch hier fällt die Bewertung durch die Befragten eher positiv aus: eine Mehrheit von 53,72 Prozent der Befragten spricht sich für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion aus. Interessanterweise ist hier ein deutlicher Unterschied zwischen Befragten aus Mitgliedstaaten, in denen der Euro zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht eingeführt war, und den Befragten aus den Ländern der Eurozone¹⁴⁶ zu erkennen:

¹⁴⁶ Zum Zeitpunkt der Befragung (2013) waren 17 Länder Mitglieder der Eurozone: Österreich, Belgien, Deutschland, Estland, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Zypern.

Innerhalb der Eurozone sind 65,84 Prozent der Befragten für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, außerhalb der Eurozone sind es nur 35,1 Prozent der befragten EU-Bürger.

Die Variable 8.2 ist der Variable 6.3 in ihrer Formulierung sehr ähnlich. Beide Items entstammen darüber hinaus derselben Frage. Allerdings wird mit der Variable 8.2 nicht nur die Zustimmung zu einer allgemein engeren Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten abgefragt, sondern die explizite Zustimmung zur stärkeren Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Aus diesem Grund wurde diese Variable der Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung zugeordnet. Die große Mehrheit der Befragten stimmt dieser Aussage voll und ganz oder eher zu (90,49 Prozent). Auch die Variablen 8.3 und 8.4 zielen auf eine stärkere Zusammenarbeit ab: Die Variable 8.3 bezieht sich dabei auf die Abstimmung der Wirtschaftspolitik in der gesamten EU, die Variable 8.4 auf die Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Ländern der Eurozone. Allerdings sollen die Befragten hier, wie auch bei Variable 3.1 die Wirksamkeit der genannten Maßnahmen beurteilen. Das Antwortverhalten der Befragten bei den beiden Items weist trotz der inhaltlich leicht unterschiedlichen Schwerpunkte kaum einen Unterschied auf: 26,2 Prozent der Befragten halten eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU-Mitgliedstaaten für sehr wirksam, 49,3 Prozent für ziemlich wirksam. Eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Ländern der Eurozone halten 25,65 Prozent der Befragten für sehr wirksam und 49,15 Prozent für ziemlich wirksam. Beide Variablen deuten also auf eine Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung der EU-Mitgliedstaaten durch die EU-Bürger hin.

Auch die Variablen 8.5, 8.6 und 8.7 gehen auf die Frage nach der Wirksamkeit bestimmter politischer Maßnahmen zurück. Variable 8.5 bezieht sich auf die Benennung eines EU-Finanzministers, Variable 8.6 auf die Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU und Variable 8.7 auf eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene. Mit diesen drei Variablen werden also spezifischere und intensivere Formen der finanziellen Vergemeinschaftung abgefragt. Die Variablen 8.5 und 8.6 weisen eine ähnliche Struktur in Bezug auf das Antwortverhalten der Befragten auf: 50,2 Prozent der Befragten halten die Benennung eines EU-Finanzministers für eine sehr oder ziemlich wirksame Maßnahme, 58,33 Prozent halten die Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU für eine sehr oder ziemlich wirksame Maßnahme. In Bezug auf die Überwachung des Bankensystems fällt die positive Bewertung sogar noch größer aus: 72,31 Prozent der Befragten hält diese Maßnahme für sehr oder ziemlich wirksam.

Variable 8.8 erfragt die Zustimmung der Befragten zu der Einführung von Eurobonds als eine Maßnahme im Rahmen der Reform der weltweiten Finanzmärkte. Voll und ganz oder eher für Eurobonds sprechen sich 45,39 Prozent der Befragten aus, 30,47 Prozent der Befragten sind eher oder voll und ganz dagegen. Auffällig ist hier der hohe Anteil an Befragten, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben: Rund ein Viertel der Befragten (24,14 Prozent) konnte oder wollte hier keine Meinung abgeben. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die acht Indikatorvariablen, die die Befürwortung einer finanzi-

ellen Vergemeinschaftung abbilden sollen, zwar nicht durchgängig aber doch mehrheitlich positiv ausfallen.

Die Auswertung der einzelnen Indikatorvariablen für die acht Bedingungen kann ein erstes Bild über die Ausprägung der drei latenten Konstrukte „Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten“, „Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft“ und „Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft“ vermitteln. Allerdings wurde bislang nicht analysiert, inwiefern das Antwortverhalten der Befragten eine gewisse Struktur aufweist, ob also in Bezug auf die einzelnen Bedingungen und die drei latenten Konstrukte ein homogenes oder ein eher heterogenes Antwortverhalten der befragten EU-Bürger zu erkennen ist.

Es ist daher erforderlich, die Daten des Eurobarometers 79.3 zusätzlich zu den univariaten Auswertungen mithilfe eines multivariaten Verfahrens zu analysieren. Im folgenden Kapitel soll daher zunächst mithilfe einer Faktorenanalyse überprüft werden, inwiefern auf der Basis des Antwortverhaltens der Befragten eine Struktur der Variablen erkennbar ist, die auf die drei latenten Konstrukte schließen lässt.

3.3.3 Explorative Faktorenanalyse der Indikatorvariablen

Die Faktorenanalyse ist ein multivariates Verfahren, mit dessen Hilfe latente Konstrukte, die anhand von mehreren manifesten Variablen operationalisiert werden, analysiert werden können. Sie ermöglicht es, „einem größeren Variablensatz eine ordnende Struktur zu unterlegen“ (Bortz und Schuster 2010: 385) und „statistische Hinweise auf die Existenz von Dispositionen“ (Fromm 2012: 53) zu finden und diese zu interpretieren. Der Analyse liegt die Annahme zugrunde,

„[...] dass Dispositionen als latente Hintergrundvariablen die Reaktionen auf die Items steuern. Ist es gerechtfertigt, das Vorliegen von Dispositionen anzunehmen, so bedeutet das, dass sich die untersuchten Merkmalsträger tendenziell gleichförmig verhalten werden. Es wird also Gruppen von Merkmalsträgern geben, die auf bestimmte Gruppen von Items tendenziell ablehnend reagieren, während sie anderen Gruppen von Items zustimmen“ (ebd.: 54).

Der Faktorenanalyse werden dabei die korrelativen Beziehungen zwischen den manifesten Variablen zugrunde gelegt. Ihr Ergebnis sind „wechselseitig voneinander unabhängige Faktoren, die die Zusammenhänge zwischen den Variablen erklären“ (Bortz und Schuster 2010: 386).

Neben der Möglichkeit, mithilfe der Faktorenanalyse Strukturen in größeren Datenmengen zu erkennen, dient sie auch der Datenreduktion. Weil im nächsten Kapitel gemäß der Hypothesen 1 und 2 der Zusammenhang zwischen den latenten Konstrukten überprüft werden soll, ist die Reduktion der vielen manifesten Variablen auf wenige latente Variablen ein weiterer Vorteil der Faktorenanalyse (Backhaus et al. 2011a: 330).

Bei der Faktorenanalyse ist zwischen zwei Vorgehensweisen zu unterscheiden. Eine größere Anzahl an Variablen kann entweder ohne vorherige Annahmen über die Kausalbeziehungen zwischen den Variablen untersucht werden oder aber unter Berücksichtigung von konkreten Annahmen über ihre Zusammenhänge. Dem ersten Vorgehen entspricht die explorative Faktorenanalyse. Sie ist ein struk-

turentdeckendes Verfahren. Das zweite Vorgehen wird als konfirmatorische Faktorenanalyse bezeichnet und stellt ein strukturprüfendes Verfahren dar (Backhaus et al. 2011b: 123).

Prinzipiell wurden mit der Operationalisierung der drei latenten Konstrukte bereits eindeutige Annahmen über die Zusammenhänge zwischen den Variablen formuliert. So wird beispielsweise angenommen, dass die Variablen der Bedingungen 1 bis 5 das latente Konstrukt der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten beeinflussen. Die konfirmatorische Faktorenanalyse erscheint also auf den ersten Blick als die geeignete Methode. Bedeutsam ist allerdings, wie die Kausalrichtung zwischen den manifesten Variablen und der latenten Variable konzipiert wird. Die konfirmatorische Faktorenanalyse ist nur in der Lage, so genannte „reflektive Modelle“ (ebd.: 120) zu überprüfen:

„Bei reflektiven Modellen wird davon ausgegangen, dass eine Veränderung der latenten Variable (x) Veränderungen der manifesten Variablen (y) verursacht. Die Indikatorvariablen können als 'austauschbare Messungen' der latenten Variablen interpretiert werden [...].“ (ebd.: 120–121)

Formative Modelle hingegen, bei denen davon ausgegangen wird, dass eine Veränderung der einzelnen manifesten Variablen eine Veränderung des gesamten latenten Konstruktes nach sich zieht, können mithilfe der konfirmatorischen Faktorenanalyse nicht geprüft werden (ebd.). In dieser Arbeit wird aber von formativen Modellen ausgegangen: So ist beispielsweise anzunehmen, dass ein Anstieg der Transnationalität oder ein Rückgang an europäischer Identität das gesamte Konstrukt der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten beeinflusst. Die Disposition für transnational europäisches Solidarverhalten ist umso größer, je stärker beispielsweise die Gleichheitspräferenz ist. Die Disposition zur Unterstützung der politischen Gemeinschaft ist umso größer, je ausgeprägter das Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal ist und nicht umgekehrt. Die einzelnen Variablen sind damit nicht als „alternative Erscheinungsformen des Konstruktes in der Wirklichkeit“ (ebd.: 126) zu verstehen. Die konfirmatorische Faktorenanalyse ist somit nicht geeignet, um die hier formulierten Modelle zu prüfen. Eine explorative Faktorenanalyse ist an dieser Stelle geeigneter, zumal sie in der Forschungspraxis oft auch zur Prüfung von Annahmen über die Indikatoren verwendet wird:

„Bei der explorativen Faktorenanalyse testet man allerdings unausgesprochen oft, ob die inhaltlichen Aspekte, die man in der mehr oder weniger gesteuerten Zusammensetzung der Datenmatrix (sowohl im Hinblick auf die Variablen wie auch im Hinblick auf die untersuchten Individuen) geplant hat, sich empirisch bestätigen; d.h. ob diese Aspekte erschöpfend und unabhängig sind.“ (Revenstorf 1980: 69)

Um eine explorative Faktorenanalyse durchführen zu können, müssen die Daten einige Voraussetzungen erfüllen. Die Befragtenurteile sollten zum einen voneinander unabhängig sein (Backhaus et al. 2011a: 331). Weil im Eurobarometer jeweils nur eine Person zur Zeit befragt wurde, ist davon auszugehen, dass diese Voraussetzung erfüllt ist. Des Weiteren sollte die Zahl der Variablen kleiner als die Fallzahl sein (ebd.: 367). Bei einer Fallzahl von 26.605 Befragten und einer Variablenzahl von 25 ist auch diese Voraussetzung erfüllt. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist ein einheitliches

Skalenniveau der Indikatorvariablen, am besten geeignet sind intervallskalierte Variablen (Bortz und Schuster 2010: 397). Allerdings können auch ordinalskalierte Variablen für eine Faktorenanalyse verwendet werden (ebd.: 23).

Die Variablen 1.1, 3.1, 4.1, 4.2, 5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 6.1, 6.2, 6.3, 7.3, 8.2, 8.3, 8.4, 8.5, 8.6, 8.7 und 8.8 sind ordinalskaliert, allerdings mit unterschiedlich vielen Ausprägungen. Die Variablen 1.2, 2.1, 2.2, 7.1, 7.2 und 8.1 sind nur nominalskaliert. Die Indikatorvariablen erfüllen die formulierten Anforderungen also nicht und müssen daher entweder selektiert oder bearbeitet werden, bevor sie einer Faktorenanalyse unterzogen werden können.

Weil die ordinalskalierten Variablen zur Transnationalität die niedrigste Anzahl an Ausprägungen haben (drei Antwortoptionen), sollten bei allen anderen ordinalskalierten Variablen dementsprechend mehrere Ausprägungen zu drei Kategorien zusammengefasst und neue Variablen erzeugt werden. Dabei ist zu bedenken, dass die Antwortoptionen sich bei den Variablen in ihrer Formulierung unterscheiden – sie drücken beispielsweise die vom Befragten geäußerte Zustimmung, die bewertete Wichtigkeit oder die vermutete Wirksamkeit in Bezug auf das entsprechende Item aus. Die ordinalskalierten Variablen sollten außerdem dieselbe Richtung aufweisen, „damit die Summe der Antworten in konsistenter Weise interpretiert werden kann“ (Fromm 2012: 59). Niedrige Werte sollten für eine niedrig ausgeprägte Variable stehen. Die Werte der Variablen 3.1, 4.1, 5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 6.2, 6.3, 7.3, 8.2, 8.3, 8.4, 8.5, 8.6, 8.7 und 8.8 müssen daher zusätzlich umgepolt werden. Die Werte, die den drei Ausprägungen zugeordnet werden, sollten vereinheitlicht werden.¹⁴⁷

Außerdem stellt sich die Frage, wie die nominalskalierten Variablen in die Analyse einbezogen werden können. Bei den Variablen 2.1 und 2.2 sowie 7.1 und 7.2 ist es inhaltlich sinnvoll, durch eine Zusammenfassung jeweils eine neue ordinalskalierte Variable mit drei Ausprägungen zu erzeugen:

Tabelle 9: Zusammenfassen der nominalen Variablen der Bedingungen 2 (Gleichheitspräferenz) und 7 (Befürwortung politische Vergemeinschaftung) zu ordinalen Variablen (eigene Darstellung)

Nominale Variablen → ordinale Variable	Frageformulierung	Antwortkategorien
2.1 → 2 2.2	- „Den Lebensstandard aller EU Bürger verbessern“ als „Hauptziel beim Aufbau Europas“ - „Gleichheit“ als persönlich wichtiger Wert	1 = keines genannt 2 = eines genannt 3 = beide genannt
7.1 → 7 7.2	- „Eine gemeinsame Außenpolitik der 27 Mitgliedstaaten der EU.“ - „Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten.“	1 = keinmal „dafür“ 2 = einmal „dafür“ 3 = zweimal „dafür“

So sagt die aus 2.1 und 2.2 zusammengefasste Variable 2 aus, ob ein Befragter sowohl die Erhöhung des Lebensstandards als Hauptziel beim Aufbau Europas als auch die Gleichheit als wichtigen Wert

¹⁴⁷ Die Werte wurden hier für jede Variable auf 1 für den niedrigsten, 2 für den mittleren und 3 für den höchsten Wert gesetzt.

genannt hat, ob er von diesen beiden nur eines oder sogar keines genannt hat.¹⁴⁸ Die neu erzeugte Variable 7 gibt an, ob ein Befragter sich sowohl für eine gemeinsame Außen- als auch für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ausgesprochen hat, oder ob er sich nur für eine bzw. keine der beiden Optionen ausgesprochen hat. Für die Variablen 1.2 und 8.1 besteht diese Möglichkeit jedoch nicht, eine inhaltliche Zusammenfassung ist nicht sinnvoll, weil sie jeweils die einzige nominalskalierte Variable für eine Bedingung darstellen. Diese Variablen können daher nicht in die Faktorenanalyse einbezogen werden.

Ein Problem ergibt sich bei der verwertbaren Fallzahl, welches darauf zurückzuführen ist, dass einige der relevanten Fragen einen hohen Anteil an „weiß nicht“-Antworten aufweisen. Bei zwölf der ursprünglich 26 Variablen ist der Anteil derjenigen, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben, größer als fünf Prozent. Bei den Variablen 8.5, 8.6 und 8.7 liegt der Anteil der „weiß nicht“-Antworten bei über zehn Prozent, bei den Variablen 7.3 und 8.8 sogar bei über 20 Prozent. Kodiert man die „weiß nicht“-Antworten als fehlende Werte, weil sie nicht sinnvoll in die ordinale Struktur der anderen Antwortoptionen einsortiert werden können, führt das zu einem hohen Fallverlust für die Faktorenanalyse. Aufgrund des listenweisen Ausschlusses von Fällen mit einzelnen fehlenden Werten bleiben nur 13.954 von ursprünglich 26.605 Fällen. Es stellt sich also die Frage, wie mit diesem Problem umzugehen ist.

Die Tatsache der vielen „weiß nicht“-Antworten zu ignorieren, ist insofern problematisch, als dass eine „weiß nicht“-Antwort durchaus eine inhaltliche Aussage mit sich führt. Hinzu kommt, dass das Antworten mit „weiß nicht“ offenbar von einigen weiteren Variablen abhängig ist. Eine Regressionsanalyse der Daten zeigt, dass die Summe der „weiß nicht“-Antworten pro Befragtem signifikant von der Bildung, dem Geschlecht, dem Alter und der vom Interviewer eingeschätzten Mitarbeit des Befragten im Interview abhängt.¹⁴⁹

Gleichzeitig ist es, wie bereits geschrieben, nicht möglich, die „weiß nicht“-Option einer der inhaltlichen Antwortoptionen sinnvoll zuzuordnen. Auch die Methode der Imputation für die fehlenden Werte kann an dieser Stelle nicht sinnvoll eingesetzt werden, weil davon auszugehen ist, dass das Antworten mit „weiß nicht“ nicht nur durch andere Variablen bestimmt wird, sondern auch in einem systematischen Zusammenhang zu den Inhalten der Fragen selbst steht: Die Fragen mit besonders hohem Anteil an „weiß nicht“-Antworten beziehen sich auf komplexe Inhalte wie die Entwicklung der EU zu einem Bundestaat (7.3) oder die Wirksamkeit von Eurobonds (8.8). Die Werte sind damit „not missing at random (NMAR)“ (Spieß 2010: 119), die Methode der Imputation ist also unzulässig.

¹⁴⁸ Eine Übersicht über die verwendeten Variablen befindet sich außerdem im Anhang 5.

¹⁴⁹ Je höher die Bildung, je niedriger das Alter der Befragten und je besser ihre vom Interviewer eingeschätzte Mitarbeit beim Interview ist, desto seltener antworten sie mit „weiß nicht“. Männer antworten signifikant seltener mit „weiß nicht“ als Frauen. Ausführliche Tabellen befinden sich im Anhang 6.

Eine Möglichkeit wäre es aber, die Fragen mit besonders hohem Anteil an „weiß nicht“-Antworten aus der Faktorenanalyse auszuschließen, weil sie offenbar nicht ungetrübt die Unterstützung der politischen Gemeinschaft widerspiegeln, sondern von anderen Variablen stark beeinflusst werden.

Eine Zusammenhangsanalyse bestätigt die Annahme, dass die „weiß nicht“-Antworten nicht zufällig über die Variablen verteilt sind. So wurde eine Korrelationsmatrix mit „weiß nicht“-Dummies erstellt, die viele hohe und signifikante Korrelationen aufweist.¹⁵⁰ Besonders hohe Korrelationen können zwischen Variablen festgestellt werden, die denselben Itembatterien entstammen, wie zum Beispiel zur Transnationalität (Variablen 5.1 bis 5.4) oder zur Wirksamkeit der Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise (Variablen 8.3, 8.4, 8.5, 8.6, 8.7). Der höchste Korrelationskoeffizient von 0,68 wurde zwischen den Variablen 8.3 und 8.4 gemessen: Antworten die Befragten in Bezug auf die Wirksamkeit einer stärkeren Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU-Mitgliedstaaten mit „weiß nicht“, so tun sie dies auch besonders oft in Bezug auf eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Ländern der Eurozone.

Die Häufigkeitsverteilung der Summe an „weiß nicht“-Antworten ist darüber hinaus stark rechtsschief:

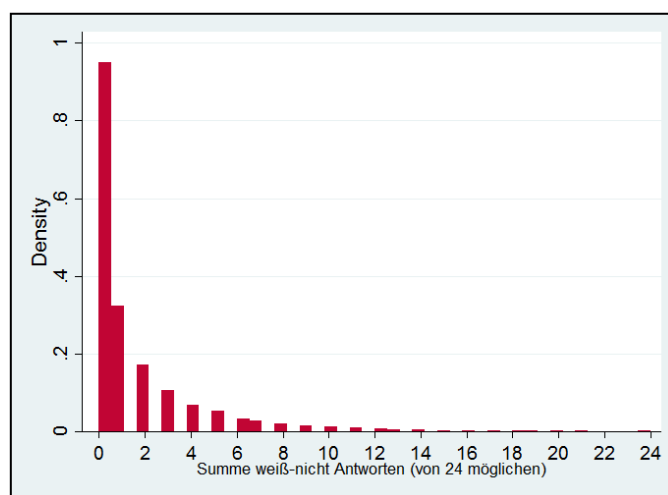


Abbildung 6: Histogramm Summe der „weiß nicht“-Antworten (Relative Häufigkeitsdichte)

51,4 Prozent der Befragten haben bei den 25 ausgewerteten Variablen¹⁵¹ kein einziges Mal und rund 90 Prozent haben höchstens fünf Mal mit „weiß nicht“ geantwortet. Allerdings haben die restlichen fünf Prozent bis zu 24 Mal mit „weiß nicht“ geantwortet. Bei diesen Befragten ist es bisweilen unmöglich, anhand ihres Antwortverhaltens im Eurobarometer Aussagen über ihre Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und zur Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU zu machen. Eine weitere Möglichkeit, um die Zahl der verwertbaren Fälle zu erhöhen, wäre es also, diese Ausreißer aus der Faktorenanalyse auszuschließen.

¹⁵⁰ Für die Dummies wurden alle Variablen gemäß dem gleichen Schema (1 = „weiß nicht“, 0 = alle anderen Antworten) umkodiert.

¹⁵¹ Die Variablen 1.2 und 2.2 entstammen einer Frage, bei der nur einmal mit „weiß nicht“ geantwortet werden konnte. Insofern liegt die maximale Anzahl an „weiß nicht“-Antworten für die verwendeten Variablen bei 24.

Die Faktorenanalyse kann beispielsweise ohne die Variablen 7.3, 8.5, 8.6, 8.7 und 8.8 durchgeführt werden, welche die höchsten Anteile an „weiß nicht“-Antworten aufweisen. Für die Analyse verbleiben dann die Variablen 1.1, 2, 3.1, 4.1, 4.2, 5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 6.1, 6.2, 6.3, 7, 7.3, 8.2, 8.3 und 8.4. Für jede der acht Bedingungen verbleiben dabei ausreichend Variablen in der Analyse. Aussagen über mögliche Strukturen im Antwortverhalten der Befragten in Bezug auf die drei latenten Konstrukte, die für die Arbeit zentral sind, sind auch damit möglich. Werden zusätzlich die Ausreißer aus der Analyse ausgeschlossen, die fünf Mal oder häufiger mit „weiß nicht“ geantwortet haben, so verbleiben immerhin 18.625 von 26.605 Fällen. Bei der Auswertung der Faktorenanalyse ist die Problematik der „weiß nicht“-Antworten aber in jedem Fall zu berücksichtigen.

Zunächst gilt es, die verbleibenden Variablen einer Korrelationsanalyse zu unterziehen.¹⁵² Dabei zeigen sich zwischen den Variablen viele positive wie negative signifikante Korrelationen. Diese sind allerdings unterschiedlich hoch. Die Variablen 1.1 und 2 weisen dabei die niedrigsten Korrelationen zu anderen Variablen auf. Mithilfe des Bartlett-Tests wird zusätzlich die Nullhypothese geprüft, „dass in der Grundgesamtheit alle Korrelationskoeffizienten den Wert Null haben“ (Fromm 2012: 64). Diese kann bei einem empirischen Chi-Quadrat von 60.033,879 (df=120) deutlich verworfen werden. Auch der Kaiser-Meyer-Olkin-Test weist einen sehr annehmbaren Wert von 0.801 auf. Die Variablen sind für eine Faktorenanalyse also deutlich geeignet (ebd.: 64–65). Die rotierte Faktorenanalyse weist zwei Faktoren mit Eigenwerten größer als 1 auf:

Tabelle 10: Rotierte Faktorenanalyse mit den Variablen 1.1, 2, 3.1, 4.1, 4.2, 5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 6.1, 6.2, 6.3, 7, 7.3, 8.2, 8.3 und 8.4, Gesamteuropa

Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse)				Anzahl Beobachtungen = 18.625
Orthogonale Rotation				Beibehaltene Faktoren = 6
(Varimax mit Kaiser-Normalisierung)				Anzahl Parameter = 81
Faktor	Varianz	Differenz	Anteil	Kumuliert
Faktor 1	1,93318	0,01623	0,4552	0,4552
Faktor 2	1,91695	1,03287	0,4514	0,9066
Faktor 3	0,88408	0,34317	0,2082	1,1148
Faktor 4	0,54092	0,43469	0,1274	1,2422
Faktor 5	0,10623	0,01369	0,0250	1,2672
Faktor 6	0,09255	-	0,0218	1,2890
LR-Test (independent vs. saturated): Chi-Quadrat (120) = 6,0e+04; Prob > Chi-Quadrat= 0,0000				

Gemäß dem Kaiser-Kriterium haben diese Faktoren also einen höheren Varianzerklärungsanteil über alle Variablen als eine einzelne Variable (Backhaus et al. 2011a: 359). Die Faktorladungsmatrix gibt nun Aufschlüsse über die Struktur der Faktoren:

¹⁵² Die Korrelationstabelle befindet sich im Anhang 5.

Tabelle 11: Rotierte Faktorladungen und Uniqueness, Gesamteuropa. Angezeigt werden Faktorladungen $\geq 0,4$.

Variable	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Uniqueness
Armen helfen (1.1)					0,8960
Gleichheitspräferenz (2)					0,9672
Staaten bestrafen (3.1)		0,4251			0,8029
EU-Bürger-Gefühl (4.1)			0,5389		0,5972
Nationale vs. europ. Identität (4.2)			0,4975		0,6917
Anderes EU-Land besucht (5.1)	0,6196				0,5831
In anderer Sprache gelesen (5.2)	0,6884				0,5104
Kontakt mit Menschen aus EU (5.3)	0,7056				0,4865
TV in anderer Sprache (5.4)	0,6599				0,5465
Bessere Zukunft außerhalb der EU (6.1)					0,7674
Näher zu EU-Bürgern (6.2)					0,7936
Kooperation nach Krise (6.3)		0,4551		0,4572	0,5528
Gem. Außen-/ Sicherheitspolitik (7)					0,8121
Bewältigung Krise Kooperation (8.2)		0,4206		0,4360	0,6203
Koordination Wirtschaftspolitik EU (8.3)		0,7356			0,4438
Koordination Wirtschaftspolitik Euro (8.4)		0,7304			0,4546

Für den ersten Faktor weisen dabei alle vier Variablen der Transnationalität Faktorladungen größer als 0,4 auf. Auf dem zweiten Faktor laden die Variablen 3.1, 6.3, 8.2, 8.3 und 8.4 mit Faktorladungen über 0,4. Weil der Screeplot erst nach drei Faktoren einen Knick aufweist, wird noch einmal eine rotierte Faktorenanalyse mit drei Faktoren durchgeführt.

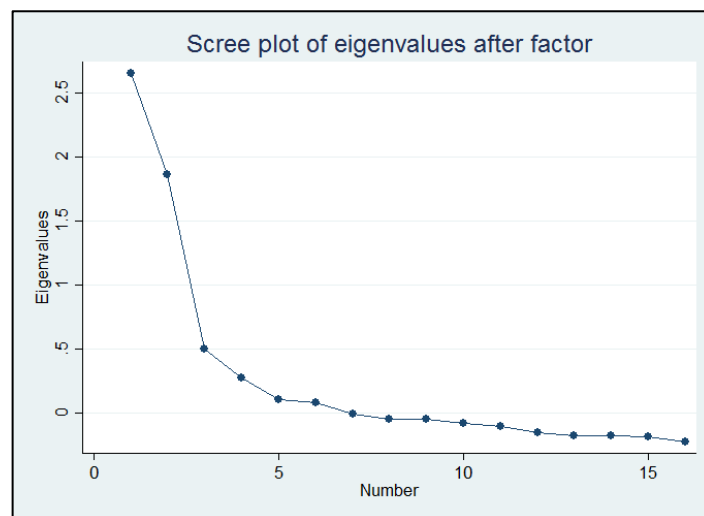


Abbildung 7: Screeplot nach Faktorenanalyse mit den Variablen 1.1, 2, 3.1, 4.1, 4.2, 5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 6.1, 6.2, 6.3, 7, 7.3, 8.2, 8.3 und 8.4

Bei der rotierten Faktorenanalyse mit drei extrahierten Faktoren haben weiterhin nur zwei Faktoren einen Eigenwert größer als 1:

Tabelle 12: Rotierte Faktorenanalyse mit drei extrahierten Faktoren, Gesamteuropa

Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse)		Anzahl Beobachtungen = 18.625		
Orthogonale Rotation		Beibehaltene Faktoren = 3		
(Varimax mit Kaiser-Normalisierung)		Anzahl Parameter = 45		
Faktor	Varianz	Differenz	Anteil	Kumuliert
Faktor 1	2,18373	0,24640	0,5142	0,5142
Faktor 2	1,93733	1,03958	0,4562	0,9704
Faktor 3	0,89775	-	0,2114	1,1818
LR-Test (independent vs. saturated): Chi-Quadrat (120) = 6,0e+04; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000				

Die Faktorladungsmatrix nach Extraktion und Rotation zeigt die folgende Struktur auf:

Tabelle 13: Rotierte Faktorladungen und Uniqueness für drei extrahierte Faktoren, Gesamteuropa. Angezeigt werden Faktorladungen $\geq 0,4$.

Variable	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Uniqueness
Armen helfen (1.1)					0,9324
Gleichheitspräferenz (2)					0,9949
Staaten bestrafen (3.1)	0,4037				0,8297
EU-Bürger-Gefühl (4.1)			0,5381		0,5995
Nationale vs. europ. Identität (4.2)			0,4916		0,6987
Anderes EU-Land besucht (5.1)		0,6189			0,6034
In anderer Sprache gelesen (5.2)		0,6880			0,5182
Kontakt mit Menschen aus EU (5.3)		0,7053			0,4932
TV in anderer Sprache (5.4)		0,6615			0,5623
Bessere Zukunft außerhalb der EU (6.1)					0,8029
Näher zu EU-Bürgern (6.2)					0,8445
Kooperation nach Krise (6.3)	0,5830				0,6204
Gem. Außen-/ Sicherheitspolitik (7)					0,8185
Bewältigung Krise Kooperation (8.2)	0,5423				0,6892
Koordination Wirtschaftspolitik EU (8.3)	0,7156				0,4812
Koordination Wirtschaftspolitik Euro (8.4)	0,7096				0,4921

Nach der Extraktion und Rotation der Faktoren laden auf dem ersten Faktor fünf Variablen mit Faktorladungen über 0,4: die Variablen 3.1, 6.3, 8.2, 8.3 und 8.4. Dieser Faktor lässt sich inhaltlich als Faktor der Kooperation mit Bedingungen interpretieren, schließlich beziehen sich die Variablen 6.3, 8.2, 8.3 und 8.4 auf Aussagen zur stärkeren Kooperation der EU-Mitgliedstaaten bzw. Mitglieder der Eurozone und die Variable 3.1 hat die Sanktionen bei Regelübertritt zum Inhalt. Auf dem zweiten Faktor laden die Variablen 5.1, 5.2, 5.3 und 5.4 mit Faktorladungen über 0,4. Er kann demnach als Faktor der „Transnationalität“ bezeichnet werden. Der dritte Faktor wird durch die Variablen 4.1 und 4.2 mit Faktorladungen größer als 0,4 bestimmt. Da die beiden Variablen der Bedingung 4 zuzuordnen sind, kann dieser Faktor als Faktor der europäischen Identität bezeichnet werden.¹⁵³ Auffällig ist,

¹⁵³ Es ist zu berücksichtigen, dass dieser Faktor nur einen Eigenwert von 0,898 hat und somit nicht mehr zur Varianzaufklärung der Variablen beiträgt als eine einzelne Variable.

dass die Variablen 1.1 und 2 in keinem der Verfahrensschritte in einen Faktor mit einbezogen werden. Die sehr hohen Uniqueness-Werte über 0,9 unterstreichen den Eindruck, dass die Variablen, die der Hilfsbereitschaft und der Gleichheitspräferenz zugeordnet wurden, offenbar einen höheren Erklärungsanteil aufweisen, wenn sie nicht in Faktoren eingebunden werden. Sie stehen inhaltlich in eigenem Recht und liefern von den anderen Variablen unabhängige Informationen.

In der hier vorgestellten Faktorenanalyse wurde die oben angerissene Gewichtungproblematik der Eurobarometer-Daten zunächst ausgeklammert, weil die Gewichtung mithilfe von Gewichten der nachträglichen Schichtung im Verfahren der Faktorenanalyse nicht möglich ist. Um keine durch die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten erzeugte Verzerrung der Ergebnisse zu erhalten, wurde die Faktorenanalyse noch einmal für jedes Mitgliedsland individuell durchgeführt. Die Analyse der Korrelationsmatrizen, der Bartlett-Tests sowie der KMO-Tests führt dabei zwar zu leicht variierenden Ergebnissen. Zusammenfassend lässt sich aber für die in den Mitgliedstaaten individuell durchgeführten Faktorenanalysen die Angemessenheit der Daten für das Verfahren konstatieren.

Bei einer Betrachtung der Screeplots zeigt sich, dass die Faktorenanzahl in den 27 Mitgliedstaaten-Analysen zumeist sinnvollerweise auch bei drei Faktoren liegt.¹⁵⁴ Nach Extraktion und Rotation der Faktoren kann festgestellt werden, dass in allen 27 Ländern der Faktor „Transnationalität“ erkennbar ist.¹⁵⁵ Auch der Faktor „europäische Identität“ ist in den meisten Ländern erkennbar.¹⁵⁶ Der jeweils dritte Faktor ist im Vergleich zwischen den 27 Ländern weniger eindeutig strukturiert, allerdings laden häufig die Variablen 6.3, 8.2, 8.3 und 8.4 auf einem Faktor: nur in Estland, Lettland, Litauen, Schweden und Zypern ist dies nicht der Fall. Diese Variablen beziehen sich wie oben beschrieben alle auf Aspekte der europäischen Kooperation. Hier gibt es also eine erkennbare Struktur in Bezug auf das Antwortverhalten.

Auffällig ist, dass die Variable 2 zur Gleichheitspräferenz in allen durchgeführten Faktorenanalysen hohe Uniqueness-Werte hat, was unterstreicht, dass sie einen eigenen Erklärungswert hat. Auch die Variable 1 zur Hilfsbereitschaft weist in fast allen Faktorenanalysen sehr hohe Uniqueness-Werte auf.¹⁵⁷ Ein Faktor der Solidarität, welcher sich aus den Variablen 1.1, 2 und 3.1 zusammensetzen würde, oder ein Faktor der transnationalen Solidarität, welcher zusätzlich die Variablen 4.1, 4.2 und die Variablen der Transnationalität umfassen würde, lässt sich in keiner Faktorenanalyse als ein zusammenhängender Faktor darstellen. Die hier durchgeführten Analysen lassen also darauf schließen,

¹⁵⁴ In Luxemburg und Malta können auf der Basis des Screeplots und der Eigenwerte der Faktoren nur zwei Faktoren extrahiert werden. In Zypern müssen sinnvollerweise vier Faktoren extrahiert werden.

¹⁵⁵ In Finnland lädt zusätzlich zu den Variablen der Transnationalität auch die Variable 4.2 (europäische/ nationale Identität) auf diesem Faktor.

¹⁵⁶ In Deutschland und den Niederlanden lädt zusätzlich die Variable 6.1 auf diesem Faktor, in Bulgarien, Irland und Portugal die Variable 6.2, in Litauen und Lettland die Variable 6.3. In Lettland fehlt außerdem die Variable 4.2. In Frankreich laden zusätzlich die Variablen 6.1 und 6.2 auf dem Faktor, in Griechenland und Großbritannien die Variablen 6.1 und 7, in Österreich die Variablen 6.1, 6.2 und 6.3. In Estland, Finnland, Luxemburg, Malta, Polen, Rumänien und Schweden ist dieser Faktor nicht erkennbar.

¹⁵⁷ Lediglich in Italien lädt sie zusätzlich auf den Faktor „Kooperation mit Bedingungen“.

dass es sich bei der Disposition zum transnationalen europäischen Solidarverhalten nicht um ein konsistentes Konstrukt handelt, bei dem das Antwortverhalten der Befragten in Bezug auf die Variablen aller fünf Bedingungen gleichförmig ist.

Bei der Unterstützung der politischen Gemeinschaft lassen die Ergebnisse andere Schlüsse zu. Insbesondere zwischen den Variablen der Bedingungen 6 (Bewusstsein über gemeinsames politisches Schicksal) und 8 (Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung) sind in allen Faktorenanalysen hohe positive Korrelationen zu erkennen. Das Antwortverhalten der Befragten zu ihrem Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal steht also in einem positiven Zusammenhang zu ihrem Antwortverhalten in Bezug auf die Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung. Die Variable 7 hingegen, die sich auf die Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung bezieht, spielt in den meisten Faktorenanalysen keine Rolle für die Faktoren, die sich aus den Variablen der Bedingungen 6 und 8 zusammensetzen. Lediglich in Finnland, Griechenland, Großbritannien, Italien, Österreich und der Slowakei lädt diese Variable auf denselben Faktoren wie die Variablen der Bedingungen 6 und 8. Das Bewusstsein über ein gemeinsames politisches Schicksal hängt also offenbar stärker mit der Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung zusammen als mit der Befürwortung einer weiteren politischen Vergemeinschaftung. Insgesamt unterscheiden die Befragten offenbar nicht so stark zwischen den unterschiedlichen Aspekten der Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU wie theoretisch angenommen.

Dass die Variablen der Bedingungen 6 bis 8 sehr häufig mit der Variable 3.1 (Strafen für Länder, die zu viel ausgeben) auf einem Faktor laden, deutet darauf hin, dass bei einer vorhandenen unterstützenden Einstellung gegenüber der politischen Gemeinschaft der EU gleichzeitig gewisse Bedingungen an die Kooperation gestellt werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die in diesem Kapitel durchgeführten Faktorenanalysen Schlüsse über die Existenz der drei latenten Konstrukte der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten, der Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft zulassen, die über die Ergebnisse der univariaten Analyse der relevanten Variablen des Eurobarometer 79.3 deutlich hinausreichen. Vor allem in Bezug auf das Antwortverhalten der Befragten zu den Bedingungen der Hilfsbereitschaft, der Gleichheitspräferenz und der Reziprozitätserwartung muss festgehalten werden, dass es nicht im erwarteten Maße interkorreliert ist. Auf der Basis der verwendeten Daten kann nicht auf ein konsistentes Konstrukt der Disposition zu solidarischen Verhalten allgemein oder mit speziellem Bezug auf den transnationalen Rahmen Europas geschlossen werden. Diese Erkenntnis bedeutet allerdings nicht, dass eine transnationale Solidarbereitschaft nicht existiert, schließlich stellen die herangezogenen Variablen nur einzelne Bedingungen dar, die bei einzelnen Menschen mehr oder weniger stark ausgeprägt sein können. Darüber hinaus ist das inkonsistente Antwortverhalten der Befragten in Bezug auf die verschiedenen Indikatorvariablen insofern nicht ungewöhnlich, als dass die Variablen zum Teil unter-

schiedlichen Item-Batterien entnommen sind, welche unterschiedliche Erregungsniveaus bei den Befragten auslösen. Für die weitere Forschung zur Disposition zu transnationalem Solidarverhalten wäre es daher wichtig, einheitliche Itembatterien zu entwickeln, die eine eindeutigere Analyse des Phänomens zulassen.

In Bezug auf die Unterstützung der politischen Gemeinschaft Europas sind stärkere Interkorrelationen der einzelnen Indikatorvariablen erkennbar, allerdings lässt sich auf der Basis der Faktorenanalysen nicht so eindeutig zwischen den einzelnen Bedingungen für die Unterstützung differenzieren wie im theoretischen Teil der Arbeit angenommen.

Nachdem in Kapitel 3.3.2 univariate Analysen der einzelnen Indikatorvariablen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten sowie der Unterstützung der politischen Gemeinschaft vorgenommen wurden und in diesem Kapitel eine Korrelations- bzw. Faktorenanalyse der Indikatorvariablen durchgeführt wurde, sollen im folgenden Kapitel die Hypothesen zum Zusammenhang der Disposition zu transnationalem Solidarverhalten der EU-Bürger und ihrer Unterstützung der politischen Gemeinschaft Europas geprüft werden.

3.3.4 Prüfen der Hypothesen zum Zusammenhang der drei latenten Konstrukte

Die in Kapitel 2 dieser Arbeit formulierten Hypothesen lassen sich anhand der folgenden Abbildung visualisieren:

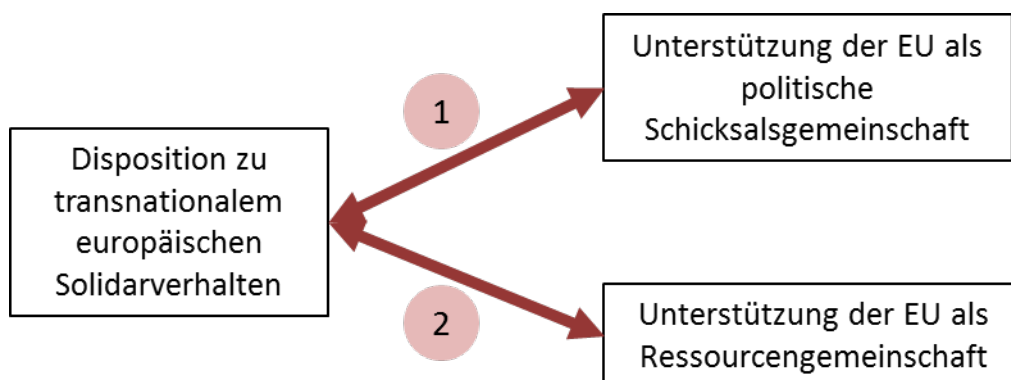


Abbildung 8: Hypothesen 1 und 2 (eigene Darstellung)

Die Hypothesen geben zwar keine eindeutige Kausalrichtung zwischen der Disposition zum transnationalen europäischen Solidarverhalten und der Unterstützung der europäischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft vor. Weil die Unterstützung der EU als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft aber mehrheitlich mithilfe von Einstellungen gegenüber politischen Maßnahmen der Vergemeinschaftung operationalisiert worden ist und angenommen wurde, dass sich solidarische Einstellungen positiv auf Einstellungen zu Maßnahmen der Vergemeinschaftung auswirken, kann für die Prüfung der Hypothesen von einer Wirkungsrichtung von der Disposition zu solidarischem Verhalten hin zur Unterstützung der Gemeinschaft ausgegangen werden.

Weil die Faktorenanalyse gezeigt hat, dass sich die verwendeten manifesten Variablen nur bedingt zu

den drei latenten Variablen zusammenfassen lassen, sollten zur Überprüfung der Hypothesen sowohl für die unabhängige als auch für die abhängige Variable weitgehend die einzelnen Indikatorvariablen herangezogen werden.

Die abhängige Variable der Hypothese 1 (Unterstützung der europäischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft) wurde in Kapitel 3.3.2 anhand von sechs Variablen operationalisiert:

- Variable 6.1 (Zukunft des eigenen Landes besser außerhalb der EU), ordinale Variable
- Variable 6.2 (stärkere Verbundenheit mit EU-Bürgern durch die Krise), ordinale Variable
- Variable 6.3 (engere Zusammenarbeit der EU-Länder infolge der Krise), ordinale Variable
- Variable 7.1 (gemeinsame Außenpolitik), nominale Variable
- Variable 7.2 (gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik), nominale Variable
- Variable 7.3 (Weiterentwicklung EU zu Bundesstaat), ordinale Variable

Die erste Hypothese muss also in sechs Unterhypothesen aufgegliedert werden:

- Hypothese 1.1: Die Zustimmung zur Aussage, dass das eigene Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre (6.1), ist umso niedriger, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 1.2: Die Zustimmung zur Aussage, dass man sich infolge der Krise den Bürgern in anderen europäischen Ländern stärker verbunden fühlt (6.2), ist umso höher, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 1.3: Die Zustimmung zur Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen (6.3), ist umso höher, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 1.4: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter sich für eine gemeinsame Außenpolitik der 27 Mitgliedstaaten ausspricht (7.1), ist umso höher, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 1.5: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter sich für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der 27 Mitgliedstaaten ausspricht (7.2), ist umso stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 1.6: Die Zustimmung zur Aussage, dass die EU sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln sollte (7.3), ist umso höher, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.

Die abhängige Variable der Hypothese 2 (Unterstützung der europäischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft) wurde in Kapitel 3.3.2 mithilfe von acht Variablen operationalisiert:

- Variable 8.1 (Befürwortung Europäische Wirtschafts- und Währungsunion), nominale Variable
- Variable 8.2 (Zusammenarbeit bei Bewältigung der Wirtschaftskrise), ordinale Variable
- Variable 8.3 (stärkere Abstimmung Wirtschaftspolitik EU), ordinale Variable

- Variable 8.4 (stärkere Abstimmung Wirtschaftspolitik Eurozone), ordinale Variable
- Variable 8.5 (Benennung EU-Finanzminister), ordinale Variable
- Variable 8.6 (Vorabgenehmigung nationale Haushalte durch EU), ordinale Variable
- Variable 8.7 (Bankenunion), ordinale Variable
- Variable 8.8 (Eurobonds), ordinale Variable

In den Faktorenanalysen hat sich gezeigt, dass die Variablen 8.2, 8.3 und 8.4 fast immer auf einem Faktor laden. Diese Variablen können also für die weiteren Analysen zusammengefasst werden. Weil sie oft im Zusammenhang mit weiteren Variablen der Bedingungen 1, 3, 6 oder 7 auf einem Faktor laden, für die Überprüfung der Hypothesen aber nur der Einfluss auf die Variablen 8.2, 8.3 und 8.4 interessiert und aus diesen drei Variablen allein kein Faktor gebildet werden kann, sollen die drei Variablen zu dem Summenwert „Stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit“ (Variable 8) zusammengerechnet werden. Auch inhaltlich ist dieser Schritt begründbar, schließlich fragen die drei Variablen sehr ähnliche Aspekte der finanziellen Vergemeinschaftung ab (EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten/ EU-Mitgliedstaaten sollen ihre Wirtschaftspolitik stärker abstimmen/ Mitglieder der Eurozone sollen Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker abstimmen).¹⁵⁸

Die zweite Hypothese muss also ebenfalls in sechs Unterhypothesen aufgegliedert werden:

- Hypothese 2.1: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter sich für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit der gemeinsamen Währung ausspricht (8.1), ist umso höher, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 2.2: Der Summenwert zur stärkeren wirtschaftspolitischen Abstimmung (8), ist umso höher, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 2.3: Die Wirksamkeit der Benennung eines EU-Finanzministers (8.5) wird umso höher eingeschätzt, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 2.4: Die Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU (8.6) wird umso höher eingeschätzt, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 2.5: Die Wirksamkeit einer zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (8.7) wird umso höher eingeschätzt, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.
- Hypothese 2.6: Die Befürwortung von Eurobonds (8.8) ist umso höher, je stärker die Disposition zu transnationaler Solidarität ausgeprägt ist.

¹⁵⁸ Für den Summenwert wurden „weiß nicht“-Antworten zunächst mit dem Wert 0 kodiert, so dass für alle Befragten Werte berechnet werden konnten. Dadurch ergeben sich für den Summenwert mögliche Werte zwischen 0 und 12. Der Wert 0 wurde allerdings beim Summenwert als fehlender Wert kodiert. Dieser Wert bedeutet, dass ein Befragter bei allen drei Fragen mit „weiß nicht“ geantwortet hat, was inhaltlich nicht sinnvoll interpretierbar ist. Durch diese Kodierung werden 435 befragte Personen, die auf alle drei Fragen mit „weiß nicht“ geantwortet haben, von der Analyse ausgeschlossen.

Alle Hypothesen 1.1 bis 1.6 sowie 2.1 bis 2.6 haben dieselbe unabhängige Variable: die Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten. Wie bereits für die abhängigen Variablen geschildert, gilt aber auch hier, dass mithilfe der Faktorenanalyse kein zusammenfassender Faktorwert berechnet werden konnte. Auch hier müssen also die einzelnen Indikatorvariablen für die Überprüfung der Hypothese herangezogen werden. Eine leichte Vereinfachung stellt allerdings die Tatsache dar, dass sich die vier Indikatorvariablen der Transnationalität zu einem Faktor zusammenfassen lassen. Für diesen Faktor wurden für jedes Land individuell Faktorwerte berechnet, die zu einer gemeinsamen Faktorvariable „Transnationalität“ zusammengefasst wurden. Diese kann als unabhängige Variable in die Modelle für alle zwölf Unterhypothesen einfließen. Weil nur in einigen Ländern ein eindeutiger Faktor der europäischen Identität zu erkennen war, sich dieser Faktor aber in vielen anderen Ländern nicht eindeutig erkennen ließ, sollen die beiden Variablen, die die europäische Identität messen (4.1 und 4.2), als einzelne unabhängige Variablen in die Modelle einfließen lassen. Als unabhängige Variablen sollen also die folgenden Variablen in die Modelle einbezogen werden:

- Variable 1.1 (Wichtigkeit arme Menschen zu unterstützen), intervallskalierte Variable
- Variable 1.2 (Solidarität als wichtiger Wert), nominalskalierte Variable
- Variable 2.1 (Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern), nominalskalierte Variable
- Variable 2.2 (Gleichheit als wichtiger Wert), nominalskalierte Variable
- Variable 3.1 (Staaten bestrafen, die zu viel ausgeben), ordinalskalierte Variable
- Variable 4.1 (sich als EU-Bürger fühlen), ordinalskalierte Variable
- Variable 4.2 (nationale vs. europäische Identität), ordinalskalierte Variable
- Variable 5 (Transnationalität), Faktorvariable

Um ein Modell zu visualisieren, wird hier beispielhaft die Hypothese 2.6 mit den 8 unabhängigen und der abhängigen Variable grafisch dargestellt:

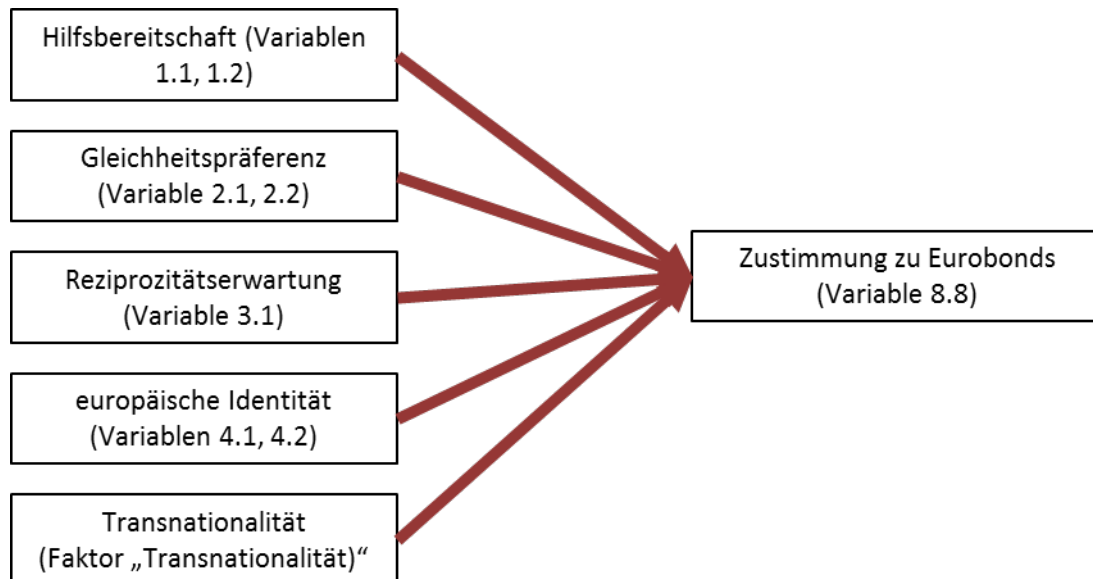


Abbildung 9: Modell für Hypothese 2.6 (eigene Darstellung)

In den Modellen für die anderen elf Hypothesen wird jeweils die abhängige Variable ausgetauscht, die unabhängigen Variablen bleiben gleich. Als Kontrollvariablen werden außerdem die Bildung (Alter bei Bildungsabschluss, metrisch skaliert), das Geschlecht (als Dummy-Variable mit männlich = 1, nominalskaliert) und das Alter (in Jahren, metrisch skaliert) der Befragten in die Modelle eingeschlossen.

Für die Hypothese 1.1 wird eine negative Wirkungsrichtung aller acht unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable angenommen: Je wichtiger es beispielsweise für einen Befragten ist, arme Menschen zu unterstützen (Variable 1.1), desto niedriger ist seine Zustimmung zu der Aussage, dass das eigene Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre.

Für die Wirkungsrichtung in allen anderen elf Hypothesen wird aber von einer positiven Wirkungsrichtung der unabhängigen Variablen auf die abhängigen Variablen ausgegangen, es gilt also beispielsweise: Je wichtiger es für einen Befragten ist, arme Menschen zu unterstützen, desto höher ist die Zustimmung zu Eurobonds (Hypothese 2.6).

Alle abhängigen Variablen sind kategoriale Variablen, davon sind drei dichotom (7.1, 7.2 und 8.1) und neun Variablen sind ordinalskaliert (6.1, 6.2, 6.3, 7.3, 8, 8.5, 8.6, 8.7, 8.8). Weil in jedes der zwölf Modelle acht unabhängige Variablen einfließen sollen, muss eine multivariate Analyseverfahren verwendet werden. Bei kategorialen abhängigen Variablen und mehreren unterschiedlich skalierten unabhängigen Variablen ist die Methode der multiplen logistischen Regression zur Prüfung der Hypothesen angebracht (Backhaus et al. 2011a: 250–251). Für die dichotomen abhängigen Variablen können binär logistische Regressionsverfahren angewendet werden, für die ordinalskalierten abhängigen Variablen können so genannte „ordered logit“ Modelle verwendet werden (Long und Freese 2014: 309–310). Anders als bei den Faktorenanalysen können die ursprünglichen Skalen aller Variablen und die Anzahl der jeweiligen Ausprägungen beibehalten werden. Die „weiß nicht“-Kategorie wird zu-

nächst bei allen Variablen als fehlender Wert kodiert. Weil für alle Hypothesen die Einstellungen aller EU-Bürger übergreifend und losgelöst aus ihrem nationalen Kontext betrachtet werden sollen, sollten die Gewichte zur nachträglichen Schichtung, die von den Autoren des Eurobarometers vorgeschlagen werden, für die Analysen genutzt werden.¹⁵⁹

Im Folgenden werden nun zunächst die einzelnen Hypothesen geprüft. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengetragen und verglichen.¹⁶⁰

Hypothese 1.1

Für die Hypothese 1.1 wurde das ordinale Regressionsmodell 1.1 mit den folgenden Variablen berechnet:

- y: Zukunft des eigenen Landes besser außerhalb der EU (6.1), 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“
- x₁: Wichtigkeit Arme unterstützen (1.1), 1 = „überhaupt nicht wichtig“, 10 = „sehr wichtig“
- x₂: Solidarität wichtiger Wert (1.2), 1 = „genannt“, 0 = „nicht genannt“
- x₃: Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1), 1 = „genannt“, 0 = „nicht genannt“
- x₄: Gleichheit wichtiger Wert (2.2), 1 = „genannt“, 0 = „nicht genannt“
- x₅: Staaten bestrafen, die zu viel ausgeben (3.1), 1 = „überhaupt nicht wirksam“, 4 = „sehr wirksam“
- x₆: sich als EU-Bürger fühlen (4.1), 1 = „Nein, überhaupt nicht“ bis 4 = „Ja, voll und ganz“
- x₇: nationale vs. europäische Identität (4.2), 1 = „nur nationale Identität“ bis 4 = „nur europäische Identität“
- x₈: Transnationalität, Faktorvariable
- x₉: Bildung (Alter bei Bildungsabschluss in Jahren)
- x₁₀: Geschlecht, 1 = männlich, 0 = weiblich
- x₁₁: Alter (in Jahren)

Die abhängige Variable wurde wie auch die abhängigen Variablen der Hypothesen 1.2 und 1.3 ausgewählt, um Aussagen über den Zusammenhang zwischen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und dem Bewusstsein für ein gemeinsames politisches Schicksal (Bedingung 6) zu treffen. Zunächst soll die Wirkung der einzelnen unabhängigen Variablen auf die Zustimmung zu der Aussage überprüft werden, dass es für die Zukunft des eigenen Landes besser wäre, wenn es aus der EU austreten würde. Dabei werden die *Odds Ratios* der einzelnen Variablen interpretiert: Odds Ratios, die einen Wert von eins oder größer haben, sprechen für positive Effekte einer unabhängigen Variablen, Odds Ratios mit Werten unter eins repräsentieren negative Effekte.¹⁶¹ Daran anschließend soll das Gesamtmodell in seiner Aussagekraft geprüft werden.¹⁶² Die Eigenschaften des Gesamtmodells der ordinalen Regression und die Effekte der einzelnen unabhängigen Variablen¹⁶³ werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

¹⁵⁹ Für die folgenden Analysen wird die Gewichtungvariable „WEIGHT EU 27 (W22)“ aus dem Originaldatensatz verwendet, welche die Gewichtung für alle 27 Mitgliedstaaten vornimmt und die Befragten aus allen anderen Ländern aus den Analysen ausschließt (Europäische Kommission 2013a).

¹⁶⁰ In Anhang 7 befindet sich eine Übersicht über alle Ergebnisse der logistischen Regressionsanalysen.

¹⁶¹ Die Odds Ratio wird im Deutschen auch als „Effekt-Koeffizient“ (Backhaus et al. 2011a: 265) bezeichnet. Zur Interpretation der Odds Ratio in ordinalen Regressionsmodellen siehe Long und Freese 2014 (S. 335–338).

¹⁶² Für die Regressionsanalysen wurde zusätzlich zu den Standard-Verfahren, die Stata ermöglicht, das Software-Paket „SPost13“ der Autoren J. Scott Long und Jeremy Freese installiert (2014: 11–17).

¹⁶³ Für einige Variablen werden in den Tabellen die einzelnen Ausprägungen dargestellt. Dies dient der Visualisierung für Unterschiede in der Wirkung zwischen den einzelnen Ausprägungen. So können beispielsweise Unterschiede in der Wirkung der Variable EU-Bürger-Gefühl (4.1) zwischen der Ausprägung „Ja, voll und ganz“ und „Nein, überhaupt nicht“ (Referenzkategorie) dargestellt werden.

Tabelle 14: Ordinales Regressionsmodell 1.1, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Zukunft des eigenen Landes besser außerhalb der EU (6.1)

Zukunft des eigenen Landes besser außerhalb der EU (6.1)	Odds Ratio	z	P> z	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	0,9316	-5,67	0,000	-6,9
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	0,8327	-3,08	0,002	-16,8
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	0,8924	-2,31	0,021	-10,6
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	1,0952	1,65	0,100	9,4
Staaten bestrafen (3.1)	1,0604	2,22	0,026	
<i>nicht sehr wirksam</i>				-11,5
<i>ziemlich wirksam</i>				13,3
<i>sehr wirksam</i>				7,0
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	0,5481	-18,95	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				-58,1
<i>Ja, teilweise</i>				-71,6
<i>Ja, voll und ganz</i>				-84,3
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	0,6707	-10,02	0,000	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				-45,4
<i>Europäische & nationale Identität</i>				-57,3
<i>Europäische Identität</i>				-58,4
Transnationalität (Faktorvariable)	0,7211	-10,64	0,000	-27,8
Bildung	0,9752	-4,70	0,000	-2,3
Geschlecht	0,9644	-0,81	0,420	-4,5
Alter	0,9939	-4,35	0,000	-0,6

n = 16.988; Pseudo R-Quadrat = 0,0823; Wald Chi-Quadrat (11) = 1271,93; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Zunächst kann anhand der Spalte „P>|z|“ festgestellt werden, dass bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$ nur zwei Variablen keinen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben: Ob jemand Gleichheit als wichtigen persönlichen Wert genannt hat (Variable 2.2) und welches Geschlecht eine befragte Person hat, hat keinen Einfluss darauf, wie hoch ihre Zustimmung zu der Aussage ist, dass das eigene Land außerhalb der EU besser aufgehoben wäre. Alle anderen Variablen haben einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable.

Da Odds Ratios mit Werten zwischen null und eins für eine negative Wirkungsrichtung stehen, können Teile der Hypothese 1.1 bereits bestätigt werden: Je wichtiger die Befragten es einschätzen, Armen zu helfen (Variable 1.1), desto niedriger ist ihre Zustimmung zu der anti-europäischen Aussage. Nennen die Befragten Solidarität als einen wichtigen persönlichen Wert (Variable 1.2), sinkt die Chance (*Odd*) höherer Zustimmungswerte zur anti-europäischen Aussage, wie an der Spalte „Veränderung Odds in %“ zu erkennen ist, um 16,8 Prozent im Verhältnis zu den Befragten, die Solidarität nicht als wichtigen Wert genannt haben.¹⁶⁴ Nennen die Befragten die Verbesserung der Lebensstandards aller EU-Bürger als Hauptziel (Variable 2.1), sinkt die Chance höherer Zustimmungswerte zur

renzkategorie, wird nicht extra aufgeführt) verdeutlicht werden. Als Referenzkategorie wird jeweils die niedrigste Ausprägung gewählt. Diese wird nicht extra aufgeführt.

¹⁶⁴ Die Variable 1.2 zur Nennung von Solidarität als wichtigen Wert ist dichotom (genannt vs. nicht genannt). Hier werden also die Odds des Nennens im Verhältnis zum Nicht-Nennen (Referenzkategorie) berechnet.

anti-europäischen Aussage um 10,6 Prozent im Verhältnis zu den Befragten, die eher wirtschaftliche Hauptziele für den Aufbau Europas genannt haben. Auch die Variablen der europäischen Identität (Variablen 4.1 und 4.2) und der Transnationalität haben wie erwartet einen negativen Einfluss auf die anti-europäische Aussage. So gilt beispielsweise, dass Befragte, die angegeben haben, dass für sie erst ihre nationale und dann die europäische Identität zählt, eine um 45,4 Prozent niedrigere Chance höherer Zustimmungswerte zur anti-europäischen Aussage haben, als Befragte, die sich nur als Deutsche, Griechen usw. fühlen.

Auch die Bildung und das Alter eines Befragten haben einen leicht negativen Effekt. Entgegen der Erwartung hat die Variable 3.1 allerdings einen positiven Effekt auf die anti-europäische Aussage. Antwortet ein Befragter, dass er das Bestrafen von Staaten, die zu viel ausgeben, für eine sehr wirksame Maßnahme hält, steigt seine Chance, die Mitgliedschaft seines eigenen Landes in der EU zu bezweifeln, um sieben Prozent gegenüber jemandem, der dies überhaupt nicht für eine wirksame Maßnahme hält. An dieser Stelle wird deutlich, dass die Variable 3.1 möglicherweise nicht nur die Einstellung der Befragten widerspiegelt, dass gemäß einer Reziprozitätserwartung die Regeln von allen Mitgliedern innerhalb der europäischen Gemeinschaft befolgt werden sollen, sondern dass sie auch ein Indikator für eher anti-europäische Einstellungen sein könnte.

Die Nullhypothese, dass die unabhängigen Variablen im Gesamtmodell betrachtet keinen Effekt auf die Aussage zur Zukunft des eigenen Landes außerhalb der EU haben, kann mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ abgelehnt werden. Sie haben bei einem empirischen Chi-Quadrat nach Wald-Statistik von 1271,93 und elf Freiheitsgraden also einen signifikanten Einfluss. Das Pseudo-R-Quadrat weist mit einem Wert von 0,0823 darauf hin, dass das Modell gegenüber einem Nullmodell ohne erklärende Variablen eine leichte Verbesserung darstellt. Es kann von einem mittleren Zusammenhang der unabhängigen und der abhängigen Variable ausgegangen werden.¹⁶⁵

Die Hypothese 1.1, die besagt, dass ein Befragter der Aussage, dass das eigene Land für die Zukunft besser außerhalb der EU aufgehoben wäre, umso weniger zustimmt, je höher seine Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten ist, kann weitgehend zugestimmt werden. Lediglich eine der beiden Variablen zur Messung der Gleichheitspräferenz und die Variable zur Reziprozitätserwartung haben nicht die erwartete Wirkung.

Hypothese 1.2

Für die Hypothese 1.2 wurde das ordinale Regressionsmodell 1.2 mit der abhängigen Variable

- y: Zustimmung zur Aussage, dass man sich infolge der Krise den Bürgern in anderen EU-Ländern stärker verbunden fühlt (6.2), 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“

¹⁶⁵ Das von Stata standardmäßig ausgegebene Maß ist McFadden's Pseudo-R-Quadrat. Zum Vergleich der unterschiedlichen Maße für das Pseudo-R-Quadrat siehe Backhaus et al. (2011a: 269–271). Zur Interpretation der Pseudo-R-Quadrat-Werte siehe Diaz-Bone (2006: 244).

berechnet. Als unabhängige Variablen wurden dieselben wie im Regressionsmodell 1.1 herangezogen.

Tabelle 15: Ordinales Regressionsmodell 1.2, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Zustimmung zur Aussage, dass man sich infolge der Krise den Bürgern in anderen EU-Ländern stärker verbunden fühlt (6.2)

Stärker verbunden mit anderen EU-Bürgern infolge der Krise (6.2)	Odds Ratio	z	P> z 	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,0235	1,79	0,073	3,2
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,1757	2,75	0,006	17,0
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	0,9106	-1,84	0,065	-9,3
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	1,0949	1,60	0,110	9,5
Staaten bestrafen (3.1)	1,2504	8,17	0,000	
<i>nicht sehr wirksam</i>				57,7
<i>ziemlich wirksam</i>				139,3
<i>sehr wirksam</i>				111,9
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,7447	17,33	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				108,6
<i>Ja, teilweise</i>				237,2
<i>Ja, voll und ganz</i>				427,2
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,3391	8,20	0,000	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				44,0
<i>Europäische & nationale Identität</i>				107,3
<i>Europäische Identität</i>				87,7
Transnationalität (Faktorvariable)	1,2313	6,88	0,000	26,6
Bildung	0,9760	-4,67	0,000	-2,5
Geschlecht	0,9031	-2,29	0,022	-9,1
Alter	1,0018	1,35	0,179	0,2

n = 16.988; Pseudo R-Quadrat = 0,0599; Wald Chi-Quadrat (11) = 886,86; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Zunächst wird deutlich, dass die Variable 2.2 (Gleichheit als wichtiger Wert genannt) auch in diesem Modell bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$ keinen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable, nämlich die Aussage, ob man sich infolge der Krise stärker mit anderen EU-Bürgern verbunden fühlt, hat. Zusätzlich hat auch die zweite Indikatorvariable für die Gleichheitspräferenz (Variable 2.1) keinen signifikanten Einfluss. Ob Befragte die Verbesserung der Lebensstandards aller Europäer als das Hauptziel beim Aufbau Europas nennen oder nicht, hat demnach keinen signifikanten Einfluss darauf, ob sie sich stärker mit anderen EU-Bürgern verbunden fühlen. Ebenso wenig haben die Variablen 1.1 (Wichtigkeit der Unterstützung armer Menschen) und das Alter der Befragten einen signifikanten Einfluss.

Die Wirkungsrichtung derjenigen unabhängigen Variablen, die einen signifikanten Einfluss haben, ist wie erwartet positiv: Wenn ein Befragter Solidarität als einen für ihn wichtigen Wert genannt hat, (Variable 1.2), steigt die Chance (*Odd*) höherer Zustimmungswerte zur Verbundenheit mit anderen EU-Bürgern um 17 Prozent im Verhältnis zu den Befragten, die Solidarität nicht genannt haben. Hält ein Befragter Strafen für Staaten, die zu viel ausgeben, für eine sehr wirksame Maßnahme (Variable

3.1) steigt die Chance einer hohen Zustimmung zur Verbundenheitsaussage um 111,9 Prozent im Vergleich zu einem Befragten, der dies überhaupt nicht für eine wirksame Maßnahme hält. Für Befragte, die sich voll und ganz als EU-Bürger fühlen (Variable 4.1), steigen die Chancen, sich durch die Krise stärker mit anderen EU-Bürgern verbunden zu fühlen, um ganze 427,2 Prozent gegenüber denjenigen, die sich überhaupt nicht als EU-Bürger fühlen. Auch für die Variablen 4.2, bei der die Befragten angeben können, ob sie sich vorrangig mit ihrem eigenen Land oder mit Europa identifizieren, und der Transnationalitätsfaktor haben einen ähnlich positiven Einfluss. Die Bildung und das Geschlecht haben einen leicht negativen Effekt, was bedeutet, dass Frauen eher höhere Werte zu Verbundenheit angeben und dass mit steigender Bildung eher eine niedrigere Verbundenheit mit anderen EU-Bürgern einhergeht.

Insgesamt ist das Regressionsmodell 1.2 mit einem empirischen Chi-Quadrat nach Wald-Statistik von 886,86 (df=11) bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ zwar als signifikant zu betrachten, die unabhängigen Variablen haben also einen nicht zufällig erzeugten Einfluss auf die Verbundenheit der EU-Bürger. Allerdings ist der Zusammenhang bei einem Pseudo-R-Quadrat von 0,0599 als eher mittelmäßig bis schwach einzustufen, was darauf hinweist, dass es weitere im Modell nicht berücksichtigte Variablen gibt, die einen Einfluss auf die abhängige Variable ausüben. Die Hypothese 1.2 kann damit teilweise bestätigt werden. Lediglich der Einfluss der Gleichheitspräferenz und der subjektiv bewerteten Wichtigkeit, Arme zu unterstützen, haben nicht die erwartete Wirkung auf die stärkere Verbundenheit der EU-Bürger infolge der Krise.

Hypothese 1.3

Für die Hypothese 1.3 wurde das ordinale Regressionsmodell 1.3 mit der abhängigen Variable

- y: Zustimmung zur Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen (6.3), 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“

berechnet. Als unabhängige Variablen wurden dieselben wie im Regressionsmodell 1.1 einbezogen.

Tabelle 16: Ordinales Regressionsmodell 1.3, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Zustimmung zur Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen (6.3)

Länder der EU müssen infolge der Krise enger zusammenarbeiten (6.3)	Odds Ratio	z	P> z	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,2535	15,01	0,000	
2				36,4
(Werte 3-8 ausgeblendet)				
9				341,4
<i>sehr wichtig</i>				644,3
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,1258	1,88	0,060	14,2
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	1,0316	0,56	0,578	4,3
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	0,9142	-1,48	0,140	-8,7
Staaten bestrafen (3.1)	1,3477	9,73	0,000	
<i>nicht sehr wirksam</i>				-8,9
<i>ziemlich wirksam</i>				-4,8
<i>sehr wirksam</i>				111,8
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,4847	11,85	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				54,6
<i>Ja, teilweise</i>				118,3
<i>Ja, voll und ganz</i>				247,7
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,1503	3,37	0,001	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				26,2
<i>Europäische & nationale Identität</i>				51,6
<i>Europäische Identität</i>				20,8
Transnationalität (Faktorvariable)	1,6754	14,33	0,000	62,3
Bildung	0,9847	-2,79	0,005	-1,4
Geschlecht	1,0036	0,07	0,941	-0,8
Alter	1,0067	4,41	0,000	0,7

n = 16.988; Pseudo R-Quadrat = 0,0962; Wald Chi-Quadrat (11) = 1069,06; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Es zeigt sich, dass auch in diesem Modell bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$ kein signifikanter Einfluss von den Variablen 2.1 und 2.2 ausgeht. Die Gleichheitspräferenz scheint sich also auch auf die Zustimmung zu der Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen, nicht auszuwirken. In diesem Modell haben außerdem das Nennen von Solidarität als wichtigen persönlichen Wert (Variable 1.2) und das Geschlecht keinen signifikanten Einfluss.

Für die unabhängigen Variablen mit signifikantem Einfluss gelten wie erwartet positive Wirkungsrichtungen. Befragte, die es für sehr wichtig halten, arme Menschen zu unterstützen (Variable 1.1), haben eine um 644,3 Prozent erhöhte Chance, einer engeren Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten stark zuzustimmen, als Befragte, die dies für überhaupt nicht wichtig halten. Befragte, die Sanktionen für zu viel ausgebende Staaten für eine sehr wirksame Maßnahme halten (Variable 3.1), haben eine 111,8 Prozent höhere Chance, eine engere Zusammenarbeit stark zu unterstützen, als Befragte, die diese Maßnahme für überhaupt nicht wirksam halten. Wie in den Regressionsmodellen 1.1 und 1.2 haben die Variablen der europäischen Identität und der Transnationalität einen deutlich positiven

Einfluss. Je mehr Bedeutung transnationale Interaktionen für eine befragte Person haben, umso höher sind ihre Chancen einer engeren Zusammenarbeit stark zuzustimmen. Die Bildung eines Befragten hat einen leicht negativen Einfluss, das Alter einen leicht positiven Einfluss.

Zusammenfassend ist das Modell bei einem empirischen Chi-Quadrat nach Wald-Statistik von 1069,06 (df=11) und einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ als signifikant zu bewerten – in Summe gesehen haben die unabhängigen Variablen also einen signifikanten Einfluss auf die Zustimmung eines Befragten zu einer engeren Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten infolge der Krise. Das Pseudo-R-Quadrat in diesem Modell hat mit 0,0962 einen höheren Wert als in den beiden anderen Modellen. Hier kann von einem mittelmäßigen bis guten Zusammenhang zwischen unabhängigen und abhängiger Variable gesprochen werden. Die Hypothese 1.3 kann unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse zum Teil bestätigt werden. Bis auf die beiden Variablen der Gleichheitspräferenz sowie die Nennung von Solidarität als wichtigem Wert haben alle unabhängigen Variablen die erwartete positive Wirkung auf die Zustimmung zu der Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen.

Hypothese 1.4

Um die Hypothese 1.4 zu prüfen, wurde das binär logistische Regressionsmodell 1.4 mit der abhängigen Variable

y: Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik in der EU (7.1), 1 = „Dafür“, 0 = „Dagegen“

berechnet. Diese abhängige Variable wurde als Teil der Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung ausgewählt. Als unabhängige Variablen wurden dieselben wie im Regressionsmodell 1.1 herangezogen.

Tabelle 17: Binär logistisches Regressionsmodell 1.4, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik in der EU (7.1)

Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik in der EU (7.1)	Odds Ratio	z	P> z 	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,1067	6,71	0,000	11,0
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,1202	1,52	0,129	11,9
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	1,0216	0,34	0,737	1,6
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	0,9266	-1,09	0,275	-7,0
Staaten bestrafen (3.1)	1,2437	7,17	0,000	
<i>nicht sehr wirksam</i>				9,9
<i>ziemlich wirksam</i>				55,9
<i>sehr wirksam</i>				75,2
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,6588	13,99	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				97,8
<i>Ja, teilweise</i>				215,0
<i>Ja, voll und ganz</i>				311,4
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,4126	6,93	0,000	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				65,1
<i>Europäische & nationale Identität</i>				113,3
<i>Europäische Identität</i>				78,4
Transnationalität (Faktorvariable)	1,1523	3,79	0,000	17,2
Bildung	0,9704	-4,73	0,000	-3,0
Geschlecht	1,0672	1,16	0,247	8,0
Alter	1,0011	0,65	0,516	0,1
Konstante	0,1390	-8,51	0,000	-

n = 16.988; Pseudo R-Quadrat = 0,0882; Wald Chi-Quadrat (11) = 636,15; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

In diesem Modell können drei unabhängige und zwei Kontrollvariablen ohne signifikanten Einfluss identifiziert werden: die Variablen „Solidarität als wichtiger Wert“ (1.2), „Lebensstandard aller EU-Bürger erhöhen“ (2.1), „Gleichheit als wichtiger Wert“ (2.2), das Geschlecht und das Alter haben bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$ keinen signifikanten Einfluss darauf, ob ein Befragter sich für oder gegen eine gemeinsame Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten ausspricht. Einen signifikanten und positiven Einfluss hingegen haben die Bewertung der Wichtigkeit, arme Menschen zu unterstützen (1.1), die eingeschätzte Wirksamkeit von Sanktionen für Staaten, die zu viel ausgeben (3.1), das Gefühl, ein EU-Bürger zu sein (4.1), die Identifikation als Europäer (4.2) und die Transnationalität eines Befragten. Die Bildung der Befragten hat einen leicht negativen Einfluss darauf, ob eine gemeinsame Außenpolitik befürwortet wird oder nicht. Bei einem empirischen Chi-Quadrat nach Wald-Statistik von 636,15 ($df=11$) und einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ kann das logistische Regressionsmodell 1.4 als signifikant bezeichnet werden. Die Hypothese, dass die Variablen in Summe keinen Einfluss auf die Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten haben, kann also verworfen werden. Der Zusammenhang ist mit einem Pseudo-R-Quadrat von 0,0882 als mittelmäßig einzustufen.

Für die Hypothese 1.4 gelten damit ähnliche Ergebnisse wie für die Hypothese 1.3: Die Variablen 1.2 (Solidarität als wichtiger Wert genannt), 2.1 (Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern als europäisches Hauptziel) und 2.2 (Gleichheit als wichtiger Wert genannt) haben nicht die erwarteten Wirkungen auf die abhängige Variable. Die anderen Variablen, die die Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten messen, haben wie erwartet positive Wirkungen die auf Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik.

Hypothese 1.5

Um die Hypothese 1.5 zu prüfen, wurde das binär logistische Regressionsmodell 1.5 mit

y: Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in der EU (7.2), 1 = „Dafür“, 0 = „Dagegen“

berechnet. Es wurden dieselben unabhängigen Variablen wie im Modell 1.1 herangezogen.

Tabelle 18: Binär logistisches Regressionsmodell 1.5, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Staaten (7.2)

Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in der EU (7.2)	Odds Ratios	z	P> z	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,1189	6,80	0,000	
2				20,0
(Werte 3-8 ausgeblendet)				
9				166,8
sehr wichtig				156,2
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,1385	1,59	0,113	13,7
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	1,0925	1,21	0,225	8,9
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	0,9624	-0,49	0,622	-3,3
Staaten bestrafen (3.1)	1,3272	8,34	0,000	32,6
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,5790	11,31	0,000	57,7
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,2672	4,06	0,000	26,9
Transnationalität (Faktorvariable)	1,1890	3,92	0,000	19,0
Bildung	0,9892	-1,43	0,152	-1,2
Geschlecht	0,9248	-1,24	0,216	-7,2
Alter	1,0002	0,11	0,913	0,0
Konstante	0,1813	-6,42	0,000	-

n = 16.988; Pseudo R-Quadrat = 0,0807; Wald Chi-Quadrat (11) = 473,85; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Es zeigt sich, dass auch in diesem Modell die Variablen 1.2, 2.1 und 2.2 keine signifikanten Effekte auf die abhängige Variable, in diesem Fall die Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik haben. Alle anderen unabhängigen Variablen haben wie erwartet bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$ einen signifikanten positiven Effekt auf die Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Es zeigt sich beispielsweise, dass Befragte, die es für sehr wichtig halten, arme Menschen zu unterstützen (Variable 1.1), eine um 156,2 Prozent erhöhte Chance haben, eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu befürworten. Keine der Kontrollvariablen (Bildung, Geschlecht, Alter)

hat einen bedeutsamen Einfluss.

Bei einem empirischen Chi-Quadrat nach Wald-Statistik von 473,85 (df=11, $p < .01$) kann das logistische Regressionsmodell 1.5 als signifikant bezeichnet werden. Die Hypothese, dass die Variablen in Summe keinen Einfluss auf die Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der 27 EU-Mitgliedstaaten haben, kann also verworfen werden. Der Zusammenhang ist mit einem Pseudo-R-Quadrat von 0,0807 als mittelmäßig einzustufen.

Für die Hypothese 1.5 gilt, ähnlich wie für Hypothese 1.4, dass die positive Wirkung der einzelnen Indikatorvariablen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten auf die Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik für die Variablen 1.2 (Solidarität als wichtigen Wert genannt), 2.1 (Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern als europäisches Hauptziel) und 2.2 (Gleichheit als wichtigen Wert genannt) nicht bestätigt werden kann. Die Variablen 1.1 (Wichtigkeit, arme Menschen zu unterstützen), 3.1 (Staaten bestrafen, die zu viel ausgeben), 4.1 (Gefühl, ein EU-Bürger zu sein), 4.2 (Identifikation als Europäer) und 5 (Transnationalität) haben aber die erwarteten positiven Effekte.

Hypothese 1.6

Zur Prüfung der Hypothese 1.6 wurde das ordinale logistische Regressionsmodell 1.6 mit den unabhängigen Variablen aus Modell 1.1 und der abhängigen Variable

y: Zustimmung zur Aussage, dass sich die EU zu einem Bund von Nationalstaaten weiterentwickeln sollte (7.3), 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“

berechnet. Diese letzte Indikatorvariable für die Befürwortung der politischen Vergemeinschaftung schließt den Block der Hypothesen ab, die den Zusammenhang zwischen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und der Unterstützung der politischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft prüfen sollen.

Tabelle 19: Ordinales Regressionsmodell 1.6, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Zustimmung zur Aussage, dass sich die EU zu einem Bund von Nationalstaaten weiterentwickeln sollte (7.3)

EU sollte sich zu einem Bund von Nationalstaaten weiterentwickeln (7.3)	Odds Ratio	z	P> z 	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,0505	3,75	0,000	5,3
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,1891	2,77	0,006	19,0
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	1,0796	1,52	0,129	7,7
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	1,0193	0,32	0,749	1,9
Staaten bestrafen (3.1)	1,3508	10,40	0,000	
<i>nicht sehr wirksam</i>				38,0
<i>ziemlich wirksam</i>				94,5
<i>sehr wirksam</i>				145,5
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,3934	9,96	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				68,5
<i>Ja, teilweise</i>				110,5
<i>Ja, voll und ganz</i>				170,9
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,3782	8,15	0,000	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				59,7
<i>Europäische & nationale Identität</i>				104,9
<i>Europäische Identität</i>				105,5
Transnationalität (Faktorvariable)	1,1587	4,32	0,000	17,0
Bildung	0,9789	-3,92	0,000	-2,2
Geschlecht	1,0534	1,11	0,266	6,2
Alter	0,9974	-1,79	0,073	-0,2

n = 15.199; Pseudo R-Quadrat = 0,0408; Wald Chi-Quadrat (11) = 538,31; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Die Regressionsanalyse zeigt, dass auch hier die Indikatorvariablen für die Gleichheitspräferenz (2.1 und 2.2) keinen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben. Alle anderen unabhängigen Variablen, welche den Bedingungen der Hilfsbereitschaft, der Reziprozitätserwartung, der europäischen Identität und der Transnationalität zugeordnet wurden, haben aber bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < 0.1$ einen signifikanten positiven Einfluss auf die Zustimmung zu einer Weiterentwicklung der EU zu einem Bundesstaat. Die Kontrollvariablen Geschlecht und Alter haben keine signifikante Wirkung, die Bildung hat eine signifikant negative Wirkung: Besser gebildete Menschen antworten hier im Vergleich zu weniger gebildeten Menschen seltener mit hohen Zustimmungswerten. Das Modell 1.6 kann zwar als signifikant bezeichnet werden (Chi-Quadrat nach Wald-Statistik 538,31, $df=11$, $p < .01$). Allerdings ist der Zusammenhang zwischen den ausgewählten unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable mit einem Pseudo-R-Quadrat von 0,0408 nur gering.

Die Hypothese 1.6 kann zwar bis auf den vermuteten Einfluss der Gleichheitspräferenz auf die Zustimmung zu einem europäischen Bundesstaat bestätigt werden, allerdings ist der Zusammenhang zwischen den restlichen Indikatorvariablen für die Disposition zu transnationalem europäischen Soli- darverhalten und der abhängigen Variable relativ schwach.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse zur ersten Hypothese erfolgt in Kapitel 3.4.

Im Folgenden werden nun die Hypothesen geprüft, die sich auf den Zusammenhang zwischen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und der Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung beziehen.

Hypothese 2.1

Um die Hypothese 2.1 zu prüfen, wurde das binär logistische Regressionsmodell 2.1 mit

y: Befürwortung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit der gemeinsamen Währung (8.1),
1 = „Dafür“, 0 = „Dagegen“

berechnet. Es wurden dieselben unabhängigen Variablen wie im Modell 1.1 herangezogen.

Tabelle 20: Binär logistisches Regressionsmodell 2.1, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Befürwortung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (8.1)

Befürwortung Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (8.1)	Odds Ratio	z	P> z	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,0157	1,09	0,277	
2				79,0
(Werte 3-8 ausgeblendet)				
9				117,4
sehr wichtig				94,8
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,2665	3,36	0,001	26,3
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	0,8592	-2,49	0,013	-14,0
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	0,8598	-2,22	0,027	-13,2
Staaten bestrafen (3.1)	1,1875	5,80	0,000	
nicht sehr wirksam				14,7
ziemlich wirksam				33,3
sehr wirksam				64,4
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,8427	17,58	0,000	
Nein, eher nicht				75,7
Ja, teilweise				238,8
Ja, voll und ganz				418,4
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,7692	11,61	0,000	
Nationale & europäische Identität				130,7
Europäische & nationale Identität				265,8
Europäische Identität				154,3
Transnationalität (Faktorvariable)	1,0315	0,92	0,358	4,0
Bildung	1,0106	1,73	0,083	0,8
Geschlecht	0,9820	-0,34	0,735	-1,0
Alter	1,0032	1,94	0,053	0,3
Konstante	0,0364	-14,39	0,000	-

n = 16.596; Pseudo R-Quadrat = 0,1193; Wald Chi-Quadrat (11) = 905,36; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Die logistische Regressionsanalyse zeigt, dass offenbar einige der unabhängigen Variablen keinen signifikanten Einfluss auf die Befürwortung der Wirtschafts- und Währungsunion haben. Weder die Einschätzung der Wichtigkeit, arme Menschen zu unterstützen (Variable 1.1), noch die Transnationalität einer befragten Person (Faktorvariable) oder die Kontrollvariablen Bildung, Alter und Geschlecht haben darauf einen signifikanten Einfluss bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$. Bedeutsam

ist allerdings, ob Solidarität oder Gleichheit als wichtiger Wert genannt wurde (Variablen 1.2 und 2.2) und ob das Verbessern des Lebensstandards aller Europäer als Hauptziel (Variable 2.1) bezeichnet wurde. Dabei hat nur das Nennen von Solidarität als wichtigem Wert eine wie erwartet positive Wirkung auf die Wahrscheinlichkeit, sich für die Wirtschafts- und Währungsunion auszusprechen. Die Variablen, die der Gleichheitspräferenz zugeordnet wurden, haben beide wider Erwarten eine negative Wirkung.

Die Zustimmung zu Sanktionen für EU-Mitgliedstaaten, die zu viel ausgeben (Variable 3.1) und die Variablen zur europäischen Identität haben die erwartete positive Wirkung.

Mit einem empirischen Chi-Quadrat nach Wald-Statistik von 905,36 (df=11, $p < .01$) ist das Modell außerdem signifikant, das Pseudo-R-Quadrat von 0,11 weist trotz der nicht signifikanten unabhängigen Variablen auf eine mittlere bis gute Anpassungsverbesserung des Modells hin.

Für die Hypothese 2.1 gilt, dass die positive Wirkung der einzelnen Indikatorvariablen der Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten auf die Befürwortung der Wirtschafts- und Währungsunion für die Variablen 1.2 (Solidarität als wichtigen Wert genannt), 3.1 (Staaten bestrafen die zu viel ausgeben), 4.1 (Gefühl, ein EU-Bürger zu sein) und 4.2 (Identifikation als Europäer) deutlich bestätigt werden kann. Vor allem die negative Wirkung der beiden Variablen zur Gleichheitspräferenz (2.1 und 2.2) sowie die nicht signifikante Wirkung der Transnationalität schwächen die Annahme, dass sich eine Disposition zu transnationaler europäischer Solidarität positiv auf die Befürwortung der Wirtschafts- und Währungsunion auswirkt.

Hypothese 2.2

Für die Hypothese 2.2 wurde mithilfe eines ordinalen Regressionsmodells (Modell 2.2) die Auswirkung der unabhängigen Variablen der bisherigen Modelle auf die abhängige Variable

y: „Befürwortung finanzielle Vergemeinschaftung: Summenscore Zusammenarbeit“ (8), Werte zwischen 1 (zwei Mal mit „weiß nicht“ und einmal mit „stimme überhaupt nicht zu“ geantwortet) und 12 (drei Mal mit „stimme voll und ganz zu“ geantwortet)

untersucht.¹⁶⁶

¹⁶⁶ Auch wenn die abhängige Variable Werte zwischen 1 und 12 aufweist, ist sie als ordinale Variable zu bewerten, weil sie als Summenwert dreier ordinaler Variablen berechnet wurde.

Tabelle 21: Ordinales Regressionsmodell 2.2, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Befürwortung finanzielle Vergemeinschaftung: Summenscore Zusammenarbeit (8)

Befürwortung finanzielle Vergemeinschaftung: Summenscore Zusammenarbeit (8)	Odds Ratio	z	P> z 	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,2176	14,79	0,000	20,9
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,1712	2,75	0,006	18,1
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	0,9827	-0,34	0,734	-0,6
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	0,8468	-3,03	0,002	-15,7
Staaten bestrafen (3.1)	1,9366	21,68	0,000	
<i>nicht sehr wirksam</i>				13,7
<i>ziemlich wirksam</i>				68,6
<i>sehr wirksam</i>				472,6
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,4137	11,02	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				62,1
<i>Ja, teilweise</i>				106,6
<i>Ja, voll und ganz</i>				191,9
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,1661	4,15	0,000	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				50,5
<i>Europäische & nationale Identität</i>				39,3
<i>Europäische Identität</i>				22,8
Transnationalität (Faktorvariable)	2,0688	20,36	0,000	102,0
Bildung	0,9833	-3,08	0,002	-1,6
Geschlecht	1,0250	0,56	0,577	2,6
Alter	1,0083	5,89	0,000	0,8

n = 16.988; Pseudo R-Quadrat = 0,0951; Wald Chi-Quadrat (11) = 1.947,07; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Die Auswertung der Regressionstabelle zeigt, dass bis auf die Variable 2.1 (Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern als Hauptziel beim Aufbau Europas) und das Geschlecht alle Variablen bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ einen signifikanten Einfluss auf den Summenwert zur stärkeren wirtschaftspolitischen Abstimmung haben. Allerdings ist der Effekt der Variable 2.2 (Gleichheit als wichtiger persönlicher Wert genannt) nicht wie erwartet positiv, sondern negativ. Die Chance auf hohe Summenwerte sinkt also, wenn Gleichheit als wichtiger Wert genannt wird. Alle anderen unabhängigen Variablen haben wie erwartet einen positiven Effekt. Die Bildung der Befragten hat einen leicht negativen und das Alter einen leicht positiven Effekt.

Das Modell ist signifikant (Chi-Quadrat nach Wald-Statistik = 1947,07, $df=11$, $p < .01$). Das Pseudo-R-Quadrat von 0,0951 weist auf eine mittlere Anpassungsverbesserung durch das Modell hin.

Abschließend ist auch für diese Hypothese zu sagen, dass der erwartete Effekt der Gleichheitspräferenz auf die allgemeine Befürwortung einer stärkeren wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten nicht zu erkennen ist, alle anderen Bedingungen für eine Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten zeigen wie erwartet positive Effekte.

Hypothese 2.3

Um die Hypothese 2.3 zu prüfen, wurde das ordinale logistische Regressionsmodell 2.3 mit

y: Wirksamkeit der Benennung eines EU-Finanzministers (8.5), 1 = „überhaupt nicht wirksam“ bis 4 = „sehr wirksam“

berechnet. Es wurden dieselben unabhängigen Variablen wie im Modell 1.1 herangezogen.

Tabelle 22: Ordinales Regressionsmodell 2.3, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Wirksamkeit der Benennung eines EU-Finanzministers (8.5)

Wirksamkeit der Benennung eines EU-Finanzministers (8.5)	Odds Ratio	z	P> z 	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,0599	4,45	0,000	
2				41,0
<i>(Werte 3 bis 8 ausgeblendet)</i>				
9				169,1
<i>sehr wichtig</i>				167,9
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,0031	0,05	0,959	-0,2
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	0,9637	-0,71	0,477	-3,7
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	1,0592	0,98	0,328	5,4
Staaten bestrafen (3.1)	1,9132	20,07	0,000	
<i>nicht sehr wirksam</i>				100,5
<i>ziemlich wirksam</i>				275,8
<i>sehr wirksam</i>				614,6
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,4314	11,14	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				92,8
<i>Ja, teilweise</i>				137,1
<i>Ja, voll und ganz</i>				220,6
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,1595	4,31	0,000	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				29,3
<i>Europäische & nationale Identität</i>				36,3
<i>Europäische Identität</i>				36,4
Transnationalität (Faktorvariable)	1,2265	6,32	0,000	24,4
Bildung	0,9755	-4,50	0,000	-2,6
Geschlecht	0,8847	-2,66	0,008	-10,4
Alter	1,0002	0,18	0,854	0,0

n = 16.019; Pseudo R-Quadrat = 0,0686; Wald Chi-Quadrat (11) = 918,82; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Es zeigt sich, dass drei unabhängige Variablen keine signifikante Wirkung darauf haben, ob ein Befragter die Benennung eines EU-Finanzministers bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise für wirksam hält oder nicht: Ob jemand Solidarität oder Gleichheit als wichtigen persönlichen Wert nennt (Variablen 1.2 und 2.2) und ob er die Verbesserung der Lebensstandards aller EU-Bürger als das Hauptziel beim Aufbau Europas nennt (Variable 2.1), hat bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$ keinen signifikanten Einfluss auf die Einstellung zur Einführung eines EU-Finanzministeramtes. Die anderen unabhängigen Variablen (1.1, 3.1, 4.1, 4.2 und Transnationalität) haben signifikant positive Wirkungen. Die Kontrollvariablen der Bildung und des Geschlechts haben eine signifikant negative Wirkung: Besser Gebildete und Männer halten die Benennung eines EU-Finanzministers also sel-

tener für sehr wirksam als schlechter Gebildete und Frauen. Die Kontrollvariable des Alters hat keine signifikante Wirkung.

Es zeigt sich, dass Befragte, die es für sehr wichtig halten, arme Menschen zu unterstützen (Variable 1.1), gegenüber Befragten, die dies für überhaupt nicht wichtig halten, eine um 167,9 Prozent erhöhte Chance haben, die Benennung eines EU-Finanzministers für eine sehr wirksame Maßnahme zu halten. Befragte, die sich voll und ganz als EU-Bürger fühlen (Variable 4.1), haben eine um 220,6 Prozent erhöhte Chance gegenüber denjenigen die dies überhaupt nicht tun.

Das Modell 2.3 kann bei einem empirischen Chi-Quadrat nach Wald-Statistik von 918,82 (df=11, $p < .01$) als signifikant bezeichnet werden. Der Zusammenhang zwischen den ausgewählten unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable ist mit einem Pseudo-R-Quadrat von 0,0686 aber eher mittelmäßig. Insgesamt fällt die Prüfung der Hypothese 2.3 wie bereits bei den vorherigen Hypothesen gespalten aus: Für die Variablen 1.1, 3.1, 4.1, 4.2 und den Transnationalitätsfaktor wurde die Annahme von positiven Effekten auf die abhängige Variable – hier die bewertete Wirksamkeit der Benennung eines EU-Finanzministers – bestätigt. Die Nennung von Solidarität oder Gleichheit als wichtiger persönlicher Wert und von der Verbesserung des Lebensstandards aller EU-Bürger als Hauptziel beim Aufbau Europas hat aber nicht die erwarteten positiven Effekte.

Hypothese 2.4

Die Hypothese 2.4 wurde anhand eines ordinalen logistischen Regressionsmodells (2.4) mit

y: Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU (8.6), 1 = „überhaupt nicht wirksam“ bis 4 = „sehr wirksam“

geprüft. Die für dieses Modell verwendete abhängige Variable, die Bewertung der Wirksamkeit einer Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte der EU, bezieht sich, ähnlich wie die abhängige Variable im Modell 2.3, auf eine Maßnahme der finanziellen Vergemeinschaftung, die recht weitreichende Konsequenzen für die finanzpolitische Autonomie der EU-Mitgliedstaaten hätte. Ob die Befragten eine derartige Maßnahme für wirksam in der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise halten, drückt also definitiv auch aus, ob sie das gemeinschaftliche Handeln dem individuellen Handeln in einer Krisensituation vorziehen oder nicht. Auch hier ist äußerst interessant, welche Wirkung die einzelnen Bedingungen für eine Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten auf die Einstellung der EU-Bürger haben. Das Regressionsmodell 2.4 zeigt recht ähnliche Ergebnisse wie das Modell 2.3:

Tabelle 23: Ordinales Regressionsmodell 2.4, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU (8.6)

Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU (8.6)	Odds Ratio	z	P> z 	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,0547	4,01	0,000	5,5
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,0742	1,13	0,257	7,4
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	0,9201	-1,59	0,111	-8,1
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	0,9080	-1,60	0,109	-9,4
Staaten bestrafen (3.1)	2,5759	26,84	0,000	
<i>nicht sehr wirksam</i>				209,5
<i>ziemlich wirksam</i>				570,0
<i>sehr wirksam</i>				1824,8
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,3240	8,67	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				48,7
<i>Ja, teilweise</i>				97,8
<i>Ja, voll und ganz</i>				135,0
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,1823	4,32	0,000	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				25,3
<i>Europäische & nationale Identität</i>				34,4
<i>Europäische Identität</i>				62,7
Transnationalität (Faktorvariable)	1,1983	5,86	0,000	19,9
Bildung	0,9699	-5,60	0,000	-3,1
Geschlecht	0,9389	-1,34	0,179	-5,8
Alter	0,9977	-1,53	0,127	0,2

n = 16.339; Pseudo R-Quadrat = 0,1003; Wald Chi-Quadrat (11) = 1.120,95; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Die unabhängigen Variablen der Nennung von Solidarität oder Gleichheit als wichtigen persönlichen Wert (Variablen 1.2 und 2.2) und der Verbesserung der Lebensstandards aller EU-Bürger als das Hauptziel beim Aufbau Europas (Variable 2.1) haben keinen signifikanten Einfluss auf die Einschätzung der Befragten, für wie wirksam sie eine Vorabprüfung der nationalen Haushalte durch die EU halten. Die anderen Variablen – die Wichtigkeit, arme Menschen zu unterstützen (Variable 1.1), die Einstellung gegenüber Sanktionen für verschwenderische Mitgliedstaaten (Variable 3.1), die Variablen zur europäischen Identität (Variablen 4.1 und 4.2) sowie die Transnationalität der Befragten (Faktorvariable) haben einen positiven und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ signifikanten Einfluss. Die Kontrollvariable der Bildung hat eine signifikante aber negative Wirkung, das Alter und das Geschlecht einer befragten Person haben keinen signifikanten Einfluss.

Insgesamt ist das Modell 2.4 als signifikant zu bezeichnen (Chi-Quadrat nach Wald-Statistik: 1120,95, $df=11$, $p < .01$). Die Nullhypothese, dass die unabhängigen Variablen insgesamt keinen Einfluss auf die abhängige Variable haben, kann verworfen werden. Das Pseudo-R-Quadrat von 0,1003 weist auf einen mittleren bis guten Modell-Fit hin. Die Hypothese, dass die Variablen 1.1, 3.1, 4.1, 4.2 sowie die Faktorvariable der Transnationalität einen positiven Einfluss auf die von den Befragten bewertete Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU haben, kann demnach

bestätigt werden – die Variable 1.2 (Solidarität als wichtiger Wert genannt) und die beiden Variablen zur Gleichheitspräferenz (2.1 und 2.2) haben aber nicht den erwarteten Effekt.

Hypothese 2.5

Für die Hypothese 2.5 wurde das ordinale Regressionsmodell 2.5 mit der abhängigen Variable

y: Wirksamkeit einer zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene bzw. einer Bankenunion (8.7), 1 = „überhaupt nicht wirksam“ bis 4 = „sehr wirksam“

berechnet. Als unabhängige Variablen wurden dieselben wie in den vorherigen Modellen berücksichtigt. Auch diese abhängige Variable bezieht sich auf eine Maßnahme, bei der der EU-Ebene eine wichtige finanzpolitische Aufgabe zukommen soll bzw. mittlerweile schon zugekommen ist.

Tabelle 24: Ordinales Regressionsmodell 2.5, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, abhängige Variable: Wirksamkeit einer zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (8.7)

Wirksamkeit einer zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (8.7)	Odds Ratio	z	P> z	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,1485	9,95	0,000	13,7
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,0519	0,81	0,419	6,2
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	0,9439	-1,05	0,293	-5,4
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	0,8198	-3,29	0,001	-18,2
Staaten bestrafen (3.1)	2,3014	24,01	0,000	
<i>nicht sehr wirksam</i>				54,3
<i>ziemlich wirksam</i>				157,2
<i>sehr wirksam</i>				959,3
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,3971	10,50	0,000	
<i>Nein, eher nicht</i>				61,5
<i>Ja, teilweise</i>				96,0
<i>Ja, voll und ganz</i>				197,0
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,1026	2,46	0,014	
<i>Nationale & europäische Identität</i>				34,1
<i>Europäische & nationale Identität</i>				20,1
<i>Europäische Identität</i>				16,0
Transnationalität (Faktorvariable)	1,3948	9,85	0,000	36,0
Bildung	0,9865	-2,39	0,017	-1,4
Geschlecht	1,0448	0,92	0,357	4,4
Alter	1,0044	2,93	0,003	0,4

n = 16.594; Pseudo R-Quadrat = 0,1071; Wald Chi-Quadrat (11) = 1.189,14; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

In diesem ordinalen Regressionsmodell haben nur zwei unabhängige Variablen bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ keine signifikante Wirkung: Ob jemand Solidarität als wichtigen persönlichen Wert genannt hat (Variable 1.2) und ob er die Verbesserung des Lebensstandards aller EU-Bürger als das Hauptziel beim Aufbau Europas (Variable 2.1) bezeichnet, hat keinen Einfluss auf seine Einstellung zur Wirksamkeit einer Bankenunion. Die anderen unabhängigen Variablen (1.1, 2.2, 3.1, 4.1, 4.2, Transnationalitätsfaktor) haben eine signifikante und bis auf die Variable 2.2 auch eine positive Wirkung auf die abhängige Variable.

Die Variable 2.2 (Gleichheit als wichtiger Wert genannt) hat wider Erwarten einen negativen Effekt: Nennt ein Befragter Gleichheit als wichtigen persönlichen Wert, hat er eine um 18,2 Prozent niedrigere Chance, eine Bankenunion für wirksam zu halten, gegenüber Befragten, die Gleichheit nicht als persönlich wichtigen Wert nennen. Die Bildung eines Befragten hat einen signifikanten negativen Effekt auf die abhängige Variable, das Alter einen signifikant positiven Effekt. Das Geschlecht hat hingegen keinen Effekt darauf, ob Befragte eine Bankenunion für wirksam halten, oder nicht. Das Modell 2.5 ist insgesamt als signifikant (empirisches Chi-Quadrat von 1189.14, $df=11$, $p<.01$) und der Zusammenhang zwischen den unabhängigen und der abhängigen Variable als mittelmäßig bis gut (Pseudo-R-Quadrat von 0,1071) zu bewerten. Bis auf den fehlenden Effekt durch die Variablen 1.2 und 2.1 sowie den negativen Effekt durch die Variable 2.2 kann die Hypothese 2.5, dass die Indikatoren für eine transnationale europäische Solidarität einen positiven Einfluss auf die Bewertung der Wirksamkeit einer Bankenunion haben, bestätigt werden.

Hypothese 2.6

Die Hypothese 2.6 wurde anhand eines ordinalen logistischen Regressionsmodells (2.6) mit

y: Befürwortung von Eurobonds (8.8), 1 = „voll und ganz dagegen“ bis 4 = „voll und ganz dafür“ geprüft. Auch diese abhängige Variable stellt eine recht weitreichende Form der finanziellen Vergemeinschaftung dar. Als unabhängige Variablen wurden auch hier die Variablen aus den vorhergehenden Modellen herangezogen.

Tabelle 25: Ordinales Regressionsmodell 2.6, Odds Ratios und prozentuale Veränderung der Odds, Befürwortung von Eurobonds (8.8)

Befürwortung von Eurobonds (8.8)	Odds Ratio	z	P> z	Veränderung Odds in %
Armen helfen (1.1)	1,0393	2,88	0,004	
2				19,8
(Werte 3 bis 8 ausgeblendet)				
9				109,0
sehr wichtig				77,2
Solidarität wichtiger Wert (1.2)	1,4498	5,71	0,000	44,5
Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (2.1)	0,9840	-0,29	0,773	-2,0
Gleichheit wichtiger Wert (2.2)	1,3953	5,82	0,000	39,0
Staaten bestrafen (3.1)	1,3968	10,53	0,000	
nicht sehr wirksam				40,8
ziemlich wirksam				146,0
sehr wirksam				158,5
EU-Bürger-Gefühl (4.1)	1,2637	6,79	0,000	
Nein, eher nicht				83,8
Ja, teilweise				111,2
Ja, voll und ganz				124,8
Nationale vs. europ. Identität (4.2)	1,000	2,49	0,013	
Nationale & europäische Identität				16,9
Europäische & nationale Identität				17,7
Europäische Identität				27,8
Transnationalität (Faktorvariable)	1,1507	4,17	0,000	19,0
Bildung	0,9834	-2,95	0,003	-1,8
Geschlecht	1,0182	0,37	0,710	4,6
Alter	0,9953	-2,98	0,003	-0,4

n = 14.607; Pseudo R-Quadrat = 0,0295; Wald Chi-Quadrat (11) = 392,71; Prob > Chi-Quadrat = 0,0000

Für dieses Modell zeigt sich, dass bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ nur eine unabhängige Variable keinen signifikanten Effekt auf die Befürwortung von Eurobonds hat: Ob ein Befragter die Verbesserung des Lebensstandards aller EU-Bürger als Hauptziel beim Aufbau Europas nennt (Variable 2.1), hat keinen Einfluss auf seine Einstellung zu Eurobonds. Alle anderen unabhängigen Variablen haben einen signifikanten und positiven Effekt. Bei den Kontrollvariablen haben die Bildung und das Alter einen leicht negativen Effekt, das Geschlecht hat keine Bedeutung für die Einstellung zu Eurobonds.

Sieht es ein Befragter als sehr wichtig an, Menschen zu unterstützen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind (Variable 1.1), hat er gegenüber Befragten, die dies überhaupt nicht als wichtig ansehen, eine um 77,2 Prozent erhöhte Chance, Eurobonds zu befürworten. Nennt ein Befragter Solidarität als wichtigen Wert (Variable 1.2), hat er eine um 44,5 Prozent erhöhte Chance, nennt er Gleichheit als wichtigen persönlichen Wert (Variable 2.2), hat er eine um 39 Prozent erhöhte Chance sich für Eurobonds auszusprechen. Sieht er Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen, als eine sehr wirksame Maßnahme an (Variable

ble 3.1), befürwortet er Eurobonds mit einer 158,5 Prozent höheren Chance, als wenn er dies für eine überhaupt nicht wirksame Maßnahme hält. Fühlt er sich voll und ganz als EU-Bürger (Variable 4.1) hat er eine um 124,8 Prozent höhere Chance, Eurobonds zu befürworten, im Gegensatz zu jemandem, der sich überhaupt nicht als EU-Bürger fühlt. Und spielt für ihn die Identität als Europäer eine deutlich größere Rolle als die nationale Identität, so befürwortet er Eurobonds mit einer um 27,8 Prozent höheren Chance als jemand, der sich ausschließlich als Deutscher, Franzose oder Belgier fühlt. Dieses letzte geprüfte ordinale Regressionsmodell ist zwar als signifikant anzusehen (Chi-Quadrat nach Wald-Statistik von 392,71, $df=11$, $p<.01$). Allerdings ist der Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable nur ziemlich schwach (Pseudo-R-Quadrat von 0,0295). Es ist also durchaus möglich, dass weitere nicht berücksichtigte Variablen Einfluss auf die Einstellung gegenüber Eurobonds haben. Die Hypothese, dass die Bedingungen für eine Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten einen positiven Einfluss auf die Befürwortung einer gemeinsamen europäischen Schuldenaufnahme haben, kann unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse unter gewissen Vorbehalten bestätigt werden.

Wie bereits in Kapitel 3.3.3 geschildert, spielt die Antwortkategorie „weiß nicht“ bei einigen der oben verwendeten Variablen eine recht große Rolle. Weil für die in diesem Kapitel durchgeführten ordinalen und binär logistischen Regressionsanalysen die „weiß nicht“-Kategorie als fehlender Wert kodiert wurde, wird der Einfluss der „weiß nicht“-Kategorie auf die Ergebnisse im folgenden Kapitel noch einmal näher betrachtet, bevor die Ergebnisse zusammenfassend bewertet werden.

Spezifische Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie

Damit die Antwortkategorie „weiß nicht“ bei den abhängigen Variablen berücksichtigt werden kann, werden alle Modelle noch einmal als multinomiale logistische Regressionsmodelle berechnet.¹⁶⁷ Um das Modell nicht zu unübersichtlich zu gestalten und einfacher interpretierbare Aussagen über die Richtung der unabhängigen Variablen treffen zu können, wurde die „weiß nicht“-Kategorie bei den unabhängigen Variablen als fehlender Wert beibehalten.¹⁶⁸

Diese Vorgehensweise ermöglicht es, die Effekte der unabhängigen Variablen auf das Antwortverhalten zu allen Antwortkategorien – auch der „weiß nicht“-Kategorie – zu untersuchen, indem die Effekte der unabhängigen Variablen auf zwei verschiedene Antwortkategorien miteinander verglichen werden.¹⁶⁹ Als Referenzkategorie wurde für alle Modelle die niedrigste inhaltliche Antwortkategorie gewählt. Für das multinomiale Regressionsmodell zur Prüfung der Hypothese 2.1 mit der abhängigen Variable „Befürwortung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ (8.1) wurde also bei-

¹⁶⁷ Weil für die Berechnung des Summenscores zur Befürwortung der finanziellen Vergemeinschaftung (Variable 8) bereits die „weiß nicht“-Antworten berücksichtigt wurden, wird die Hypothese 2.2 nicht noch einmal geprüft. Eine Tabelle zur Übersicht über die Ergebnisse sämtlicher logistischer Regressionsanalysen befindet sich im Anhang 7.

¹⁶⁸ Bei diesen Variablen stellte der Anteil an „weiß nicht“-Antworten, wie in Kapitel 3.3.3 beschrieben, aber auch kein so massives Problem dar, wie bei einigen der abhängigen Variablen.

¹⁶⁹ Allerdings ist hier im Gegensatz zu den „ordered logit“-Modellen keine Ordnung der Antwortkategorien mehr möglich.

spielsweise die Antwort „dagegen“ als Referenzkategorie gewählt. So ist es unter Berücksichtigung der „weiß nicht“-Antworten möglich zu beurteilen, welchen Effekt das Nennen von Solidarität als wichtiger Wert (Variable 1.2) auf die Befürwortung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Vergleich zur Ablehnung derselben hat.

Es zeigt sich zunächst, dass alle multinomialen Regressionsmodelle bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ signifikant sind. Auch die Pseudo-R-Quadrat-Werte sind denjenigen aus den ordinalen und binär logistischen Modellen recht ähnlich: Sie liegen zwischen Werten, die für einen schwachen Zusammenhang zwischen den unabhängigen und der abhängigen Variablen stehen (niedrigster Pseudo-R-Quadrat-Wert: 0,0358, abhängige Variable 8.8), und Werten, die für einen mittelstarken Zusammenhang stehen (höchster Pseudo-R-Quadrat-Wert: 0,0960, abhängige Variable 8.1). Vergleicht man die Effekte der unabhängigen Variablen auf das Antworten mit der jeweils höchsten Antwortkategorie („sehr wirksam“, „stimme voll und ganz zu“, „dafür“, „voll und ganz dafür“) gegenüber dem Antworten mit der jeweils niedrigsten Antwortkategorie („überhaupt nicht wirksam“, „stimme überhaupt nicht zu“, „dagegen“, „voll und ganz dagegen“) unter Berücksichtigung der Antwortkategorie „weiß nicht“, zeigt sich auch in Bezug auf die Effekte der unabhängigen Variablen ein ähnliches Muster. Die Variablen 2.1 (Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern als Hauptziel beim Aufbau Europas) und 2.2 (Gleichheit als wichtiger Wert) sind besonders häufig nicht signifikant: Weder auf die Zustimmung zu der Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen (Variable 6.3), noch auf die Befürwortung einer gemeinsamen Außen- oder Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in der EU (Variablen 7.1 und 7.2), noch auf die Zustimmung zur Aussage, dass sich die EU zu einem Bund von Nationalstaaten weiterentwickeln sollte (Variable 7.3), auf die bewertete Wirksamkeit eines EU-Finanzministers (Variable 8.5) oder die Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU (Variable 8.7) hat die Gleichheitspräferenz eine signifikante Wirkung. Lediglich auf die Variable 8.1 (Befürwortung der Wirtschafts- und Währungsunion) haben beide Variablen 2.1 und 2.2 einen signifikanten Effekt – allerdings ist dieser wie bereits im binär logistischen Modell wider Erwarten negativ. Die Variablen 4.1 und 4.2, welche die europäische Identität messen, haben hingegen in jedem Modell die erwartete Wirkung. Diese ist negativ auf die Variable 6.1, welche eine anti-europäische Aussage umfasst, und positiv auf alle anderen Variablen. Auch die Variable 3.1, die die Wirksamkeit von Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen, aus der Sicht der Befragten misst, hat auf die Variablen 6.2, 6.3, 7.1, 7.2, 7.3, 8.1, 8.5, 8.6, 8.7 und 8.8 den erwarteten positiven Effekt. Lediglich auf die Variable 6.1 hat sie keinen signifikanten Effekt. Die Bedingung der Hilfsbereitschaft (Variablen 1.1 und 1.2) zeigen wie bereits in den ordinalen und binär logistischen Modellen teils signifikante, teils nicht signifikante Effekte – die Wirkungsrichtung entspricht, sofern die Effekte signifikant sind, aber immer der Erwartung.

Ein auffälliger Unterschied zu den ordinalen und binär logistischen Modellen ist, dass der Transnationalitätsfaktor in fast keinem Modell mehr einen signifikanten Effekt hat: Lediglich auf die Variable 6.2 (Zustimmung zur Aussage, dass man sich infolge der Krise den Bürgern in anderen EU-Ländern stärker verbunden fühlt) hat sie einen positiven signifikanten Effekt, auf die Variablen 8.6 (Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU) und 8.7 (Wirksamkeit einer zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene) hat sie wider Erwarten einen signifikanten negativen Effekt. Zusammenfassend lässt sich aber sagen, dass die Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie für die logistischen Regressionen keine bedeutend anderen Ergebnisse erzeugt.

3.4 Schlussfolgerungen: Empirische Ergebnisse zu transnationaler europäischer Solidarität

Abschließend sollen die Ergebnisse des Kapitels noch einmal mit Hinblick auf die Hypothesen zusammengefasst werden. Eine kritische Reflektion der theoretischen und empirischen Ergebnisse der Arbeit erfolgt im abschließenden Kapitel.

Zunächst wurden die zentralen Begriffe der Arbeit – die Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten, die Unterstützung der Gemeinschaft der EU als politische Schicksalsgemeinschaft und die Unterstützung der europäischen Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft – operationalisiert. Anschließend wurden quantitative Befragungen mit europaweit erhobenen Stichproben nach passenden Frageformulierungen durchsucht. Einerseits zeigt sich, dass der Begriff der Solidarität zwar eine nicht zu unterschätzende Rolle in verschiedenen Umfragestudien spielt, allerdings selten ein Konzept hinterlegt ist, das mit dem in dieser Arbeit entwickelten Begriff der Solidarität vereinbar wäre. Andererseits zeigt sich, dass einige Fragen zu verschiedenen Formen der Hilfe oder Unterstützung durchaus geeignet sind, um solidarische Verhaltensformen zu untersuchen, auch wenn sie den Begriff der Solidarität nicht verwenden. Voraussetzung ist dann, dass die anderen Bedingungen für eine Disposition zu solidarischem Verhalten – die Gleichheitspräferenz und die Reziprozitätserwartung – ebenfalls erhoben werden.

Es konnten zwei Datensätze des Eurobarometers identifiziert werden, die Variablen zu allen relevanten Dimensionen der latenten Konstrukte beinhalten: das Eurobarometer 79.3 von 2013 und das Eurobarometer 82.3 von 2014. Die einzelnen Bedingungen wurden in den beiden Eurobarometer-Umfragen allerdings nicht im Zusammenhang zueinander untersucht. So wurde beispielsweise nicht erhoben, inwiefern der abgefragten Hilfsbereitschaft das Motiv zugrunde liegt, einen Ressourcenausgleich herbeizuführen. Die Bedingung der Gleichheitspräferenz wurde auch nicht explizit auf einen Ressourcenausgleich zwischen armen und reichen EU-Bürgern bezogen. Die Analyse der Daten kann insofern nur einen ersten Eindruck zu der Disposition zu transnational solidarischem Verhalten bei EU-Bürgern liefern.

Weil der Datensatz von 2013 eine größere Anzahl an Variablen zu den entsprechenden Dimensionen enthielt, wurde er genutzt um erstens zu überprüfen, in welchem Umfang die Disposition zu transnationaler Solidarität unter EU-Bürgern erkennbar ist und in welchem Umfang die EU-Bürger die politische Gemeinschaft der EU unterstützen. Zweitens wurden die Hypothesen zum Zusammenhang zwischen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und der Unterstützung der Gemeinschaft im Eastonschen Sinne überprüft.

Die univariate Analyse der relevanten Variablen zeigt, dass die Voraussetzungen für solidarisches Handeln durchaus gegeben sind: Die EU-Bürger halten es im Schnitt für sehr wichtig, armen Menschen zu helfen und den Lebensstandard aller Europäer dauerhaft zu erhöhen. Dieses Ziel ist ihnen sogar wichtiger als alle anderen wirtschaftspolitischen Ziele für den weiteren Aufbau Europas. Immerhin ein Fünftel der EU-Bürger nennt Gleichheit als einen für sie wichtigen persönlichen Wert. Ein Großteil unterstützt es, dass Regierungen von Mitgliedstaaten, die zu viel ausgeben oder sich zu viel leihen, sanktioniert werden. Diese Einstellung kann, wie in Kapitel 3.3.2 erläutert, als Indikator für ein reziprokes Gemeinschaftsverständnis angesehen werden. Es hat sich gezeigt, dass das Befürworten entsprechender Sanktionen aber auch als anti-europäische Einstellung verstanden werden kann.

Die allgemeine Disposition zu solidarischem Verhalten kann jedoch nicht bedenkenlos auf die europäische Ebene übertragen werden. Transnationales Handeln ist noch immer keine Selbstverständlichkeit innerhalb der EU: 50 Prozent der Europäer hatten zwar beispielsweise in den zwölf Monaten vor der Befragung Kontakt mit anderen EU-Bürgern, etwa 40 Prozent hatten selbst ein anderes EU-Land besucht. Dementsprechend groß sind aber auch die Anteile der EU-Bürger, die nicht transnational interagiert hatten. Hinzu kommt, dass ein Großteil der EU-Bürger sich nach wie vor vorrangig mit der eigenen Nation identifiziert und eher weniger mit der europäischen Gemeinschaft. Zwar fühlen sich in etwa zwei Drittel der Europäer teilweise oder voll und ganz als Bürger der EU – aber immerhin ein Drittel der Europäer tut dies eher nicht oder überhaupt nicht.¹⁷⁰ Ohne die Identifikation der Bürger mit der europäischen Gemeinschaft ist aber eine wesentliche Voraussetzung für solidarisches Handeln gegenüber anderen Europäern nicht gegeben. Das allgemeine Ausmaß der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten ist also eher als mittelmäßig zu bewerten. Die Faktorenanalyse bestätigt diese Erkenntnis insofern, als dass mit ihr nachgewiesen werden konnte, dass es kein homogenes Antwortverhalten in Bezug auf die fünf Bedingungen der transnationalen europäischen Solidarität gibt. Hohe Werte für die Indikatoren der Hilfsbereitschaft, der Gleichheitspräferenz und der Reziprozitätserwartung gehen also nicht zwangsläufig mit hohen Werten der europäischen Identität und der Transnationalität einher.

Für die Unterstützung der politischen Gemeinschaft zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Zwar stimmen rund 85 Prozent der befragten EU-Bürger zu, dass durch die Krise eine stärkere Zusammenarbeit der

¹⁷⁰ Dieses Ergebnis bestätigt den bisherigen Forschungsstand zur europäischen Identität (siehe beispielsweise Fuchs 2011 und 2013).

EU-Mitgliedstaaten notwendig sein wird. Gleichzeitig stimmen aber rund 30 Prozent zu, dass die Zukunft ihres eigenen Landes außerhalb der EU besser wäre. Diese hohe Zahl kann durchaus auf separatistische Tendenzen innerhalb der EU hinweisen. In Bezug auf eine stärkere finanzielle Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten ist zwar oft eine Mehrheit der Befragten dafür, zum Beispiel bestimmte Maßnahmen wie eine Bankenunion umzusetzen. Gleichzeitig werden diese eher komplexen Fragen von besonders vielen Personen mit „weiß nicht“ beantwortet, was zumindest nicht darauf schließen lässt, dass diese Befragten glühende Vertreter einer weiteren wirtschafts- und finanzpolitischen Integration Europas sind. Die Faktorenanalyse bestätigt allerdings, dass das Antwortverhalten der Befragten zum Bewusstsein über das gemeinsame politische Schicksal, zur Befürwortung der politischen sowie der finanziellen Vergemeinschaftung recht oft gleichförmig verläuft. Das latente Konstrukt der Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU ist also durchaus geeignet, um das Antwortverhalten der Befragten zu beschreiben.

Die Ergebnisse der Zusammenhangsanalyse zwischen den einzelnen Indikatoren für die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten und der Unterstützung der europäischen Gemeinschaft zeigen, dass insbesondere die Reziprozitätserwartung, die europäische Identität und die Transnationalität wichtige Erklärungsfaktoren für die Unterstützung der europäischen Gemeinschaft darstellen. Vereinzelt spielt auch die Hilfsbereitschaft eine Rolle. Überraschend oft aber spielt die Gleichheitspräferenz der Befragten überhaupt keine oder sogar eine negative Rolle für ihre Einstellung gegenüber den verschiedenen Maßnahmen der europäischen Vergemeinschaftung.

Die Nicht-Signifikanz des Effekts der Gleichheitspräferenz kann inhaltliche oder methodische Gründe haben. Ein inhaltlicher Grund wäre, dass die Präferenz für den Ausgleich von Ressourcen innerhalb einer Gemeinschaft keine entscheidende Bedingung für solidarisches Handeln ist. Allerdings ist diese Erklärung nicht mit dem obigen Konzept der Solidarität vereinbar, deren ausgesprochenes Ziel ein Ressourcenausgleich ist. In diesem Fall müsste die Frage beantwortet werden, mit welcher konkreten Absicht Menschen anderen Menschen generell helfen wollen, wenn nicht, um deren Notsituation zu beheben, und sie zumindest an ein durchschnittliches Niveau der Ressourcenversorgung anzunähern. Wahrscheinlicher ist, dass methodische Gründe für die mangelnde Signifikanz der Indikatoren der Gleichheitspräferenz verantwortlich sind. Beide Items, anhand derer die Gleichheitspräferenz operationalisiert worden ist, sind Teil einer Itematterie mit relativ vielen Items. Die Frage nach den persönlich wichtigen Werten umfasst zwölf Antwortmöglichkeiten, von denen die Befragten maximal drei nennen konnten. Selbst wenn Gleichheit ein für sie wichtiger Wert ist, drei andere Werte wie zum Beispiel Frieden, Demokratie und Toleranz allerdings wichtiger sind, konnten sie dies bei der entsprechenden Frage nicht kenntlich machen. Dieses Problem wirkt sich im Übrigen auch auf den Wert der Solidarität aus: Auch das Nennen von Solidarität hat nur bei der Hälfte der Modelle einen signifikanten Effekt.

Das zweite Item, anhand dessen die Gleichheitspräferenz gemessen wurde, ist ebenfalls Teil einer größeren Itembatterie von acht Items. Hier verstärkt sich das beschriebene Problem dadurch, dass die Frage eine Einfachauswahl nach sich zog: Von den acht Items konnte nur eines als das Hauptziel beim Aufbau Europas genannt werden. Selbst wenn ein Befragter es also als wichtig erachtet, den Lebensstandard aller EU-Bürger zu verbessern, konnte er dem bei der Frage keinen Ausdruck verleihen, wenn ihm auch nur ein einziges anderes Item wichtiger war. Es kommt hinzu, dass eine relativ gleichmäßige Verteilung bei den von den Befragten gewählten Hauptzielen zu beobachten ist, keines der Hauptziele stößt hier durch eine deutlich häufige oder seltene Nennung hervor (siehe Anhang 4). Alle anderen unabhängigen Variablen basieren auf Fragen im Fragebogen, die Antwortskalen nach sich ziehen – solange ein Befragter hier also nicht mit „weiß nicht“ antwortete, konnte er sich inhaltlich positionieren und so eine deutliche Tendenz anzeigen. Die Nicht-Nennung der Items zur Gleichheitspräferenz deutet hingegen nicht zwangsläufig auf eine Nicht-Existenz einer Gleichheitspräferenz hin.

4. Fazit

Die vorliegende Forschungsarbeit beschäftigt sich theoretisch und empirisch mit dem Phänomen der transnationalen europäischen Solidarität. Im Kern geht es um die Frage, in welchem Zusammenhang die Bereitschaft der EU-Bürger zu transnationalem Solidarverhalten und ihre Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU stehen und was dieser Zusammenhang für die Stabilität der EU bedeutet. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Arbeit pointiert zusammengefasst, um schließlich die in der Einleitung formulierte Fragestellung zu beantworten und die Ergebnisse kritisch zu reflektieren.

4.1 Transnationale europäische Solidarität: theoretische Erkenntnisse

Im theoretischen Teil der Arbeit wurde eine für diese Arbeit nutzbringende Definition von Solidarität entwickelt, welche Solidarität als eine Hilfshandlung konzipiert, die Menschen innerhalb einer Gemeinschaft ausüben. Eine Gemeinschaft konstruiert Kriterien der Zusammengehörigkeit, durch die eine Abgrenzung nach außen erfolgen kann. Durch Solidarität sollen temporäre Ressourcenungleichheiten innerhalb einer Gemeinschaft ausgeglichen werden. Dies geht einher mit einer Reziprozitätserwartung. Diese Definition unterscheidet sich von den vielfältigen anderen Definitionen der Soziologie, Politikwissenschaft und Ökonomie vor allem in ihrer Klarheit und Abgrenzung von anderen Formen der sozialen Kooperation und der menschlichen Zuneigung. Sie ermöglicht es beispielsweise, eindeutig zwischen wohltätigem und solidarischem Handeln oder zwischen Gefühlen der Sympathie und solidarischen Einstellungen zu unterscheiden. Der spezifische Gemeinschaftsbezug macht Solidarität zu dem, was sie ist: ein Instrument, das dem Erhalt einer bestehenden Gemeinschaft dient. Solidarisches Handeln erfolgt daher sowohl aus eigen- als auch aus gemeinnützigem Interesse. Wer solidarisch handelt, will eine Gemeinschaft erhalten, weil er selbst vom Leben in der Gemeinschaft profitiert. Im Rahmen dieser Arbeit ist das Konzept der Disposition zu solidarischem Verhalten besonders relevant. Diese Disposition drückt aus, ob eine Person bereit ist, solidarisch gegenüber anderen Menschen zu handeln. Sie umfasst spezifische Bedingungen: eine allgemeine Hilfsbereitschaft, eine Präferenz für den Ausgleich von Ressourcen, ein Bewusstsein über die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und die Erwartung der Gegenseitigkeit der Beziehungen innerhalb dieser Gemeinschaft. Diese bestimmen zusammengenommen die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person sich solidarisch gegenüber anderen verhält. Die durch das Konzept der Verhaltensdisposition vorgenommene Verknüpfung von Handlungen und Einstellungen stellt vor allem für die empirische Analyse einen enormen Vorteil dar, den viele andere Ansätze zu Solidarität nicht bieten.

Die Übertragung des Konzepts der Solidarität auf den transnationalen Raum der EU erfolgte unter der Annahme, dass die EU als eine Gemeinschaft begriffen werden kann, die einen Bezugsrahmen für die EU-Bürger darstellt. Diese Annahme ist in der Literatur nicht unumstritten. Wie in Kapitel 2.1.4

beschrieben, gibt es aber plausible Gründe für die Annahme der Existenz einer transnationalen Gemeinschaft Europas.

Um die Bedeutung transnationaler Solidarität für die Stabilität der EU zu konzipieren, eignet sich die Theorie des politischen Systems von David Easton. Der Gemeinschaftsbezug der transnationalen europäischen Solidarität unter Berücksichtigung von Eastons Theorie muss als ein politischer verstanden werden: Die Zusammengehörigkeit der Gemeinschaft der Europäer basiert demnach auf dem Bewusstsein über den gemeinsamen Status als EU-Bürger. Dieser ist Ausdruck einer politischen Arbeitsteilung und impliziert eine eindeutige Definition davon, welche Individuen von der allgemeinverbindlichen Entscheidungsfindung betroffen sein sollen und welche nicht. Die politische Gemeinschaftskonstruktion impliziert nur die Bereitschaft und den Willen, das politische Handeln aufeinander zu beziehen, nicht aber eine gemeinsame Geschichte, Kultur oder umfassende gemeinsame Werte. Sie hat im Vergleich zu anderen Konstruktionen eine schwache Bindungswirkung auf ihre Mitglieder, kann aber im Hinblick auf die gemeinsamen politischen Interessen durchaus eine stabile Gemeinschaft konstituieren. Außerdem geht nach Eastons Theorie mit der Unterstützung einer politischen Gemeinschaft, so wie sie hier konzipiert wurde, auch eine Bereitschaft einher, knappe Ressourcen miteinander zu teilen.

Den theoretischen Überlegungen zufolge müsste die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten in einem positiven Zusammenhang zu der Unterstützung der europäischen Gemeinschaft stehen. Dies würde bedeuten, dass EU-Bürger, die solidarisch gegenüber anderen EU-Bürgern sind, politische Maßnahmen befürworten, die erstens auf das gemeinsame politische Schicksal ausgerichtet sind und die zweitens Umverteilungsmaßnahmen innerhalb der europäischen Gemeinschaft beinhalten.

Aus diesen theoretischen Überlegungen können zwei Hypothesen abgeleitet werden:

Hypothese 1: Die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten bei EU-Bürgern steht in einem positiven Zusammenhang zu der Unterstützung der EU als politische Schicksalsgemeinschaft.

Hypothese 2: Die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten bei EU-Bürgern steht in einem positiven Zusammenhang zu ihrer Unterstützung der EU als Ressourcengemeinschaft.

Diese Hypothesen nehmen durch ihre Formulierung zwar keine eindeutige Kausalrichtung zwischen der Solidar disposition und der Unterstützung einer Gemeinschaft an. Letztendlich stellt die Disposition zu solidarischem Verhalten eine spezifische Dimension der Unterstützung einer Gemeinschaft dar. Interessant ist aber vor allem, wie sich solidarische Einstellungen auf andere Dimensionen der Unterstützung einer Gemeinschaft auswirken – nämlich auf Einstellungen gegenüber Maßnahmen der politischen Vergemeinschaftung, welche der Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft Ausdruck verleihen, und Einstellungen gegenüber Maßnahmen der finanziellen Vergemeinschaftung, welche der Gemeinschaft als Ressourcengemeinschaft Ausdruck verleihen. Daher wurden die Hypothesen für den empirischen Teil der Arbeit mit eindeutiger Kausalrichtung umformuliert und geprüft.

4.2 Empirische Ergebnisse

Es zeigt sich zunächst, dass die *allgemeine* Disposition zu solidarischem Handeln – ohne den Bezug auf die europäische Gemeinschaft – bei EU-Bürgern offenbar recht stark ausgeprägt ist. Die EU-Bürger haben insgesamt eine relativ hohe Hilfsbereitschaft, haben eine recht deutliche Präferenz für den Ressourcenausgleich zwischen Bedürftigen und Nicht-Bedürftigen und befürworten Maßnahmen, die Ausdruck eines reziproken Gemeinschaftsverständnisses sind. Allerdings zeigt die Auswertung der Variablen zur europäischen Identität und zur Transnationalität, dass viele EU-Bürger offenbar kein so starkes Konstrukt der europäischen Gemeinschaft in ihr individuelles Bewusstsein übernommen haben, als dass eine europäische Solidargemeinschaft für sie gerechtfertigt wäre. Insgesamt kann also nicht von einer weit verbreiteten *transnationalen europäischen* Solidarbereitschaft ausgegangen werden. Diese Erkenntnis wird durch die Ergebnisse der Faktorenanalyse bestätigt, welche zeigt, dass das Antwortverhalten zu solidarischem Handeln mit dem Antwortverhalten in Bezug auf die Indikatoren für eine europäische Identität und Transnationalität keine starken Korrelationen aufweist. Menschen mit einer ausgeprägten Solidaritätsdisposition in Europa fühlen sich also offenbar nicht besonders häufig als EU-Bürger und handeln in ihrem Alltag nicht besonders transnational. Umgekehrt weisen Menschen, die sich als Europäer identifizieren und für die transnationale Interaktionen Teil des Alltags sind, nicht unbedingt auch hohe Werte bei der Disposition zu solidarischem Handeln auf.

Die Auswertung der Unterstützung der europäischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft zeigt prinzipiell ein optimistisches Bild. Große Teile der EU-Bevölkerung befürworten eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten, um mit den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise umgehen zu können. Die Vergemeinschaftung verschiedener Politikfelder wie der Außenpolitik wird von deutlichen Mehrheiten unterstützt. Auch die Wirtschafts- und Währungsunion wird von der Mehrheit der EU-Bürger befürwortet. Selbst umfassende finanzpolitische Maßnahmen wie die Einführung eines EU-Finanzministeramts, einer Bankenunion oder einer gemeinsamen europäischen Schuldenaufnahme, welche bislang nur teilweise umgesetzt wurden, wird von deutlich mehr Europäern befürwortet als abgelehnt. Allerdings deutet die Auswertung einer Frage darauf hin, dass die politische Gemeinschaft der EU in ihrer derzeitigen Zusammensetzung nicht durchweg unterstützt wird: Knapp ein Drittel der Befragten geben an, dass sie für ihr eigenes Land eine bessere Zukunft außerhalb der EU sehen. Dies weist auf separatistische Tendenzen unter den EU-Bürgern hin und impliziert gewissermaßen auch, dass an dieser Stelle keine Bereitschaft da ist, etwas für die europäische Gemeinschaft zu investieren. Hier schwingt die Überzeugung mit, dass es dem eigenen Land besser ginge, wenn es andere Länder nicht unterstützen müsste – eine implizite Absage gegen eine europäische Solidargemeinschaft.

Die Prüfung der zwölf Unterhypothesen zum Zusammenhang zwischen der Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten und der Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU als politische Schicksalsgemeinschaft sowie als Ressourcengemeinschaft zeigt ein relativ deutliches Ergebnis. Die wichtigsten Einflussfaktoren für eine unterstützende Haltung gegenüber der europäischen Gemeinschaft sind die beiden Variablen der europäischen Identität: Für alle zwölf Unterhypothesen kann ein deutlich positiver Zusammenhang festgestellt werden. Für fast alle Unterhypothesen konnte auch der positive Einfluss der Transnationalität auf die Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU bestätigt werden. Die Identifikation mit der europäischen Gemeinschaft und das transnationale Interagieren im Alltag haben also einen ganz wesentlichen Einfluss darauf, ob jemand politische Maßnahmen der Vergemeinschaftung unterstützt oder nicht.

Ein ebenso wichtiger Einflussfaktor ist die Reziprozitätserwartung der EU-Bürger: Verstehen sie die EU als eine Gemeinschaft, in der gemeinschaftsschädigende Regelverstöße bestraft werden sollen, so begreifen sie die EU auch eher als politische Schicksalsgemeinschaft und unterstützen Maßnahmen der politischen und finanziellen Vergemeinschaftung. Auch die allgemeine Hilfsbereitschaft zeigt weitgehend den erwarteten Effekt. Vor allem die Wichtigkeit, die EU-Bürger der Unterstützung armer Menschen beimessen, hat einen signifikanten positiven Einfluss darauf, ob sie die europäische Gemeinschaft als politische Schicksals- und Ressourcengemeinschaft unterstützen.

Auffällig ist, dass die Gleichheitspräferenz auf fast keine Variable, anhand derer die Befürwortung von Maßnahmen der Vergemeinschaftung gemessen wurde, einen signifikanten Einfluss ausübt. Lediglich auf die Befürwortung von Eurobonds hat es einen signifikanten Einfluss, ob die EU-Bürger Gleichheit als einen für sie wichtigen Effekt bezeichnen oder nicht. Die Verbesserung der Lebensbedingungen aller EU-Bürger als das Hauptziel des Aufbaus der EU anzusehen, hat nur auf die Ansicht, dass das eigene Land besser außerhalb der EU aufgehoben wäre, den erwarteten negativen Effekt. Auf die Befürwortung der Wirtschafts- und Währungsunion hat diese Aussage den erwarteten positiven Effekt. Auf alle anderen Dimensionen der Unterstützung der europäischen Gemeinschaft wirkt sich die Existenz einer Gleichheitspräferenz bei den EU-Bürgern offenbar nicht aus. Die Konstruktion der Fragen im Fragebogen, auf denen die Indikatoren für die Gleichheitspräferenz basieren, wurde als ein möglicher Grund für die fehlende Signifikanz ihres Einflusses aufgeführt.

Prinzipiell kann die Hypothese, dass sich die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten auf die Befürwortung vergemeinschaftender Maßnahmen, welche Ausdruck der Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU sind, positiv auswirkt, aber bestätigt werden – mit dem Vorbehalt, dass eine Präferenz für den Ausgleich von Ressourcen zwischen Gemeinschaftsmitgliedern von diesem positiven Effekt ausgeklammert ist. Zwischen der transnationalen Solidarbereitschaft der EU-Bürger und ihrer Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU besteht also ein enger positiver Zusammenhang.

4.3 Bedeutung der Ergebnisse für die Stabilität der EU

Aufbauend auf den Ergebnissen der Analyse gilt es nun, zu beurteilen, welche Bedeutung die transnationale Solidarität der EU-Bürger für die Stabilität der EU hat. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass sie zwar prinzipiell bereit sind, Solidarität auszuüben. Sie haben die EU aber offenbar nicht ausreichend als Bezugsgemeinschaft verinnerlicht. Diese Bereitschaft wird also nicht stark genug gegenüber anderen Europäern, mit denen sie vor allem der Status als Unionsbürger verbindet, wirksam. Die transnationale europäische Solidarbereitschaft hat aber einen signifikanten Einfluss auf die Unterstützung von Maßnahmen der politischen und finanziellen Vergemeinschaftung. Insofern strapazieren die umfassenden Umverteilungsmaßnahmen im Rahmen der Euro-Krise die eher geringe transnationale europäische Solidaritätsbereitschaft der Europäer.

Mit Easton gesprochen sind die Regierungen der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Umverteilungsmaßnahmen, beispielsweise beim Europäischen Stabilitätsmechanismus, zwar von einer politischen Gemeinschaft ausgegangen, die von den EU-Bürgern in hohem Maße unterstützt wird, und zwar explizit als eine politische Gemeinschaft, in der knappe Werte umverteilt werden können. Diese politisch konstruierte Solidargemeinschaft wird von den EU-Bürgern aber gar nicht so stark unterstützt wie von den politischen Autoritäten Europas angenommen. Die europäischen politischen Autoritäten haben also gewissermaßen auf der Basis einer fiktiven politischen Gemeinschaft entschieden.

Eine derartige Spannungssituation kann systemtheoretisch gesehen unterschiedliche Ursprünge haben. So kann es beispielsweise Lücken oder Fehler in der Feedback-Schleife zwischen dem politischen System und seiner Umwelt geben, die dazu führen, dass die politischen Autoritäten den Gemeinschaftssinn der Systemmitglieder robuster einschätzen als er tatsächlich ist. In Anbetracht der Tatsache, dass das Eurobarometer, auf dessen Daten die Erkenntnisse der Arbeit beruhen, ein Instrument der Europäischen Kommission ist, und damit systemtheoretisch gesehen ein Instrument der Informationsbeschaffung für die politischen Autoritäten über die Präferenzen der Systemmitglieder darstellt, stehen den politischen Autoritäten die relevanten Informationen prinzipiell zur Verfügung.¹⁷¹

Ursächlich kann aber auch eine mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit der Autoritäten sein, sich an den Vorstellungen der übrigen Systemmitglieder zu orientieren. An diesem Punkt können ohne weitere Analysen, beispielsweise zu den politischen Entscheidungsprozessen in Bezug auf die bilateralen Kredite für Griechenland, nur Spekulationen formuliert werden. Die Ergründung der Ursachen dieser Spannungssituation kann an dieser Stelle nicht ausgeführt werden und stellt insofern ein Desideratum der zukünftigen Forschung dar.

Wenn sich die Unionsbürger weiterhin nicht in dem Umfang als politische Gemeinschaft im Eastonschen Sinne verstehen, wie es die politischen Autoritäten erwarten, kann ihre Unterstützung eine

¹⁷¹ Dieses Argument vertritt auch Markus Pausch (2009) in seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Eurobarometer.

kritische Marke unterschreiten, die sich auf die Stabilität des politischen Systems auswirken kann. Sie kann zum Beispiel bewirken, dass sich Teile der politischen Gemeinschaft abspalten werden, also aus dem Kreise der von der europäischen Gesetzgebung betroffenen Mitglieder auszusteigen. Vor dem Hintergrund aktueller Austrittsbestrebungen Großbritanniens aus der EU, welche durch ein Referendum wirksam gemacht werden sollen, stellt sich diese Möglichkeit als durchaus real dar.

Weil sich dadurch die Basis des politischen Systems – die politische Gemeinschaft – grundlegend verändern würde, wäre hier von einer relevanten Systemveränderung zu sprechen. Sollte dies sogar dazu führen, dass die wesentliche Funktion des politischen Systems, politische Entscheidungen zu treffen, gefährdet ist, beispielsweise weil mit dem Ausscheiden systemrelevanter Teilgruppen der Gemeinschaft auch ein systemrelevanter Umfang an zu verteilenden Ressourcen wegbricht, kann von einem Systemzusammenbruch gesprochen werden. Allerdings ist an dieser Stelle relevant, ob die mangelnden Unterstützungseinstellungen sich tatsächlich auch in den Handlungen der EU-Bürger widerspiegeln werden, also beispielsweise in einer zunehmenden Unterstützung anti-europäischer Parteien. Wenn dieser Effekt nicht eintritt, und dazu können auf der Basis dieser Arbeit nur Spekulationen angeführt werden, wird die mangelnde Unterstützung der politischen Gemeinschaft nach Easton nicht zwangsläufig zu einem Systemzusammenbruch führen.

Vorausgesetzt, dass korrekte Informationen über die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der EU-Bürger mit den Umverteilungsmaßnahmen an die Autoritäten gelangen, sind für das politische System zwei Maßnahmen denkbar, um dieses Szenario zu verhindern. Erstens kann der Umfang der Umverteilung auf ein Maß gesenkt werden, das von den Systemmitgliedern gerade noch unterstützt wird. Diese Maßnahme ist eher an der Unterstützung der Autoritäten und ihren konkreten Entscheidungen orientiert und reagiert auf die nur schwach ausgeprägte Disposition der EU-Bürger zu transnationalem europäischen Solidarverhalten. Sie zielt auf den Zuwachs spezifischer Unterstützung und ist daher auch kurzfristig umsetzbar. Zweitens können Maßnahmen ergriffen werden, die eine Stärkung der europäischen Solidarität und hier vor allem der europäischen Identität und der Transnationalität bewirken, so dass die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten dem Umfang der Umverteilungen entspricht. Eine Möglichkeit besteht darin, den EU-Bürgern zu verdeutlichen, dass es aufgrund des gemeinsamen politischen Schicksals unverzichtbare Vorteile mit sich bringt, die politische Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Situation aufrecht zu erhalten. Wenn die Autoritäten den EU-Bürgern dann glaubhaft vermitteln können, dass die Allokation der Ressourcen fair ist – hier wäre zum Beispiel auf eine erfüllbare Reziprozitätsannahme zu verweisen – können sie ihr Handeln legitimieren. Diese Maßnahmen beziehen sich auf eine diffuse Form der Unterstützung und dürften daher nur langfristig umsetzbar sein, was in Anbetracht der aktuellen politischen Situation sicherlich kein leichtes Unterfangen wäre. Außerdem ist es, wie in Kapitel 2.1 dargestellt, in der Literatur umstritten, ob eine kollektive Identität oder Solidarität politisch erzeugt werden können.

Gelingt es den politischen Autoritäten, das Maß der Umverteilungen mit der Unterstützung der politischen Gemeinschaft durch die EU-Bürger in Einklang zu bringen – ob auf die eine oder andere Art – kann dies zur Begründung einer neu definierten europäischen Gemeinschaft führen, die je nachdem eine starke oder schwache Solidargemeinschaft darstellen wird. Gelingt es ihnen nicht, ist davon auszugehen, dass sich Teile der politischen Gemeinschaft abspalten werden. Im Eastonschen Sinne stellt das erste Szenario eine Systemveränderung dar, bei der sich ein wesentliches Unterstützungsobjekt transformiert, das zweite Szenario kommt eher einem Systemzusammenbruch gleich, weil es ein wesentliches Unterstützungsobjekt – die politische Gemeinschaft – in der Form dann nicht mehr geben wird. Deutlich geworden ist, dass eine Nicht-Reaktion der politischen Autoritäten Europas auf die Spannungssituation, die sich durch die eher schwach ausgeprägte transnationale Solidaritätsbereitschaft der EU-Bürger ergibt, im Grunde keine Option ist, sofern die politischen Autoritäten an einem Erhalt des politischen Systems der EU interessiert sind.

Aktuelle Ereignisse stützen die Ergebnisse dieser Studie. Konkrete Anzeichen für eine schwindende Unterstützung sind die deutlichen Wahlgewinne anti-europäischer Parteien wie des Front National in Frankreich oder der Alternative für Deutschland, die Abspaltungstendenzen einzelner Mitgliedstaaten wie Großbritannien oder die Abkehr einiger osteuropäischer Mitgliedstaaten von einer kooperativen Flüchtlingspolitik. Aus der Sicht der politischen Autoritäten des politischen Systems der EU ist es also höchste Zeit, an der Unterstützung der politischen Gemeinschaft zu arbeiten.

Diese in Bezug auf die Stabilität der EU pessimistische Perspektive wurde in Anlehnung an den systemtheoretischen Ansatz von David Easton formuliert. Vor dem Hintergrund der in Kapitel 2.2 bereits beschriebenen Kritikpunkte an der Eastonschen Systemtheorie gilt es, dieses abschließende Ergebnis noch einmal kritisch zu reflektieren.

Easton ist von einigen Autoren seiner Zeit vorgeworfen worden, er habe eine herrschaftsunkritische Theorie entwickelt, die den Erhalt des politischen Systems zu stark in den Vordergrund rücke. Demokratietheoretische Fragen würden dabei nicht ausreichend berücksichtigt. Tatsächlich ist auch in der vorliegenden Arbeit deutlich geworden, dass die Eastonsche Perspektive eher an der Regierbarkeit eines politischen Systems orientiert ist, als an der Legitimität konkreter politischer Strukturen. Es wurde formuliert, dass eine Reaktion auf die mangelnde Disposition der EU-Bürger zu transnationalem Solidarverhalten im Interesse der politischen Autoritäten liege. Die Prognose, dass es zu einer deutlichen Veränderung oder sogar einem Zusammenbruch des politischen Systems der EU kommen könne, erscheint vor diesem Hintergrund vor allem für politische Autoritäten problematisch. Nicht berücksichtigt wurde bei der Formulierung dieser Prognose allerdings, welche Bedeutung mögliche Systemveränderungen für die EU-Bürger hätten. Nichtsdestotrotz bietet die Erkenntnis, dass zwischen den Einstellungen der Bürger und den Handlungen der politischen Eliten der EU ein Spannungsverhältnis besteht, auch Ansatzpunkte für eine demokratietheoretische Einordnung der Ergebnisse. Eine normative Bewertung der möglichen Veränderungen der EU, die auch mit einer Rückfüh-

208

rung der Vergemeinschaftung einhergehen könnten, ist mithilfe der empirisch-analytisch orientierten Theorie von Easton allerdings nicht möglich.

Kritisch wird auch der hohe Abstraktionsgrad der Theorie gesehen, durch den eine Überprüfung der darin enthaltenen Annahmen erschwert wird. Mit der vorliegenden Arbeit wurde der Versuch unternommen, einen Aspekt der Theorie – die Unterstützung der politischen Gemeinschaft – aufzugreifen und ihn so zu konkretisieren, dass eine empirische Überprüfung möglich ist. Weil dieser Aspekt im Vergleich zu der Unterstützung der Systemobjekte der politischen Autoritäten und des politischen Regimes von Easton in seinen späteren Werken kaum noch aufgegriffen wurde, war eine Konkretisierung und Anpassung der theoretischen Annahmen an das Forschungsinteresse notwendig, stellte aber auch eine besondere Herausforderung dar. So war es mithilfe von Eastons Theorie nicht möglich, den systemkritischen Umfang der Disposition zu transnationaler Solidarität zu bestimmen. Ob das Niveau der Disposition zu transnationaler europäischer Solidarität, welches auf der Basis der Befragungsdaten festgestellt wurde, tatsächlich bereits eine für das Gesamtsystem kritische Marke unterschritten hat, kann mit den vorliegenden Ergebnissen nicht abschließend beurteilt werden. Dennoch bieten die Ergebnisse der Arbeit erste Ansatzpunkte, um eine Prognose für die Zukunft des politischen Systems der EU zu formulieren, so wie es oben erfolgt ist.

Abschließend soll an dieser Stelle auch die methodische Vorgehensweise der vorliegenden Arbeit noch einmal reflektiert werden. Die empirisch orientierte Definition transnationaler Solidarität, die im theoretischen Teil der Arbeit formuliert wurde, hat die Operationalisierung des Begriffs im Verhältnis zu bisherigen Konzepten deutlich erleichtert. Dass sich transnationale europäische Solidarität nicht nur in Handlungen, sondern auch in Einstellungen, welche als Solidaritätsbereitschaft bzw. Disposition zu solidarischem Handeln interpretiert werden können, zeigen kann, ermöglichte es, mit quantitativen Umfragedaten zu arbeiten. Die für diese Arbeit verwendeten Indikatorvariablen weisen aber einige Schwächen auf, die vor allem darauf zurückzuführen sind, dass sie nicht in einem gemeinsamen Kontext abgefragt wurden, sondern unterschiedlichen Itembatterien entstammen. Die Entwicklung von zusammenhängenden Frageblöcken, die die Disposition zu transnationalem europäischen Solidarverhalten abfragen, stellt eine wichtige Aufgabe der Solidaritätsforschung dar.

In Bezug auf die verwendeten Daten ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass das Instrument des Eurobarometers nicht unumstritten ist. Vor dem Hintergrund mangelnder Möglichkeiten der Partizipation der Bürger im politischen System der EU, kommt dem Eurobarometer prinzipiell eine wichtige Rolle bei der Legitimation supranationaler und intergouvernementaler Politik zu (Pausch 2009: 539–540). Mehrere Autoren betonen allerdings, dass die Rolle der Europäischen Kommission als Auftraggeberin des Eurobarometers kritisch zu betrachten ist. So schreiben Martin Höpner und Bojan Jurczyk:

„Wir wollen nicht bestreiten, dass die Daten des Eurobarometers von der Integrationsforschung sinnvoll genutzt werden können. Gleichwohl besteht ein erhebliches Problem, das stets genau

dann an Brisanz gewinnt, wenn es um das eigentliche Kernanliegen des Eurobarometers geht: um Erkenntnisse über die Integrationspräferenzen der Bürgerinnen und Bürger. Zur Klärung dieser Fragestellung ist die Auftraggeberin der Eurobarometer-Umfragen denkbar schlecht geeignet. Denn hierbei handelt es sich um die Kommission, deren Politik selbst Gegenstand der Befragungen ist. Sie steht den Haltungen zur europäischen Integration nicht neutral gegenüber. Vielmehr sind bestimmte Ergebnisse zur legitimatorischen Unterfütterung ihrer Politik geeigneter als andere. Sie ist daran interessiert, den Integrationswillen der Bürgerinnen und Bürger so ausgeprägt wie nur möglich darstellen zu können. Die Kommission sieht sich folglich mit dem Anreiz konfrontiert, die Grenze zwischen wissenschaftlich redlicher Befragung und manipulativer Propaganda zu verwischen.“ (Höpner und Jurczyk 2012: 327)

Den Autoren zufolge beeinflusst das Interesse der Kommission an einer pro-europäischen öffentlichen Meinung in der EU die Formulierungen der Fragen und der Antwortkategorien, vor allem aber auch die öffentliche Darstellung und Interpretation der Ergebnisse. Für die vorliegende Arbeit ist insbesondere die Kritik an der Manipulation der Frage- und Antwortformulierungen relevant, die auch für den verwendeten Datensatz des Eurobarometers 79.3 nicht von der Hand zu weisen ist. Es fällt beispielsweise auf, dass die meisten Antwortskalen im Fragebogen mit den positiven und damit pro-europäischen Items beginnen. Auch bei Auflistungen, die sowohl pro- als auch anti-europäische Punkte umfassen, stehen die positiven Aspekte an erster Stelle und überwiegen im Vergleich zu den negativen Aspekten. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Vorgehensweise das Antwortverhalten der Befragten beeinflusst und verhindert, dass die tatsächliche Breite der Einstellungen der Europäer abgefragt wird.

Unabhängig von der Kritik am Eurobarometer stellt ein deutlicher Ausbau der empirischen Forschung zu Solidarität im Allgemeinen und zu transnationaler europäischer Solidarität im Speziellen ein Desideratum der Politikwissenschaft dar. Das von Durkheim angeführte Problem, dass Solidarität als „moralisches Phänomen“ (Durkheim 1977: 111) nur schwer messbar sei, konnte mit der empirisch orientierten Definition von Solidarität, die in dieser Arbeit formuliert wurde, zwar gelöst werden. Allerdings stellt der Rückgriff auf Umfragedaten nur eine Möglichkeit unter vielen dar. Eine Erweiterung der Solidaritätsforschung um qualitative Forschungsmethoden ist insbesondere aufgrund der komplexen Motivationsstrukturen, die solidarischem Handeln zugrunde liegen, erforderlich.

Mit Blick auf die schwierigen Zeiten, die der EU bevorstehen, ist es Aufgabe der Politikwissenschaft, ihr theoretisches und empirisches Wissen über die Grundlagen der Unterstützung der europäischen Gemeinschaft auszubauen und sich verstärkt den Einstellungen der EU-Bürger im Rahmen der Ereignisse der Euro-Krise zu widmen.

Literaturverzeichnis

- Arzheimer, Kai (2009): Mehr Nutzen als Schaden? Wirkung von Gewichtungungsverfahren. In: Harald Schoen, Hans Rattinger und Oscar W. Gabriel (Hg.): Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 361–388.
- Aschauer, Wolfgang (2016): Solidarität als schwindende Ressource der Sozialintegration? Eine Annäherung an Entkoppelungstendenzen der EU-BürgerInnen. In: Wolfgang Aschauer, Elisabeth Donat und Julia Hofmann (Hg.): Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer VS, S. 73–98.
- Aschauer, Wolfgang; Donat, Elisabeth; Hofmann, Julia (Hg.) (2016): Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer VS.
- Aschauer, Wolfgang; Hofmann, Julia (2016): Gefährdungen der europäischen und innerstaatlichen Solidarität: Zur Ausrichtung des Sammelbandes. In: Wolfgang Aschauer, Elisabeth Donat und Julia Hofmann (Hg.): Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–17.
- Bach, Maurizio (2008): Europa Ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der Europäischen Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bach, Maurizio (2013): Die EU und die Integrationskraft von Institutionen. In: Stefan Köppl (Hg.): Was hält Gesellschaften zusammen? Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden: Springer VS, S. 95–108.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf (2011a): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Dreizehnte, überarbeitete Auflage. Berlin [u.a.]: Springer.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Weiber, Rolf (2011b): Fortgeschrittene Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin [u.a.]: Springer.
- Barbalet, Jack (2006): Solidarity. In: Bryan S. Turner (Hg.): The Cambridge Dictionary of Sociology. Cambridge: Cambridge University Press, S. 602–603.
- Baum, R.C (1975): The system of solidarities. A working paper in general action analysis. In: *Indian Journal of Social Research* 16 (1-2), S. 306–353.
- Baumann, Michael (1999): Durkheims individualistische Theorie der sozialen Arbeitsteilung. In: Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski (Hg.): Soziale Integration. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 85–114.
- Bayertz, Kurt (1998a): Begriff und Problem der Solidarität. In: Kurt Bayertz (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 11–53.
- Bayertz, Kurt (Hg.) (1998b): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bayertz, Kurt; Boshammer, Susanne (2008): Solidarität. In: Stefan Gosepath, Wilfried Hinsch und Beate Rössler (Hg.): Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie. Berlin: de Gruyter, S. 1197–1201.

- Bechtel, Michael M.; Hainmueller, Jens; Margalit, Yotam M. (2012): Studying Public Opinion on Multidimensional Policies: The Case of the Eurozone Bailouts (MIT Political Science Department Research Paper, 2012-27).
- Bechtel, Michael M.; Hainmueller, Jens; Margalit, Yotam M. (2013): Preferences for International Redistribution: The Divide Over the Eurozone Bailouts (MIT Political Science Department Research Paper, 2012-5).
- Beck, Reinhart (1986): Solidarität. In: Reinhart Beck (Hg.): Sachwörterbuch der Politik. 2., erweiterte Auflage. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S. 855–856.
- Beckert, Jens; Eckert, Julia; Kohli, Martin; Streeck, Wolfgang (2004a): Einleitung. In: Jens Beckert, Julia Eckert, Martin Kohli und Wolfgang Streeck (Hg.): Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 9–14.
- Beckert, Jens; Eckert, Julia; Kohli, Martin; Streeck, Wolfgang (Hg.) (2004b): Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.
- Behnke, Joachim; Baur, Nina; Behnke, Nathalie (2006): Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Behnke, Nathalie (2013): Was sind Grundsätze für ein gutes Finanzausgleichssystem? In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23 (1), S. 105–115.
- Bieling, Hans-Jürgen (2008): (Ent-)Demokratisierungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem. In: André Brodocz, Marcus Llanque und Gary S. Schaal (Hg.): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 119–135.
- BILD.de (2011): Wird Deutschland jetzt Zahlmeister Europas? Laut „Welt am Sonntag“ schließt die Regierung gemeinsame Anleihen nicht mehr aus. Die Rettungspakete haben ihre Grenzen erreicht. Online verfügbar unter <http://www.bild.de/geld/wirtschaft/euro-bonds/euro-bonds-deutschland-bald-zahlmeister-europas-19390060.bild.html>, zuletzt geprüft am 16.02.2016.
- Billmann, Lucie; Held, Josef (Hg.) (2013): Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis. Wiesbaden: Springer VS.
- Birke, Peter (2013): Unerwartete Proteste und ihr etwas weniger überraschendes Ausbleiben – ein Beitrag zur Diskussion über die bundesdeutschen Protestbewegungen in der Krise. In: Lucie Billmann und Josef Held (Hg.): Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis. Wiesbaden: Springer VS, S. 355–372.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2009): Die Bedingungen europäischer Solidarität. In: Matthias Theodor Vogt, Jan Sokol, Beata Pollack Detlef Ociepka und Beata Mikolajczyk (Hg.): Bedingungen europäischer Solidarität. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 17–30.
- Böhlke, Effi (2010): Solidarität. Eine ideengeschichtliche Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online verfügbar unter <http://ifg.rosalux.de/files/2010/04/Solidarität.-Studie.pdf>, zuletzt geprüft am 02.03.2015.
- Börner, Stefanie (2014): Die Konstruktion transnationaler Solidarität durch EU-Sozialpolitik. In: Michèle Knodt und Anne Tews (Hg.): Solidarität in der EU. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 63–81.

- Börner, Stefanie (2015): From National to European Solidarity? The Negotiation of Redistributive Spaces. In: Stefanie Börner und Monika Eigmüller (Hg.): *European Integration, Process of Change and the National Experience*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 166–188.
- Bortz, Jürgen; Schuster, Christof (2010): *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. 7., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin [u.a.]: Springer.
- Brücker, Herbert; Hauptmann, Andreas; Vallizadeh, Ehsan (2013): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien. Arbeitsmigration oder Armutsmigration? IAB-Kurzbericht 16/2013. Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Brunkhorst, Hauke (1996): Demokratie als Solidarität unter Fremden. Universalismus, Kommunitarismus, Liberalismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46 (36), S. 21–28.
- Brunkhorst, Hauke (1997): *Solidarität unter Fremden*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Brunkhorst, Hauke (2002): *Solidarität: von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bundesministerium der Finanzen (2012): Fiskalvertrag. Online verfügbar unter http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/Neue_haushaltspolitische_Ueberwachung/Fiskalvertrag/fiskalvertrag.html, zuletzt geprüft am 29.02.2016.
- Bundesministerium der Finanzen (2015): Stabilitätsmechanismen. Online verfügbar unter http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/Stabilitaetsmechanismen/stabilitaetsmechanismen.html, zuletzt geprüft am 29.02.2016.
- Calliess, Christian (Hg.) (2013): *Europäische Solidarität und nationale Identität. Überlegungen im Kontext der Krise im Euroraum*. Tübingen: Mohr Siebeck (Studien zum europäischen und deutschen Öffentlichen Recht, 6).
- Cerutti, Furio (2008): Why political identity and legitimacy matter in the European Union. In: Furio Cerutti und Sonia Lucarelli (Hg.): *The Search for a European Identity. Values, policies and legitimacy of the European Union*. London, New York: Routledge, S. 3–22.
- Coates, Rodney (2011): Solidarity. In: George Ritzer und J. Michael Ryan (Hg.): *The Concise Encyclopedia of Sociology*. Malden, Mass.: Wiley-Blackwell, S. 602–603.
- Coicaud, Jean-Marc (2011): Solidarity. In: Bertrand Badie, Dirk Bergschlosser und Leonardo Morlino (Hg.): *International Encyclopedia of Political Science*. Los Angeles: Sage Publications, S. 2464–2469.
- Czerwick, Edwin (2011): *Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik*. München: Oldenbourg Verlag.
- Daniele, Gianmarco; Geys, Benny (2012): Public Support for Institutionalised Solidarity: Europeans' Reaction to the Establishment of Eurobonds (WZB Discussion Paper SP II 2012-12).
- Dehling, Jochen; Schubert, Klaus (2011): *Ökonomische Theorien der Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Delhey, Jan (2004a): Nationales und transnationales Vertrauen in der Europäischen Union. In: *Leviathan* 32 (1), S. 15–45.

- Delhey, Jan (2004b): Transnationales Vertrauen in der erweiterten EU. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (38), S. 6–13.
- Delhey, Jan (2012): Trust in co-Europeans and support for European unification. In: Ireneusz Pawel Karolewski und Viktoria Kaina (Hg.): *Civic resources and the future of the European Union*. London, New York: Routledge, S. 59–79.
- Diaz-Bone, Rainer (2006): *Statistik für Soziologen*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Donat, Elisabeth (2016): Solidarität - eine einfache Gleichung? Gerechtigkeitsvorstellungen von ÖsterreicherInnen in Zeiten einer europäischen Krise. In: Wolfgang Aschauer, Elisabeth Donat und Julia Hofmann (Hg.): *Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde*. Wiesbaden: Springer VS, S. 101–122.
- Dribbusch, Heiner (2014): Voraussetzungen internationaler Solidarität: Zur Diskussion um einen europäischen Generalstreik. In: *WSI Mitteilungen* (05/2014), S. 337–344.
- Durkheim, Émile (1977): *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Easton, David (1951): The Decline of Modern Political Theory. In: *Journal of Politics* 13 (1), S. 36–58.
- Easton, David (1953): *The Political System. An Inquiry into the State of Political Science*. New York: Alfred A. Knopf, Inc.
- Easton, David (1957a): An Approach to the Analysis of Political Systems. In: *World Politics* 9 (3), S. 383–400.
- Easton, David (1957b): Traditional and Behavioral Research in American Political Science. In: *Administrative Science Quarterly* 2 (1), S. 110–115.
- Easton, David (1965a): *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.
- Easton, David (1965b): *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- Easton, David (1969): The New Revolution in Political Science. In: *American Political Science Review* 63 (4), S. 1051–1061.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5 (4), S. 435–457.
- Easton, David (1976): Theoretical Approaches to Political Support. In: *Canadian Journal of Political Science* 9 (3), S. 431–448.
- Easton, David (1995): The Political System under Stress. In: Daniel McCool (Hg.): *Public policy theories, models, and concepts: an anthology*. Upper Saddle River N.J.: Prentice Hall, S. 111–125.
- Easton, David (2002): Political Science Today. In: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB), Research Unit "Institutions and Social Change" (Hg.): *Ehrenpromotion David Easton*. Berlin: Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, S. 27–33.
- Easton, David; Dennis, Jack (1969): *Children in the Political System. Origins of Political Legitimacy*. New York: McGraw Hill.

- Eigmüller, Monika; Mau, Steffen (2010): Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Eine Einleitung. In: Monika Eigmüller und Steffen Mau (Hg.): Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–29.
- Europäische Kommission (2014): Einführung in die EU-Kohäsionspolitik 2014-2020. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/basic/basic_2014_de.pdf, zuletzt geprüft am 09.06.2015.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Kommunikation (2013b): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse. Standard-Eurobarometer 79, Frühjahr 2013. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_first_de.pdf.
- Europäische Union (2012): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, S. 1–390. Online verfügbar unter http://europa.eu/eu-law/decision-making/treaties/pdf/consolidated_versions_of_the_treaty_on_european_union_2012/consolidated_versions_of_the_treaty_on_european_union_2012_de.pdf, zuletzt geprüft am 17.07.2015.
- Europäische Union (2014): Das Motto der EU. Online verfügbar unter http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/motto/index_de.htm, zuletzt geprüft am 17.03.2014.
- Falter, Jürgen W. (2002): Contribution to Behavioralism and International Political Science. In: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB), Research Unit "Institutions and Social Change" (Hg.): Ehrenpromotion David Easton. Berlin: Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, S. 9–19.
- Fehr, Ernst; Gächter, Simon (2002): Altruistic punishment in humans. In: *Nature* (415), S. 137–140.
- Ferrera, Maurizio (2009): Solidarity Beyond the Nation-State? Reflections on the European Experience. In: Olaf Cramme und Patrick Diamond (Hg.): Social Justice in the Global Age. Cambridge: Polity Press, S. 177–194.
- Fischbacher, Urs; Gächter, Simon; Fehr, Ernst (2001): Are people conditionally cooperative? Evidence from a public goods experiment. In: *Economic Letters* (71), S. 397–404.
- Follesdal, Andreas; Hix, Simon (2005): Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik. European Governance Papers (EUROGOV) No. C-05-02. Online verfügbar unter http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2454/pdf/egp_connex_C_05_02.pdf, zuletzt geprüft am 09.03.2016.
- Fong, Christina M.; Bowles, Samuel; Gintis, Herbert (2006): Strong reciprocity and the welfare state. In: Serge-Christophe Kolm und Jean Mercier Ythier (Hg.): Handbook of the Economics of Giving, Altruism and Reciprocity. Applications. Volume 2. Amsterdam u.a.: Elsevier, S. 1439–1464.
- Franzen, Wolfgang (2008): Was wissen wir über Steuerhinterziehung? Teil 2: Empirische Forschung - außer Spesen nichts gewesen? In: *Neue Kriminalpolitik* 20 (2), S. 94–101.
- Fromm, Sabine (2012): Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene 2: Multivariate Verfahren für Querschnittsdaten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Fuchs, Dieter (2002a): Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. Discussion Paper FS III 02-204. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Online verfügbar unter http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1960/pdf/iii02_204.pdf, zuletzt geprüft am 09.03.2016.
- Fuchs, Dieter (2002b): The Political Theory of Systems Analysis: David Easton. In: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB), Research Unit "Institutions and Social Change" (Hg.): Ehrenpromotion David Easton. Berlin: Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, S. 35–54.
- Fuchs, Dieter (2009): Die politische Theorie der Systemanalyse: David Easton. In: André Brodocz und Gary S. Schaal (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart I. Eine Einführung. 3., erweiterte und aktualisierte Auflage. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 341–365.
- Fuchs, Dieter (2011): Cultural Diversity, European identity and legitimacy of the EU: A theoretical framework. In: Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Cultural diversity, European identity and the Legitimacy of the EU. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar, S. 27–57.
- Fuchs, Dieter (2013): What kind of community and how much community does the European Union require? In: Richard McMahon (Hg.): Post-identity? Culture and European integration. London, New York: Routledge, S. 87–104.
- Fuchs, Dieter; Klingemann, Hans-Dieter (Hg.) (2011): Cultural diversity, European identity and the Legitimacy of the EU. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar.
- Fuchs, Dieter; Klingemann, Hans-Dieter; Schlenker-Fischer, Andrea (2011): Cultural Diversity, European identity and legitimacy of the EU: Summary and discussion. In: Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Cultural diversity, European identity and the Legitimacy of the EU. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar, S. 247–262.
- Fuchs-Heinritz, Werner; Rammstedt, Otthein (2011): Solidarität. In: Werner Fuchs-Heinritz, Daniela Klimke, Rüdiger Lautmann, Otthein Rammstedt, Urs Stäheli, Christoph Weischer und Hanns Wienold (Hg.): Lexikon zur Soziologie. 5., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 619.
- Fuhse, Jan (2005): Theorien des politischen Systems. David Easton und Niklas Luhmann. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerhards, Jürgen; Lengfeld, Holger (2013): Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger. Wiesbaden: Springer VS.
- Gerhards, Jürgen; Lengfeld, Holger (2014): In welchem Maße ist die Europäische Union eine sozial integrierte Gesellschaft. In: Martin Heidenreich (Hg.): Krise der europäischen Vergesellschaftung. Soziologische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 201–226.
- Gerlach, Frank; Greven, Thomas; Mückenberger, Ulrich; Schmidt, Eberhard (Hg.) (2011): Solidarität über Grenzen. Gewerkschaften vor neuer Standortkonkurrenz. Berlin: Edition Sigma.
- Giesen, Bernhard; Seyfert, Robert (2013): Kollektive Identität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (13-14), S. 39–43.

- Glassmann, Ulrich (2007): Wohlfahrt und Altruismus – Eine Bestandsaufnahme aus der experimentellen Wirtschaftsforschung für die Politikwissenschaft. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17 (3), S. 785–804.
- Gregor, A. James (1968): Political Science and the Uses of Functional Analysis. In: *The American Political Science Review* 62 (2), S. 425–439.
- Greven, Michael Th. (1974): Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse. Kritik der Werte und Erkenntnismöglichkeiten in Gesellschaftsmodellen der kybernetischen Systemtheorie. Darmstadt/Neuwied: Hermann Luchterhand Verlag.
- Groser, Manfred (1995): Solidarität. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politik. Band 1: Politische Theorien. München: Verlag C. H. Beck, S. 562–566.
- Groser, Manfred (2010): Solidarität. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. 4., aktualisierte und erg. Aufl. München: Verlag C.H. Beck, S. 958–961.
- Große Kracht, Hermann-Josef (2015): 'Die bedeutendste Entdeckung unserer Zeit' (Charles Gide). Postliberale Solidaritätsdiskurse im Frankreich des 19. Jahrhunderts. In: Marianne Kneuer und Carlo Masala (Hg.): Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 29–50.
- Gundlach, Gustav (1956): Solidarismus. In: Erwin von Beckerath (Hg.): Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, zugleich Neuauflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften. Stuttgart: Fischer, S. 296–298.
- Habermas, Jürgen (1986): Gerechtigkeit und Solidarität. Eine Stellungnahme zur Diskussion über 'Stufe 6'. In: Wolfgang Edelstein und Gertrud Nunner-Winkler (Hg.): Zur Bestimmung der Moral. Philosophische und sozialwissenschaftliche Beiträge zur Moralforschung. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 291–318.
- Hampe, Peter (2015): Solidarität im deutschen Sozialstaat. Ein Versuch, das Ausmaß an Solidarität im historisch gewachsenen, komplexen System des deutschen Sozialstaats herauszuarbeiten. In: Marianne Kneuer und Carlo Masala (Hg.): Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 83–103.
- Harnisch, Sebastian (2009): Solidarität und Gemeinschaftsbildung: Interdisziplinärer Dialog und Synthese. In: Sebastian Harnisch, Hanns W. Maull und Siegfried Schieder (Hg.): Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung. Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 361–374.
- Harnisch, Sebastian; Maull, Hanns W.; Schieder, Siegfried (Hg.) (2009): Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung. Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.
- Hartfiel, Günter; Hillmann, Karl-Heinz (Hg.) (2007): Wörterbuch der Soziologie. 5., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Hausmanning, Thomas (1998): Solidarität und Kommunitarismus. Online verfügbar unter http://www.kthf.uni-augsburg.de/prof_dozy/sys_theol/hausmanning/online_bib/politische_ethik/solidaritaet_und_kommunitarismus/, zuletzt geprüft am 03.03.2015.

- Hechter, Michael (1987): Principles of group solidarity. Berkeley, California: University of California Press.
- Hechter, Michael (2001): Sociology of Solidarity. In: Neil J. Smelser und Paul B. Baltes (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. Amsterdam u.a.: Elsevier, S. 14588–14591.
- Heidenreich, Martin (Hg.) (2014): Krise der europäischen Vergesellschaftung. Soziologische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS.
- Heinig, Hans Michael (2013): Solidarität im föderalen Verbund. Rückwirkungen auf den Status des Bürgers und seiner Rechte. In: Christian Calliess (Hg.): Europäische Solidarität und nationale Identität. Überlegungen im Kontext der Krise im Euroraum. Tübingen: Mohr Siebeck (Studien zum europäischen und deutschen Öffentlichen Recht, 6), S. 143–157.
- Herrler, Christoph (2015): Solidarität und Klimawandel. Möglichkeiten und Grenzen individueller Solidarität in den Verursacherländern. In: Marianne Kneuer und Carlo Masala (Hg.): Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 229–250.
- Hillmann, Karl-Heinz (1994): Kollektive Identität. In: Karl-Heinz Hillmann (Hg.): Wörterbuch der Soziologie. 4., überarbeitete und ergänzte Auflage. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S. 422–423.
- Hix, Simon; Høyland, Bjørn (2011): The Political System of the European Union. Third Edition. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Holtmann, Everhard (2000): Solidarität. In: Everhard Holtmann (Hg.): Politik-Lexikon. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München: Oldenbourg Verlag, S. 629.
- Hondrich, Karl Otto; Koch-Arzberger, Claudia (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Honneth, Axel (1993): Einleitung. In: Axel Honneth (Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 7–17.
- Höpner, Martin; Jurczyk, Bojan (2012): Kritik des Eurobarometers. Über die Verwischung der Grenze zwischen seriöser Demoskopie und interessen geleiteter Propaganda. In: *Leviathan* 40 (3), S. 326–349.
- Hornsby, Anne M. (2011): Solidarity, mechanical and organic. In: George Ritzer und J. Michael Ryan (Hg.): The Concise Encyclopedia of Sociology. Malden, Mass.: Wiley-Blackwell, S. 603–604.
- Huber, Wolfgang (2009): Solidarität in einem größer werdenden Europa. In: Matthias Theodor Vogt, Jan Sokol, Beata Pollack Detlef Ociepka und Beata Mikolajczyk (Hg.): Bedingungen europäischer Solidarität. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 31–43.
- Immerfall, Stefan (2000): Fragestellungen einer Soziologie der Europäischen Integration. In: Maurizio Bach (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 481–503.
- Immerfall, Stefan (2016): Mehr Solidarität durch "Mehr Europa"? In: Wolfgang Aschauer, Elisabeth Donat und Julia Hofmann (Hg.): Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer VS, S. 49–71.

- Karakayali, Serhat (2013): Kosmopolitische Solidarität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (13-14), S. 21–26.
- Karolewski, Ireneusz Pawel; Kaina, Viktoria (2012): Introduction: Europe's blues and Europe's future – civic resources for a European Union in trouble. In: Ireneusz Pawel Karolewski und Viktoria Kaina (Hg.): *Civic resources and the future of the European Union*. London, New York: Routledge, S. 1–11.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1984): Solidarität als Steuerungsform - Erklärungsansätze bei Adam Smith. In: Franz-Xaver Kaufmann und Hans-Günter Krüselberg (Hg.): *Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith*. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 158–184.
- Kerber, W. (1995): Solidaritätsprinzip. In: Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Völlig neubearbeitete Ausgabe des ‚Wörterbuchs der philosophischen Begriffe von Rudolf Eisler‘. Basel: Schwabe, S. 1015–1017.
- Kersting, Wolfgang (2000): *Theorien der sozialen Gerechtigkeit*. Stuttgart, Weimar: Verlag L. B. Metzler.
- Kielmansegg, Peter Graf (2015): *Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kleger, Heinz (2011): *Solidarität in der Euro-Krise*. Potsdam: WeltTrends e.V.
- Kleger, Heinz; Mehlhausen, Thomas (2013): Unstrittig und doch umstritten - europäische Solidarität in der Euro-Krise. In: *Politische Vierteljahresschrift* 54 (1), S. 50–74.
- Klingemann, Hans-Dieter (2002): David Easton's Contribution to the Empirical Study of Politics. In: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB), Research Unit "Institutions and Social Change" (Hg.): *Ehrenpromotion David Easton*. Berlin: Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, S. 21–26.
- Knelangen, Wilhelm (2011): Vertrauenskrise? Die EU und das schwierige Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern. In: *Politische Bildung* (1), S. 60–72.
- Kneuer, Marianne; Masala, Carlo (2015a): Politische Solidarität. Vermessung eines weiten und unerschlossenen Feldes. In: Marianne Kneuer und Carlo Masala (Hg.): *Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 7–25.
- Kneuer, Marianne; Masala, Carlo (Hg.) (2015b): *Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Knodt, Michèle; Tews, Anne (2014a): Einleitung: Solidarität im europäischen Mehrebenensystem. In: Michèle Knodt und Anne Tews (Hg.): *Solidarität in der EU*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 7–18.
- Knodt, Michèle; Tews, Anne (Hg.) (2014b): *Solidarität in der EU*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kolm, Serge-Christophe (2006): Introduction to the Economics of Giving, Altruism and Reciprocity. In: Serge-Christophe Kolm und Jean Mercier Ythier (Hg.): *Handbook of the Economics of Giving, Altruism and Reciprocity*. Foundations. Volume 1. Amsterdam u.a.: Elsevier, S. 1–122.

- Kuhn, Theresa; Stoeckel, Florian (2014): When European integration becomes costly: the euro crisis and public support for European economic governance. In: *Journal of European Public Policy* 21 (4), S. 624–641.
- Lengfeld, Holger (2015): Die Kosten der Hilfe. Europäische Fiskalkrise und die Bereitschaft der Deutschen zur Zahlung einer europäischen Solidaritätsteuer. In: Jörg Rössel und Jochen Roose (Hg.): *Empirische Kultursoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag.* Wiesbaden: Springer VS, S. 381–405.
- Lengfeld, Holger; Schmidt, Sara; Häuberer, Julia (2012): Solidarität in der europäischen Fiskalkrise: Sind die EU-Bürger zu finanzieller Unterstützung von hoch verschuldeten EU-Ländern bereit? Erste Ergebnisse aus einer Umfrage in Deutschland und Portugal (Hamburg Reports on Contemporary Societies -HRCS-, 5). Online verfügbar unter http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_dwp_soz/Lengfeld/HRCS_FSEU_2012_08_20.pdf, zuletzt geprüft am 23.08.2012.
- Lepsius, M. Rainer (1993): Nation und Nationalismus in Deutschland. In: Michael Jeismann und Henning Ritter (Hg.): *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus.* Leipzig: Reclam Verlag, S. 193–214.
- Lepsius, M. Rainer (2004): Prozesse der europäischen Identitätsstiftung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (38), S. 3–5.
- Lessenich, Stephan (1999): Ein (un)moralisches Angebot: Reziprozitätsfiktionen im modernen Wohlfahrtsstaat. In: Claudia Honegger, Stefan Hradil und Franz Traxler (Hg.): *Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des 29. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, des 16. Kongresses der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, des 11. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Freiburg i.Br. 1998.* Opladen: Leske + Budrich, S. 153–168.
- Lessenich, Stephan (2006): Hoch die internationale Eigenverantwortung? - Grenzen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität. In: *WSI Mitteilungen* (4), S. 181–185.
- Lichtenstein, Dennis (2012): Auf der Suche nach Europa: Identitätskonstruktion und das integrative Potenzial von Identitätskrisen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (4), S. 3–7.
- Lockwood, David (1964): Social Integration and System Integration. In: George K. Zollschan und Walter Hirsch (Hg.): *Explorations in Social Change.* London: Routledge & Kegan, S. 244–257.
- Long, J. Scott; Freese, Jeremy (2014): *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata.* Third Edition. College Station, Texas: Stata Press.
- Luhmann, Niklas (1977): Arbeitsteilung und Moral. Durkheims Theorie. Vorwort in Durkheim, Émile: *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Luhmann, Niklas (1981): Wie ist soziale Ordnung möglich? In: Niklas Luhmann (Hg.): *Gesellschaftsstruktur und Semantik.* Bd. 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 195–285.
- Majone, Giandomenico (1998): Europe's 'Democratic Deficit': The Question of Standards. In: *European Law Journal* 4 (1), S. 5–28.

- Mau, Steffen (2002): Solidarität und Gerechtigkeit. Zur Erkundung eines Verhältnisses. In: Stefan Liebig und Holger Lengfeld (Hg.): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 129–154.
- Mau, Steffen (2004): Transnationale Transfers der EU-Regionalpolitik. Die Bearbeitung eines verteilungspolitischen Problems. In: Stefan Liebig, Holger Lengfeld und Steffen Mau (Hg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 331–360.
- Mau, Steffen (2007): Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.
- Mau, Steffen (2008): Europäische Solidaritäten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (21), S. 9–14.
- Mau, Steffen (2009): Europäische Solidarität: Erkundung eines schwierigen Geländes. In: Sebastian Harnisch, Hanns W. Maull und Siegfried Schieder (Hg.): Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung. Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 63–87.
- Mau, Steffen; Verwiebe, Roland (2009): Die Sozialstruktur Europas. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- MLPD (1999): Parteiprogramm - Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands. Kapitel H - Kampfprogramm und Prinzipien der Kleinarbeit der MLPD. Online verfügbar unter <http://www.mlpd.de/partei/parteiprogramm/kampfprogramm-und-prinzipien-der-kleinarbeit-der-mlpd>, zuletzt geprüft am 24.04.2015.
- Moravcsik, Andrew (2002): In Defense of the 'Democratic Deficit': Reassessing the Legitimacy of the European Union. In: *Journal of Common Market Studies* 40 (4), S. 603–634.
- Mueller, Sean; Keil, Soeren (2013): The Territoriality of Fiscal Solidarity: Comparing Swiss Equalisation with European Union Structural Funding. In: *Perspectives on Federalism* 5 (1). Online verfügbar unter http://www.on-federalism.eu/attachments/157_download.pdf.
- Mühler, Kurt; Opp, Karl-Dieter (2006): Region - Nation - Europa. Die Dynamik regionaler und überregionaler Identifikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Münch, Richard (2000): Strukturwandel der Sozialintegration durch Europäisierung. In: Maurizio Bach (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 205–225.
- Münch, Richard (2001): Integration: Social. In: Neil J. Smelser und Paul B. Baltes (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. Amsterdam u.a.: Elsevier, S. 7591–7596.
- Münch, Richard; Büttner, Sebastian (2006): Die europäische Teilung der Arbeit. Was können wir von Émile Durkheim lernen? In: Martin Heidenreich (Hg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 65–107.
- Münkler, Herfried (2004): Enzyklopädie der Ideen der Zukunft: Solidarität. In: Jens Beckert, Julia Eckert, Martin Kohli und Wolfgang Streeck (Hg.): Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 15–28.

- Narr, Wolf-Dieter (1967): David Eastons Systemanalyse. Ein Königs- oder Holzweg einer allgemeinen Theorie des politischen Verhaltens. In: *Politische Vierteljahresschrift* 8 (3), S. 424–444.
- Nissen, Sylke (2004): Europäische Identität und die Zukunft Europas. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (38), S. 21–29.
- Nohlen, Dieter (2010): Integration. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. 4., aktualisierte und erg. Aufl. München: Verlag C.H. Beck, S. 412–413.
- Norris, Pippa (2011): *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- NPD (2010): Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5.6.2010 in Bamberg. Online verfügbar unter http://npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_parteiprogramm_a4.pdf, zuletzt geprüft am 28.05.2014.
- Olson, Mancur (1965): *The logic of collective action: public goods and the theory of groups*. Cambridge Mass.: Harvard University Press.
- Osa, Maryjane (2008): Solidarity. In: Darity Jr., William A. (Hg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*. 2nd edition. Detroit/Michigan: Macmillan Reference USA, S. 23–25.
- Osterloh, Steffen (2011): Can Regional Transfers Buy Public Support? Evidence from EU Structural Policy. ZEW Discussion Paper No. 11-011. Online verfügbar unter <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp11011.pdf>, zuletzt geprüft am 22.07.2014.
- Parsons, Talcott (1937): *The structure of social action: a study in social theory with special reference to a group of recent European writers*. New York: McGraw Hill.
- Pausch, Markus (2009): Eurobarometer und die Konstruktion eines europäischen Bewusstseins. In: Martin Weichbold, Johann Bacher und Christof Wolf (Hg.): *Umfrageforschung: Herausforderungen und Grenzen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 539–552.
- Pernice, Ingolf (2013): Solidarität in Europa. Eine Ortsbestimmung im Verhältnis zwischen Bürger, Staat und Europäischer Union. In: Christian Callies (Hg.): *Europäische Solidarität und nationale Identität. Überlegungen im Kontext der Krise im Euroraum*. Tübingen: Mohr Siebeck (Studien zum europäischen und deutschen Öffentlichen Recht, 6), S. 25–56.
- Pernicka, Susanne; Hofmann, Julia (2015): Ein soziales Europa? Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Solidarität von Gewerkschaften. In: Marianne Kneuer und Carlo Masala (Hg.): *Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 133–162.
- Preuß, Ulrich K. (1998a): Nationale, supranationale und internationale Solidarität. In: Kurt Bayertz (Hg.): *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 399–410.
- Preuß, Ulrich K. (1998b): Solidarität unter den Bedingungen von Vielfalt. Anmerkungen zu einem neuen Paradigma. In: Johannes Bizer und Hans-Joachim Koch (Hg.): *Sicherheit, Vielfalt, Solidarität. Ein neues Paradigma des Verfassungsrechts? Symposium zum 65. Geburtstag Erhard Denningers*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 125–135.
- Pries, Ludger (2010): *Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Priller, Eckhard; Sommerfeld, Jana (2005): Wer spendet in Deutschland. Eine sozialstrukturelle Analyse. WZB Discussion Paper SP I 2005-202. Berlin: WZB.
- Priller, Eckhard; Sommerfeld, Jana (2010): Spenden und ihre Erfassung in Deutschland: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft. In: Eckhard Priller und Jana Sommerfeld (Hg.): Spenden in Deutschland. Analysen - Konzepte - Perspektiven. Berlin: LIT Verlag, S. 7–76.
- Prisching, Manfred (2003): Solidarität. Der vielschichtige Kitt gesellschaftlichen Zusammenlebens. In: Stephan Lessenich (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 157–190.
- Procacci, G. (2001): Solidarity: History of the Concept. In: Neil J. Smelser und Paul B. Baltes (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. Amsterdam u.a.: Elsevier, S. 14585–14588.
- Radtke, Katrin (2009): Transnationale Solidarität: Mehr Hilfe für entferntes Leid? In: Sebastian Harnisch, Hanns W. Maull und Siegfried Schieder (Hg.): Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung. Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 115–136.
- Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Revenstorf, Dirk (1980): Faktorenanalyse. Stuttgart [u.a.]: Kohlhammer.
- Rieger, Günter (1998): Gerechtigkeit. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): Lexikon der Politik. Band 7: Politische Begriffe. München: Verlag C. H. Beck, S. 214–215.
- Risse, Thomas (2013): Solidarität unter Fremden? Europäische Identität im Härtestest. In: Christian Calliess (Hg.): Europäische Solidarität und nationale Identität. Überlegungen im Kontext der Krise im Euroraum. Tübingen: Mohr Siebeck (Studien zum europäischen und deutschen Öffentlichen Recht, 6), S. 115–132.
- Rorty, Richard (1989): Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Ruchet, Olivier (2011): Cultural diversity, European identity and legitimacy of the EU: A review of the debate. In: Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Cultural diversity, European identity and the Legitimacy of the EU. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar, S. 3–26.
- Scharpf, Fritz W. (2003): Problem-Solving Effectiveness and Democratic Accountability in the EU. MPIfG Working Paper 03/1. Online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp03-1/wp03-1.html>, zuletzt geprüft am 23.05.2012.
- Scharpf, Fritz W. (2004): Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats. MPIfG Working Paper 04/6. Online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-6/wp04-6.html>, zuletzt geprüft am 06.03.2014.
- Scharpf, Fritz W. (2009): Legitimität im europäischen Mehrebenensystem. In: Leviathan 37 (2), S. 244–280.
- Scheuringer, Brunhilde (2010): Vertrauen und Solidarität als Grundlage europäischer Integration. In: Elisabeth Klaus, Clemens Sedmak, Ricarda Drüeke und Gottfried Schweiger (Hg.): Identität und Inklusion im europäischen Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 243–264.

- Schieder, Siegfried (2009): Zur Theorie der Solidarität und internationalen Gemeinschaft. In: Sebastian Harnisch, Hanns W. Maull und Siegfried Schieder (Hg.): Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung. Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 11–59.
- Schlötzer, Christiane; Ulrich, Stefan; Zschke, Christian (2011): German Wonderland. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/deutschlands-image-in-europa-german-wonderland-1.1243501>, zuletzt geprüft am 16.02.2016.
- Schmitz-Berning, Cornelia (2007): Vokabular des Nationalsozialismus. 2., durchgesehene und überarbeitete Auflage. Berlin: Walter de Gruyter.
- Schorkopf, Frank (2013): Nationale Verfassungsidentität und europäische Solidarität: Die Perspektive des Grundgesetzes. In: Christian Callies (Hg.): Europäische Solidarität und nationale Identität. Überlegungen im Kontext der Krise im Euroraum. Tübingen: Mohr Siebeck (Studien zum europäischen und deutschen Öffentlichen Recht, 6), S. 99–113.
- Schubert, Klaus; Klein, Martina (2007): Solidarität. In: Klaus Schubert und Martina Klein (Hg.): Das Politiklexikon. 4. aktualisierte Auflage, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 270.
- Schwarz, Karl-Peter (2015): Flüchtlingskrise. Aufruhr gegen die Quote. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlingskrise-aufruhr-gegen-die-quote-13819894.html>, zuletzt geprüft am 16.02.2016.
- Senghaas, Dieter (1968): Systembegriff und Systemanalyse. Analytische Schwerpunkte und Anwendungsbereiche in der Politikwissenschaft. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 15 (1), S. 50–64.
- Spieß, Martin (2010): Der Umgang mit fehlenden Werten. In: Christof Wolf und Henning Best (Hg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 117–142.
- Stjernø, Steinar (2005): Solidarity in Europe. The History of an Idea. Cambridge: Cambridge University Press.
- Strasser, Hermann (1998): Gesellschaft und Gemeinschaft. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): Lexikon der Politik. Band 7: Politische Begriffe. München: Verlag C. H. Beck, S. 218–219.
- Teune, Simon (2012): Das produktive Moment der Krise. Platzbesetzungen als Laboratorien der Demokratie. In: *WZB Mitteilungen* (137), S. 32–34.
- Thomassen, Jacques; Bäck, Hanna (2009): European Citizenship and Identity after Enlargement. In: Jacques Thomassen (Hg.): The legitimacy of the European Union after enlargement. Oxford: Oxford University Press, S. 184–207.
- Thome, Helmut (1998): Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung. In: Kurt Bayertz (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 217–262.
- Tönnies, Ferdinand (1887): Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig: Fues.

- Torgler, Benno; Schneider, Friedrich (2006): What Shapes Attitudes Toward Paying Taxes? Evidence from Multicultural European Countries (IZA Discussion Paper Series, 2117). Online verfügbar unter <http://ftp.iza.org/dp2117.pdf>, zuletzt geprüft am 12.03.2014.
- Tranow, Ulf (2012): Das Konzept der Solidarität. Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ullrich, Carsten G. (2000): Solidarität im Sozialversicherungsstaat. Die Akzeptanz des Solidarprinzips in der gesetzlichen Krankenkasse. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.
- van Oorschot, Wim (2000): Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. In: *Policy & Politics* 28 (1), S. 33–48.
- van Oorschot, Wim (2006): Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. In: *Journal of European Social Policy* 16 (1), S. 23–42.
- van Oorschot, Wim (2008): Popular deservingness perceptions and conditionality of solidarity in Europe. In: Wim van Oorschot, Michael Opielka und Birgit Pfau-Effinger (Hg.): *Culture and Welfare state. Values and Social Policy in Comparative Perspective*. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar, S. 268–288.
- Vierkandt, A. (1975): Solidarität. In: Wilhelm Bernsdorf (Hg.): *Wörterbuch der Soziologie*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 704–706.
- Vobruba, Georg (1999): Währungsunion, Sozialpolitik und das Problem einer umverteilungsfesten europäischen Identität. In: *Leviathan* 27 (1), S. 78–94.
- Walzer, Michael (1996): *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Waschkuhn, Arno (2005): David Easton (*1917). In: Wilhelm Bleek und Hans J. Lietzmann (Hg.): *Klassiker der Politikwissenschaft. Von Aristoteles bis David Easton*. München: Verlag C. H. Beck, S. 251–262.
- Watzal, Ludwig (2000): Christliche Soziallehre. In: Everhard Holtmann (Hg.): *Politik-Lexikon*. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München: Oldenbourg Verlag, S. 101–105.
- Wenzel, Michael (2003): Tax Compliance and the Psychology of Justice: Mapping the Field. In: Valerie Braithwaite (Hg.): *Taxing democracy. Understanding Tax Avoidance and Evasion*. Aldershot, Hants, England, Burlington, VT, USA: Ashgate, S. 41–69.
- Wildt, Andreas (1995): Solidarität. In: Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Völlig neubearbeitete Ausgabe des ‚Wörterbuchs der philosophischen Begriffe von Rudolf Eisler‘. Basel: Schwabe, S. 1004–1015.
- Wildt, Andreas (1998): Solidarität - Begriffsgeschichte und Definition heute. In: Kurt Bayertz (Hg.): *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 202–216.
- Wiswede, Günter (2004): *Sozialpsychologie-Lexikon*. München: Oldenbourg Verlag.

Verwendete Daten und Fragebögen

Eurobarometer:

Deutschsprachige Fragebögen des Eurobarometers: Online verfügbar unter <https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=3950>, zuletzt geprüft am 02.02.2016.

Datensatz des Eurobarometers 79.3: Europäische Kommission, Brüssel (2013a): Eurobarometer 79.3 (2013). TNS Opinion, Brussels [producer]. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5689 Data file Version 1.0.0, doi:10.4232/1.11781.

Homepage der Gesis zum Eurobarometer mit allgemeinen Informationen, Zugang zu Datensätzen und Fragebögen: GESIS (2016): Eurobarometer Data Service: Online verfügbar unter <http://www.gesis.org/eurobarometer-data-service/home/>, zuletzt geprüft am 25.01.2016.

European Social Survey:

Deutschsprachige Fragebögen des ESS: Universität Bielefeld: Offizielle Homepage der deutschen Teilstudie des European Social Survey. Online verfügbar unter <http://www.uni-bielefeld.de/soz/ess/>, zuletzt geprüft am 22.01.2016.

Offizielle Homepage mit allgemeinen und methodischen Informationen, Datensätzen und Fragebögen: Online verfügbar unter <http://www.europeansocialsurvey.org/>, zuletzt geprüft am 22.01.2016.

European Values Study:

Deutschsprachige Fragebögen der EVS: Online verfügbar unter <http://www.gesis.org/en/services/data-analysis/survey-data/european-values-study/>, zuletzt geprüft am 02.02.2016.

Offizielle Homepage mit allgemeinen und methodischen Informationen, Datensätzen und Fragebögen: Online verfügbar unter <http://www.europeanvaluesstudy.eu/>, zuletzt geprüft am 25.01.2016.

GESIS Datenbestandskatalog:

Online verfügbar unter <https://dbk.gesis.org/dbksearch/index.asp?db=d>, zuletzt geprüft am 24.01.2016.

International Social Survey Programme:

Offizielle Homepage mit generellen Informationen, Links zu Veröffentlichungen, Daten und Fragebögen: Online verfügbar unter <http://www.issp.org/index.php>, zuletzt geprüft am 21.01.2016.

Deutschsprachige Fragebögen des ISSP: Online verfügbar unter <https://dbk.gesis.org/dbksearch/GDESC2.asp?no=0001&search=&search2=&DB=e&tab=0¬abs=&nf=1&af=&ll=10>, zuletzt geprüft am 24.01.2016.

Pew Research Center:

Offizielle Homepage mit allgemeinen und methodischen Informationen, Datensätzen und Fragebögen: Online verfügbar unter <http://www.pewresearch.org/>, zuletzt geprüft am 25.01.2016.

Anhang 1 Übersicht Fragen zur Bedingung 1 (Hilfsbereitschaft) im ESS, ISSP, EVS und Eurobarometer

Die in den folgenden Tabellen vergebenen Nummern dienen der Übersichtlichkeit und entsprechen nicht der Position oder Nummerierung in den herangezogenen Fragebögen. Aufgelistet werden die wörtlichen Formulierungen aus den jeweiligen deutschsprachigen Fragebögen.

European Social Survey (ESS)¹⁷²

Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien	Befragungswellen
1	„Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte benutzen Sie Liste 87 und sagen Sie mir, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist.“ - „Es ist ihm/ihr sehr wichtig, den Menschen um ihn/sie herum zu helfen. Er/Sie will für deren Wohl sorgen.“ - „Es ist ihm/ihr wichtig, seinen/ihren Freunden gegenüber loyal zu sein. Er/sie will sich für Menschen einsetzen, die ihm/ihr nahe stehen.“ ¹⁷³	1 = „ist mir sehr ähnlich“ bis 6 = „ist mir überhaupt nicht ähnlich“	2004, 2006, 2008, 2010, 2012, 2014
2	„Abgesehen davon, was Sie für Ihre Familie, an Ihrem Arbeitsplatz oder in Vereinen, Verbänden und Organisationen tun, wie oft helfen Sie anderen Menschen – wenn überhaupt?“	1 = „täglich“ bis 7 = „nie“	2002, 2006 ¹⁷⁴
3	„Was macht einen guten Bürger aus? Was meinen Sie: Wie wichtig ist es, Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst?“	0 = „äußerst unwichtig“ bis 10 = „äußerst wichtig“	2002, 2008
4	„Jetzt möchte ich Ihnen ein paar Fragen darüber stellen, wie sich Bürger und Mitglieder einer Gesellschaft verhalten sollten. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder wie sehr lehnen Sie diese ab? Bitte benutzen Sie Liste 32.“ - „Jeder sollte zumindest einen Teil seiner Freizeit dafür verwenden, anderen zu helfen.“ - „Unsere Gesellschaft wäre besser dran, wenn sich jeder nur um sich selbst kümmern würde.“ ¹⁷⁵	1 = „stimme stark zu“ bis 5 = „lehne stark ab“	2004

¹⁷² In der Übersicht werden auch geeignete Frageformulierungen aus den Jahrgängen 2002 und 2004 aufgeführt, diese werden aber nicht für weitere Berechnungen verwendet. Die deutschsprachigen Fragebögen können von der Website der Universität Bielefeld, an der die deutsche Teilstudie koordiniert wird, heruntergeladen werden: <http://www.uni-bielefeld.de/soz/ess/>, zuletzt geprüft am 22.01.2016.

¹⁷³ Die Frage wurde nach Geschlechtern getrennt gestellt, wird hier aber der Übersicht halber zusammengeführt wiedergegeben.

¹⁷⁴ Im Fragebogen von 2006 ist die Frage leicht abgewandelt formuliert worden: „Abgesehen davon, was Sie für Ihre Familie, an Ihrem Arbeitsplatz oder in Vereinen, Verbänden und Organisationen tun, wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten anderen Menschen geholfen? Bitte benutzen Sie für Ihre Antwort wieder Liste 32.“ Die Antwortkategorien reichen von 1 = „Mindestens einmal in der Woche“ bis 6 = „Nie“.

¹⁷⁵ Die Frage umfasst ein weiteres Item („Man sollte bei der Steuererklärung nicht schwindeln“) mit dem die Steuermoral der Befragten erfasst werden soll. Die Steuermoral eines Menschen kann aber nicht unmittelbar als Solidarbereitschaft oder -handeln verstanden werden. Sie hängt von vielen weiteren Faktoren, wie zum Beispiel dem Rechtsverständnis eines Befragten, ab (Franzen 2008: 97–98, Torgler und Schneider 2006). Dieses Item wurde daher nicht in die Liste aufgenommen.

International Social Survey Programme (ISSP)¹⁷⁶

Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien	Befragungswellen
1	„Was meinen Sie: Inwieweit sind folgende Dinge wichtig, um ein guter Bürger zu sein? Dass jemand...“ - „Menschen im eigenen Land hilft, denen es schlechter geht.“ - „Menschen in anderen Ländern hilft, denen es schlechter geht.“ ¹⁷⁷	1 = „überhaupt nicht wichtig“, 7 = „sehr wichtig“	2004

European Values Study (EVS)¹⁷⁸

Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien	Befragungswellen
1	„Wären Sie bereit, aktiv etwas zu tun für...“ - ...Ihre Familie? - ...die Menschen in Ihrer Nachbarschaft? - ...ältere Menschen in unserem Land? - ...Ausländer in unserem Land? - ...die Kranken und Behinderten in unserem Land?“ ¹⁷⁹	1 = „Ja auf jeden Fall“ bis 5 = „Nein, auf keinen Fall“	2000
2	„Es kann verschiedene Gründe dafür geben, etwas für die älteren Menschen/ für Ausländer in unserem Land zu tun. Sagen Sie mir bitte zu jedem der Gründe, die ich Ihnen nun vorlese, wie stark er auf Sie zutrifft.“ ¹⁸⁰ - „Weil ich es für eine moralisch Verpflichtung halte, sie zu unterstützen.“ - „Weil ich mit diesen Menschen fühle.“ - „Weil es im Interesse der Gesellschaft ist, daß ich sie unterstütze.“ - „Weil es in meinem Interesse ist, daß ich sie unterstütze.“ - „Um im Ausgleich etwas für sie zu tun.“	1 = „sehr stark“ bis 5 = „überhaupt nicht“	2000

¹⁷⁶ Der deutschsprachige Fragebogen des ISSP 2004 ist über den GESIS Datenbestandskatalog zugänglich (<https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=3950>, zuletzt geprüft am 24.01.2016).

¹⁷⁷ Es wurden acht weitere Items abgefragt, die aber nicht in Bezug zu Solidarität stehen.

¹⁷⁸ Der deutschsprachige Fragebogen der EVS von 2000 kann von der Website des GESIS Leibniz Instituts für Sozialwissenschaften zur European Values Study heruntergeladen werden (<http://www.gesis.org/en/services/data-analysis/survey-data/european-values-study/>, zuletzt geprüft am 02.02.2016).

¹⁷⁹ Vor dieser Frage wurde danach gefragt, wie viel den Befragten an den Lebensbedingungen der folgenden Gruppen liegt: „Ihrer Familie“, „der Menschen in Ihrer Nachbarschaft“, „der Menschen in der Region, in der Sie leben“, „Ihrer Landsleute“, „der Europäer“, „der Menschheit“, „von älteren Menschen in unserem Land“, „von Arbeitslosen in unserem Land“, „von Ausländern in unserem Land“, „von Kranken und Behinderten in unserem Land“ (Antwortkategorien 1 = „sehr viel“ bis 5 = „überhaupt nichts“).

¹⁸⁰ An dieser Stelle wurden der Übersicht halber zwei Fragen zusammengefasst (Gründe dafür, etwas für die älteren Menschen bzw. für Ausländer zu tun). Diese beiden Fragen wurden nur gestellt, wenn der Befragte in der vorigen Frage angegeben hat, bereit zu sein, etwas für die jeweilige Gruppe zu tun.

Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien	Befragungswellen
3	<p>„Den folgenden Aussagen kann man in unterschiedlichem Maße zustimmen. Bitte sagen Sie anhand der Skala, wie stark Sie zustimmen. [...] Jeder sollte persönliche Opfer bringen und sogar eigene Nachteile in Kauf nehmen, um sich für...“</p> <ul style="list-style-type: none"> - „einen Kollegen am Arbeitsplatz zu engagieren, wenn dieser in Schwierigkeiten steckt.“ - „ein Mitglied seiner weiteren Verwandtschaft zu engagieren, wenn dieses in Schwierigkeiten steckt.“ - „die Menschen in der Dritten Welt zu engagieren.“ - „Arbeitslose zu engagieren.“ 	1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 = „stimme voll und ganz zu“	2000

Eurobarometer¹⁸¹

Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien ¹⁸²	Befragungswellen
1	„Welche der folgenden Dinge erzeugen Ihrer Meinung nach am stärksten ein Gefühl der Gemeinschaft unter den Bürgern der EU?“ (maximal drei Nennungen)	14 Items, u.a. „Geschichte“, „Religion“, „Werte“, „Solidarität mit ärmeren Regionen“	2015 (83.3), 2014 (82.3, 81.4), 2013 (80.1, 79.3), 2012 (77.3)
2	„Welche der folgenden Werte repräsentieren am besten die EU?“ ¹⁸³ (maximal drei Nennungen)	12 Items, u.a. „Rechtstaatlichkeit“, „Demokratie“, „Frieden“, „Solidarität/ Unterstützung anderer“	2015 (83.3), 2014 (82.3, 81.4, 81.2), 2013 (80.1, 79.3), 2012 (77.3), 2011 (75.2), 2010 (74.2), 2009 (72.4), 2008 (69.2), 2006 (66.1)
3	<p>„Bitte sagen Sie mir für jeden dieser Werte, ob er am besten von der EU, von anderen Ländern (oder Ländergruppen) auf der Welt oder von beiden verkörpert wird.“¹⁸⁴</p> <p>8 Items, u.a. „Respekt vor Natur und Umwelt“, „Soziale Gleichheit und Solidarität“, „Kulturelle Vielfalt“</p>	1 = „von der Europäischen Union“, 2 = „von anderen Ländern in der Welt“, 3 = „von beiden“	2012 (78.2), 2007 (67.1)

¹⁸¹ Die deutschsprachigen Fragebögen des Eurobarometers sind über den GESIS Datenbestandskatalog zugänglich (<https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=3950>, zuletzt geprüft am 02.02.2016).

¹⁸² In der Tabelle sind diejenigen Items oder Antwortkategorien fett markiert, die sich auf Solidarität beziehen. Weitere Items bzw. Antwortoptionen werden nur aufgeführt, um den Inhalt der Frage zu verdeutlichen. Aufgeführt werden insgesamt nur die Antwortoptionen, die den Befragten im Interview gezeigt werden. Für die Interviewer werden zum Teil weitere Kategorien wie „weiß nicht“ oder „spontan: nichts davon“ aufgezeigt.

¹⁸³ In den Befragungen 2013 (79.3), 2012 (77.3), 2011 (75.2), 2009 (72.4), 2008 (69.2) und 2006 (66.1) lautete die Frageformulierung „Welche drei der folgenden Werte repräsentieren am besten die EU?“, die Antwortkategorien waren gleich.

¹⁸⁴ Im Eurobarometer 67.1 wurden die Frage und die Antwortkategorien leicht abgewandelt formuliert, außerdem gab es die zusätzliche Kategorie „Unternehmergeist“.

Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien	Befragungswellen
4	„Welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament Ihrer Meinung nach vordringlich verteidigen?“ (maximal drei Nennungen)	8 Items, u.a. „Gleichheit zwischen Männern und Frauen“, „Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ , „Solidarität zwischen der Europäischen Union und armen Ländern in der Welt“ , den Schutz der Menschenrechte“	2014 (82.4), 2013 (79.5), 2012 (78.2), 2011 (76.3), 2008 (70.1)
5	„Die europäische Integration hat sich in den letzten Jahren auf verschiedene Bereiche konzentriert. Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken?“ ¹⁸⁵ (maximal drei Nennungen)	12 Items, u.a. „Kulturpolitik“, „Einwanderungsfragen“, „Solidarität mit ärmeren Regionen“	2009 (72.4, 71.3), 2008 (70.1, 69.2)
6	„Welche drei der folgenden Werte sind Ihrer Meinung nach diejenigen, die wir in unserer Gesellschaft am dringendsten bewahren und stärken sollten?“	9 Items, u.a. „Respekt für Natur und Umwelt“, „Soziale Gleichheit und Solidarität“ , „Unternehmergeist“	2007 (67.1)
7	„Auf welche zwei der folgenden Aspekte sollte sich unsere Gesellschaft konzentrieren, um die größten globalen Herausforderungen zu meistern?“ (maximal zwei Nennungen)	5 Items, u.a. „Umweltschutz“, „soziale Gleichheit und Solidarität“ , „Freier Handel/Marktwirtschaft“	2014 (81.1), 2012 (78.2), 2009 (72.4, 71.3)
8	„Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten?“ (maximal drei Nennungen)	12 Items, u.a. „Rechtstaatlichkeit“, „Demokratie“, „Frieden“, „Solidarität/ Unterstützung anderer“	2015 (83.3), 2014 (82.3, 81.2), 2013 (79.3), 2012 (77.3), 2011 (75.2), 2010 (74.2), 2009 (72.4)
9	„Bitte sagen Sie mir, welcher der folgenden Werte für Ihr Glück am wichtigsten ist?“ (maximal eine Nennung) ¹⁸⁶	14 Items, u.a. „Geld“, „Arbeit“, „Gesundheit“, „Liebe“, „Solidarität“	2012 (77.3), 2008 (69.2)
10	„Wenn es um die "Europäische Union" geht: Bitte sagen Sie mir, was Sie von der Europäischen Union erwarten.“	offene Frage; Kodierung u.a.: „Solidarität/ Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten“	2013 (80.1), 2012 (78.1, 77.3)
11	„Zu welchem innerhalb des Europäischen Parlaments diskutierten Thema oder Politikbereich oder zu welchem sonstigen EU-Thema hätten Sie gerne mehr Informationen? Erstens? Und dann?“ ¹⁸⁷ (jeweils maximal eine Nennung)	14 Items, u.a. „Solidarität mit Mitgliedstaaten, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden“ , „Euro“, „Klimawandel“, „Reform der gemeinsamen Agrarpolitik“	2012 (78.2), 2011 (76.3)

¹⁸⁵ Im Eurobarometer 71.3 wurden die Befragten zufällig in zwei Gruppen aufgeteilt, denen die Frage in zwei leicht unterschiedlichen Formulierungen gestellt wurde.

¹⁸⁶ Im Eurobarometer 69.2 wurde die Frage leicht anders formuliert, die Antwortkategorien sind aber gleich.

¹⁸⁷ An dieser Stelle wurden der Übersicht halber zwei Fragen zusammengefasst.

Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien	Befragungswellen
12	„Und werden Ihrer Ansicht nach die Menschen in der EU im Jahre 2030 in einer Gesellschaft leben, in der mehr Wert auf Solidarität oder auf Individualismus gelegt wird?“	1 = „ Solidarität “, 2 = „Individualismus“	2012 (78.2), 2009 (71.3)
13	„Und würden Sie sich in der EU für das Jahr 2030 eine Gesellschaft wünschen, in der mehr Wert auf Solidarität oder auf Individualismus gelegt wird?“	1 = „ Solidarität “, 2 = „Individualismus“	2012 (78.2), 2009 (71.3)
14	„Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie jeder der folgenden Aussagen zu diesem Thema zustimmen oder nicht zustimmen.“ ¹⁸⁸ - „Die gemeinsame Übernahme eines Teils der Staatsschulden einzelner Mitgliedstaaten wäre im Namen der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten notwendig.“	1 = „Stimme voll und ganz zu“ bis 4 = „Stimme überhaupt nicht zu“	2012 (77.2), 2011 (76.1)
15	„Das Europäische Parlament fördert bestimmte Maßnahmen, um der Europäischen Union bei der Überwindung der Krise zu helfen, indem eine Rückkehr zu Beschäftigung und nachhaltigem Wachstum sichergestellt werden soll. Welche der folgenden Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach Vorrang haben?“ (maximal vier Nennungen) ¹⁸⁹	13 Items, u.a. „Investitionen in die Umwelt“, „Abbau von Bürokratie“, „In die Stärkung der Solidarität investieren und einen Beitrag leisten, Menschen, die von der Gesellschaft ausgeschlossen sind, zu integrieren“	2012 (77.2), 2010 (74.1)
16	„Was ist der Hauptgrund dafür, warum es Ihrer Meinung nach erstrebenswert ist, dass Deutschland einem anderen EU-Mitgliedstaat, der sich in ernsthaften wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten befindet, finanzielle Hilfe zukommen lässt?“ ¹⁹⁰ (maximal eine Nennung)	1 = „Es liegt im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands, einem anderen EU-Mitgliedstaat zu helfen“, 2 = „Im Namen der europäischen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“	2011 (76.1), 2010 (74.1)
17	„In welchen der folgenden Bereiche spielt Ihrer Meinung nach Freiwilligentätigkeit eine wichtige Rolle?“ (maximal drei Nennungen)	15 Items, u.a. „Demokratisches Leben“, „Aktives Altern“, „Solidarität und humanitäre Hilfe“	2011 (75.2), 2010 (73.4)

¹⁸⁸ Dieser Frage ging der folgende Text voraus: „Mehrere EU-Mitgliedstaaten sehen sich aufgrund der Größe ihres Haushaltsdefizits und ihres geringen Wirtschaftswachstums mit einer Schuldenkrise konfrontiert. Im Zuge der Diskussionen zur Lösung dieses Problems wurde vorgeschlagen, dass ein Teil der Staatsschulden der EU-Mitgliedstaaten von allen Mitgliedstaaten gemeinsam getragen werden sollte - insbesondere die Schulden der Staaten, die Mitglied der Eurozone sind. Dadurch könnten sich die Mitgliedstaaten zu denselben Bedingungen Geld an den Finanzmärkten leihen.“ Der Frage folgen fünf Items, von denen hier nur eines aufgeführt wird.

¹⁸⁹ Die Frage hat im Eurobarometer 74.1 eine leicht abweichende Formulierung, die Kategorien sind aber gleich.

¹⁹⁰ Dieser Frage geht folgende Frage voraus: „Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu: In Krisenzeiten ist es erstrebenswert für Deutschland, einem anderen EU-Mitgliedstaat, der sich in ernsthaften wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten befindet, finanzielle Hilfe zukommen zu lassen?“

Nr.	Frageformulierung	Antwortkategorien	Befragungswellen
18	„Welche der folgenden sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Vorteile von Freiwilligentätigkeit in der EU?“ (maximal zwei Nennungen)	7 Items, u.a. „Sie bietet den Europäern die Möglichkeit, Ihre Bürgerbeteiligung weiter zu entwickeln“, „Sie stärkt grundlegende Werte der Solidarität der EU“	2011 (75.2)
19	„Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?“ 15 Begriffe, u.a. „Sozialstaat“, „Liberalisierung“, „Sicherheit“, „Solidarität“	1 = „sehr positiv“ bis 4 „sehr negativ“	2014 (82.3), 2009 (72.4)
20	„Bitte sagen Sie mir, ob Sie jemals eines oder mehrere der folgenden Dinge tun, um Menschen in Armut zu helfen.“ (Mehrfachnennungen möglich)	1 = „Geld an Wohltätigkeitsorganisationen oder Verbände spenden, die Armen helfen“ 2 = „als Freiwilliger bei Wohltätigkeitsorganisationen oder Verbänden mitarbeiten, die Armen helfen“ 3 = „Kleider für Arme spenden“ 4 = „Arme bei der Suche nach einer Unterkunft oder der in Anspruchnahme [sic!] anderer entsprechender Leistungen/Angebote unterstützen“ 5 = „Armen Menschen etwas Geld geben“ 6 = „Zeitungen oder andere Dinge kaufen, die von Obdachlosen verkauft werden“ 7 = „Armen Menschen Nahrungsmittel schenken“ 8 = „nein, Sie helfen armen Menschen nie“	2010 (74.1)
21	„Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.“ „Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.“ ¹⁹¹	1 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 10 = „sehr wichtig“	2010 (73.4), 2011 (75.3, 76.3), 2012 (77.3, 78.1), 2013 (79.3, 80.1), 2014 (82.3)

¹⁹¹ Vor diesem Item werden sechs weitere Items abgefragt, vor allem zu wirtschaftlichen Themen.

Anhang 2 Liste der realisierten Interviews des Eurobarometers 79.3 (Europäische Kommission 2013a)

EU-Mitgliedstaaten (2013)

Land	Anzahl realisierte Interviews
Belgien	1013
Bulgarien	1029
Dänemark	1001
Deutschland	1554 (davon 1035 in West- und 519 in Ost-Deutschland)
Estland	1002
Finnland	956
Frankreich	1019
Griechenland	1000
Großbritannien	1305 (davon 303 in Nordirland)
Irland	1002
Italien	1011
Lettland	1002
Litauen	1029
Luxemburg	505
Malta	500
Niederlande	1021
Österreich	999
Polen	1000
Portugal	1004
Republik Zypern	505
Rumänien	1083
Schweden	1011
Slowakei	1000
Slowenien	1011
Spanien	1011
Tschechien	1001
Ungarn	1027

EU-Beitrittskandidaten (2013)

Land	Anzahl realisierte Interviews
Island	511
Kroatien	1000
Mazedonien	1056
Montenegro	1015
Serbien	1006
Türkei	1001
Türk. Rep. Zypern	500

Anhang 3 Sozio-demographische Struktur der Stichprobe des Eurobarometers 79.3 (nur EU-Bürger)

Geschlecht (Frage D10)

	Häufigkeit	Prozent
männlich	12.273	46,13
weiblich	14.332	53,87
Gesamt	26.605	100,00

Alter (Frage D11)

	Häufigkeit	Prozent
15-24 Jahre	2.857	10,74
25-34 Jahre	3.787	14,23
35-44 Jahre	4.412	16,58
45-54 Jahre	4.696	17,65
55-64 Jahre	4.749	17,85
≥65 Jahre	6.104	22,94
Gesamt	26.605	100,00

Alter bei Bildungsabschluss (Frage D8)¹⁹²

	Häufigkeit	Prozent
bis 15 Jahre	4.442	16,70
16-19 Jahre	11.592	43,57
älter als 20 Jahre	8.187	30,77
noch in Schule/Studium	1.869	7,02
keine Schulausbildung	165	0,62
keine Angabe	76	0,29
weiß nicht	274	1,03
Gesamt	26.605	100,00

Wohnort (Frage D25)

	Häufigkeit	Prozent
Ländliche Gegend	9.239	34,73
Klein-/Mittelstadt	10.007	37,61
Große Stadt	7.349	27,62
weiß nicht	10	0,04
Gesamt	26.605	100,00

Beruf (Frage D15a im Fragebogen)¹⁹³

	Häufigkeit	Prozent
Selbstständige (Antwortoption 5-9)	1.962	7,37
Leitende/ mittlere Angestellte (Antwortoption 10-12)	2.541	9,55
andere Angestellte (Antwortoption 13-14)	2.925	10,99
Arbeiter (Antwortoption 15-18)	5.262	19,78
Hausfrau/ Hausmann (Antwortoption 1)	1.733	6,51
zur Zeit arbeitslos (Antwortoption 3)	2.683	10,08
Rentner (Antwortoption 4)	7.630	28,68
Schüler/ Student (Antwortoption 2)	1.869	7,02
Gesamt	26.605	100,00

¹⁹² Frage im Fragebogen: „Wie alt waren Sie, als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben?“

¹⁹³ Die hier aufgeführten Kategorien sind das Ergebnis einer Zusammenführung mehrerer Antwortoptionen aus der Frage D15a im Fragebogen. Die Nummern der ursprünglichen Antwortoptionen werden in Klammern aufgeführt. Die rekodierte Variable „Respondent occupation scale“ (d15a_r2), auf der die hier aufgeführte Auswertung basiert, ist Teil des Datensatz des Eurobarometers 79.3.

Anhang 4 Häufigkeiten verwendete Variablen aus dem Eurobarometer 79.3

Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind (1.1)

	Häufigkeit	Prozent
1 (überhaupt nicht wichtig)	144	0,54
2	143	0,54
3	290	1,09
4	545	2,05
5	1.548	5,82
6	1.991	7,48
7	3.329	12,51
8	4.801	18,05
9	3.784	14,22
10 (sehr wichtig)	9.618	36,15
weiß nicht	412	1,55
Gesamt	26.605	100,00

Solidarität: Wichtiger persönlicher Wert (1.2)

	Häufigkeit	Prozent
nicht genannt	22.162	83,30
genannt	4.443	16,70
Gesamt	26.605	100,00

Hauptziel beim Aufbau Europas (2.1)

	Häufigkeit	Prozent
Wirtschaft u. Wachstum EU fördern	6.176	23,21
EU zu wichtigem dipl. Akteur machen	1.010	3,80
Lebensstandard aller EU Bürger verbessern	7.281	27,37
globale Bedrohungen bekämpfen	1.237	4,65
Entwicklung ärmste Länder außerhalb EU	1.320	4,96
Demokratie u. Menschenrechte ganze Welt	1.864	7,01
Frieden und Stabilität sichern	3.787	14,23
EU-Bürger vor Globalisierung schützen	2.822	10,61
spontan: sonstiges	237	0,89
weiß nicht	871	3,27
Gesamt	26.605	100,00

Gleichheit: Wichtiger persönlicher Wert (2.2)

	Häufigkeit	Prozent
nicht genannt	21.348	80,24
genannt	5.257	19,76
Gesamt	26.605	100,00

Staaten bestrafen, die zu viel ausgeben (3.1)

	Häufigkeit	Prozent
sehr wirksam	7.445	27,98
ziemlich wirksam	9.616	36,14
nicht sehr wirksam	5.453	20,50
überhaupt nicht wirksam	2.016	7,58
weiß nicht	2.075	7,80
Gesamt	26.605	100,00

Gefühl, ein EU-Bürger zu sein (4.1)

	Häufigkeit	Prozent
ja, voll und ganz	5.724	21,51
ja, teilweise	10.812	40,64
nein, eher nicht	6.319	23,75
nein, überhaupt nicht	3.516	13,22
weiß nicht	234	0,88
Gesamt	26.605	100,00

Nationale vs. europäische Identität (4.2)

	Häufigkeit	Prozent
vorrangig nationale Identität	10.827	40,70
nationale und europäische Identität	12.583	47,30
europäische und nationale Identität	1.716	6,45
europäische Identität	690	2,59
spontan: Nichts davon	312	1,17
spontan: Verweigert	78	0,29
weiß nicht	399	1,50
Gesamt	26.605	100,00

Anderes EU-Land besucht (5.1)

	Häufigkeit	Prozent
ja, mehrmals	5.374	20,20
ja, ein oder zweimal	6.254	23,51
nein	14.914	56,06
weiß nicht	63	0,24
Gesamt	26.605	100,00

In anderer Sprache gelesen (5.2)

	Häufigkeit	Prozent
ja, mehrmals	5.254	19,75
ja, ein oder zweimal	2.922	10,98
nein	18.358	69,00
weiß nicht	71	0,27
Gesamt	26.605	100,00

Kontakt mit Menschen aus anderen EU-Ländern (5.3)

	Häufigkeit	Prozent
ja, mehrmals	8.396	31,56
ja, ein oder zweimal	4.847	18,22
nein	13.273	49,89
weiß nicht	89	0,33
Gesamt	26.605	100,00

TV in anderer Sprache (5.4)

	Häufigkeit	Prozent
ja, mehrmals	10.485	39,41
ja, ein oder zweimal	2.951	11,09
nein	13.091	49,21
weiß nicht	78	0,29
Gesamt	26.605	100,00

Bessere Zukunft außerhalb der EU (6.1)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	2,697	10.14
stimme eher zu	5,829	21.91
stimme eher nicht zu	8,664	32.57
stimme überhaupt nicht zu	6,890	25.90
weiß nicht	2,525	9.49
Gesamt	26.605	100,00

Durch Krise näher zu anderen EU-Bürgern (6.2)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	2.451	9,21
stimme eher zu	8.508	31,98
stimme eher nicht zu	8.853	33,28
stimme überhaupt nicht zu	5.253	19,74
weiß nicht	1.540	5,79
Gesamt	26.605	100,00

Durch Krise mehr Kooperation notwendig (6.3)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	9.450	35,52
stimme eher zu	13.046	49,04
stimme eher nicht zu	2.178	8,19
stimme überhaupt nicht zu	724	2,72
weiß nicht	1.207	4,54
Gesamt	26.605	100,00

Gemeinsame Außenpolitik (7.1)

	Häufigkeit	Prozent
dafür	16.900	63,52
dagegen	7.494	28,17
weiß nicht	2.211	8,31
Gesamt	26.605	100,00

Gemeinsame Verteidigungs-/ Sicherheitspolitik (7.2)

	Häufigkeit	Prozent
dafür	19.573	73,57
dagegen	5.214	19,60
weiß nicht	1.818	6,83
Gesamt	26.605	100,00

EU soll Bundesstaat werden (7.3)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	2.733	10,27
stimme eher zu	8.580	32,25
stimme eher nicht zu	5.897	22,17
stimme überhaupt nicht zu	3.989	14,99
weiß nicht	5.406	20,32
Gesamt	26.605	100,00

Wirtschafts- und Währungsunion (8.1)

	Häufigkeit	Prozent
dafür	14.292	53,72
dagegen	10.635	39,97
weiß nicht	1.678	6,31
Gesamt	26.605	100,00

Mehr Kooperation EU Finanzkrise (8.2)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	13,289	49,95
stimme eher zu	10,786	40,54
stimme eher nicht zu	1,398	5,25
stimme überhaupt nicht zu	361	1,36
weiß nicht	771	2,90
Gesamt	26.605	100,00

Mehr Koordination Wirtschaftspolitik EU (8.3)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	6.971	26,20
stimme eher zu	13.115	49,30
stimme eher nicht zu	3.504	13,17
stimme überhaupt nicht zu	842	3,16
weiß nicht	2.173	8,17
Gesamt	26.605	100,00

Mehr Koordination Wirtschaftspolitik Euro (8.4)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	6.823	25,65
stimme eher zu	13.076	49,15
stimme eher nicht zu	3.508	13,19
stimme überhaupt nicht zu	812	3,05
weiß nicht	2.386	8,97
Gesamt	26.605	100,00

EU-Finanzminister (8.5)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	3.905	14,68
stimme eher zu	9.450	35,52
stimme eher nicht zu	6.433	24,18
stimme überhaupt nicht zu	2.852	10,72
weiß nicht	3.965	14,90
Gesamt	26.605	100,00

EU soll nationale Haushalte prüfen (8.6)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	4.575	17,20
stimme eher zu	10.944	41,14
stimme eher nicht zu	5.556	20,88
stimme überhaupt nicht zu	2.127	7,99
weiß nicht	3.403	12,79
Gesamt	26.605	100,00

EU soll Bankensystem überwachen (8.7)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	7.988	30,02
stimme eher zu	11.250	42,29
stimme eher nicht zu	3.493	13,13
stimme überhaupt nicht zu	1.152	4,33
weiß nicht	2.722	10,23
Gesamt	26.605	100,00

Eurobonds (8.8)

	Häufigkeit	Prozent
stimme voll und ganz zu	3.508	13,19
stimme eher zu	8.568	32,20
stimme eher nicht zu	5.033	18,92
stimme überhaupt nicht zu	3.073	11,55
weiß nicht	6.423	24,14
Gesamt	26.605	100,00

Anhang 5 Korrelationen der Variablen für die Faktorenanalyse

Die Korrelationstabelle basiert auf den paarweisen Korrelationskoeffizienten zwischen allen Variablen, die für die Faktorenanalyse verwendet wurden:

- Wichtigkeit Arme unterstützen (1.1), 1 = „nicht sehr wichtig“ (Werte 1-4), 2 = „mittelmäßig wichtig“ (Werte 5-7), 3 = „sehr wichtig“ (Werte 8-10)
- „Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern“ und „Gleichheit wichtiger Wert“ (2), 1 = keines genannt, 2 = eines genannt, 3 = beide genannt
- Staaten bestrafen, die zu viel ausgeben (3.1), 1 = „nicht sehr/überhaupt nicht wirksam“, 2 = „ziemlich wirksam“, 3 = „sehr wirksam“
- sich als EU-Bürger fühlen (4.1), 1 = „Nein, eher nicht/Nein, überhaupt nicht“, 2 = „Ja, teilweise“, 3 = „Ja, voll und ganz“
- nationale vs. europäische Identität (4.2), 1 = „Vorrangig nationale Identität“, 2 = „Nationale und europäische Identität“, 3 = „Europäische und nationale Identität/ Europäische Identität“
- In den letzten 12 Monaten ein anderes EU-Land besucht (5.1), 1 = „Nein“, 2 = „Ja, ein oder zweimal“, 3 = „Ja, mehrmals“
- In den letzten 12 Monaten ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen als Ihrer Muttersprache gelesen (5.2), 1 = „Nein“, 2 = „Ja, ein oder zweimal“, 3 = „Ja, mehrmals“
- In den letzten 12 Monaten Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt (5.3), 1 = „Nein“, 2 = „Ja, ein oder zweimal“, 3 = „Ja, mehrmals“
- In den letzten 12 Monaten Fernsehsendungen in einer anderen als Ihrer Muttersprache geschaut (5.4), 1 = „Nein“, 2 = „Ja, ein oder zweimal“, 3 = „Ja, mehrmals“
- Zustimmung zu „Zukunft des eigenen Landes besser außerhalb der EU“ (6.1), 1 = „stimme voll und ganz zu /stimme eher zu“, 2 = „stimme eher nicht zu“, 3 = „stimme überhaupt nicht zu“
- Zustimmung zur Aussage, dass man sich infolge der Krise den Bürgern in anderen EU-Ländern stärker verbunden fühlt (6.2), 1 = „stimme überhaupt nicht zu/stimme eher nicht zu“, 2 = „stimme eher zu“, 3 = „stimme voll und ganz zu“
- Zustimmung zur Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen (6.3), 1 = „stimme überhaupt nicht zu/stimme eher nicht zu“, 2 = „stimme eher zu“, 3 = „stimme voll und ganz zu“
- Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik/ Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in der EU (7), 1 = keinmal „dafür“, 2 = einmal „dafür“, 3 = zweimal „dafür“
- Mitgliedstaaten sollten bei Bewältigung Wirtschafts- & Finanzkrise stärker zusammenarbeiten (8.2), 1 = „stimme überhaupt nicht zu/stimme eher nicht zu“, 2 = „stimme eher zu“, 3 = „stimme voll und ganz zu“
- stärkere Abstimmung Wirtschaftspolitik EU-Mitgliedstaaten (8.3), 1 = „nicht sehr/überhaupt nicht wirksam“, 2 = „ziemlich wirksam“, 3 = „sehr wirksam“
- stärkere Abstimmung Wirtschafts- und Finanzpolitik Eurozone (8.4), 1 = „nicht sehr/überhaupt nicht wirksam“, 2 = „ziemlich wirksam“, 3 = „sehr wirksam“

Tabelle 26: Korrelationen der Variablen für die Faktorenanalyse (*p<0.1)

	1.1	2	3.1	4.1	4.2	5.1	5.2	5.3	5.4	6.1	6.2	6.3	7	8.2	8.3	8.4
1.1	1.00															
2	0,06*	1.00														
3.1	0,1*	0,021	1.00													
4.1	0,03*	-0,04*	0,06*	1.00												
4.2	0,00	-0,03*	0,01	0,44*	1.00											
5.1	-0,05*	-0,04*	-0,05*	0,24*	0,21*	1.00										
5.2	-0,02*	-0,01	-0,05*	0,23*	0,21*	0,42*	1.00									
5.3	-0,1	-0,03*	-0,03*	0,24*	0,22*	0,55*	0,51*	1.00								
5.4	0,02*	0,02*	-0,03*	0,20*	0,15*	0,37*	0,55*	0,48*	1.00							
6.1	0,06*	-0,02*	0,03*	0,30*	0,23*	0,11*	0,12*	0,12*	0,11*	1.00						
6.2	0,06*	-0,03*	0,12*	0,25*	0,19*	0,01	0,03*	0,04*	-0,02	0,08*	1.00					
6.3	0,19*	0,00	0,19*	0,21*	0,14*	0,04*	0,05*	0,09*	0,08*	0,23*	0,28*	1.00				
7	0,09*	0,01	0,13*	0,21*	0,18*	0,00*	0,01	0,01	0,00	0,21*	0,16*	0,23*	1.00			
8.2	0,19*	0,01	0,18*	0,17*	0,11*	0,02*	0,04*	0,08*	0,06*	0,21*	0,15*	0,49*	0,22*	1.00		
8.3	0,15*	-0,01	0,34*	0,19*	0,15*	0,01	0,00	0,04*	-0,01	0,20*	0,20*	0,38*	0,26*	0,35*	1.00	
8.4	0,15*	0,01	0,34*	0,19*	0,14*	0,01*	0,01	0,05*	0,00	0,21*	0,20*	0,38*	0,25*	0,35*	0,64*	1.00

Anhang 6 Lineare Regressionsanalyse, Summe „weiß nicht“-Antworten

Tabelle 27: Lineares Regressionsmodell, abhängige Variable: Summe der „weiß nicht“-Antworten

						Anzahl Beobachtungen = 24.221	
						F (6, 24214) = 122,18	
						Prob > F = 0,0000	
						R-Quadrat = 0,1046	
						Root MSE = 2,7135	
Summe der „weiß nicht“-Antworten	Koeffizient	Standardfehler	t	P> t	95% Konfidenzintervall		
Bildung	-.0785418	.0061315	-12.81	0.000	-.0905599	-.0665236	
Geschlecht	-.7434455	.054368	-13.67	0.000	-.8500103	-.6368808	
Alter	.0024488	.0018605	1.32	0.188	-.001198	.0060956	
Mitarbeit sehr gut	-4.103056	.4601482	-8.92	0.000	-5.004975	-3.201137	
Mitarbeit gut	-3.681508	.4615073	-7.98	0.000	-4.586091	-2.776925	
Mitarbeit mittel	-2.208783	.4795072	-4.61	0.000	-3.148647	-1.268919	
Konstante	7.21174	.4809733	14.99	0.000	6.269002	8.154477	

y: Summe der „weiß nicht“-Antworten (Werte zwischen 0 und 25)

x₁: Bildung (Alter bei Bildungsabschluss in Jahren)

x₂: Geschlecht (Dummy-Variable mit 1=männlich und 0=weiblich)

x₃: Alter (in Jahren)

x₄: Mitarbeit sehr gut (durch den Interviewer bewertete Mitarbeit des Befragten, Dummy-Variable, Referenzkategorie: Mitarbeit schlecht)

x₅: Mitarbeit gut

x₆: Mitarbeit mittel

Die multivariate lineare Regression mit der Summe an „weiß nicht“-Antworten als abhängige Variable zeigt, dass diese signifikant von der Bildung, dem Geschlecht und der vom Interviewer eingeschätzten Mitarbeit des Befragten abhängt ($p < 0,01$). Das Alter eines Befragten hat keinen signifikanten Einfluss.

Je höher die Bildung eines Befragten, desto niedriger ist die Summe an „weiß nicht“-Antworten. Dieser Effekt ist aber relativ schwach. Männer haben im Schnitt eine um 0,74 niedrigere Zahl an „weiß nicht“-Antworten. Je besser der Interviewer die Mitarbeit des Befragten einschätzt, desto seltener antwortet er mit „weiß nicht“ (allerdings ist hier Vorsicht bei der Interpretation der Kausalrichtung geboten).

Das gesamte Modell hat mit einem R-Quadrat von 0,1 zwar nicht besonders viel Erklärungskraft, ist aber mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ signifikant.

Anhang 7 Übersicht logistische Regressionsanalysen

Für die folgenden abhängigen Variablen wurden logistische Regressionsanalysen durchgeführt:

- y₁: Zustimmung zu „Zukunft des eigenen Landes besser außerhalb der EU“ (v6_1_lr), 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“, 5 = „weiß nicht“
- y₂: Zustimmung zur Aussage, dass man sich infolge der Krise den Bürgern in anderen EU-Ländern stärker verbunden fühlt (v6_2_lr), 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“, 5 = „weiß nicht“
- y₃: Zustimmung zur Aussage, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen (v6_3_lr), 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“, 5 = „weiß nicht“
- y₄: Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik in der EU (v7_1_lr), 1 = „Dafür“, 0 = „Dagegen“, 2 = „weiß nicht“
- y₅: Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in der EU (v7_2_lr), 1 = „Dafür“, 0 = „Dagegen“, 2 = „weiß nicht“
- y₆: Zustimmung zur Aussage, dass sich die EU zu einem Bund von Nationalstaaten weiterentwickeln sollte (v7_3_lr), 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“, 5 = „weiß nicht“
- y₇: Befürwortung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit der gemeinsamen Währung (v8_1_lr), 1 = „Dafür“, 0 = „Dagegen“, 2 = „weiß nicht“
- y₈: „Befürwortung finanzielle Vergemeinschaftung: Summenscore Zusammenarbeit“ (v8_lr), Werte zwischen 1 (zwei Mal mit „weiß nicht“ und einmal mit „stimme überhaupt nicht zu“ geantwortet) und 12 (drei Mal mit „stimme voll und ganz zu“ geantwortet)
- y₉: Wirksamkeit der Benennung eines EU-Finanzministers (v8_5_lr), 1 = „überhaupt nicht wirksam“ bis 4 = „sehr wirksam“, 5 = „weiß nicht“
- y₁₀: Wirksamkeit der Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte durch die EU (v8_6_lr), 1 = „überhaupt nicht wirksam“ bis 4 = „sehr wirksam“, 5 = „weiß nicht“
- y₁₁: Wirksamkeit einer zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene bzw. einer Bankenunion (v8_7_lr), 1 = „überhaupt nicht wirksam“ bis 4 = „sehr wirksam“, 5 = „weiß nicht“
- y₁₂: Befürwortung von Eurobonds (v8_8_lr), 1 = „voll und ganz dagegen“ bis 4 = „voll und ganz dafür“, 5 = „weiß nicht“

Für die Variablen v7_1_lr, v7_2_lr und v8_1_lr wurden zunächst binäre logistische Regressionsmodelle und für alle anderen Variablen wurden ordinale logistische Regressionsmodelle, jeweils ohne Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie, berechnet. Anschließend wurden für alle abhängigen Variablen außer für die Variable v8_lr multinomiale Regressionsmodelle berechnet. Dabei wurden sowohl die inhaltlich interpretierbaren Antwortkategorien als auch die „weiß nicht“-Kategorie berücksichtigt. In alle Regressionsmodelle sind die folgenden unabhängigen Variablen eingeflossen:

- x₁: Wichtigkeit Arme unterstützen (v1_1_lr), 1 = „überhaupt nicht wichtig“, 10 = „sehr wichtig“
- x₂: Solidarität wichtiger Wert (v1_2_lr), 1 = „genannt“, 0 = „nicht genannt“
- x₃: Lebensstandard aller EU-Bürger verbessern (v2_1_lr), 1 = „genannt“, 0 = „nicht genannt“
- x₄: Gleichheit wichtiger Wert (v2_2_lr), 1 = „genannt“, 0 = „nicht genannt“
- x₅: Staaten bestrafen, die zu viel ausgeben (v3_1_lr), 1 = „überhaupt nicht wirksam“, 4 = „sehr wirksam“
- x₆: sich als EU-Bürger fühlen (v4_1_lr), 1 = „Nein, überhaupt nicht“ bis 4 = „Ja, voll und ganz“
- x₇: nationale vs. europäische Identität (v4_2_lr), 1 = „nur nationale Identität“ bis 4 = „nur europäische Identität“
- x₈: Transnationalität (transnat_kombi), Faktorvariable
- x₉: Alter bei Bildungsabschluss (vedu), in Jahren
- x₁₀: Geschlecht (men), 1 = männlich, 0 = weiblich
- x₁₁: Alter (age), in Jahren

Bei den unabhängigen Variablen wurde die „weiß nicht“-Kategorie in keinem Modell berücksichtigt. Tabelle 28 fasst die Ergebnisse der Regressionsmodelle ohne Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie zusammen. Tabelle 29 stellt die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regressionsanalysen als Übersicht dar. Für die jeweilige Prüfung des Gesamtmodells wurde eine Irrtumswahrschein-

lichkeit von $p < .01$ angesetzt, für die Prüfung der einzelnen Koeffizienten wurde eine Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$ angesetzt.

Tabelle 28: Übersicht binäre/ ordinale logistische Regressionsmodelle ohne Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie

y	Modell signifikant?	Pseudo-R ²	nicht signifikante x	positive signifikante Effekte	negative signifikante Effekte
v6_1_lr	Ja	0,0823	v2_2_lr, men	v3_1_lr	v1_1_lr, v1_2_lr, v2_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat, vedu, age
v6_2_lr	Ja	0,0599	v1_1_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, age	v1_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat	vedu, men
v6_3_lr	Ja	0,0962	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, men	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat, age	vedu
v7_1_lr	Ja	0,0882	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, men, age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat	vedu
v7_2_lr	Ja	0,0807	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2, vedu, men, age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat	keine
v7_3_lr	Ja	0,0408	v2_1_lr, v2_2_lr, men	v1_1_lr, v1_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat	vedu
v8_1_lr	Ja	0,1193	v1_1_lr, transnat, vedu, men, age	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr	keine
v8_lr	Ja	0,0951	v2_1_lr, men	v1_1_lr, v1_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat, age	v2_2_lr, vedu
v8_5_lr	Ja	0,0686	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat	vedu, men
v8_6_lr	Ja	0,1003	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, men, age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat	vedu
v8_7_lr	Ja	0,1071	v1_2_lr, v2_1_lr, men	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat, age	v2_2_lr, vedu
v8_8_lr	Ja	0,0295	v2_1_lr, men	v1_1_lr, v1_2_lr, v2_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat	vedu, age

Tabelle 29: Übersicht multinomiale logistische Regressionsmodelle mit Berücksichtigung der „weiß nicht“-Kategorie bei den abhängigen Variablen

y	Modell signifikant?	Pseudo-R²	nicht signifikante x	positive signifi- kante Effekte	negative signifi- kante Effekte
v6_1_lr	Ja	0,0722	v2_1_lr, v2_2_lr, v3_1_lr, transnat, men	keine	v1_1_lr, v1_2_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, vedu, age
v6_2_lr	Ja	0,0559	v2_2_lr, men, age	v1_1_lr, v1_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, transnat	v2_1_lr, vedu
v6_3_lr	Ja	0,0811	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, transnat, vedu, men age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr	keine
v7_1_lr	Ja	0,0746	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, transnat, men, age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr	vedu
v7_2_lr	Ja	0,0641	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, transnat, vedu, men, age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr	keine
v7_3_lr	Ja	0,0426	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, transnat, age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, men	vedu
v8_1_lr	Ja	0,0960	v1_1_lr, transnat, men	v1_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr, vedu, age	v2_1_lr, v2_2_lr
v8_5_lr	Ja	0,0609	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, transnat, vedu, men, age	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr	keine
v8_6_lr	Ja	0,0890	v1_2_lr, v2_1_lr, v2_2_lr, men	v1_1_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr	transnat, vedu, age
v8_7_lr	Ja	0,0938	v1_2_lr, v2_1_lr, vedu, men, age	v1_1_lr, v2_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr	transnat
v8_8_lr	Ja	0,0358	v1_1_lr, v2_1_lr, transnat, men	v1_2_lr, v2_2_lr, v3_1_lr, v4_1_lr, v4_2_lr	vedu, age

Anhang 8 Transnationale europäische Solidarität als Ressource der Stabilität der Europäischen Union – theoretische und empirische Annäherungen (Zusammenfassung)

Die seit 2009 umgesetzten Rettungsmaßnahmen im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise, wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (2011), stellen eine Form der zwischenstaatlichen Solidarität innerhalb der Europäischen Union dar und bedeuten eine neue Dimension der Ressourcenumverteilung zwischen ihren Mitgliedstaaten. Die Rettungsmaßnahmen haben damit die finanzielle Integration der EU unweigerlich vorangetrieben. Es stellt sich die Frage, ob diese Maßnahmen durch eine ausreichende Solidaritätsbereitschaft der EU-Bürger gedeckt werden und ob sie sich bereits als die Solidargemeinschaft begreifen, zu der sie durch die zwischenstaatliche Solidarität faktisch gemacht werden. Die vorliegende Arbeit nimmt daher die transnationale Solidarität der EU-Bürger sowie deren Bedeutung für die Stabilität der EU in den Blick.

Dafür wird zunächst auf der Basis von theoretischen Ansätzen aus der Soziologie, der politischen Philosophie und der Ökonomie eine Definition der transnationalen europäischen Solidarität entwickelt. Um das Phänomen der transnationalen Solidarität in seiner Bedeutung für die Stabilität der EU beurteilen zu können, wird anschließend die Theorie des politischen Systems von David Easton herangezogen. Hier dient insbesondere der Ansatz der Unterstützung der politischen Gemeinschaft als Anknüpfungspunkt. Die zentrale Fragestellung der Arbeit widmet sich dem Zusammenhang zwischen transnationalen solidarischen Einstellungen der EU-Bürger, welche als Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten zusammengefasst werden, und ihrer Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU. Es wird die Hypothese aufgestellt, dass sich die Disposition zu transnationalem Solidarverhalten zwischen Europäern positiv auf die Unterstützung der europäischen Gemeinschaft als politische Schicksalsgemeinschaft und als Ressourcengemeinschaft auswirkt.

Diese Hypothese wird anhand von Umfragedaten aus dem Eurobarometer 79.3 von 2013 überprüft. Es zeigt sich zunächst, dass die EU-Bürger prinzipiell eine relativ ausgeprägte Disposition zu solidarischem Verhalten im Allgemeinen haben, allerdings kann diese Disposition nicht bedenkenlos auf den europäischen Rahmen übertragen werden. Für etwa die Hälfte der EU-Bürger ist transnationales Handeln insgesamt noch kein Teil ihres Alltags. Ein Großteil identifiziert sich stärker mit dem eigenen Land als mit der EU. Von einer ausreichenden Transnationalität und einer weit verbreiteten europäischen Identität der EU-Bürger, welche als Voraussetzungen für transnationales europäisches Solidarverhalten angesehen werden, kann daher nicht gesprochen werden. Eine explorative Faktorenanalyse zeigt, dass das Konstrukt der transnationalen Solidarität nur bedingt konsistent ist – die Disposition zu solidarischem Verhalten korreliert nur schwach mit einer europäischen Identität oder Transnationalität der EU-Bürger.

Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU ist gespalten: Eine Mehrheit der EU-Bürger sieht zwar eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten infolge der Krise als notwendig an und befürwortet eine weitere politische Integration, beispielsweise in Form einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Auch eine weitere finanzielle Integration, zum Beispiel im Rahmen einer Vorabgenehmigung der nationalen Haushalte oder einer Überwachung des Bankensystems durch die EU wird mehrheitlich befürwortet. Die politische Gemeinschaft der EU wird also durchaus als Schicksals- und Ressourcengemeinschaft unterstützt. Andererseits denken rund ein Drittel der EU-Bürger, dass ihr jeweiliges Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre. Dies impliziert eine mangelnde Bereitschaft, etwas für die europäische Gemeinschaft zu investieren, was definitiv als Mangel an Unterstützung für die politische Gemeinschaft der EU gewertet werden kann.

Eine logistische Regressionsanalyse bestätigt schließlich weitgehend die Hypothese, dass die Disposition zu transnationalem europäischem Solidarverhalten eine positive Wirkung auf die Unterstützung der politischen Gemeinschaft der EU hat, was ein zentrales Ergebnis der Arbeit darstellt. Transnationale Solidarität ist damit als ein wichtiger Faktor für die Stabilität der EU zu betrachten. Der Mangel an transnationaler Solidarität zwischen EU-Bürgern könnte für die Legitimation einer weiteren politischen und finanziellen Integration der EU zum zentralen Problem werden.

Anhang 9 Transnational European solidarity as a resource to the stability of the European Union – theoretical and empirical approaches (abstract)

The political actions that were taken to rescue struggling member states of the Eurozone during the economic and financial crisis beginning in 2008 can be seen as a form of interstate solidarity. Programs like the European Stability Mechanism represent a new dimension of resource redistribution between EU member states. Inevitably, financial integration of the EU has been pushed forward thereby.

This raises the question of whether these measures are covered by a sufficient sense of solidarity by EU citizens. Do they already understand themselves as a strong community or did the political authorities practice intergovernmental solidarity too early? This dissertation addresses these questions. It focuses on transnational solidarity of EU citizens and its importance for the stability of the EU.

Firstly, a definition of transnational European solidarity is developed on the basis of theoretical approaches to solidarity from sociology, political philosophy and economics. Secondly, David Easton's theory of the political system is used to assess the importance of transnational European solidarity for the stability of the EU. Easton's concept of support for the political community is seen as a link between solidarity and the persistence of a system. The research question of the dissertation asks whether there is a causal relationship between transnational solidarity and EU citizens' support for the political community of the EU. It is hypothesized that the disposition to transnational solidarity between Europeans has a positive effect on the support of the political community of the EU.

This hypothesis is tested based on survey data from the Eurobarometer 79.3 of 2013. It is shown that EU citizens have a pronounced tendency to solidary behaviour in general. But this disposition cannot be transferred to the European framework automatically. Two main prerequisites for transnational solidarity between EU citizens – transnationalism and a European identity – cannot be considered as sufficient. For about half of the EU citizens transnational action is still not part of their daily lives. Many Europeans have a stronger identification with their own country than with the EU. In addition, an exploratory factor analysis shows that the construct of transnational solidarity is only partly consistent: The disposition to solidary behaviour is only weakly correlated with a European identity or transnationality of EU citizens.

The support of the EU's political community among EU citizens is divided: On the one hand, a majority of them see closer cooperation between the EU Member States as necessary to take effective actions against the outcomes of the financial and economic crisis. Most citizens support a stronger political integration, for example in the form of a common foreign or security policy. Even further financial integration is supported, for example in the form of prior authorization of national budgets by the EU or a central supervision of the banking system at EU level. On the other hand one third of the EU citizens think that their country could better face future problems if it was not a member of the EU. This implies an unwillingness to invest in the community of EU member states, which is a strong sign for the lack of support for the political community of the EU.

By using logistic regression models, the hypothesis that the disposition to transnational solidary behaviour has a positive effect on the support of the political community of the EU can be confirmed at large.

This constitutes a central finding of the dissertation. Transnational solidarity between EU citizens is thus to be regarded as an important factor for the stability of the EU. On the contrary, a lack of transnational solidarity could become a central problem for the legitimacy of the political and financial integration of the EU in the future.